



Universität Potsdam



Manfred Rolfes (Hrsg.)

Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ im Fokus

Potsdamer Geographische Praxis // 15

Potsdamer Geographische Praxis // 15

Manfred Rolfes (Hrsg.)

DAS HANDLUNGSKONZEPT
„TOLERANTES BRANDENBURG“
IM FOKUS

AUSEINANDERSETZUNGEN MIT RECHTSEXTREMISMUS UND
RECHTSPOPULISMUS IM BUNDESLAND BRANDENBURG

Universitätsverlag Potsdam

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de/> abrufbar.

Universitätsverlag Potsdam 2020

<http://verlag.ub.uni-potsdam.de/>

Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam
Tel.: +49 (0)331 977 2533 / Fax: -2292
E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

Die Schriftenreihe *Potsdamer Geographische Praxis* wird herausgegeben vom Institut für Umweltwissenschaften und Geographie der Universität Potsdam.

ISSN (print) 2194–1599
ISSN (online) 2194–1602

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.
Gestaltung: André Kadanik, Berlin
Satz: Ute Dolezal
Titelfotos: Berthold Bronisz/pixelio.de
Druck: docupoint GmbH Magdeburg

ISBN 978-3-86956-483-8

Zugleich online veröffentlicht auf dem Publikationsserver der Universität Potsdam:
URN <https://doi.org/10.25932/publishup-44141>
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus4-44141>

INHALTSVERZEICHNIS

Beobachtungen zum Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“

Manfred Rolfes 7

Zukunftsdialog „Tolerantes Brandenburg“ Ergebnisse der wissenschaftlichen Beobachtung

Wilfried Schubarth, Michael Kohlstruck, Manfred Rolfes..... 21

Einschätzungen zum politischen Handlungsfeld „Stärkung der Demokratie und Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung“ im Land Brandenburg

Dagmar Bode, Manfred Rolfes 59

Expertise zum Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“

Wilfried Schubarth, Michael Kohlstruck, Manfred Rolfes..... 129

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

BfB	Bündnis für Brandenburg
BIT	Büros für Integration und Toleranz
DIB	Demokratie und Integration Brandenburg
LAP	Lokale Aktionspläne
MBSJ	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
MBT	Mobile Beratungsteams
MMZ	Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien
PfD	Partnerschaften für Demokratie
RAA	Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie
TBB	Tolerantes Brandenburg

**BEOBACHTUNGEN ZUM
HANDLUNGSKONZEPT
„TOLERANTES BRANDENBURG“**

Manfred Rolfes

Bis zum Beginn der 1990er Jahre spielten explizit rechtspopulistische oder rechtsextreme Aktivitäten in der deutschen Politik und Gesellschaft eine eher untergeordnete Rolle. Auch wenn sich im Nachbarland Frankreich mit der *Front National* eine Partei am rechten Rand des Spektrums etablierte, blieben in Deutschland rechtsextreme und rechtspopulistische Phänomene in der Regel unterhalb der Aufmerksamkeitsschwelle von Öffentlichkeit, Medien und Politik. Dies änderte sich signifikant, als Anfang der 1990er Jahre eine Serie von fremdenfeindlichen Gewalttaten und Anschlägen gegen Asylsuchende und Zuwanderungsgruppen in Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Solingen und Mölln verübt wurden. Danach blieben fremdenfeindliche Attacken weiterhin an der Tagesordnung. Es kam hinzu, dass ab Mitte der 1990er Jahre vermehrt Parteien mit nationalistischer, völkischer und rechtsextremer Programmatik bei Landtagswahlen antraten und deutliche Erfolge zu verzeichnen hatten. In massenmedialen und politischen Diskursen wurden diese Entwicklungen in breiten Kreisen als sehr besorgniserregend registriert und deshalb sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene mit Förderprogrammen und Konzepten gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und für Demokratieförderung reagiert (vgl. Schubarth, Ulbricht 2012: 26). Auf Seiten der Bundesländer machte im Jahr 1998 das Land Brandenburg mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg – Handlungskonzept gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ den Anfang.

RECHTSEXTREMISMUS UND RECHTSPOPULISMUS: AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN

Das Phänomen des Rechtsextremismus ist seitdem – nicht nur im Land Brandenburg – hartnäckig präsent geblieben. Es hat sich im Laufe der Jahre in seinen Erscheinungsbildern immer wieder modifiziert und fordert aus diesem Grund zu einer dauerhaften und immer wieder neu zu justierenden Auseinandersetzung heraus. Dies trifft in besonderem Maße auf die aktuelle gesellschaftspolitische Lage zu, die in den letzten vier bis fünf Jahren nochmals erheblich in Bewegung geraten ist (vgl. hierzu das Kapitel 4.1 im Beitrag von Kohlstruck, Rolfes, Schubarth in diesem Band, S. 156 ff.). Der beobachtete gesellschaftspolitische Wandel zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass in der Bevölkerung vorhandene demokratiekritische, zuwanderungs- und integrationsskeptische sowie EU- und globalisierungsfeindliche Haltungen (medien-)öffentlich sowie politisch deutlicher sicht- und hörbar geworden sind, beispielsweise im Rahmen von populistischen Bewegungen wie Pegida und dem Aufkommen und den Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien.

Zusätzlich dynamisiert wurde dieser Wandel schließlich in den Jahren 2015 und 2016 durch die Zuwanderung von Geflüchteten nach Europa und deren massenmediale und politische Thematisierung. Die darauf gerichteten gesell-

schaftspolitischen Diskurse in Deutschland polarisierten sich: Konnten auf der einen Seite Ansätze einer Toleranz- und Willkommenskultur festgestellt werden, dominierten auf der anderen Seite starke Nationalisierungs- und Ausgrenzungstendenzen. Entlang dieser beiden Pole wird seit diesem Zeitpunkt der staatliche Umgang mit internationaler Zuwanderung breit diskutiert, ebenso das Ausmaß der Integrationsbereitschaft und Integrationsfähigkeit der Gesellschaft, Fragen der nationalen Identität sowie der Grad der Bedrohung durch einen religiös motivierten Terrorismus. Die wachsende Fremdenfeindlichkeit, ein zunehmender Rassismus und steigende Gewalt gegen Fremde gehören seither zu den zentralen öffentlichen Themen. All diese Diskurse trugen letztlich zu einem Erstarken und Sichtbarwerden politischer Positionen bei, die vielfach als (rechts)populistisch bezeichnet werden. Populismus soll dabei im Sinne von Nassehi als politische Kommunikationsform verstanden werden,

„die erstens im Namen des wirklichen Volkes zu sprechen vorgeben, und dabei klare Aussagen darüber machen, wer dazugehört und wer nicht, die zweitens eliten- und institutionenkritisch sind, und die Geltung autoritativer Sprecher wie Wissenschaftler, Medien, Kirchenleute usw. nicht anerkennen und die, drittens, einfache Lösungen für komplexe Probleme und Fragestellungen bereitgalten.“ (Nassehi 2017: 22)

In Abgrenzung zum Rechtsextremismus stellen die Vertreter/innen rechtspopulistischer Positionen das demokratische System nicht als Ganzes grundsätzlich in Frage, sondern kritisieren die Regierungs- und Machtformen der politischen und staatlichen Eliten. Demgegenüber verfolgt nach Priester der Rechtsextremismus eine „antipluralistische, antiliberalistische Staats- und Gesellschaftskonzeption“, die eine ethnisch-kulturell homogene Volksgemeinschaft zum Ziel hat (vgl. Priester 2010: 34). Unabhängig von den graduellen Unterschieden dieser politischen Ausrichtungen ist aber festzuhalten, dass sich die Vertreter/innen des Rechtspopulismus wie des Rechtsextremismus einer Position zuordnen lassen, die gesellschaftliche Komplexität und soziale Unübersichtlichkeit bewusst oder unbewusst zu ignorieren scheint und einem komplexitätssensiblen Denken skeptisch gegenübersteht (vgl. Nassehi 2017: 22). Diese Annahme ist für eine Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und Rechtspopulismus von grundlegender Bedeutung, denn es stellt für Präventionskonzepte und den Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus eine sehr anspruchsvolle Herausforderung dar: Einerseits haben es komplexe Argumente in politischen Diskursen immer schwerer als einfache Parolen, und andererseits benötigt eine ernsthafte politische Auseinandersetzung auf beiden Seiten eine Bereitschaft, sich auf komplexes Denken einzulassen. Diese Bereitschaft lassen, gerade in öffentlichen Debatten, rechtspopulistisch und rechtsextrem Argumentierende in der Regel vermissen (vgl. Hechler 2016). Damit steht außer Zweifel, dass der Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopu-

lismus eine langwierige Daueraufgabe ist, bei der sich keine schnellen Erfolge zeigen werden, insbesondere wenn in Zeitskalen von Wahlperioden gedacht wird. Insofern ist der im Land Brandenburg seit dem Jahr 1998 bestehende und im Jahr 2005 erneuerte parteiübergreifende Konsens positiv hervorzuheben, sich im Rahmen des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ dauerhaft für eine starke und lebendige Demokratie einzusetzen (vgl. Land Brandenburg 2005). Dieser Wille und auch das Entstehen für das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ wurden in dem jüngst beschlossenen Koalitionsvertrag zwischen SPD, CDU sowie Bündnis 90/Die Grünen nochmals explizit zum Ausdruck gebracht (vgl. Koalitionsvertrag 2019: 20 f.).

Dem Schritt des Landes Brandenburg sind nach 1998 fast alle übrigen Bundesländer gefolgt. Gegenwärtig stellt sich die Situation so dar, dass sowohl der Bund als auch alle Länder finanzielle Mittel zur Prävention von rechtsextremen und rechtspopulistischen Ideologien bereitstellen (vgl. Schmidtke 2016: 40 ff.).

RECHTSEXTREMISMUSPRÄVENTION UND DEMOKRATIEFÖRDERUNG IN DEN DEUTSCHEN BUNDESLÄNDERN

Schmidtke hat sich in ihrer im Jahr 2017 abgeschlossenen Dissertation mit der Implementierung von Präventionsprogrammen gegen Rechtsextremismus in den deutschen Bundesländern in vergleichender Perspektive auseinandergesetzt. Empirischer Ausgangspunkt ihrer Studie waren qualitativ-inhaltanalytische Untersuchungen über „die Instrumente, Zuschnitte und Funktionslogiken der Landesprogramme zur Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung“ (Schmidtke 2016: 404). Dazu hat sie Dokumente und Protokolle politischer Diskurse in den Bundesländern herangezogen. Nach den Recherchen von Schmidtke haben zum Zeitpunkt ihrer Untersuchungen bis auf Bremen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland alle Bundesländer Landesprogramme zur Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung ins Leben gerufen¹ (vgl. Tab. 1). In Baden-Württemberg wurde 2017 ein entsprechendes Landesprogramm aufgelegt. In den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen wurden die Landesprogramme mindestens einmal extern evaluiert (vgl. Schmidtke 2017: 245).

Zum Abschluss ihrer Dissertation nimmt Schmidtke einen Systematisierungsversuch vor, unter welchen Bedingungen die Landesprogramme im politischen Diskurs entstanden sind. Dabei ordnet sie alle Landesprogramme in ein Koordinatensystem mit zwei Achsen ein (vgl. Abb. 1). Die horizontale Achse symbolisiert dabei, ob bei der Etablierung des jeweiligen Landesprogrammes vorwiegend *situative Auslöser* maßgeblich waren (also spezifische Ereignisse) oder ob das Landesprogramm stärker durch einen langandauernden *diskursiven Prozess* in

¹ Dies bedeutet nicht, dass in diesen drei Bundesländern keine finanziellen Mittel für dieses Handlungsfeld bereitgestellt werden (vgl. Schmidtke 2016: 404, Schmidtke 2017: 225). Schmidtke konnte lediglich keine koordinierten Landesprogramme identifizieren.

Gesellschaft und Politik entstanden ist. Die vertikale Achse stellt dar, ob eher *konservative Regierungen* (häufig CDU/CSU oder FDP) oder *progressive Landesregierungen* (SPD, Linke oder B90/Grüne) die Implementierung eines Landesprogramms für Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung betrieben haben (vgl. Schmidtke 2017: 251 ff.). Die Einordnung des Landes Brandenburg dokumentiert, dass das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ als Ergebnis eines umfangreichen Diskussionsprozesses unter Beteiligung nahezu aller Parteien im Landtag zu verstehen ist. Folgt man den in diesem Band zusammengestellten Beiträgen und wirft man einen Blick in den aktuellen Koalitionsvertrag der Regierungsparteien in Brandenburg (Koalitionsvertrag 2019: 21 f.), so setzt sich im Land Brandenburg dieser diskursive Prozess bei der Ausgestaltung des Handlungskonzeptes für eine demokratische Zivilgesellschaft und gegen rechtsextreme Tendenzen auch weiterhin fort.

Bundesland	Programm/Konzept	seit ...
Baden-Württemberg	Demokratie stärken! Baden-Württemberg gegen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus	2017
Bayern	Bayerisches Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus	2009
Berlin	Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus	2002
Brandenburg	Tolerantes Brandenburg – Handlungskonzept für eine demokratische Zivilgesellschaft mit Zivilcourage	1998, aktual. 2005
Hamburg	Landesprogramm zur Förderung demokratischer Kultur, Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus	2013
Hessen	Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus	2015
Mecklenburg-Vorpommern	Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken	2006
Nordrhein- Westfalen	Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus	2016
Sachsen	Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz	2005
Sachsen-Anhalt	Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit	2012
Schleswig-Holstein	Landesprogramm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung	2013
Thüringen	Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit	2010

Tab. 1: Koordinierte Landesprogramme zur Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung in den Bundesländern (nach Schmidtke 2017: 215) und eigene Recherchen (Stand Sept. 2019)

Eine explizite, vergleichende Bewertung der Landeskonzepte nimmt die Verfasserin in ihrer Arbeit jedoch nicht vor. Dass dies nicht geschieht, ist durchaus nachvollziehbar. Zum einen sind die implementierten Konzepte das Ergebnis von langjährigen politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen im jeweiligen Bundesland und haben somit einen gewissen Evolutionsprozess hinter sich gebracht; dieser musste den unterschiedlichen Anforderungen und Perspektiven der beteiligten Akteure und Institutionen in spezifischer Form Rechnung tragen. Zum anderen müssen die landesspezifischen Ausgangslagen zur Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung sowie die Differenzen im Hinblick auf die verfügbaren finanziellen und organisationalen Ressourcen der Bundesländer gesehen werden. Die Arbeit von Schmidtke zeigt, dass die Landesprogramme und Handlungskonzepte institutionell sehr unterschiedlich angebunden sind und auch die Finanzausstattungen deutlich variieren (vgl. Schmidtke 2017: 215 ff. und 225). Zweifellos können die Bundesländer voneinander lernen (was sie in der Vergangenheit auch immer wieder getan haben). Jedoch ist es wenig hilfreich, auf Basis von komparativen Bezugsnormen zu versuchen, die unterschiedlichen Leistungsfähigkeiten der Landeskonzepte und Landesprogramme in einem Konkurrenz- oder Wettbewerbsverhältnis zu beobachten.

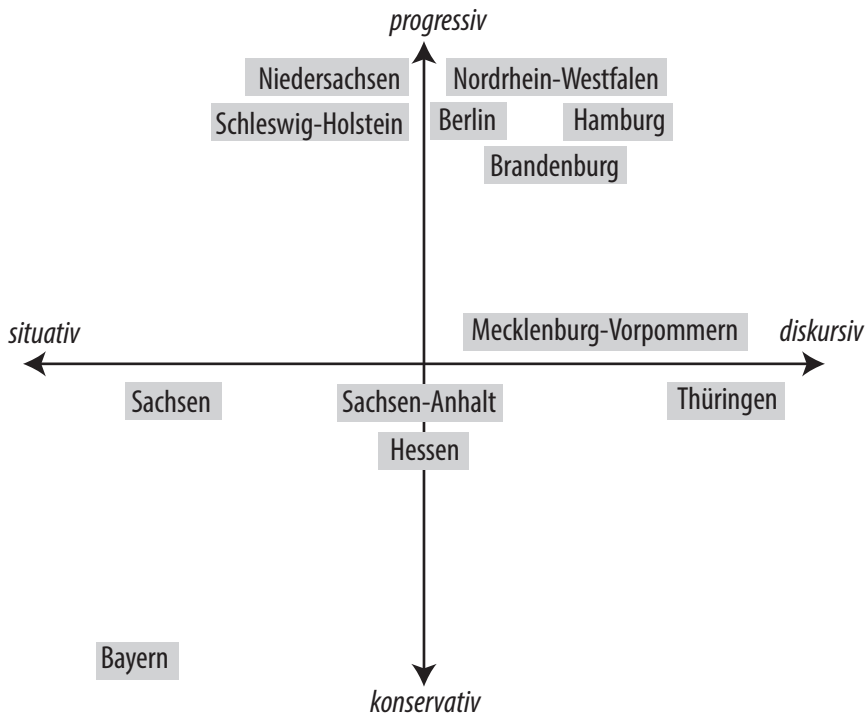


Abb. 1: Rahmenbedingungen bei der Implementierung der Landesprogramme (nach Schmidtke 2017: 254)

Hinsichtlich des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ sind im länderbezogenen Vergleich dennoch drei Aspekte erwähnenswert, die das Landesprogramm in Brandenburg von anderen Landesprogrammen unterscheiden: Erstens ist in Brandenburg die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ seit 2017 an der Staatskanzlei angesiedelt. Die Zuordnung eines Landesprogramms an derart prominenter Stelle innerhalb der Landesregierung wird in keinem anderen Bundesland praktiziert (vgl. Schmidtke 2017: 216). Es dokumentiert innerhalb des Landes den hohen Stellenwert, den das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ genießt. Vor diesem Hintergrund fordert Quent (2019), dass „mehr Bundesländer dem Beispiel von Brandenburg folgen und die Unterstützung des Engagements gegen Antisemitismus und Rassismus durch entsprechende Zusatzklauseln in den Landesverfassungen zum Staatsauftrag erklären [sollten]“ (Quent 2019: 254). Zweitens soll nochmals darauf verwiesen werden, dass Brandenburg das erste Bundesland gewesen ist, in dem die Notwendigkeit eines Programms gegen rechtsextreme Gewalt im Landtag breit diskutiert und schließlich 1998 das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ implementiert wurde (vgl. Schmidtke 2017: 178 f.). Drittens ist im Land Brandenburg der Ansatz der mobilen und regionalen Beratung etabliert worden, „ein Konzept, das erstmals in Brandenburg im Rahmen des dortigen Landesprogramms entwickelt wurde und durch die Bundesprogramme ab 2001 zunächst in den neuen Bundesländern und durch eine erweiterte Forderung ab 2007 auch in den alten Bundesländern umgesetzt wurde“ (Schmidtke 2017: 232). Vor allem ist darauf aufmerksam zu machen, dass es sich um einen explizit systemischen Beratungsansatz handelt, der also unter anderem auf die Eigendynamiken sozialer Systeme Rücksicht nimmt, die Komplexität und Mehrperspektivität der Verhältnisse einkalkuliert und auf Basis eines partizipativen Vorgehens situativ-lokal angepasste Lösungen erarbeitet (vgl. Postel 2010: 12 ff.).

Insgesamt – und das zeigen auch die bisher durchgeführten Expertisen, Gutachten und Studien zum Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ – verfügt das Land Brandenburg damit über ein außerordentlich starkes und motiviertes Netzwerk, um sich mit Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus präventiv, proaktiv und effizient auseinanderzusetzen. Beunruhigend ist die sich immer wieder abzeichnende Tendenz von Akteuren *außerhalb* des engeren Handlungsnetzwerks „Tolerantes Brandenburg“, die Verantwortung für die Bekämpfung und den Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus beim Beratungsnetzwerk und der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ zu deponieren. Sich diesen aktuell wachsenden Herausforderungen zu stellen, ist jedoch eine gesamtgesellschaftliche und politische Aufgabe, die von sehr viel mehr Akteuren und Institutionen zu verantworten ist als nur von den Angehörigen des Beratungsnetzwerks und der Koordinierungsstelle. Im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“ der Landesregierung Brandenburg sind zahlreiche weitere (staatliche) Institutionen, Akteure und Handlungsebenen genannt

(vgl. Landesregierung Brandenburg 2005: 8 ff.), die in dieser Hinsicht aktiv werden sollen. Gemäß Koalitionsvertrag „schlägt Brandenburg ein neues Kapitel auf“, um eine beständige Bereitschaft zu Wandel und Erneuerung zu bewahren und Zuversicht und neuen Zukunftswillen zu verbreiten (Koalitionsvertrag 2019: 3). Diese Energie sollte sich auch in Bezug auf die Bekämpfung und den Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus in allen Landesministerien und den Landesbehörden niederschlagen.

ZU DEN BEITRÄGEN IN DIESEM BAND

Der vorliegende Band 15 aus der Reihe „Potsdamer Geographie Praxis“ besteht aus drei Beiträgen. Alle Beiträge befassen sich mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung und den Aktivitäten der im Beratungsnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“ involvierten Partnerinstitutionen.

Die ersten zwei Beiträge stammen aus dem Jahr 2017 (Schubarth, Kohlstruck, Rolfes: S. 21 ff. sowie Bode, Rolfes: S. 59 ff.). Die beiden empirischen Studien haben die in den Jahren 2015 und 2016 durchgeführten 18 Zukunftsdialoge „Tolerantes Brandenburg“ zum Gegenstand. Die Zukunftsdialoge gehen zurück auf die Expertise von Schubarth et al. (2014) aus dem Jahr 2013/14 zum Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“. Auf der Grundlage von leitfadenorientierten Experteninterviews und Dokumentenanalysen wurden 2013/14 in dieser Expertise die Stärken und Schwächen des Handlungskonzepts herausgearbeitet und darauf basierend Empfehlungen für dessen Weiterentwicklung formuliert. Eine der Empfehlungen bestand darin, das Handlungskonzept unter Verwendung partizipativer Formate stärker bei den lokalen Akteuren und Institutionen in allen Regionen des Landes Brandenburg bekannt zu machen und dort besser zu etablieren (vgl. Schubarth et al. 2014: 61 f.). Um diese Empfehlung umzusetzen, führte der Verein Demokratie und Integration Brandenburg e.V. gemeinsam mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ in den Jahren 2015 und 2016 in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg 18 sogenannte Zukunftsdialoge durch. Der erste Beitrag beinhaltet die Ergebnisse der wissenschaftlichen Beobachtung der Zukunftsdialoge; die Ergebnisse beruhen überwiegend auf teilnehmende Beobachtungen der Zukunftsdialoge und qualitativen Interviews mit Teilnehmenden. Der zweite Beitrag basiert auf einer quantitativen Methodik und enthält die Auswertungen einer standardisierten Befragung der Teilnehmer/innen der Zukunftsdialoge. Die Ergebnisse beider Untersuchungen liefern wichtige Erkenntnisse und gute Ansatzpunkte, wie einerseits die Institutionen des Beratungsnetzwerks „Tolerantes Brandenburg“ und das Handlungskonzept auf lokaler Ebene eine größere Bekanntheit erlangen könnten und andererseits, welche Schritte hilfreich wären,

um eine (noch) stärkere Verankerung des Handlungskonzeptes in den Regionen zu erreichen.

Beim dritten Beitrag handelt es sich die aktuelle Expertise zum Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung (Schubarth, Kohlstruck, Rolfes: S. 129 ff.). Der Beitrag liefert einen mehrdimensionalen Blick auf das Handlungskonzept aus unterschiedlichen externen Perspektiven. Dabei wird vor allem auf die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen fokussiert, die sich seit der letzten Expertise im Jahr 2014 im Handlungsfeld „Demokratiestärkung und Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ ergeben haben. Grundlage der Expertise waren erneut leitfadenzentrierte Interviews. Die Ergebnisse des Beitrages gehen somit vollständig auf die Aussagen und Meinungen der befragten Interviewpartner/innen zurück. Einige dieser Aussagen und Meinungen wurden zwischen den Autoren der Studie und den Angehörigen der Koordinierungsstelle kontrovers diskutiert und sollten aus der Perspektive der Koordinierungsstelle nicht unkommentiert bleiben. Zwei zentrale Kritikpunkte sollen hier aufgeführt werden, die seitens der Koordinierungsstelle immer wieder mit Nachdruck vorgebracht worden sind:²

- » Erstens werde beispielsweise bei einigen der formulierten Erwartungen und Vorschlägen für Änderungen am Handlungskonzept oder an Entscheidungsprozessen deutlich, dass diese sehr stark durch den institutionellen oder programmatischen Kontext der jeweiligen Organisation geprägt seien, denen die befragten Personen angehörten. Aber gerade im Hinblick auf die Funktionsweise eines derart vielschichtigen Konstrukts wie dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ werde eine auf einzelne Institutionen bezogene Sichtweise im Hinblick auf das Handlungskonzept der Komplexität des Beratungsnetzwerks, der internen Entscheidungs- und Arbeitsabläufe und der vielfältigen Kooperationsbeziehungen nicht hinreichend gerecht. Dies gelte beispielsweise für Überlegungen hinsichtlich der Einrichtung eines Projektbeirates (vgl. S. 162), betreffe die angeregten Diskussionen zur Etablierung eines veränderten/restriktiveren Präventionsverständnisses (vgl. S. 163), gelte für die angedachten Empfehlungen für inhaltliche/organisationsbezogene Umstrukturierungen oder geänderte Schwerpunktsetzungen (vgl. S. 164), z. B. in Bezug auf das Bündnis für Brandenburg (vgl. S. 153 oder auch die schon längerer formulierten Forderung, sich im Rahmen des Handlungskonzeptes auch mit dem Linksextremismus auseinanderzusetzen (vgl. S. 163).

² Die hier aufgeführten Aspekte gehen auf ein Gespräch zurück, welches am 29. Juli 2019 mit Angelika Thiel-Vigh, Lars Krümey und Dr. Katrin Winkler geführt wurde.

- » Zweitens fänden sich nach Einschätzung der Angehörigen der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ in der Expertise wiederholt Empfehlungen oder Erwartungen, die nicht den Aufgabenfeldern der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ oder deren Partnerorganisationen entsprächen. So würden den im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ tätigen Institutionen bisweilen Zuständigkeiten zugeschrieben und/oder mangelnde Tätigkeiten in Bereichen angemahnt, die außerhalb deren Handlungsspielraumes lägen. Dies werde beispielsweise deutlich, wenn über die Verantwortung für Integrationskonzepte (vgl. S. 140), die Zuständigkeit für politische Bildung (vgl. S. 160 f.) oder Aufgaben im Zuge von Antidiskriminierung gehe (vgl. S. 151 und S. 164). Die Aktivitäten im Rahmen des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ würden diese Bereiche zwar tangieren, was angesichts der Breite der Handlungsfelder nicht verwunderlich sei; eine genuine Zuständigkeit oder administrative Durchgriffskausalität habe man in diesen Feldern jedoch nicht.

Die drei Beiträge sind in diesem Band zusammengestellt worden, da sie eine sehr ertragreiche Basis darstellen, um die bisherigen Entwicklungen und Diskussionen um das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ konstruktiv anzuregen. In diesem Band wird bewusst keine nennenswerte Notiz von den seitens der AfD in den politischen Diskurs eingebrachten juristischen Fragen zum Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ genommen, zum Beispiel Bedenken bezüglich der Einhaltung des Neutralitätsgebots der im Netzwerk „Tolerantes Brandenburg“ engagierten Akteure und Institutionen oder Zweifel an der Verfassungsgemäßheit der Zielsetzung des Handlungskonzeptes. Hierzu liegen drei umfangreiche Ausarbeitungen des Parlamentarischen Beratungsdienstes des Brandenburger Landtages vor, die diese Bedenken und Zweifel in den Kernpunkten auflösen (vgl. Iwers, 2018 und 2019, und Lehmann, 2019).

DANK

Das Zustandekommen dieses Bandes haben zahlreiche Personen ermöglicht. Zunächst sind die Beitragsautor/innen zu nennen, die die Untersuchungen durchgeführt und ausgewertet haben und schließlich die Berichte verfassten. Der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ danke ich für die Genehmigung zum Abdruck der Berichte. Für die unerlässlichen Recherchen und die organisatorische Unterstützung im Hintergrund geht mein Dank an Anica Friedrich und für das akribische Korrekturlesen der Manuskripte an Gisa Ebener. Ein besonderer Dank geht an Ute Dolezal, die alle Beiträge neu setzte und die Tabellen, Abbildungen und Karten mit großer Sorgfalt erzeugte.

LITERATUR

Hechler, A. (2016): Entscheidend ist der Kontext. Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung, abrufbar unter URL: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/232123/andreas-hechler-entscheidend-ist-der-kontext> (letzter Zugriff: 15.8.2019).

Iwers, J. (2018): Rechtlicher Rahmen der Förderung von Initiativen gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. (Wahlperiode Brandenburg, 6/39). Potsdam: Landtag Brandenburg, Parlamentarischer Beratungsdienst.

Iwers, J. (2019): Rechtsfragen zum Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ und seiner Umsetzung. Teil I: Fragen zur Organisation, Finanzierung, parteipolitischen Neutralität und zu Art. 7a LV. (Wahlperiode Brandenburg, 6/61). Potsdam: Landtag Brandenburg, Parlamentarischer Beratungsdienst.

Koalitionsvertrag von SPD Brandenburg, CDU Brandenburg, Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg (2019): Ein neues Kapitel für Brandenburg: Zusammenhalt – Nachhaltigkeit – Sicherheit.

Land Brandenburg (2005): „Tolerantes Brandenburg“ – für eine starke und lebendige Demokratie. Handlungskonzept der Landesregierung für eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, abrufbar unter URL: http://www.tolerantes.brandenburg.de/media_fast/5791/Handlungskonzept.pdf (letzter Zugriff: 14.8.2019).

Lehmann, S. (2019): Rechtsfragen zum Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ und seiner Umsetzung. Teil II: Informationsaustausch mit dem Brandenburgischen Verfassungsschutz. (Wahlperiode Brandenburg, 6/62). Potsdam: Landtag Brandenburg, Parlamentarischer Beratungsdienst.

Nassehi, A. (2017): Die letzte Stunde der Wahrheit. Kritik der komplexitätsvergessenen Vernunft. Hamburg: Murmann (kursbuch.edition).

Postel, F. (2010): Gedanken zum Arbeitskonzept des Mobilen Beratungsteams. In: Wilking, D.; Kohlstruck, M. (Hrsg.): Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung. Einblicke III. Ein Werkstattbuch. Potsdam: Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung in Trägerschaft von „Demokratie und Integration Brandenburg e.V.“, S. 9–17.

- Priester, K. (2010): Fließende Grenzen zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 44/2010, S. 33–39.
- Quent, M. (2019): Deutschland rechts außen: Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können. München: Piper.
- Schmidtke, F. (2017): Präventions- und Interventionsstrategien gegen Rechtsextremismus. Die Entstehung der Landesprogramme im Vergleich. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena; Dissertation.
- Schmidtke, F. (2016): Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention in den Bundesländern. In: Frindte, W.; Geschke, D.; Haußecker, N.; Schmidtke, F. (Hrsg.): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“ Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 403–424.
- Schubarth, W.; Kohlstruck, M.; Rolfes, M. (2014): Expertise zum Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“. Parlamentsdrucksache 5/9177, S. 37–66, abrufbar unter URL: http://www.tolerantes.brandenburg.de/media_fast/5791/9177.pdf (letzter Zugriff: 15.8.2019).
- Schubarth, W.; Ulbricht, J. (2012): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland Konjunkturen – Mythen – Herausforderungen. In: Berth, H.; Brähler, E.; Zenger, M.; Stöbel-Richter, Y. (Hrsg.): Innenansichten der Transformation. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 25–45.

ZUKUNFTSDIALOG TOLERANTES BRANDENBURG

ERGEBNISSE DER WISSENSCHAFTLICHEN BEOBACHTUNG

EINE EXPERTISE IM AUFTRAG DES VEREINS
DEMOKRATIE UND INTEGRATION BRANDENBURG E. V. (DIB)

POTSDAM, 8. MÄRZ 2017

Wilfried Schubarth

Michael Kohlstruck

Manfred Rolfes

1 EINLEITUNG

Die vorliegende Expertise schließt an die Expertise zum Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“ aus dem Jahr 2014 an.¹

Die damalige Expertise (2014) sollte durch einen Blick „von außen“ Stärken und Schwächen des landesweiten Beratungs- und Kooperationsnetzwerks identifizieren. Als Stärken wurden identifiziert: die effektiven Informations- und Kommunikationsstrukturen im Beratungsnetzwerk, die zentrale Rolle der Koordinierungsstelle und der Kernakteure wie der Mobilen Beratungsteams (MBT) und der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie, das Mitwirken zahlreicher Kooperationspartner², der parteiübergreifende Grundkonsens und das konstruktive Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte sowie die finanzielle und personelle Stabilität und Kontinuität der Arbeit.

Zugleich wurden in der Expertise von 2014 mehrere *Diskussions- und Entwicklungsbedarfe* für das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ (TBB) formuliert. Diese betrafen vor allem folgende Themenfelder (vgl. Expertise 2014, S. 58 ff.):

- 1) *Struktur und Status des TBB*, insbesondere die transparente Gestaltung des Verhältnisses des TBB gegenüber den Ministerien und der Zivilgesellschaft.
- 2) *Ziele, Inhalte und Aufgaben des TBB*, z. B. die Klärung des Verhältnisses von Rechtsextremismus-Bekämpfung und Demokratieförderung sowie von Intervention und Prävention; mehr Bedeutung sollte dabei den peripheren Regionen mit besonderem Unterstützungsbedarf zukommen sowie insgesamt der Zurückdrängung von Vorurteilen und fremdenfeindlicher Gewalt.
- 3) *Arbeit auf operativer Ebene*, z. B. Kriterien für die Zusammensetzung des Beratungsnetzwerks entwickeln, die Sichtbarkeit des TBB weiter erhöhen, die Qualität- und Evaluationsdebatte intensivieren und die Zukunft des TBB stärker in den Blick nehmen.

1 Vgl. Schubarth, W., Kohlstruck, M., Rolfes, M.: Expertise zum Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“. Parlamentsdrucksache 5/9177, S. 3–6, abrufbar unter URL: http://www.tolerantes.brandenburg.de/media_fast/5791/9177.pdf (letzter Zugriff: 20.12.2016).

2 Mit dem im Text verwendeten generischen Maskulinum sind alle sozialen und natürlichen Geschlechter gemeint.

Als Weg zur Bearbeitung der anstehenden Aufgaben wurde ein partizipativ angelegter Dialogprozess empfohlen, der zugleich die notwendigen organisatorischen, strukturellen und personellen Rahmenbedingungen längerfristig sichern könnte. Insgesamt – so das damalige Fazit – seien jedoch feste strukturelle Grundlagen vorhanden, um auch neuen Herausforderungen im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit erfolgreich begegnen zu können (Expertise 2014, S. 63). Die damals noch vage formulierten „neuen Herausforderungen“ ließen nicht lange auf sich warten: Die weltweiten Veränderungen seit 2014, insbesondere die Zuwanderung Geflüchteter und das Erstarken des Rechtspopulismus, brachten bzw. bringen auch für das Land Brandenburg neue Herausforderungen mit sich. Insofern stehen dem „Toleranten Brandenburg“ neue Bewährungsproben bevor.

Mit den Zukunftsdialogen wurde *eine* der zentralen Empfehlungen der Expertise 2014 aufgegriffen, und zwar die nach der notwendigen *Unterstützung der Akteursnetzwerke in den Regionen (Regionalisierung)*. Damit erfolgte ein wichtiger Schritt, das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ weiterzuentwickeln.

2 ZIEL UND METHODIK DER EXPERTISE

Ausgehend von den Empfehlungen aus dem Jahr 2014 initiierte die Koordinierungsstelle 18 Zukunftsdialoge. Die Durchführung lag beim Verein „Demokratie und Integration Brandenburg e.V.“. Ziel war es, mehr über die Potenziale, die Herausforderungen und eventuelle Bedarfe in den Regionen in Erfahrung zu bringen und noch stärker in der Arbeit der Landesebene zu berücksichtigen. Dazu wurden in den Jahren 2015 und 2016 insgesamt 18 Zukunftsdialoge in allen Landkreisen und kreisfreien Städten im Land Brandenburg durchgeführt. Das Autorenteam hat den Auftrag übernommen, diese 18 Veranstaltungen wissenschaftlich zu beobachten.

Ziel der vorliegenden Expertise ist es, die Beobachtungen der 18 Zukunftsdialoge zu dokumentieren und wissenschaftlich auszuwerten. Gegenstand sind *Stand und Entwicklung der Regionalisierung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung*, insbesondere die Frage, wie die Regionalisierung durch die Landesebene noch besser unterstützt werden kann.

Konkret stehen *drei forschungsleitende Fragen* im Mittelpunkt:

- 1) *Welche Akteure sind in den Regionen aktiv?*
Hier geht es vor allem um die Zusammensetzung der lokalen bzw. regionalen Akteursnetzwerke in thematischer, organisationsbezogener und sozio-demografischer Hinsicht (vgl. Kap. 3.2).
- 2) *Welche Erwartungen stellen die regionalen Akteure an die Landesebene?*
Hierbei geht es um Fragen nach der Unterstützung der Regionen durch die Landesebene und generell um Wünsche seitens der Lokal- und Regionalebene hinsichtlich einer künftigen Zusammenarbeit mit der Landesebene (vgl. Kap. 3.3).
- 3) *Welche Themen sind in den Handlungsfeldern in den Regionen wichtig?*
Auf den Zukunftsdialogen sollten u. a. die Fragen beantwortet werden, welche Aufgaben aktuell von den lokalen bzw. regionalen Netzwerken für bearbeitungsbedürftig gehalten werden und welche Aufgaben in Zukunft angegangen werden sollen (vgl. Kap. 3.4).

Aus wissenschaftlicher Perspektive geht es letztlich um die grundlegende Frage nach dem Verhältnis von *Zentralisierung und Dezentralisierung* bei der Weiterentwicklung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ im Flächenland Brandenburg.

Die vorliegende Expertise stützt sich vor allem auf folgende Methoden, die im *Untersuchungszeitraum von April 2015 bis November 2016* zum Einsatz kamen:

- a) *Statistiken*
Alle zugänglichen Statistiken zu den 18 Zukunftsdialogen wurden ausgewertet, insbesondere Anmelde- und Teilnehmerlisten, Einladungslisten, Differenzierung nach ausgewählten Kategorien.
- b) *Befragung von Hauptakteuren der Zukunftsdialoge (Kurzinterviews)*
Vor sowie während und nach den Zukunftsdialogen wurden Kurzinterviews bzw. Gespräche mit den zentralen Akteuren geführt: MBT, Koordinatoren der „Partnerschaften für Demokratie“ bzw. der „Lokalen Aktionspläne“ (Pfd/LAP).
- c) *Beobachtungen aller 18 Zukunftsdialoge*
Alle Konferenzen wurden von mindestens einem Wissenschaftler nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten, d. h. an Kriterien/Indikatoren orientiert, beobachtet, protokolliert und ausgewertet.
- d) *Dokumentationen zu den Zukunftsdialogen*
Die Zukunftsdialoge wurden aus unterschiedlichen Perspektiven und in verschiedenen Formaten dokumentiert, z. B. Ergebnis-, Verlaufsdocumentation, interne Berichte, Homepage, Medienberichte usw. Insbesondere die in den Arbeitsgruppen dokumentierten Ergebnisse wurden in die Expertise mit einbezogen.

Mit den genannten vielfältigen Methoden wurde angestrebt, ein möglichst facettenreiches Bild von den Zukunftsdialogen zu erhalten, um so die Forschungsfragen fundiert beantworten zu können. Die Ergebnisse wurden mit Akteuren der Koordinierungsstelle und dem Beratungsnetzwerk diskutiert; deren Rückmeldungen wurden in der vorliegenden Expertise berücksichtigt.

3 ZENTRALE ERGEBNISSE DER EXPERTISE

3.1 Zukunftsdialoge: Struktur, Organisation und Rahmenbedingungen

Im Folgenden wird zunächst informiert, wie die 18 Zukunftsdialoge typischerweise abgelaufen sind. Planung und Durchführung der Veranstaltungen stützen sich in hohem Maße auf die Akteursnetzwerke in den Landkreisen und Städten und auf die dort bestehenden organisatorischen Strukturen. Zu den Rahmenbedingungen der Veranstaltungsreihe gehört die veränderte Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, die seit dem Spätsommer 2015 für die Teilnehmerschaft der Zukunftsdialoge und für die Förderstrukturen erhebliche Konsequenzen hatte.

3.1.1 Veranstaltungsstruktur

Die 18 Zukunftsdialoge wurden bis auf die Eröffnungsveranstaltung als eintägige Fachtagungen durchgeführt. Die Veranstaltungsdaten und die jeweiligen organisatorischen Kontexte sind in Tabelle 1 aufgeführt; sie werden in den Kapiteln 3.1.1 bis 3.1.4 erläutert.

Alle Zukunftsdialoge umfassten zwei Teile: Der weitgehend einheitlich gestaltete Informationsblock am Vormittag lag in der Verantwortung der Koordinierungsstelle des TBB (in Tab. 2 grau unterlegt), während der zweite Teil von den regionalen Veranstaltern gestaltet wurde.

Landkreis/Stadt, Veranstaltungsort (Nummerierung in zeitlicher Folge)	Termin (Wochentag)	Kombination ZD mit Pfd- Demokratiekonferenz (Kurzbez. der Pfd; landkreis- weit oder Teilregion)	Ausrichtung des ZD in Kooperation mit anderen lokalen Netzwerken	Dokumentati- on im Internet verfügbar	PfD/LAP in der Region ohne Ausrichtung des ZD
Barnim, <i>Schorfheide Buckow</i> (17)	13.10.2016 (Do)	✗	✓	✓	
Brandenburg an der Havel (4)	23.11.2015 (Mo)	✗	✓	✓	
Cottbus (1)	17./18.4.2015 (Fr/ Sa)	✓			
Dahme-Spreewald, <i>Wildau</i> (2)	7.5.2015 (Do)	✓		✓	
Elbe-Elster, <i>Doberlug-Kirchhain</i> (6)	18.2.2016 (Do)	✓		✓	
Frankfurt (Oder) (12)	11.6.2016 (Sa)	✓		✓	
Havelland, <i>Nauen</i> (11)	4.6.2016 (Sa)	✓ Falkensee	✓	✓	PfD West- havelland
Märkisch-Oderland, <i>Schloss Trebnitz</i> (13)	14.7.2016 (Do)		✓	✓	PfD Fürsten- walde, PfD MOL
Oberhavel, <i>Oranienburg</i> (15)	5.10.2016 (Mi)	✓	✓	✓	
Oberspreewald-Lausitz, <i>Senftenberg</i> (16)	7.10.2016 (Fr)	✗	✓	✓	
Oder-Spree, <i>Eisenhüttenstadt</i> (14)	29.9.2016 (Do)	✗	✓	✓	
Ostprignitz-Ruppin, <i>Kyritz</i> (7)	22.2.2016 (Mo)	✓		✓	
Potsdam (5)	28.11.2015 (Sa)	✗	✓		
Potsdam-Mittelmark, <i>Michendorf</i> (18)	30.11.2016 (Mi)	✓ Hoher Fläming		✓	
Prignitz, <i>Wittenberge</i> (8)	13.4.2016 (Mi)	✓ Prignitz		✓	
Spree-Neiße, <i>Forst</i> (10)	26.5.2016 (Do)	✓		✓	
Teltow-Fläming, <i>Luckenwalde</i> (3)	4.7.2015 (Sa)	✓		✓	
Uckermark, <i>Prenzlau</i> (9)	22.4.2016 (Fr)	✓		✓	

ZD = Zukunftsdialog PfD = Partnerschaften für Demokratie LAP = Lokale Aktionspläne

Quellen für Tabelle 1:

Webseite Zukunftsdialog Tolerantes Brandenburg (Träger: Demokratie und Integration Brandenburg e. V.), abrufbar unter: <http://www.zukunftsdialog-brandenburg.de/> (letzter Zugriff: 9.1.2017).

Webseite des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ (Träger: BMFSFJ), abrufbar unter: <https://www.demokratie-leben.de/programm/partner/partnerschaften-fuer-demokratie.html#r-4> (letzter Zugriff: 9.1.2017) und Auskünfte der regionalen Organisatoren.

Tab. 1: Übersicht über die 18 Zukunftsdialoge

9:00 Uhr	Ankommen der Teilnehmer, Kaffee, Imbiss
9:30 Uhr	Begrüßung durch den Landrat oder andere Politiker Begrüßung durch die gastgebende Einrichtung und weitere Grußworte Vorstellen der Agenda
10:00 Uhr	Information über Struktur und Aufgaben des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ durch die Vertreterin der Koordinierungsstelle Kurzfilme zu den Organisationen des Beratungsnetzwerkes des TBB Information zur regionalen Situation des Rechtsextremismus durch einen Vertreter des Verfassungsschutzes Brandenburg oder des MBT
12:00 Uhr	Vortrag eines Wissenschaftlers zur Flüchtlingsthematik, Demokratieförderung und Rechtspopulismus- Thematisierung, zu Rechtsextremismus oder einem anderen Thema (nur bei einigen Veranstaltungen) Vorstellung der Thementische oder Arbeitsgruppen für den Nachmittag Zuordnung der Teilnehmer zu den Gruppen
13:00 Uhr	Mittagspause
14:00 Uhr	Arbeit in Kleingruppen an Thementischen oder in Arbeitsgruppen Dokumentation der Arbeitsergebnisse auf Flipchart oder Metaplan-Wänden
15:45 Uhr	Vorstellung der Gruppenergebnisse im Plenum Auswertung und Zusammenfassung der Veranstaltung
16:30 Uhr	Ende der Veranstaltung

Tab. 2: Typischer Ablauf eines Zukunftsdialogs

3.1.2 Organisation der Zukunftsdialoge

Die Initiative zu den Zukunftsdialogen geht auf die Koordinierungsstelle TBB zurück. Die Durchführung der Zukunftsdialoge wurde dem Verein „Demokratie und Integration Brandenburg e.V. (DIB)“ mit seinen beiden Arbeitsbereichen RAA und MBT übertragen.³

Die Delegation des Projekts Zukunftsdialoge an den DIB e. V. ist im Hinblick auf das übergeordnete Ziel einer intensiveren Regionalisierung des TBB ein aufschlussreiches Faktum: Für die Koordination von Planung, Vorbereitung und Durchführung der Zukunftsdialoge wurde eine zentrale Projektstelle in der Geschäftsstelle des DIB e. V. eingerichtet; in den Landkreisen und Städten wurde die Organisation von den sechs Büros für Integration und Toleranz (BIT) übernommen, die DIB e. V. in Angermünde, Cottbus, Frankfurt (Oder), Neuruppin, Potsdam und Trebbin unterhält. Diese Büros bilden die regionalen Niederlassungen von RAA und MBT.⁴ Diejenigen Zukunftsdialoge, die mit einer Tagung der „Partnerschaften für Demokratie“ (Pfd) gekoppelt waren, wurden in unterschiedlichem Umfang von den jeweiligen

³ Quelle: <http://demokratie-integration-brandenburg.de/Zukunftsdialog> (letzter Zugriff: 7.1.2017).

⁴ Quelle: <http://demokratie-integration-brandenburg.de/Regionale-Struktur> (letzter Zugriff: 7.1.2017).

PfD-Koordinatoren mitorganisiert.⁵ In etlichen Fällen wirkten überdies die jeweilige Kreisverwaltung oder einzelne Freie Träger mit.

Mit der Initiierung seitens der Koordinierungsstelle und der Vorgabe des zeitlichen Rahmens der Reihe, der Zweiteilung des Programms, der Koordination durch DIB e. V. und der Organisation der Zukunftsdialoge in den Regionen waren sehr viele Akteure mit teilweise divergierenden Interessen an den Zukunftsdialogen beteiligt. Dies wurde nicht zuletzt daran deutlich, dass im Zuge komplizierter Planungsprozesse die Termine in manchen Regionen mehrfach verschoben wurden. In manchen Landkreisen herrschten überdies zunächst Vorbehalte gegenüber einer von zentraler Stelle anberaumten Tagung. Hier musste ein möglicher Ertrag für die Region erst verdeutlicht werden.

An der Tatsache, dass die Zukunftsdialoge als Projekt des DIB e. V. durchgeführt wurden, lässt sich ersehen, dass mit den BITs (RAA und MBT) handlungsfähige regionalisierte Akteure innerhalb des TBB existieren. Auch die Koordinatoren der PfD/LAP, die bei etlichen Zukunftsdialogen maßgeblich mitgewirkt haben, sind solche Akteure mit hoher Regionalkompetenz. Sie sind jedoch nur mittelbar Teil des TBB, da sie aus Bundesmitteln finanziert werden. Die landesweite Kooperation von 9 der 15 PfD-/LAP-Koordinationsstellen wird wiederum vom DIB e. V. organisiert.

Ohne die spezifischen Kenntnisse von aktuellen Problemlagen und Akteursnetzwerken wären die Planung und Durchführung der Zukunftsdialoge nicht möglich gewesen. Mit diesen regionalen Akteuren existiert somit eine stabile Grundlage für eine weitere Intensivierung der regionalen Bedeutung des TBB.

3.1.3 Akteursnetzwerke und Förderstrukturen

In den vier kreisfreien Städten und den 14 Landkreisen des Landes existieren unterschiedlich große Akteursnetzwerke. Diese Akteursnetzwerke bestehen aus ehrenamtlich tätigen Personen, aus Mitarbeitern von Freien Trägern, von Kommunalverwaltungen und aus Kommunalpolitikern. Sie stellen die gesellschaftliche Basis der operativen Arbeit der Demokratieförderung (einschließlich der Thematisierung von Rechtspopulismus), der kritischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Flüchtlingsintegration und allen weiteren Aspekten von Integration und Inklusion dar.

Ihre Entstehung, ihre Entwicklung und ihre aktuelle Existenz verdanken sie der Initiative von engagierten Einzelnen und Gruppen, die in ihrem (beruflichen oder privaten) sozialen Umfeld Probleme identifizieren und sich entschließen, diese Probleme zu bearbeiten.

Das Alter, der Umfang, die personelle Zusammensetzung, Organisations- und Rechtsformen, die territoriale Reichweite, das Verhältnis zur kommunalen Ver-

⁵ „Partnerschaften für Demokratie“ werden in Kapitel 3.1.3 näher erläutert.

waltung und Politik, die Themen und die Aktivitätsformen dieser Netzwerke unterscheiden sich stark. Diese Akteursnetzwerke waren zum einen die Zielgruppe, an die sich die Zukunftsdialoge richteten, zum anderen hätten die Zukunftsdialoge nicht vorbereitet und durchgeführt werden können ohne die engagierte Mitwirkung von Aktivkernen dieser Akteursnetzwerke.

Charakteristisch für die Situation in Brandenburg ist dabei die Verschränkung von Bundes- und Landesförderung und die damit zusammenhängende Organisation der Akteursnetzwerke: In 15 Städten, Regionen oder ganzen Landkreisen Brandenburgs werden derzeit im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindschaft“ sogenannte „Partnerschaften für Demokratie“ (Pfd) gefördert.⁶

Die Pfd sind regionale Kooperationsverbände, die mit der finanziellen Förderung aus dem Bundesprogramm über einen *Aktions- und Initiativfonds* verfügen. Damit werden Projekte in der Region gefördert. Bei der Vergabe der Mittel berät der jeweilige *Begleitausschuss*, der sich aus Vertretern der Region zusammensetzt. Die Regie liegt bei den regionalen *Koordinierungsstellen* der jeweiligen Pfd.⁷

Zum Konzept der Pfd gehört es, dass mit einem Aktivitätsbudget zwischen 35.000 € und 55.000 € kalenderjährlich pro Pfd Kleinst- und Kleinprojekte mit Sachmitteln (und nicht mit Personalmitteln) gefördert werden und damit vor allem die Arbeit von Ehrenamtlichen unterstützt wird.⁸ Die Pfd wurden unter der Bezeichnung „Lokale Aktionspläne“ (LAP) erstmals mit dem Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT“ (Programmlaufzeit 2007 bis 2010) eingeführt. Das anschließende Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN, KOMPETENZ STÄRKEN“ hat die Förderung von LAP fortgeführt.⁹ Die Pfd im derzeit laufenden Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ entsprechen den früheren LAP. Die Bezeichnung LAP hat sich im Sprachgebrauch der Akteure weitgehend erhalten.

Die Pfd sind aktuell seitens des BMFSFJ verpflichtet, kalenderjährlich eine sogenannte „Demokratiekonferenz“ durchzuführen. 13 der insgesamt 18 Zukunftsdialoge wurden im Rahmen der obligatorischen Pfd-Demokratiekonferenzen organisiert, bei denen über die Arbeits- und Förderschwerpunkte der Pfd zu beraten war (vgl. Tab. 1). Sie wurden dazu um einen spezifischen inhaltlichen Teil ergänzt. Fünf Zukunftsdialoge wurden nicht zugleich auch als Pfd-Demokratiekonferenzen durchgeführt (vgl. Tab. 1).

6 Übersicht über die in Brandenburg existierenden Pfd/LAP, abrufbar unter URL: <https://www.demokratie-leben.de/programmpartner/partnerschaften-fuer-demokratie.html#r-4> (letzter Zugriff: 8.2.2017).

7 Vgl. die Webseite des Bundesprogramms, abrufbar unter URL: <https://www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/ueber-demokratie-leben/partnerschaften-fuer-demokratie.html> (letzter Zugriff: 7.1.2017).

8 Vgl. die Richtlinien des Programms: abrufbar unter URL: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Leitlinien/ba_151221_Leitlinie-A_Partnerschaften_fuer_Demokratie_aktualisiert.pdf, S. 14 (letzter Zugriff: 1.11.2016). Und https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Leitlinien/Foerderleitlinie_A_2017.pdf, S. 14 (letzter Zugriff: 2.1.2017).

9 Vgl. <http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/das-bundesprogramm/lokale-aktionsplaene/> (letzter Zugriff: 7.1.2017).

Der hohe Anteil der Zukunftsdialoge, die auf eine ohnehin anstehende Demokratiekonferenz aufgesattelt waren, macht zweierlei deutlich: Die Tatsache existierender Akteursnetzwerke in den Städten und Regionen Brandenburgs war die Voraussetzung dafür, dass die Zukunftsdialoge überhaupt eine interessierte Teilnehmerschaft ansprechen konnten. Demokratieförderung und Auseinandersetzung mit antidemokratischen Kräften wird in Brandenburg nicht allein aus dem Landeshaushalt gefördert, sondern auch über den Bund. Die Koordinierungsstelle TBB ist dabei für die Vergabe von Landesmitteln wie für die Mitentscheidung über die Vergabe der Bundesmittel zuständig.

3.1.4 „Tolerantes Brandenburg“ und „Bündnis für Brandenburg“

In der Zeit zwischen dem dritten (Juli 2015) und dem vierten Zukunftsdialog (November 2015) entschied die Bundeskanzlerin im Spätsommer 2015, die Grenzen für Flüchtlinge zu öffnen. In der Folge erreichte der Zustrom von Flüchtlingen einen bis dahin unbekanntem Umfang. Dies stellte sowohl die Landespolitik wie auch die regionalen Akteursnetzwerke vor neue Herausforderungen. Eine Antwort bestand in der Gründung des „Bündnis für Brandenburg“ (BfB) am 26.11.2015.

„Ziel des Bündnisses ist es, Integrationsbemühungen zu bündeln und Konzepte miteinander zu verbinden. Zudem soll es eine zentrale Plattform für gesellschaftliche Kommunikation zur Flüchtlingsintegration sein. Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie wird nur gelingen, wenn sich die Gesellschaft dieser Aufgabe stellt und sie als Chance begreift.“¹⁰

Die Koordination dieses neuen Kooperationsverbundes wurde in der Staatskanzlei angesiedelt. Mit Wirkung zum 1.4.2016 wurde die Koordinationsstelle des TBB vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS) ebenfalls in die Staatskanzlei verlagert. Das Bündnis für Brandenburg wird von der Leiterin der Koordinierungsstelle des TBB koordiniert.¹¹

Mit der neuen Flüchtlingspolitik und der Gründung des BfB waren Veränderungen bei den Zukunftsdialogen zu beobachten, die sich auf die Förderpolitik, auf die Themenauswahl und auf die Teilnehmerzusammensetzung bezogen.

Die finanziellen Landes- und Bundesmittel, die unmittelbar oder unter Mitwirkung der Koordinierungsstelle des TBB beantragt werden konnten, wurden deutlich erhöht. Dabei lag die finanzielle Ausstattung aus Landeshaushaltsmitteln beim BfB mit 1,73 Mio. € über dem Etat des TBB (1,17 Mio. €).¹² Bei den Zukunfts-

¹⁰ Webseite Bündnis für Brandenburg: <http://buendnis-fuer-brandenburg.de/> (letzter Zugriff: 2.1.2017).

¹¹ Vgl. dazu die Begründung der Staatskanzlei im Brandenburgischen Landtag vom 27.4.2016 (LT-Plenarprotokoll 6/27, S. 2471).

¹² Vgl. zu den Details den 6. Bericht der Landesregierung „Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ vom Mai 2016, (LT-Drs. 6/4243, insbes. S. 4, 8, 63, 65), abrufbar unter URL: <https://www.parlamentsdokumentation.de/>

dialogen wurde über die veränderte Finanzausstattung durch das Land und über die Erhöhung der Förderleistungen aus den Bundesprogrammen „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ informiert. Damit wurde die Service-Aufgabe der Koordinierungsstelle bei der Vergabe von Fördermitteln betont und seitens der Landesebene des TBB die vertikale Information gegenüber den regionalen Akteursnetzwerken intensiviert.

Die neue politische Situation bestimmte die Themenwahl der Zukunftsdialoge, sodass Fragen der Flüchtlingspolitik, der ehrenamtlichen Flüchtlingsunterstützung und der Flüchtlingsintegration generell in den Mittelpunkt gestellt wurden (vgl. Kap. 3.4). Zunächst standen Aspekte der Unterbringung im Fokus, später Fragen der Integration in Alltag, Bildung und Wirtschaft.

Hinsichtlich der Teilnehmerschaft bestand die Veränderung darin, dass im Verlaufe der Reihe der Zukunftsdialog mit den in der Flüchtlingsarbeit Engagierten auch Personen zu den Veranstaltungen gekommen waren, die zuvor nicht Teil der bestehenden regionalen Akteursnetzwerke waren. Dazu gehörten etwa Mitglieder von sogenannten „Willkommensinitiativen“. Diese Entwicklung war nicht bei allen Zukunftsdialogen in gleichem Maße zu beobachten, lässt sich aber als Tendenz festhalten. Das thematisch breit aufgespannte Dach ließ die Zukunftsdialoge in zunehmendem Maße auch zu einer Anlaufstelle für Akteure der Flüchtlingsarbeit werden.

3.2 Akteure und Teilnehmer¹³

Dieses Kapitel analysiert die Teilnehmerschaft der Zukunftsdialoge (vgl. Kap. 2, Frage 1). An den durchgeführten 18 Zukunftsdialogen im Land Brandenburg nahmen insgesamt 1.244 Personen teil, weitere 243 hatten sich angemeldet, mussten dann aber letztlich die Teilnahme absagen (vgl. Tab. 3). Eingeladen wurde in der Regel durch die Veranstalter vor Ort. Dabei erfolgte überwiegend eine namentliche Einladung von potenziellen Interessenten in den Kommunalverwaltungen sowie von offiziellen und informellen regionalen Netzwerken (z. B. lokale Partnerschaften für Demokratie, Integrationsnetzwerke, Netzwerke sozialer Dienste, einschlägige Initiativen und Vereine). Es wurden zudem Vertreter aus Politik und Parteien eingeladen sowie die lokalen Vertreter der Kooperationspartner im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung. Diese wurden in den meisten Fällen von der Koordinierungsstelle „Tolerantes Branden-

[brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_4200/4243.pdf](https://www.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_4200/4243.pdf); Nachtragshaushaltsgesetz 2016 (LT-Drs. 6/3270, S. 105 ff.) sowie https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_3200/3270.pdf.

¹³ Die Aussagen in diesem Abschnitt gehen einerseits auf Auswertungen der Anmelde- und Teilnehmerlisten der 18 Zukunftsdialoge zurück sowie andererseits auf die Zählungen und Beobachtungen während der Veranstaltungen. Bei den nachfolgenden Auswertungen wurden die Vertreter der Organisationsteams (z. B. von der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“, demos oder Moderatoren) nicht berücksichtigt. Deren Größenordnung lag jeweils zwischen 7 und 10 Personen.

burg“ eingeladen. Nach Schätzung der einladenden Institutionen wurden mit den Einladungen je Stadt bzw. Landkreis zwischen 200 und 400 Personen erreicht. In mehreren Regionen wiesen die lokalen Verantwortlichen und Organisatoren darauf hin, dass im Rahmen der Zukunftsdialoge in signifikantem Maße neue Akteure und Interessenten aktiviert werden konnten.

An den 18 Veranstaltungen nahmen durchschnittlich 70 Personen teil. Mit 106 Personen verzeichnete der Zukunftsdialog im Landkreis Oberhavel die meisten Teilnehmer, in Frankfurt (Oder) fand der kleinste Zukunftsdialog statt. Eine Prüfung zeigte, dass die Teilnehmendenzahlen nur schwach mit den Einwohnerzahlen der Landkreise bzw. der kreisfreien Städte korrelieren und nur bedingt mit der Anzahl und Verbreitung von Einladungen in Zusammenhang stand. Nach Aussagen der Veranstalter repräsentieren die Teilnehmer zwischen 40 und 60 %, in Einzelfällen auch 90 % der aktiven Akteure der lokalen Netzwerke für Toleranz- und Demokratieförderung und Integration. Diese Streuung der Teilnehmerzahlen muss als Ergebnis zahlreicher lokaler und situativer Rahmenbedingungen verstanden werden (vgl. auch Kap. 3.4.2). Unseren Einschätzungen zufolge war beispielsweise das Teilnahmeinteresse an den Zukunftsdialogen eher dann besonders groß, wenn in den Veranstaltungen aktuelle Bedarfslagen der regionalen Akteursnetzwerke aufgegriffen wurden (z. B. die Erarbeitung eines kreisweiten Integrationskonzepts). In vielen Landkreisen und kreisfreien Städten wirkte sich dagegen eine enge zeitliche Folge von inhaltlich ähnlichen Tagungen und Netzwerktreffen (z. B. Dialogforen auf Landes- und Kreisebene, Koordinierungstreffen im Zusammenhang mit der Flüchtlingszuwanderung, Veranstaltungen im Rahmen des BfB) mindernd auf die Teilnehmerzahlen der Zukunftsdialoge aus.

Ähnliches ließ sich auch hinsichtlich der Teilnehmerstabilität im Tagesverlauf der Zukunftsdialoge beobachten: In denjenigen Landkreisen und kreisfreien Städten, in denen über etablierte Netzwerke eingeladen wurde und gleichzeitig die Zukunftsdialoge in bestehende Funktionszusammenhänge und Entwicklungsprozesse substanziell eingepasst werden konnten (z. B. im Landkreis Elbe-Elster, im Landkreis Oder-Spree), verzeichneten die Zukunftsdialoge hohe und über den Tag stabile Teilnehmerzahlen. Dominierte dagegen der Informationscharakter, so fielen die Teilnehmerzahlen eher gering aus und die „Schwundquoten“ waren überdurchschnittlich hoch.

Somit ist zu konstatieren, dass die Zusammensetzung und die Anzahl der Teilnehmer der Zukunftsdialoge das Ergebnis eines vielschichtigen Selektionsprozesses ist, der von zahlreichen Determinanten bestimmt wird.

Die Zählungen während der Zukunftsdialoge machen deutlich, dass die Zahlen der tatsächlich Anwesenden nicht immer mit den Werten aus den Anmeldelisten übereinstimmen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass nicht alle Angemeldeten ganztägig an den jeweiligen Zukunftsdialogen teilnahmen. Im Laufe der Tagesveranstaltungen kam es fast überall zu Schwankungen und einem unterschiedlich starken Schwund der Teilnehmerschaft. Im Hinblick auf das Geschlecht und die

Altersstruktur der Teilnehmer gab es zwar Schwankungen, diese können aber nur einzelfallbezogen interpretiert werden.

Die weitaus meisten Teilnehmer an den Zukunftsdialogen gehörten Vereinen und Verbänden, lokalen Verwaltungen, Gebietskörperschaften, Parteien oder politischen Gremien an. Mit einem Drittel stellen Mitglieder von Vereinen und Verbänden das größte Kontingent der Teilnehmer, gefolgt von Vertretern der lokalen Gebietskörperschaften oder Verwaltungseinrichtungen (24%). 14 % der Teilnehmenden waren Mitglieder von institutionell nicht gebundenen Netzwerken, Bündnissen und Initiativen. Ihr Anteil war in der Stadt Potsdam (44 %) und im Landkreis Barnim (33 %) auffällig hoch, beide haben keinen LAP bzw. keine Partnerschaft für Demokratie. 9 % der Teilnehmer waren Vertreter von Politik und Parteien, der überwiegende Teil auf der kommunalen Ebene. Vertreter von Landesverwaltungen oder Ministerien waren nur vereinzelt anwesend. Der Anteil der Kooperationspartner lag im Durchschnitt bei 15 %. Insgesamt waren 206 Personen von 22 unterschiedlichen Kooperationspartnern anwesend. Darunter stellten die Wohlfahrtsverbände, die evangelische Kirche und die Landessportjugend/der Landessportbund die größten Gruppen.

Landkreis	Teilnehmer (laut Anmelde Listen, ohne Organisationsteam)				Teilnehmer (Zählungen und Schätzungen der Veranstaltungsbeobachter)			
	anwesend	abgesagt	davon Frauen	davon KoopPartn.	vormittags	davon <25 J.	davon >65 J.	nachmittags
Barnim	83	10	53 %	13 %	60	3 %	17 %	36
Brandenburg a. d. Havel	48	21	67 %	17 %	48	15 %	9 %	32
Cottbus (2-tägig)	71	6	58 %	17 %	50	18 %	k.A.	48
Dahme-Spreewald	60	11	38 %	17 %	48	17 %	4 %	36
Elbe-Elster	96	21	57 %	10 %	95	12 %	9 %	66
Frankfurt (Oder)	32	9	45 %	10 %	25	12 %	28 %	21
Havelland	63	5	49 %	10 %	50	10 %	10 %	40
Märkisch-Oderland	79	21	57 %	10 %	85	12 %	12 %	70
Oberhavel	106	13	47 %	16 %	75	13 %	13 %	70
Oberspreewald-Lausitz	44	10	61 %	14 %	42	3 %	-	29
Oder-Spree	88	23	52 %	19 %	85	5 %	2 %	75
Ostprignitz-Ruppin	81	19	51 %	11 %	80	7 %	4 %	66
Potsdam	61	34	62 %	7 %	50	10 %	10 %	40
Potsdam-Mittelmark	70	9	57 %	4 %	45	2 %	15 %	64
Prignitz	95	12	60 %	7 %	90	6 %	5 %	60
Spree-Neiße	48	k.A.	58 %	10 %	49	8 %	-	29
Teltow-Fläming	68	12	54 %	19 %	67	15 %	5 %	62
Uckermark	51	7	61 %	16 %	49	4 %	10 %	34
Insgesamt	1 244	243	55 %	15 %				

Tab. 3: Teilnahme an den 18 Zukunftsdialogen im Überblick

Wie Abb. 1 zu entnehmen ist, treten in Bezug auf die Teilnehmerzusammensetzungen zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen teilweise erhebliche Unterschiede auf. Beispielsweise liegt der Anteil der Vertreter von Vereinen und Verbänden im Landkreis Märkisch-Oderland bei 56 %, im Landkreis Uckermark dagegen bei nur 20 %. Im Landkreis Barnim lag der Anteil von Teilnehmern aus Politik und Parteien bei nur 2 %, in der Stadt Brandenburg an der Havel bei 17 %. Für diese Streuungen können sehr unterschiedliche Ursachen verantwortlich sein. So lassen sie sich beispielsweise darauf zurückführen, in welcher Form zum Zukunftsdialog eingeladen wurde, welcher Stellenwert dem Zukunftsdialog innerhalb der kreisweiten Integrationspolitik zugedacht wurde oder an welchem Wochentag die Veranstaltung angesetzt wurde.

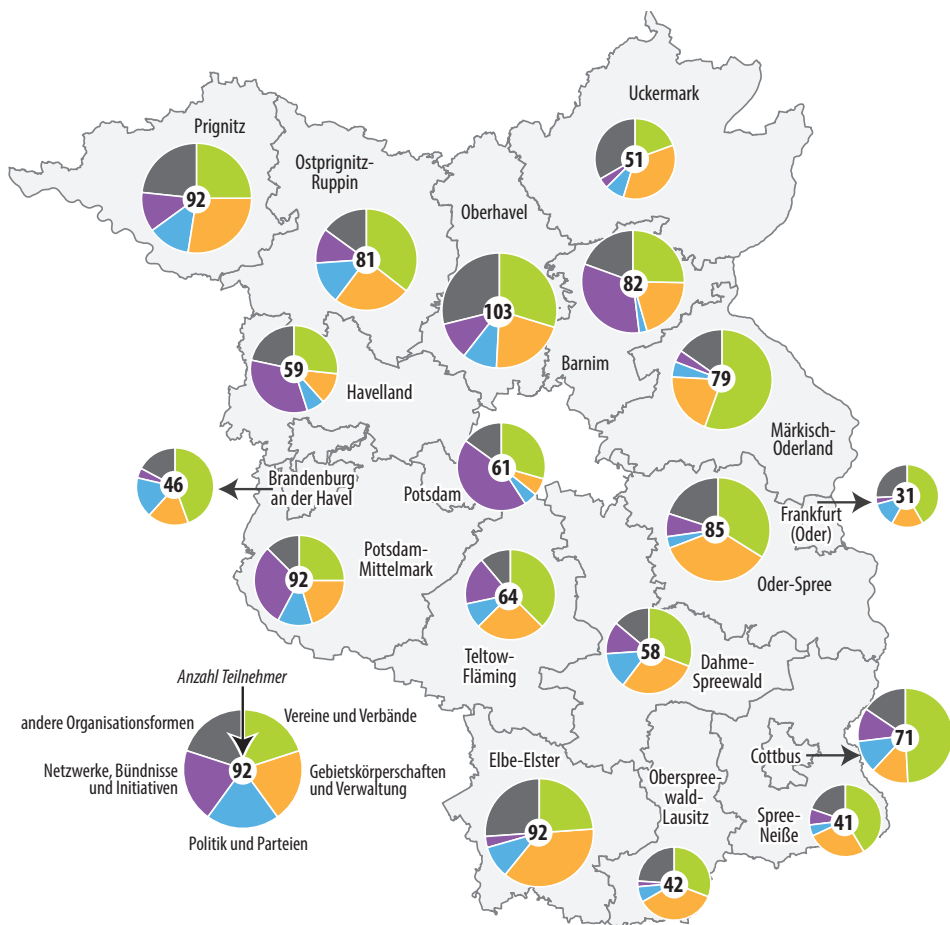


Abb. 1: Zusammensetzung der Teilnehmerschaft der 18 Zukunftsdialoge nach Organisationsformen (Quelle: Teilnehmerlisten)

Die Abb. 2 gibt Auskunft, in welchen Handlungsfeldern die Teilnehmenden der 18 Zukunftsdialoge aktiv sind. Die Handlungsfelder wurden auf der Grundlage der organisationsbezogenen Angaben der Teilnehmer in den Anmelde Listen ermittelt. Dabei konnten nicht alle Anwesenden einem spezifischen, einzelnen Handlungsfeld zugewiesen werden, da viele Aktive Querschnittsaufgaben verfolgen und in mehreren Handlungsfeldern tätig sind. Das Handlungsfeld *Migration, Flucht und Integration* ist mit 22% am stärksten vertreten, vor allem in den Landkreisen Havelland und Barnim. Akteure, die dem Handlungsfeld *Kinder, Jugendliche und Sport* zugeordnet wurden, stellen 15% der Teilnehmer, wobei die Anzahl von Personen, die ausschließlich dem Bereich Sport zuzuordnen sind, mit insgesamt 33 Personen relativ gering ausfällt. Akteure aus den Bereichen *Demokratie- und*

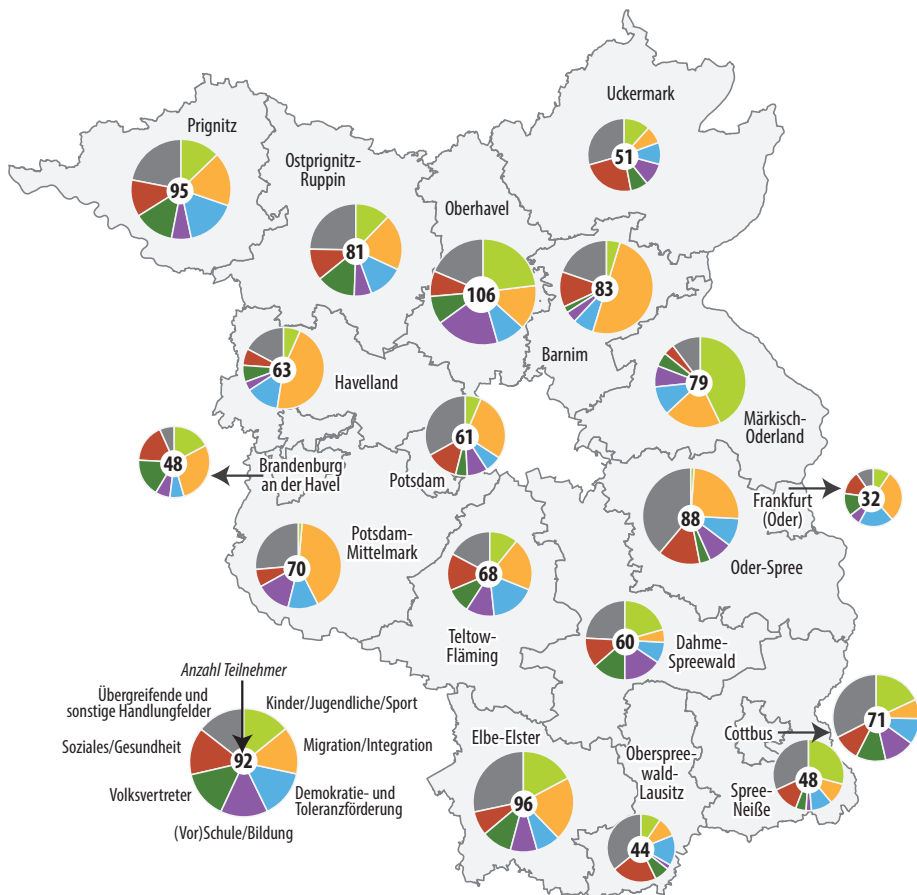


Abb. 2: Zusammensetzung der Teilnehmerschaft der 18 Zukunftsdialoge nach Handlungsfeldern (Quelle: Teilnehmerlisten)

Toleranzförderung sowie *Sozialer Arbeit* (im weitesten Sinne) machten jeweils 11 % aus. 9 % der Teilnehmer waren gewählte Vertreter bzw. deren Mitarbeiter, darunter 47 aus Kommunalparlamenten, 41 aus dem Land- oder Bundestag und 20 Bürgermeister oder Landräte. Sie waren allerdings auf den Zukunftsdialogen in den Landkreisen Barnim, Oder-Spree und Spree-Neiße sowie der Landeshauptstadt Potsdam nur gering vertreten. 8 % der Teilnehmer können dem Handlungsfeld *Kinderbetreuung, Schule und Schulsozialarbeit* zugerechnet werden, worunter sich knapp 40 Lehrer befanden.

Wie sich schon bei den Organisationsformen (vgl. Abb. 1) zeigte, werden erhebliche Schwankungen bei den Handlungsfeldern deutlich. Die Hintergründe können nur regionsspezifisch erklärt werden. So fanden beispielsweise in den Landkreisen Barnim und Potsdam-Mittelmark im Anschluss an die Zukunftsdialoge offizielle Dankesveranstaltungen und Festakte für die lokalen Willkommensinitiativen statt. Dementsprechend hoch liegen in den beiden Landkreisen die Anteile der Teilnehmenden aus dem Handlungsfeld *Migration, Flucht und Integration* (häufig Aktive aus lokalen Willkommensinitiativen).

Auf der Grundlage der Anmelde Listen wurde schließlich recherchiert und für jeden Einzelfall rekonstruiert, in welchen Gemeinden bzw. Amtsgemeinden die jeweiligen Teilnehmenden in den Handlungsfeldern *Integration, Demokratie- und Toleranzförderung* haupt- und/oder ehrenamtlich aktiv sind. Abb. 3 zeigt folglich die Aktionsräume aller Personen, die an den Zukunftsdialogen teilnahmen bzw. sich für einen Zukunftsdialog angemeldet haben. Auf den ersten Blick ist zu erkennen, dass es eine sehr breite Abdeckung im gesamten Land Brandenburg gibt. Besonders viele Interessenten und Aktive finden sich erwartungsgemäß in den größeren Städten des Landes sowie im engeren Verflechtungsraum zu Berlin. Aber auch in einigen peripheren Landkreisen ist in nahezu jeder Gemeinde mindestens eine Person aktiv.¹⁴ Die Darstellung ist gleichwohl unvollständig, da nur diejenigen Personen berücksichtigt wurden, die auf den Anmelde Listen der 18 Zukunftsdialoge verzeichnet sind. Es ist anzunehmen, dass darüber hinaus noch weitere Akteure in den Handlungsfeldern *Integration, Demokratie- und Toleranzförderung* aktiv sind. Zudem waren auf allen 18 Veranstaltungen Vertreter aus Verwaltung und Politik auf Kreis- und Stadtebene anwesend, deren Handlungs- und Aktionsfeld jeweils das gesamte Kreis- oder Stadtgebiet umfasst.

Es kann somit festgehalten werden, dass im Land Brandenburg flächendeckend ein dichtes Netzwerk von Akteuren vorhanden ist, die sich in diesem Handlungsfeld engagieren. Dieses Potenzial wurde durch die Zukunftsdialoge sichtbar gemacht. Gleichwohl ist anzunehmen, dass „das Heben dieser Schätze“ in den jeweiligen Landkreisen und kreisfreien Städten unterschiedlich gut gelungen ist.

¹⁴ Eine Korrelation zwischen der Zahl der Aktiven in den Gemeinden und der Anzahl der Bewohner ergibt einen Pearsonsschen Korrelationskoeffizienten von $r^2=0,67$. Damit werden knapp 70 % der Varianz der Aktiven in den Gemeinden von der Größe der jeweiligen Gemeinde erklärt. Die Zahl der Aktiven ist damit vor allem von der Gesamtzahl der Einwohner in den Gemeinden abhängig.

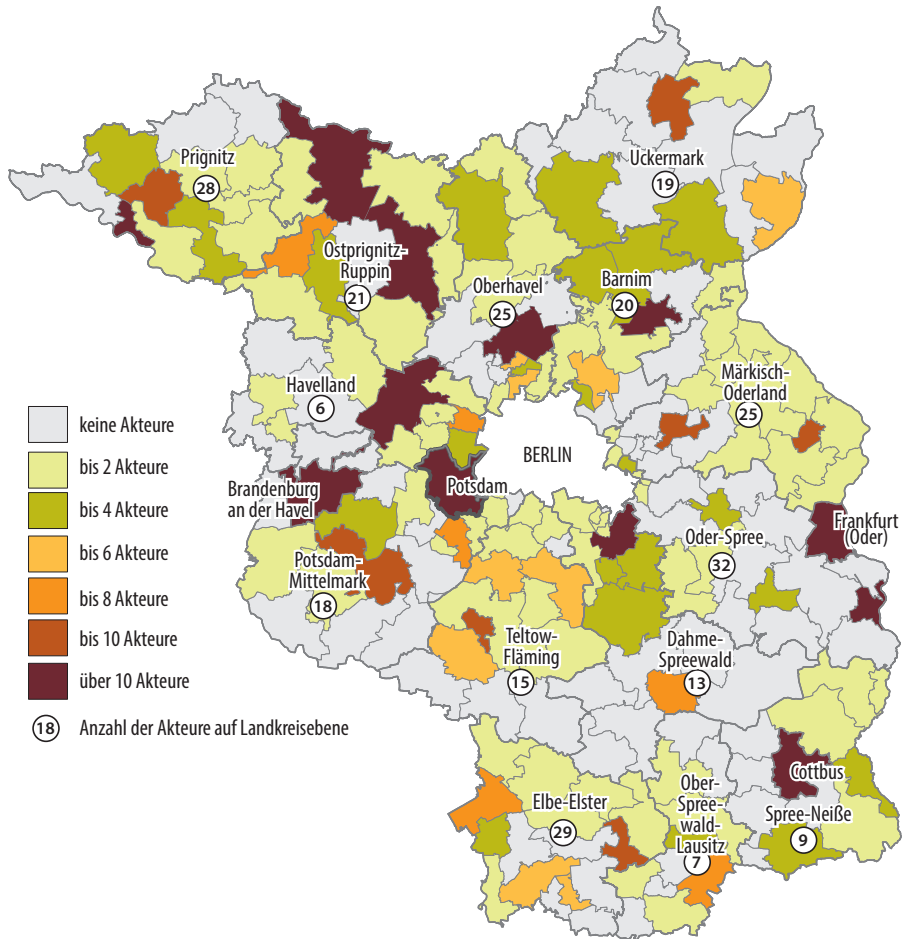


Abb. 3: Aktionsräume der Teilnehmer der Zukunftsdialoge auf der Ebene von Gemeinden und Amtsgemeinden

3.3 Erwartungen an die Landesebene und an eine weitere Regionalisierung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“

Im folgenden Kapitel geht es um die Erwartungen der lokalen Akteure und der Teilnehmer der Zukunftsdialoge an die Landesebene und die Regionalisierung des Handlungskonzepts (vgl. Kap. 2, Frage 2). Die Ausführungen stützen sich auf die Auswertung der Arbeitsgruppenergebnisse der Zukunftsdialoge, auf Gespräche mit regionalen Organisatoren, Moderatoren und Teilnehmern und auf 14 aufgezeichnete Kurzinterviews. Berücksichtigt wurden auch die Rückmeldungen der Projektleitung von DIB e.V., der MBT sowie von LAP-/PfD-Koordinatoren. Aus dem breiten Spektrum von Wünschen, Ideen, Vorschlägen und Erwartungen wurden für die Kapitel 3.3.1 und 3.3.2 nur diejenigen Rückmeldungen ausgewählt, die sich explizit an die Landesebene des TBB richten und die einen Beitrag zur Konkretisierung des offenen Konzepts der Regionalisierung darstellen. Die nachfolgenden beiden Kapitel liefern eine systematisierende, qualitative Auswertung der am häufigsten genannten Aspekte aus diesen sehr unterschiedlichen Quellen.¹⁵

3.3.1 Erwartungen an die Landesebene

Zur Landesebene des TBB werden in dieser Expertise diejenigen Mitglieder des Beratungsnetzwerks gezählt, die nur eine zentrale Repräsentanz haben und nicht auch mit Regionalbüros in der Fläche des Landes vertreten sind. Das sind die Koordinierungsstelle, der Verein Opferperspektive e.V. und das Aktionsbündnis. Da das Handlungskonzept ein ressortübergreifendes Konzept der Landesregierung ist, gehören im weiteren Sinne auch die Ministerien und weitere Landeseinrichtungen zur Landesebene des TBB.

Das Handlungskonzept „*Tolerantes Brandenburg*“ der Landesregierung war vielen Teilnehmern der Zukunftsdialoge vor allem durch die Vergabe von Fördermitteln bekannt. Dadurch, so einige Rückmeldungen, könne das Handlungskonzept seine Bekanntheit weiter erhöhen. Angemahnt wurde bisweilen eine verständliche(re) Sprache für die Bürger. Zudem wurde der Hinweis gegeben, dass die landesweiten Plakate und Flyer zum Thema Rechtsextremismus auch in nichtdeutschen Sprachen veröffentlicht werden sollten. Explizit wurde mehrfach der Wunsch geäußert, die dezentralen Beratungsstrukturen langfristig zu sichern.

Das *landesweite Beratungsnetzwerk* erfuhr während der Zukunftsdialoge viel Lob. Die Beratungseinrichtungen wurden als „verlässlicher Ansprechpartner bei der organisatorischen Unterstützung von regionalen Veranstaltungen“ und „das Beratungsnetzwerk als Ideenschmiede“ bezeichnet. Hervorgehoben wurden z. B.

¹⁵ Einzelne Aussagen von Personen oder auf Flipcharts werden hier wörtlich zitiert; sie sind dann in Anführungszeichen gesetzt.

die Inspirationen durch das Konzept „Schöner leben ohne Nazis“ des Aktionsbündnisses. Als positiv wurde hervorgehoben, dass im Rahmen der Zukunftsdialoge die Möglichkeit bestand, die jeweiligen Personen aus den landeszentralen Beratungseinrichtungen persönlich kennenzulernen; dies mache die Arbeitsbeziehungen angenehmer und auch leistungsstärker.

Zahlreiche positive Rückmeldungen konnten auch im Hinblick auf die Arbeit der *Koordinierungsstelle* registriert werden. Die Koordinierungsstelle „betreibt eine erfolgreiche politische Verwaltung des TBB gegenüber der Landespolitik“ und „sorge für eine verlässliche Sicherung des Haushalts“. Bei der Unterstützung von regionalen Veranstaltungen sei sie in finanzieller wie organisatorischer Hinsicht ein zuverlässiger Partner. Herausgestellt wurde darüber hinaus die sehr gute landesweite Öffentlichkeitsarbeit, die mittlerweile auch die neuen Technologien und Medien nutze und damit neue Adressatengruppen erreicht. Als Anforderungen an die Koordinierungsstelle wurde formuliert, dass fortlaufend in die Regionen informiert und mit den dortigen Aktiven kommuniziert werden solle. Dabei müsse besser verdeutlicht werden, „wofür die Koordinierungsstelle zuständig ist und wofür nicht“. Als äußerst wichtig und wünschenswert wurde die persönliche Bekanntschaft mit den zuständigen Ansprechpartnern eingeschätzt; deshalb würden Teilnahmen von Vertretern der Koordinierungsstelle an Veranstaltungen in den Regionen (z. B. auf Demokratiekonferenzen) sehr hoch geschätzt. Durch ein systematisches „Reinhören in die Region“ könnten regionale Themen von der Koordinierungsstelle auch vermehrt aufgenommen und gebündelt werden.

An die *Landespolitik und ihre Vertreter* wurde wiederholt die Forderung adressiert, dass klare und profilierte Stellungnahmen im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit antidemokratischen Positionen und Rechtsextremismus nötig seien. Gerade Landespolitiker seien aufgrund ihrer Prominenz in der Lage, einzelne politische Themen für besonders relevant zu erklären und damit für eine erhöhte Aufmerksamkeit innerhalb der Verwaltung zu sorgen. Die entsprechenden Themen ließen sich dann auch seitens zivilgesellschaftlicher Träger leichter bearbeiten.

Insgesamt erwarteten die lokalen Organisatoren und Teilnehmer der Zukunftsdialoge, dass sie als „lokal Engagierte stärker in Entscheidungen einbezogen werden“ (z. B. bei Standortentscheidungen zu Flüchtlingsunterkünften). Immer wieder wird die Erwartung geäußert, die lokalen und regionalen Netzwerke müssten stärker als wirkliche Partner ernst genommen werden. Resümiert man die Rückmeldungen zu diesem Aspekt, so muss betont werden, dass die regionalen Netzwerke in erster Linie eine (höhere) Wertschätzung von der Landesebene erwarten und erst an zweiter Stelle eine konkrete Unterstützung (vgl. auch Kap. 3.4).

3.3.2 Regionalisierung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“

Im Hinblick auf eine Regionalisierung des Handlungskonzepts wurden während der Zukunftsdialoge ebenfalls zahlreiche positive Einschätzungen sichtbar. So dominieren überall die Auffassung und der Eindruck, dass man *in den Landkreisen und kreisfreien Städten bereits sehr gut vernetzt sei und die bestehenden Beratungsangebote den regionalen Bedarfen sehr gut gerecht werden*. Die seit Jahren verlässliche Existenz der im Beratungsnetzwerk zusammengeschlossenen Organisationen ermögliche es, jeweils bedarfsspezifisch Beratung und teilweise auch materielle Unterstützung anzubieten. Es wurden auch Beispiele für horizontale Vernetzungen von Akteuren zwischen den Landkreisen genannt, die ohne Vermittlung einer Organisation des Beratungsnetzwerks aufgenommen wurden.

Eine zentrale Rolle spielen dabei – so die Beobachtung während der Zukunftsdialoge und die Aussagen der Teilnehmer – die in der Fläche vorhandenen RAA und MBT. Sie seien in den Regionen sehr gut etabliert. „Die persönliche Bekanntschaft, die persönliche Präsenz und die persönliche Glaubwürdigkeit sind entscheidend“ für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Diese langjährige und verlässliche Existenz der regionalen Beratungsstrukturen wird sehr hoch geschätzt. Positiv wird insbesondere die Personalkontinuität innerhalb der Beratungs- und Fortbildungsorganisationen hervorgehoben. Damit seien verlässliche Kooperations- und Vertrauensverhältnisse aufgebaut worden. Gerade bei der Bearbeitung des Themas Rechtsextremismus, das ein hohes Stigmatisierungspotenzial für Personen und Gemeinden enthalte, habe sich die Diskretion und die professionelle Fachlichkeit der regionalen RAA und MBT bewährt. Vor diesem Hintergrund richten die Akteure in den Regionen die Erwartungen an die Landesebene, dass dieses Beratungsangebot auch für die Zukunft gesichert ist. Dabei solle das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ insgesamt „offen bleiben für neue Themen und Aufgaben, die sich aus dem Anspruch von Inklusion und Integration ergeben“.

In Bezug auf das Verhältnis von Zentralisierung und Dezentralisierung herrscht bei den verantwortlichen Organisatoren der Zukunftsdialoge in den Landkreisen und kreisfreien Städten eine sehr einheitliche Haltung vor: Man möchte „Netzwerke sich selbst organisieren lassen“: In dieser Formulierung aus einem Interview verdichtet sich das Interesse an einer regionalen Autonomie und selbstständigen Ausgestaltung der eigenen Tätigkeitsbereiche in den Regionen. Verbunden ist dieses Interesse in einigen Landkreisen mit einem starken Selbstbewusstsein: Man weiß, dass man regional gut vernetzt ist, innerhalb der Region gut über Finanzierungsmöglichkeiten von Projekten Bescheid weiß und insofern im Regelfall auf eigenen Füßen stehen kann. Über die eigenen Aktivitäten und Arbeitsschwerpunkte möchten die Landkreise und kreisfreien Städte selbst entscheiden. Projektideen landesweit zu kommunizieren sei sinnvoll, „ein Herantragen von konkreten Projekten und Veranstaltungsformaten an die regionale Ebene ist nicht erwünscht“.

3.4 Ziele, Themen und Ergebnisse der Zukunftsdialoge

„Angeregte Gespräche, neue Erkenntnisse, Ernüchterung angesichts von Fakten ebenso wie Motivation durch Engagement anderer. Fertige Konzepte und festgeschriebene Programme gab es nicht, dafür jedoch die Ermunterung, weiter nachzudenken, Kontakte, die bei der Demokratiekonferenz geknüpft wurden, weiter zu pflegen, miteinander im Gespräch zu bleiben, miteinander Projekte zu planen und die Anregungen aus Vorträgen und Workshops mitzunehmen in die eigene Arbeit ... sowie den Wunsch, dass aus den Ergebnissen der Workshops Schlussfolgerungen gezogen werden, die in konkretem Handeln münden.“

„Über Erfolge zu sprechen lohnt, denn gerade in schwierigen Situationen kann die Konzentration auf positive Momente dazu beitragen, frei zu werden und Lösungen für Probleme zu finden.“¹⁶

In diesem Kapitel werden die Fragen beantwortet, *welche Ziele die Veranstalter mit den Zukunftsdialogen verfolgt haben, welche Themen im Handlungsfeld bearbeitet wurden* (vgl. Kap. 2, Frage 3) und *welche Ergebnisse die Zukunftsdialoge insgesamt gebracht haben*.

3.4.1 Regionalvernetzung wichtiger als Kooperation mit Landesebene TBB

Die *Ziele der Zukunftsdialoge* wurden wie folgt formuliert:¹⁷

„Ziel ist es, in Kooperation mit der Koordinierungsstelle ‚Tolerantes Brandenburg‘ die Bedürfnisse und Herausforderungen in der Region noch stärker in der Arbeit auf Landesebene zu berücksichtigen. 18 regionale Konferenzen ‚Zukunftsdialog Tolerantes Brandenburg‘ werden in den Jahren 2015 und 2016 in allen Landkreisen und kreisfreien Städten im Land Brandenburg durchgeführt, um lokale Akteure, Politik und Verwaltung zum gemeinsamen Dialog über die Zukunft der Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung im Land und in den Kommunen anzuregen. Ein wesentlicher Part kommt hierbei auch den lokalen Partnerschaften für Demokratie und den lokalen Bündnissen zu.

¹⁶ Zitate von der Webseite des Zukunftsdialogs „Tolerantes Brandenburg“: <http://www.zukunftsdialog-brandenburg.de/dokumentationen/> (letzter Zugriff: 22.12.2016).

¹⁷ Vgl. Webseite Zukunftsdialog „Tolerantes Brandenburg“, abrufbar unter URL: <http://www.zukunftsdialog-brandenburg.de/about/> (letzter Zugriff: 22.12.2016).

[...] Wir laden daher alle haupt- und ehrenamtlich Tätigen, die in den Landkreisen und kreisfreien Städten mit der Demokratieentwicklung und in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus aktiv sind oder aktiv werden wollen, herzlich ein. Des Weiteren sind auch die regionalen Strukturen der Kooperationspartner der Koordinierungsstelle des Toleranten Brandenburgs dazu aufgerufen, sich in den Dialog mit einzubringen. Wir begrüßen ebenso die Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung, sowohl auf Landesebene als auch auf regionaler Ebene.“

Damit hatten die Zukunftsdialoge *zwei zentrale Ziele*, die von Anfang an in einem gewissen Spannungsverhältnis standen:

1. *Ziel*: Verbesserung der Kommunikation und Kooperation zwischen lokaler und zentraler Ebene, d. h. eine künftige stärkere Berücksichtigung der Bedarfslagen in den Regionen durch die Landesebene. Dieses Ziel war wiederum zweiteilig: Erstens sollte über das Handlungskonzept und das Beratungsnetzwerk informiert werden, und zweitens sollten die existierenden Kooperationspartnerschaften auf Landesebene auch auf der lokalen Ebene gestärkt werden.
2. *Ziel*: Initiierung eines Austauschs zur Stärkung der Demokratie und Bekämpfung des Rechtsextremismus in den Regionen.

Beide Ziele hängen eng zusammen: Auf der Basis der Ergebnisse der Zukunftsdialoge (2. Ziel) sollten sich konkrete inhaltliche und strukturelle Folgerungen für eine verbesserte Zusammenarbeit von Region und Landesebene ableiten lassen (1. Ziel). Die Zukunftsdialoge richteten sich an einen sehr breiten und äußerst heterogenen Adressatenkreis der lokalen wie der Landesebene.

Bei der Konzeptionierung und Durchführung der 18 Zukunftsdialoge wurden zwar beide Ziele aufgegriffen; im *Fokus der Regionen stand jedoch das zweite Ziel: der Austausch in den eigenen Netzwerken*, während das erste Ziel zunächst vor allem durch Informationen seitens der Landesebene realisiert wurde. Dies spiegelte sich auch in der Tagungsstruktur wider: vormittags der Informationsteil der Koordinierungsstelle einschließlich Verfassungsschutz, nachmittags Arbeit in Kleingruppen (vgl. Tab. 2).

Für die verantwortlichen Akteure war es eine enorme Herausforderung, mit diesen zum Teil unterschiedlichen Zielstellungen und Interessenlagen umzugehen, die sie aber zunehmend besser bewältigten. So konnte ein möglicher „Bruch zwischen Vormittags- und Nachmittagsteil meist vermieden bzw. abgemildert werden. Die lokalen Akteure passten die allgemeinen Zielvorgaben relativ autonom an ihre Bedürfnisse an und verfolgten ihre eigenen Ziele, z. B. Vernetzung, Akteure zusammenbringen, Haupt- und Ehrenamtliche vernetzen, praktischer

Austausch der Aktiven (Willkommensinitiativen), regionale Netzwerke stärken, zum Flüchtlingsthema ins Gespräch kommen, Entwicklung des Rechtsextremismus vor Ort kennenlernen, über Rechtspopulismus aufklären, Informationen zur Integration (Arbeits-, Wohnungsmarkt usw.) erhalten, neue Akteure gewinnen, Dialog mit Zivilgesellschaft führen usw.

Darüber hinaus wurde auch die *Kooperation mit der Landesebene als Ziel* verfolgt, meist jedoch deutlich nachrangig, z. B. das TBB kennenlernen, das TBB bekannt machen und Perspektiven entwickeln, „*TBB soll sehen, was vor Ort passiert*“ usw.

Die Erwartungen an die Zukunftsdialoge waren sehr unterschiedlich und reichten von „*müssen Auftrag erfüllen*“ und „*nicht sehr optimistisch*“ bis hin zu sehr konkreten Erwartungen, z. B. neue Kontakte knüpfen und Vernetzung herstellen.

3.4.2 Von der Rechtsextremismus-Bekämpfung zur Flüchtlingsdebatte: Themen und Bedarfe in fünf Thesen

Die Konzepte der einzelnen Zukunftsdialoge wurden in einem längeren Diskussionsprozess entwickelt, an dem Akteure aus unterschiedlichen Bereichen und Ebenen beteiligt waren.¹⁸ Im Ergebnis unserer Auswertungen lassen sich die Befunde zu den Themen und Entwicklungsbedarfen in den folgenden fünf Thesen zusammenfassen:

1. *Die Flüchtlingsdebatte und die Integration Geflüchteter war das dominierende Thema der Zukunftsdialoge.*

Gemessen an den Themenvorschlägen, den Thementischen und den dokumentierten Ergebnissen haben die Flüchtlingsdebatte und die Integration der Geflüchteten die Diskussion auf den Zukunftsdialogen weitgehend dominiert. Das gilt sowohl für die unmittelbare Thematisierung in Form von konkreten Hilfs- und Unterstützungsangeboten – z. B. Sprachkurse, Wohnung, Arbeit, Bildung, Gemeinde usw. – oder in Form stärkerer Vernetzung der Willkommensinitiativen als auch für die mittelbare, indirekte Thematisierung, wenn es z. B. um verbesserte Arbeitsbedingungen für Ehrenamtlichen geht oder auch um den Umgang mit Ängsten, die durch die Zuwanderung bei vielen Menschen ausgelöst bzw. verstärkt wurden.

2. *Im Zeitverlauf (2015 bis 2016) hat sich durch die Flüchtlingsdebatte der Fokus der Zukunftsdialoge gewandelt. Mit dem Thema „Zuwanderung“ sind neue Themen und neue Akteure hinzugekommen.*

¹⁸ Die Genese der Zukunftsdialoge – sowohl des Gesamtkonzepts als auch der 18 Einzelveranstaltungen – ist nicht Gegenstand der vorliegenden Expertise.

Während auf den ersten Zukunftsdialogen eine größere Themenbreite vertreten war (neben der Frage der Integration z. B. der Umgang mit Rechtsextremismus, Demokratie- und Partizipationsförderung, Netzwerkarbeit in Vereinen wie Sport, Feuerwehr, Jugendthemen, Menschen in prekären Lebenslagen u. a.), rankte sich die Diskussion im Laufe der Zeit zunehmend um die *Integration von Geflüchteten*.

Ursprünglich waren als Schwerpunkte der Zukunftsdialoge die Bekämpfung des Rechtsextremismus und die Förderung der Demokratie vorgesehen; de facto sind jedoch das Thema „Zuwanderung Geflüchteter“ und die in diesem Themenfeld arbeitenden Akteure im Verlauf der Zukunftsdialoge hinzugekommen. Das hängt möglicherweise mit der offenen Themenformulierung zusammen oder mit dem dominierenden Thema „Flüchtlinge“ oder mit einem Mangel an anderen Austauschmöglichkeiten. Damit kam mit der Flüchtlingsdebatte – quasi über Nacht – ein neues Ziel hinzu: die Integration Geflüchteter. Die Zukunftsdialoge haben diesen aktuellen Bedarf flexibel aufgegriffen und im Rahmen der Netzwerke zu bearbeiten versucht.

3. Auch „alte“ Themen wurden im Gefolge der Flüchtlingsdebatte modifiziert, z. B. Fokus Rechtspopulismus.

Die „alten“ Themen wie Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung wurden im Laufe der Zeit durch den „Problemdruck“ vor Ort mit neuen Inhalten gefüllt. Ging es beispielsweise zunächst eher um allgemeine Informationen über Geflüchtete, stellten sich zunehmend konkrete Fragen der praktischen Unterstützung, z. B. beim Spracherwerb, bei Rechtsfragen, der Integration in Kita, Schule, Wohnungs- und Arbeitsmarkt, Kommunen, Umgang mit Traumata, Öffentlichkeitsarbeit, Fördermöglichkeiten u. a. Zu dem „klassischen“ Thema wie der Situation des Rechtsextremismus in den Regionen kamen neue Fragen hinzu wie (1) der Umgang mit dem erstarkenden Rechtspopulismus – auch im Internet („Viral Hass“) – (2) die Auseinandersetzung mit Alltagsrassismus, Fremdenfeindlichkeit, Vorurteilen oder Islamphobie.

4. Im Vergleich zur Flüchtlingsthematik kam anderen Themen, einschließlich des Themas „Kommunikation und Kooperation zwischen lokaler und Landesebene/TBB“, weitaus weniger Bedeutung zu.

Das von der Landesebene verfolgte Ziel der Verbesserung der Kooperation mit der lokalen und regionalen Ebene stand bei den Thementischen und Diskussionen kaum im Vordergrund. Ähnliches gilt auch für solche Themen wie Demokratieerziehung, Beteiligungsprozesse, Wertebildung, politische Bildung, Jugend(sozial)arbeit u. a. Die Tatsache, dass die Landesebene den Kontakt zur Basis suchte und über die vielfältigen Strukturen und Unterstützungsmöglichkeiten sowie über Entwicklungen des Rechtsextremismus in den Regionen informierte, wurde über-

wiegend als informativ und hilfreich aufgenommen – nicht nur von den neuen Akteuren. Besonders groß war dabei das Interesse an Fördermöglichkeiten, z. B. Ansprechpartnern, Übersichten zu Förderprogrammen und Möglichkeiten des Zugangs zu Fördergeldern.

Ein *Dialogprozess zwischen lokaler und Landesebene kam während der Veranstaltungen höchstens punktuell zustande*. Dieser war allerdings kaum zu erwarten, sind doch – so kann vermutet werden – die gegenseitige Informiertheit zu gering und die Erwartungen zu unterschiedlich. Auch die personellen und strukturellen Voraussetzungen für eine intensivere Kommunikation und Kooperation sind bisher nicht gegeben. So scheint z. B. die Rolle der Kooperationspartner in den Regionen ausbaufähig zu sein (vgl. Kap 3.2). Gleiches gilt für die nachgeordneten Behörden und Einrichtungen der im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ vertretenen Ministerien und Institutionen, z. B. Schulamt, Kitas sowie nicht zuletzt für die politischen Parteien.

5. *Jeder Zukunftsdialog hatte – trotz zentraler (Ziel-)Vorgaben – sein eigenes Profil. Dieses hing ab von den Besonderheiten der Landkreise, deren Strategien und Interessen sowie der Qualität bestehender Netzwerke und der Professionalität der Akteure.*

Die 18 Zukunftsdialoge waren in Inhalt und Form sehr unterschiedlich. Sowohl die thematische Breite als auch die Vielfalt der Tagungsformate waren eindrucksvoll. So reichte die Palette von Veranstaltungen, die der Information und Fortbildung dienten, über Diskussions- und Austauschveranstaltungen bis hin zu Vernetzungstreffen, z. B. für Willkommensinitiativen, wobei die meisten Veranstaltungen eine Mischung aus den genannten drei Elementen darstellten. Hervorzuheben sind auch die gelegentlichen kulturellen Umrahmungen, die Einbeziehung innovativer Methoden, z. B. Speed-Dating, oder die öffentliche Würdigung von Initiativen.

Das Profil der Zukunftsdialoge und auch deren Gelingen hing von mehreren Faktoren ab. Gemessen an den Rückmeldungen und Beobachtungen lassen sich vor allem folgende Gelingensbedingungen für die Zukunftsdialoge identifizieren:

- » Existenz funktionierender Netzwerke in der Region und langjährige Erfahrungen im Handlungsfeld
- » Verknüpfung des Zukunftsdialogs mit anderen Netzwerktreffen (Demokratiekonferenz, Entwicklung eines Integrationskonzepts) und damit auch Reduzierung von „Tagungsverdichtungen“
- » Regionale Bedingungen (z. B. urbane und strukturschwache Regionen) und regionale politische Kultur
- » Professionalität der beteiligten Akteure, einschl. Tagungsdidaktik
- » Äußere Bedingungen (Zeiten, Ereignisse, Wetter usw.)

3.4.3 Zukunftsdialoge – eine gute Kommunikationsgelegenheit für Aktive? Drei Befunde

Mit Blick auf die Zukunftsdialoge ist festzustellen, dass diese sehr unterschiedliche Funktionen erfüllten, was einerseits deren Potenziale, andererseits aber auch deren Grenzen verdeutlicht:

- » Informations- und Aufklärungsfunktion im Handlungsfeld
- » Vernetzungsfunktion für alte und vor allem neue Akteure
- » Fortbildungsfunktion, z. B. Trainingsprogramme
- » Transferfunktion: Bekanntmachen von Initiativen und guten Beispielen
- » Anerkennungsfunktion: Würdigung von Engagierten und Initiativen
- » Politische Funktion: Beitrag zur politischen Kultur
- » Symbolische bzw. Öffentlichkeitsfunktion

Es stellt sich die Frage, welche Funktionen mit welchen Formaten am besten zu erfüllen sind. Die Zweiteilung der Zukunftsdialoge (Input am Vormittag und Austausch am Nachmittag) verdeutlichen dieses Spannungsfeld.

Vor dem Hintergrund der oben genannten Ziele (1) Initiieren eines Dialoges in Regionen und (2) mit der Landesebene lassen sich – auf der Basis der Beobachtungen und Rückmeldungen – thesenhaft folgende *drei Hauptergebnisse* festhalten:

- 1) *Der Austausch zu aktuellen Problemen in den Regionen ist überwiegend gelungen.*

Hintergrund für diese recht positive Bilanz ist die Tatsache, dass in den allermeisten Regionen aktive Akteursgruppen und Netzwerke existieren, die die mit den Zukunftsdialogen gebotene Gelegenheit zum Austausch und zur Vernetzung genutzt haben. Auf der *Habenseite* stehen z. B. anregende Gespräche, eine konstruktive Gesprächsatmosphäre, das Aktivieren und Kennenlernen neuer Akteure, der Austausch von Kontaktdaten, Angebote zur Vernetzung sowie die Informationsgewinnung oder praktische Tipps über vielfältige Themen im Handlungsfeld. Auf der Seite der *Wünsche* stehen u. a. die Entwicklung von längerfristigen Konzepten und Strategien, der Ausbau verlässlicher Kommunikations- und Kooperationsstrukturen und mehr Unterstützung vor Ort. Im Sinne der Nachhaltigkeit ist zu fragen, was aus den neuen Kontakten wird, ob entsprechende Konzepte bzw. Strategien entwickelt werden und ob sich Kommunikation bzw. Kooperation verbessern werden, z. B. zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen. Nur vor diesem Hintergrund lässt sich auch die Frage fundiert beantworten, ob sich der Aufwand der Zukunftsdialoge gelohnt hat.

- 2) *Für einen intensiveren Dialog zwischen lokaler und Landesebene scheint demgegenüber derzeit kein größerer Bedarf zu bestehen.*

Eine Information über Strukturen und Fördermöglichkeiten des TBB sowie über die Entwicklung von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus vor Ort wird – von Zeit zu Zeit – als wichtig und wertvoll erachtet. Noch wichtiger scheint jedoch die Bereitstellung niedrigschwelliger Kommunikationsräume für den inhaltlichen Austausch zu spezifischen Problemen vor Ort zu sein. Die Rolle der Landesebene wäre in diesem Zusammenhang weiter zu präzisieren.

- 3) *Die flexible Integration des Flüchtlingsthemas belegt die Funktionsfähigkeit der bestehenden Netzwerke. Gleichwohl bedarf es einer Ausweitung des Dialoges vor Ort, insbesondere einer stärkeren Einbeziehung von „Normalbürgern“, um Tendenzen von Distanzierung, Wut und Polarisierung entgegenzuwirken.*

Die Flüchtlingsdebatte bewegt viele Bürger und droht auch das Land Brandenburg zu polarisieren.¹⁹ Die Zukunftsdialoge haben das Thema flexibel aufgegriffen, konkrete Probleme diskutiert und Vorhaben initiiert, z. B. für einen Lokalen Aktionsplan oder ein Integrationskonzept. Dadurch wird zugleich auch ein wichtiger Beitrag zur politischen Kultur „im Kleinen“ geleistet. Diese Ansätze gilt es auszubauen, damit der Zukunftsdialog über den Kreis der Aktiven hinausgeht und breitere Bevölkerungskreise, auch mit unterschiedlichen politischen Auffassungen, erreicht. In einer heterogenen, pluralistischen Gesellschaft sind Zukunftsdialoge eher kontrovers zu verstehen, was auch Konsequenzen für die konzeptionelle Weiterentwicklung des TBB hat.

Richtungsweisend in diesem Sinne ist folgendes Statement:

„Es sollten in den Kommunen Diskurse angeregt und befördert werden, die der Polarisierung entgegenwirken. Subjektive Ängste als auch Unzufriedenheit mit der Asylpolitik müssen thematisiert werden. Eine große Verantwortung trägt dabei die lokale Politik. Neiddebatten sollten dabei durch Sachdebatten ersetzt werden. Trotzdem sollte es keine Tabuisierung von relevanten Themen geben. Die Beförderung der Diskursfähigkeit auf allen Seiten ist dabei eine große Herausforderung. Es müssen die entsprechenden Diskursforen oder auch Diskursräume geschaffen werden. Dazu bedarf es auch einer Unterstützung der lokalen Bedeutungsträger aus Wirtschaft, Kultur, Verbänden und Politik.“

¹⁹ Das korrespondiert mit aktuellen Befunden zu den Ängsten im Land Brandenburg: Ca. 80 % der Brandenburger haben Angst vor Spannungen durch den weiteren Zuzug von Ausländern und vor Überforderung durch Flüchtlinge. Das ist bundesweit ein Spitzenwert. Vgl. <https://www.ruv.de/static-files/ruvde/downloads/presse/aengste-der-deutschen-2016/ruv-aengste-2016-bundeslaender.pdf> (letzter Zugriff: 2.2.2017).

Mit der Aufnahme von ‚fremden‘ Menschen in den Kommunen entstehen Konflikte, die nicht immer politisch motiviert sind. Die Kommunen brauchen ein adäquates und aktives Konfliktmanagement. Nicht bearbeitete Konflikte führen zu Eskalationen und ermöglichen die Instrumentalisierung durch den politischen Rechtsextremismus. Die Bearbeitung von Konflikten erfordert Handlungssicherheit. Die demokratischen Akteure müssen rassistischen und fremdenfeindlichen Entwicklungen konsequent entgegenzutreten. Alle Formen der lokalen sozialen Kontrolle und Interventionen sind hier auszuschöpfen. Diesbezügliche Aktivitäten brauchen Vernetzung, Zuständigkeiten/Verantwortungsübernahmen und Verabredungen für adäquate Synergien.“²⁰

²⁰ Vgl. Dokumentation des Zukunftsdialogs in Eisenhüttenstadt auf der Webseite des Zukunftsdialogs „Tolerantes Brandenburg“: <http://www.zukunftsdialog-brandenburg.de/dokumentationen/> (letzter Zugriff: 2.2.2017).

4 FAZIT UND FOLGERUNGEN

In diesem Kapitel werden im ersten Teil die zentralen Erkenntnisse der Expertise zusammengefasst (Kap. 4.1) und anschließend im zweiten Teil mögliche Folgerungen diskutiert (Kap. 4.2).

4.1 Zukunftsdialoge bestätigen Funktionieren der regionalen Netzwerke

Ziel der Expertise war es, die 18 Zukunftsdialoge von April 2015 bis November 2016 wissenschaftlich zu beobachten. Damit sollte die Frage beantwortet werden, inwieweit mit den Dialogen die angestrebte Regionalisierung des TBB realisiert wurde (vgl. Kap. 2). Die stärkere Unterstützung, insbesondere von peripheren Regionen, war eine von mehreren Empfehlungen der Expertise von 2014. Mit der Durchführung der Zukunftsdialoge ging es um das Verhältnis von Zentralisierung und Dezentralisierung bei der Weiterentwicklung des TBB. Die vorliegende Expertise stützt sich auf einen Methoden-Mix: Statistiken, Kurzinterviews mit Hauptakteuren, teilnehmende Beobachtungen sowie die Auswertung von Dokumentationen.

Bei der Beobachtung der Zukunftsdialoge standen drei Fragen im Mittelpunkt:

1) *Welche Akteure sind in den Regionen aktiv?*

An den 18 Zukunftsdialogen nahmen insgesamt 1.244 vorwiegend lokale Akteure teil. Die Analyse der Teilnehmerschaft zeigt, dass in allen Regionen ein sehr breites Spektrum an Aktiven und Interessierten vertreten war: Von Bundes- und Landtagsabgeordneten bis zu interessierten Einzelpersonen nahmen sehr unterschiedliche Akteure und Netzwerke an den Zukunftsdialogen teil. Die Veranstaltungen dokumentierten, dass in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg eine beeindruckende Vielfalt von Personen und Institutionen in den Handlungsfeldern *Demokratieförderung*, *Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus* sowie *Migration/Integration* aktiv sind. Hauptamtliche Akteure aus der kommunalen Verwaltung waren ebenso anwesend wie Ehrenamtliche aus Vereinen und Willkommensinitiativen. Die konkreten Handlungsfelder, in denen die Teilnehmer sich engagierten bzw. in denen sie tätig waren, zeichneten sich ebenfalls durch eine sehr große Breite aus (vgl. Abb. 2). Ausgangspunkte und Motoren dieser regionalen Aktivitäten waren in der Regel die LAP/PfD in Kombi-

nation mit den lokalen MBT und RAA sowie den Stadt- bzw. Kreisverwaltungen. Das Teilnahmeinteresse an den Zukunftsdialogen war allerdings von zahlreichen Determinanten abhängig: Beispielsweise wirkte sich eine zeitlich dichte Folge von ähnlichen Veranstaltungen in der Region oder im Land in der Regel negativ auf die Teilnahmebereitschaft aus.

2) Welche Erwartungen stellen die Akteure in den Regionen an die Landesebene?

Die Zukunftsdialoge sollten (1.) die Kooperation zwischen Landes- und Regionalebene verbessern und (2.) den Austausch zur Stärkung der Demokratie und Bekämpfung des Rechtsextremismus in den Regionen voranbringen. Unsere Analysen zeigen jedoch, dass es auf den Zukunftsdialogen in erster Linie um den Austausch innerhalb der Regionen ging, d. h. um die horizontale Vernetzung. Das Formulieren von Erwartungen und Anforderungen an die Kooperation mit dem TBB hatte für die Teilnehmer nicht die erste Priorität. Gleichwohl wurden *Einschätzungen im Hinblick auf die Arbeit der Koordinierungsstelle und des Beratungsnetzwerks* geäußert. So wurde vor allem die zentrale Bedeutung der Koordinierungsstelle für die Öffentlichkeitsarbeit, die Fördermittelbereitstellung und die Lobbyarbeit auf Landesebene hoch geschätzt. Die Akteure hoben auch den Stellenwert des dezentralen Beratungsnetzwerks als einen wichtigen Kristallisationspunkt für eine Aktivierung in den Regionen hervor.

Im Hinblick auf eine weitere *Regionalisierung des Handlungskonzepts* der Landesregierung stellen die Verantwortlichen in den Regionen heraus, dass mit den MBT, den RAA, den LAP/PfD und den Kreisverwaltungen bereits sehr gut etablierte Akteure dezentral aktiv seien. Als besonders bedeutsam galt diesbezüglich eine personelle Kontinuität sowohl auf Landes- als auch auf der lokalen Ebene sowie die Offenheit und Flexibilität für veränderte Herausforderungen. Die Akteure in den kreisfreien Städten und Landkreisen gehen davon aus, dass sich die dezentralen Netzwerke weiter stabilisieren lassen und sich autonom ausdifferenzieren werden.

3) Welche Themen sind im Handlungsfeld in den Regionen wichtig?

Zum *dominierenden Thema* auf den Zukunftsdialogen wurde, insbesondere seit dem Herbst 2015, die Flüchtlingsdebatte und die Integration Geflüchteter – ein Handlungsfeld, das ursprünglich nicht im Fokus der Zukunftsdialoge und des TBB stand und (neben Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung) als neues Thema hinzukam. Andere Themen traten demgegenüber in den Hintergrund, z. B. die vertikale Kommunikation zwischen lokaler und Landesebene, Beteiligungsprozesse, Demokratieerziehung und andere. Traditionelle Themen, wie Bekämpfung des Rechtsextremismus, wurden modifiziert (Umgang mit Rechtspopulismus, Hass im Internet usw.).

Durch das Aufgreifen der Flüchtlingsthematik wurde flexibel auf Bedürfnisse und Problemlagen vor Ort reagiert. Insofern haben die Zukunftsdialoge auch einen wichtigen Beitrag zur aktuellen politischen Debatte und zur Integration von Flüchtlingen geleistet. Gleichwohl ist nach möglichen Folgen der Aufgabenerweiterung der Zukunftsdialoge und des TBB insgesamt zu fragen. Dass die Zukunftsdialoge eher einen Austausch zu drängenden Gegenwartsproblemen darstellten und weniger einen Dialog über die Zukunft, erklärt sich aus der aktuellen Entwicklung.

Der anvisierte regionale Austausch ist weitgehend gelungen, wie die Rückmeldungen der Teilnehmer und Verantwortlichen zeigen, z. B. anregende Gespräche, Kennenlernen neuer Akteure, Vernetzung usw. Inwieweit die Veranstaltungen eine nachhaltige Wirkung entfalten können und z. B. Kommunikations- und Kooperationsstrukturen ausgebaut werden, hängt vor allem von deren Nachbereitung ab.

Abschließende Anmerkungen zur Funktion und zur Zukunft der Zukunftsdialoge:

Resümierend haben die Zukunftsdialoge sehr unterschiedliche Funktionen erfüllt: Zunächst ist die *Informations- und Aufklärungsfunktion* zu nennen. Die Informationseinheit, die sowohl der Darstellung der Hauptakteure des Handlungskonzepts wie der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gewidmet war, stellte einen wichtigen Beitrag für die Information von Personen dar, die neu zu den Akteursnetzwerken hinzugekommen waren. Die Informationen waren auch für diejenigen von hohem Interesse, die bislang zwar mit den regionalen Akteuren des TBB – insbesondere den MBT, der RAA und dem Aktionsbündnis – zusammengearbeitet hatten, denen sich aber die organisatorische Konstellation nicht vollständig erschlossen hatte. Die Rückmeldungen der Teilnehmer zum informierenden Teil der Zukunftsdialoge lassen sich dahingehend zusammenfassen, dass regelmäßige Informationen über die Entwicklung, die Struktur und die Aufgaben des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ sinnvoll sind. Kritisch bemerkt wurde aber, dass die frontal-direktive Form dieser Einheit den Erwartungen vor allem derjenigen Teilnehmer häufig nicht gerecht wurde, die bei anderen Veranstaltungen partizipative Formate kennengelernt hatten.

Insbesondere die regionalisierten Veranstaltungsteile und Arbeitsphasen der Zukunftsdialoge hatten eine wichtige *Vernetzungsfunktion*: Sie dienten dem fachlichen und persönlichen Austausch der Akteursnetzwerke in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Neue Mitwirkende konnten über die neuen Themen und Handlungsfelder (Flüchtlingshilfe, Integration) gewonnen werden – allerdings in nur überschaubarem Maße aus dem Kreis der Landeskooperationspartner der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“. Kritisch ist anzumerken, dass aufgrund der großen Anzahl von inhaltlich ähnlich ausgerichteten Vernetzungstreffen von einigen Aktiven bisweilen auf Überforderungen und Redundanzen hingewiesen wurde.

Schließlich lässt sich den Zukunftsdialogen eine *Symbol- bzw. Öffentlichkeitsfunktion* zuschreiben. Gegenüber der Öffentlichkeit wird ein gemeinsames Einstehen von Staat und Zivilgesellschaft für Demokratie und Toleranz und eine entsprechende Handlungsbereitschaft dokumentiert. Darüber hinaus sind die Zukunftsdialoge in Zeiten einer sehr dynamischen Entwicklung in der Flüchtlingspolitik zu einer Plattform geworden, die für Akteure wie Öffentlichkeit eine Ventilfunktion und Krisenbewältigung ermöglicht hat.

Das Gelingen der Zukunftsdialoge, die allesamt ein eigenes Profil aufwiesen, war von mehreren Faktoren abhängig. Sie profitierten vor allem von der Existenz funktionierender Netzwerke in der Region und dem Vorhandensein einer eigenen Strategie, von der politischen Kultur vor Ort und der Professionalität der Akteure. Festzuhalten ist gleichwohl, dass die Zukunftsdialoge auf ein sehr disparates Publikum zielten. Dies machte es mitunter schwierig, die Erwartungen und Anforderungen aller Beteiligten zu erfüllen. Es ist daher fraglich, ob die von den Zukunftsdialogen erfüllten Funktionen weiterhin im Rahmen von *einer* Veranstaltung geleistet werden können bzw. sollten. Konstruktiver erscheint es, z. B. die wichtige Informations- und Aufklärungsfunktion über das Handlungskonzept TBB und seine Akteure in bereits bestehende und von den Regionen selbst organisierte Veranstaltungen zu integrieren.

4.2 Mögliche Folgerungen für die weitere Entwicklung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“

Für die Zukunftsdialoge wurde seitens der Initiatoren und Veranstalter mit einem offenen Konzept von Regionalisierung gearbeitet. Was im Einzelnen mit der Regionalisierung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ gemeint war und wie eine stärkere Regionalisierung ausgestaltet sein kann, war damit Gegenstand der Zukunftsdialoge selbst und auch Frage der wissenschaftlichen Beobachtung. Vor diesem Hintergrund lassen sich aus unserer Sicht einige mögliche Folgerungen für eine Regionalisierung des Handlungskonzepts (vgl. Kap. 4.2.1) und entsprechende Anpassungsbedarfe für die handelnden Institutionen beschreiben (vgl. Kap. 4.2.2 und 4.2.3).

4.2.1 Regionalisierung

Die Zukunftsdialoge haben sichtbar werden lassen, dass im Land Brandenburg in allen Städten und Landkreisen aktive Akteursnetzwerke existieren. Sie unterscheiden sich in vielen Merkmalen, weisen aber die Gemeinsamkeit auf, dass es Personen und Gruppen gibt, die motiviert und in der Lage sind, die regionalen Netzwerke zu organisieren. Dies geschieht teils durch die Personen und Orga-

nisationen, die derzeit die Koordinatoren der PfD und LAP stellen; wo keine derartigen Formationen existieren, gibt es freie Träger und engagierte Einzelne, die de facto als Ansprechpartner fungieren. Aufschlussreich ist auch, dass sich diese Akteursnetzwerke heterogen zusammensetzen: Ehrenamtlich Tätige, Beschäftigte bei freien Trägern und aus den Kommunalverwaltungen, Vereins- und Verbandsvertreter, Privatpersonen und Kommunalpolitiker bilden die Basis der Behandlung von aktuellen Problemen in den Städten und Kreisen. Es wäre insofern unzureichend, hier lediglich von der Zivilgesellschaft zu sprechen.

Eine *Unterstützung dieser Netzwerke und ihrer Kerne* kann im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ auf zwei Wegen erfolgen:

1. auf Landesebene:

Mit der Koordinierungsstelle existiert eine bewährte Serviceeinrichtung, die zum einen selbst Fördermittel vergibt und zum anderen als Berater, Koordinator und Mitentscheider bei der Vergabe von Bundesmitteln fungiert. Das Aktionsbündnis unterstützt die im Land bestehenden Bündnisse und Initiativen, gibt inhaltliche Anregungen, fördert die Vernetzung und leistet praktische Hilfe. Die Opferperspektive berät die Opfer rechter Gewalt und vermittelt rechtliche, psychologische und medizinische Hilfe. Eine Unterstützung der regionalen Netzwerke könnte bedeuten, Informationseinheiten zu den Zuständigkeiten und Angeboten dieser drei auf Landesebene agierenden Einrichtungen den regionalen Akteuren anzubieten. In den Landkreisen und kreisfreien Städten wäre dann zu entscheiden, ob und in welcher Form von derartigen Angeboten Gebrauch gemacht wird. Mit dieser *systematischen und transparenten Informations- und Kommunikationspolitik* könnte auch dem Umstand Rechnung getragen werden, dass in den regionalen Netzwerken personelle Fluktuationen stattfinden.

2. auf der lokalen Ebene:

Als integraler Teil des Beratungsnetzwerks sind die RAA sowie die MBT mit ihren Konzepten der dezentralen Angebote seit fast zwei Jahrzehnten in den Landkreisen präsent. Eine weitere Regionalisierung im Sinne einer Unterstützung von Nachfragen aus den Regionen könnte hier bedeuten, die derzeit bestehenden Teams personell und in ihrer Infrastruktur (Recherchekapazität, Büro, Mobilität) zu verstärken oder neben den derzeit bestehenden sechs regionalen Niederlassungen, den „Büros für Integration und Toleranz“ (BIT) weitere Standorte zu eröffnen. Eine *mögliche Stärkung des Beratungsnetzwerks* sollte sich dabei auch an objektiven Bedarfslagen orientieren, z. B. Verbreitung rechtsextremer und rechtspopulistischer Phänomene in den Regionen.

Sowohl die Expertise von 2014 wie die jetzige bestätigen eindrucksvoll, dass die regionalen Akteure des Beratungsnetzwerks mit ihren dezentralen Angeboten in vielerlei Hinsicht eine hohe Passung zu den geäußerten regionalen Bedarfen aufweisen. Dies könnte in Zukunft weiter ausgebaut werden. Konkret wurde

mehrfach der Bedarf *nach öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen* geäußert, die sich an eine breite Öffentlichkeit wenden. Bei solchen Veranstaltungen sollten gerade strittige Themen, etwa die Flüchtlingspolitik oder Rechtspopulismus, behandelt werden. Bei der Ermittlung der Bedarfe, der Vorbereitung und Durchführung solcher Veranstaltungen könnten die dezentralen TBB-Akteure eine wichtige Rolle spielen.

4.2.2 Themen und Aufgaben des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburgs“

Zur zentralen Programmatik des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ gehört die doppelte Aufgabe der kritischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und die Förderung von demokratischem Bewusstsein und Verhalten. Im allgemeinen Teil der Zukunftsdialoge wurde dies dadurch unterstrichen, dass in aller Regel über die Entwicklung des Rechtsextremismus in der Region berichtet wurde.

Bereits in der letzten Expertise ist zum Ausdruck gebracht worden, dass mit dem zweiten Aufgabenfeld der „Demokratisierung der Demokratie“ ein sehr weiter Bereich umrissen wird. Hingewiesen wurde insbesondere auf das damit verbundene Dauererfordernis, *das Verhältnis der spezifischen Aufgaben der Akteure der Koordinierungsstelle und des Beratungsnetzwerks zu den Aufgaben der verschiedenen Ministerien sowie anderer landesweit agierender Institutionen* (z. B. der Landeszentrale für politische Bildung, des Landespräventionsrates u. a.) zu bestimmen (vgl. Expertise 2014). Dieses Erfordernis stellt sich nun umso mehr, da mit der Flüchtlingsthematik ein weiteres Thema und neue Akteure unter dem Dach des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ Einzug gehalten haben. Damit sind neue Aufgaben für die im Rahmen des landesweiten Handlungskonzepts tätigen Akteure verbunden, die bislang nicht zu ihren genuinen Aufgaben gehörten. Beispielsweise wurde im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik bei mehreren Zukunftsdialogen das Thema *Ehrenamt* bearbeitet und dabei eine mögliche Überforderung der ehrenamtlich Tätigen sowie das Verhältnis zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen thematisiert.

Es war fraglos angemessen und hilfreich, den Austauschbedarf der Regionen zu den unabweisbaren Tagesaufgaben der Flüchtlingshilfe und Integrationsarbeit in die Zukunftsdialoge zu integrieren. Die „alte“ Frage nach dem spezifischen Gegenstand des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“, die eine Aushandlung von Zuständigkeiten und Nichtzuständigkeiten impliziert, stellt sich vor diesem Hintergrund aber aufs Neue. Dies ist auch vor dem Hintergrund der Gründung des „Bündnis für Brandenburg“ zu sehen, welches wie die Koordinierungsstelle des „Toleranten Brandenburg“ in der Staatskanzlei angesiedelt ist und mit dieser in Personalunion geführt wird (vgl. Kap. 3.1.4).

4.2.3 Öffentliche Darstellung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“

Die Auswertung der Zukunftsdialoge macht deutlich, dass gerade bei neuen Interessensgruppen teilweise eine erhebliche Unkenntnis über die organisatorischen und förderpolitischen Strukturen im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ und die Zuständigkeiten seiner Akteure herrschte. Auch langjährigen Kooperationspartnern von RAA und MBT war nicht immer bewusst, dass es sich dabei um zwei Arbeitsbereiche eines Vereins handelt, der integraler Teil des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ ist. Für andere Mitglieder des Netzwerks gilt Ähnliches.

Vor diesem Hintergrund wäre überlegenswert, wie die Außendarstellung der unterschiedlichen Akteure und Institutionen, die im Zuge des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ aktiv sind, angepasst oder vereinfacht werden kann. Dem muss in einem ersten Schritt vorausgehen, inwieweit die (in Kap. 4.2.2 bereits angesprochenen) sehr vielfältigen Aufgaben, Aufgabenzuschnitte und Zuständigkeiten pointierter und transparenter zu- oder ausgewiesen werden können. In einem zweiten Schritt wäre dann auszuhandeln, wie sich die zweifellos zusammenhängenden Handlungskomplexe von Demokratieförderung (einschl. der Thematisierung von Rechtspopulismus), kritischer Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Integration und Flüchtlingshilfe sowohl nach innen wie auch nach außen wirksamer und klarer profilieren lassen.

Ob und wie nun die dargestellten Entwicklungsmöglichkeiten von den verantwortlichen Akteuren im Einzelnen aufgegriffen und konkret bearbeitet werden, kann nicht von außen vorgegeben werden. Mit Blick auf eine mittelfristige Entwicklungsperspektive scheint es angeraten, zu den angeführten Themen- bzw. Konfliktfeldern in einen Austauschprozess einzutreten. In einem solchen Prozess könnten mögliche Anpassungen beraten und gegebenenfalls Umsetzungsschritte geplant werden. Zugleich ließen sich dadurch die notwendigen organisatorischen, strukturellen und personellen Rahmenbedingungen längerfristig sichern.

EINSCHÄTZUNGEN ZUM POLITISCHEN HANDLUNGSFELD „STÄRKUNG DER DEMOKRATIE UND INTENSIVIERUNG DER GESELLSCHAFTLICHEN BETEILIGUNG“ IM LAND BRANDENBURG

ERGEBNISSE DER BEFRAGUNG DER TEILNEHMENDEN
DER 18 ZUKUNFTSDIALOGE 2015 BIS 2016

IM AUFTRAG DES MINISTERIUMS FÜR BILDUNG, JUGEND UND SPORT
KOORDINIERUNGSSTELLE „TOLERANTES BRANDENBURG“

1. MAI 2017

Dagmar Bode
Manfred Rolfes

1 EINORDNUNG, ZIELE UND VORBEREITUNG DER BEFRAGUNG

Die wissenschaftliche Expertise zum Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“ (vgl. Schubarth et al. 2014) hatte im Jahr 2014 die Empfehlung ausgesprochen, das Handlungskonzept unter Nutzung eines partizipativen Ansatzes stärker in die Regionen zu tragen, vermehrt darüber in den Regionen zu informieren und es dort auch stärker zu verankern (vgl. Schubarth et al. 2014: 30). Vor diesem Hintergrund wurden in den Jahren 2015 und 2016 vom Verein Demokratie und Integration Brandenburg e. V. in Kooperation mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg 18 Zukunftsdialoge durchgeführt.¹ Diese sollten dazu dienen, zum einen den Austausch zwischen den Akteuren auf Landesebene und den lokalen Partnern zu fördern und gemeinsam neue Erkenntnisse zu gewinnen; darauf basierend sollten die Zukunftsdialoge zum anderen dazu beitragen, die Bedürfnisse und Herausforderungen in der Region noch stärker in der Arbeit auf Landesebene zu berücksichtigen. Zielgruppen dieser Zukunftsdialoge waren insbesondere lokale Akteure und Bündnisse, Vertreter² der Politik, lokale Partnerschaften für Demokratie, die regionalen Kooperationspartner³ der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“, Akteure der kommunalen Verwaltungen und Zivilgesellschaft. Die Zukunftsdialoge sollten ein Forum sein, um über die Zukunft der Demokratiestärkung, Bekämpfung des Rechtsextremismus und die Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung im Land Brandenburg und den Kommunen zu diskutieren.

De facto veränderten sich dann aber ab Mitte 2015 die Rahmenbedingungen für die Zukunftsdialoge in grundlegender Weise: So war ab dem Spätsommer 2015 eine außerordentlich starke Zuwanderung von Flüchtlingen zu verzeichnen, die mit erheblichen Anforderungen an die kommunale und Landesebene verbunden war. Anfangs stellten insbesondere die Aufnahme, Erstversorgung und Unterbringung der Flüchtlinge und später deren schulische, soziale und berufliche Integration eine viele Arbeits- und Lebensbereiche dominierende Herausforderung für die regionalen Akteure dar. Dieses Mega-Thema schlug sich auch bei der inhaltlichen

¹ Vgl. die Homepage der Zukunftsdialoge, abrufbar unter URL: <http://www.zukunftsdialog-brandenburg.de/about/> (letzter Zugriff 10.2.2017). Die Zukunftsdialoge wurden wissenschaftlich begleitet. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung sind im Abschlussbericht dokumentiert (vgl. Schubarth et al. 2017). Im Hinblick auf die Ziele, Strukturen, Organisation und Rahmenbedingungen der 18 Zukunftsdialoge wird auf diesen Bericht verwiesen.

² Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht.

³ Die Kooperationspartner sind aufgeführt unter: <http://www.tolerantes.brandenburg.de/kooperationspartner.html> (letzter Zugriff 18.3.2017).

Ausrichtung der Zukunftsdialoge nieder. Die Themen Flucht, Migration und Integration traten in den Vordergrund. Die ursprünglich gesetzten Themenfelder der Zukunftsdialoge – nämlich Demokratiestärkung, Bekämpfung des Rechtsextremismus sowie die Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung – erschienen angesichts dieser gravierenden Änderungen in der Flüchtlingspolitik und den neuen Aufgaben der Flüchtlingsintegration in einem anderen Licht (vgl. Schubarth et al. 2017: 19 ff.). Dies wirkte sich schließlich auch merklich auf die Zusammensetzung und die Motivationsstrukturen der Teilnehmer an den Zukunftsdialogen aus und veränderte damit im Laufe der Erhebungen die Hintergründe für das Verstehen und die Interpretation der zu erwartenden Ergebnisse. Diese Erkenntnis gilt es bei der Analyse und Interpretation der Resultate stets mitzuführen.

Trotz dieser geänderten Rahmenbedingungen boten die 18 Zukunftsdialoge sehr gute Möglichkeiten, um mithilfe einer Befragung der Teilnehmer eine systematische und vergleichbare Bestandsaufnahme der regionalen Netzwerke vorzunehmen. Daher wurde auf allen 18 Zukunftsdialogen eine Erhebung mittels eines standardisierten Fragebogens durchgeführt. Diese Befragung hatte folgende Ziele:

- » Erstens galt es in Erfahrung zu bringen, welche Akteure an den Zukunftsdialogen teilnehmen, in welchem Ausmaß und in welcher Eigenschaft sie im Handlungsfeld „Demokratiestärkung und Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung“ tätig sind und aus welchen Handlungsfeldern sie sich rekrutieren (vgl. Kap. 3).
- » Zweitens sollte die Erhebung Hinweise auf den Informationsstand, die Erfahrungen sowie die Kooperationsbeziehungen der Befragten im Handlungsfeld „Demokratieförderung, Bekämpfung des Rechtsextremismus und Intensivierung der gesellschaftlichen Teilhabe“ liefern. Dies zielt vor allem auf die Beantwortung der Frage, inwieweit den Teilnehmern der Zukunftsdialoge die regionalen und landesweiten Strukturen und Angebote bekannt sind und wo aufseiten der Befragten noch Unterstützungsbedarf in diesem Handlungsfeld gesehen wird (vgl. Kap. 4 und 5).
- » Drittens sollte schließlich der Versuch unternommen werden, Aussagen über die Stärke und Stabilität der regionalen Aktivitäten und Netzwerke zu treffen. Dies beinhaltet insbesondere die Frage, inwiefern in den Landkreisen und kreisfreien Städten zuverlässige Pfeiler oder Träger der lokalen Netzwerke ausgemacht werden können, die deren Stabilität, Belastbarkeit und Tragfähigkeit dauerhaft sicherstellen (vgl. Kap. 6).

Unter diesen Prämissen wurde in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber ein standardisierter Fragebogen konstruiert. Bei der Erstellung und dem Einsatz des Fragebogens waren die folgenden Rahmenbedingungen zu berücksichtigen:

- » Weil mit dem Fragebogen der aktuelle Informationsstand der Teilnehmenden über die Beratungs- und Angebotsstrukturen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ ermittelt werden sollte, mussten die Fragebögen zu Beginn der Zukunftsdialoge (vor dem Informationsblock) ausgefüllt werden.⁴
- » Der Fragebogen wurde unmittelbar im Anschluss an die Veranstaltungseröffnung und Begrüßung gemeinsam und gleichzeitig von allen Anwesenden ausgefüllt und anschließend von den Mitarbeitern der Koordinierungsstelle eingesammelt.
- » Über Ziele und Inhalte der Befragung wurden die Anwesenden unmittelbar vor der Fragebogenverteilung entweder über eine kurze Erläuterung seitens des Projektverantwortlichen oder einen kurzen Videoclip informiert.
- » Für das Ausfüllen der Fragebögen konnten im Rahmen der Veranstaltung nicht mehr als 15 bis max. 20 Minuten zur Verfügung gestellt werden.

Somit konnten die hier formulierten Projektziele nur mittels eines kurzen, 4-seitigen Fragebogens erfasst werden (vgl. Fragebogen im Anhang). Der Fragebogen wurde daher so aufgebaut, dass insbesondere zu den ersten beiden Projektzielen (Informationen zu den Teilnehmenden sowie deren Informationsstand, Erfahrungen und Kooperationsbeziehungen) hilfreiche Informationen gewonnen werden konnten. Substanzielle Aussagen zur Stärke und Stabilität der Netzwerke in den Landkreisen und kreisfreien Städten (Punkt 3) hätten vertiefte qualitative Gespräche oder eine quantitative Netzwerkanalyse erfordert. Diese konnten aber im Rahmen der Zukunftsdialoge nicht durchgeführt werden. In Bezug auf diesen Themenkomplex kann die Befragung aber einige Anhaltspunkte bereitstellen.

⁴ Bei den Zukunftsdialogen handelte es sich (bis auf eine Ausnahme) um eine eintägige Veranstaltung, die aus zwei Blöcken bestand: vormittags ein von der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ gestalteter Informationsblock; darin wurden die Akteure des landesweiten Beratungsnetzwerks „Tolerantes Brandenburg“ sowie deren Angebote und Projekte vorgestellt. Der Nachmittagsblock wurde von den regional verantwortlichen Akteuren gestaltet, und in der Regel wurden lokale Themenfelder diskutiert (vgl. Schubarth et al. 2017: 3 ff.).

2 DURCHFÜHRUNG UND VERLAUF DER BEFRAGUNG

Wie der Tabelle 1 zu entnehmen ist, füllten insgesamt 883 Personen einen Fragebogen aus. Um die Rücklaufquote der Befragung zu ermitteln, also die Frage zu klären, wie viele der anwesenden Teilnehmer den Fragebogen tatsächlich ausgefüllt haben, stehen zwei Möglichkeiten zu Verfügung: zum einen die Anzahl der von den Veranstaltern offiziell über die Teilnehmer- und Anmelde Listen registrierten Personen; diese liegen für jede Region vor (vgl. Tab. 1) und belaufen sich auf insgesamt 1.244 Teilnehmende. Zum anderen liegen die im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung zu Beginn der jeweiligen Zukunftsdialoge von den Beobachtern gezählten Teilnehmerzahlen vor (vgl. Schubarth et al. 2017: 10, darin die Tabelle 3). Diese Zahlen sind ebenfalls in Tabelle 1 aufgeführt und liegen mit lediglich 1.093 gezählten Teilnehmern etwas unter den offiziellen Teilnehmerzahlen. Die Diskrepanz kommt nach Schubarth et al. dadurch zustande, dass offenbar nicht alle gemeldeten Teilnehmer ganztägig an den Zukunftsdialogen teilnahmen (vgl. Schubarth et al. 2017: 10), also einige zu Beginn der Zukunftsdialoge noch nicht anwesend waren.

Um verlässliche Aussagen darüber zu bekommen, wie viele von den Anwesenden dann tatsächlich einen Fragebogen ausfüllten, ist es naheliegend, die Rücklaufquote auf der Grundlage der zum Befragungszeitpunkt gezählten Teilnehmer zu berechnen (vgl. Tab. 1). Danach liegt die Rücklaufquote bei etwas über 80 %, d. h., vier von fünf Anwesenden füllten einen Fragebogen aus. Die Schwankungen der Rücklaufquoten auf den 18 Zukunftsdialogen sind gleichwohl beträchtlich; während bei den Veranstaltungen in Frankfurt (Oder), Oberhavel, Cottbus und Dahme-Spreewald nahezu alle Anwesenden den Fragebogen ausfüllten, waren bei den Zukunftsdialogen in Oberspreewald-Lausitz, Märkisch-Oderland und Barnim die Verweigerungsquoten am höchsten. Über die Ursachen kann lediglich gemutmaßt werden. Allerdings werden zweifellos situativ-örtliche Komponenten (z. B. Atmosphäre und Erwartungen zu Beginn der Veranstaltung, Ablenkungsgelegenheiten, Gelegenheit für Netzwerkgespräche oder eine Verlängerung der Pausen) eine zentrale Rolle gespielt haben. Von diesen situativ-örtlichen Rahmenbedingungen war es weitgehend abhängig, inwieweit eine konzentrierte Arbeitsatmosphäre und kollektive Bereitschaft für das Ausfüllen des Fragebogens geschaffen werden konnte. Dennoch kann aufgrund des hohen Fragebogenrücklaufs davon ausgegangen werden, dass ein guter Querschnitt der Teilnehmerschaft der Zukunftsdialoge erhoben wurde.

Landkreis	Veranstaltungsort	Datum	Anwesende (laut Teilnehmerliste)	Teilnehmende zum Zeitpunkt der Befragung	Befragte und Rück- laufquote
Barnim	Schorfheide	13.10. '16	83	60	39 (65 %)
Brandenburg a. d. Havel	Kirchmöser	23.11. '15	48	48	38 (79 %)
Cottbus	Cottbus	17./18.4. '15	71	50*	48 (96 %)
Dahme-Spreewald	Wildau	7.5. '15	60	48	46 (96 %)
Elbe-Elster	Doberlug-Kirchhain	18.2. '16	96	95	78 (82 %)
Frankfurt (Oder)	Frankfurt	11.6. '16	32	25	25 (100 %)
Havelland	Nauen	4.6. '16	63	50	40 (80 %)
Märkisch-Oderland	Müncheberg	14.7. '16	79	85	52 (61 %)
Oberhavel	Oranienburg	5.10. '16	106	75	72 (96 %)
Oberspreewald-Lausitz	Senftenberg	7.10. '16	44	42	25 (60 %)
Oder-Spree	Eisenhüttenstadt	29.9. '16	88	85	63 (74 %)
Ostprignitz-Ruppin	Kyritz	22.2. '16	81	80	69 (86 %)
Potsdam	Potsdam	28.11. '15	61	50	45 (90 %)
Potsdam-Mittelmark	Michendorf	30.11. '16	70	45	35 (78 %)
Prignitz	Wittenberge	13.4. '16	95	90	74 (82 %)
Spree-Neiße	Forst	26.5. '16	48	49	37 (76 %)
Teltow-Fläming	Luckenwalde	4.7. '15	68	67	57 (85 %)
Uckermark	Prenzlau	22.4. '16	51	49	40 (82 %)
Insgesamt			1.244	1.093	883 (81 %)

* Teilnehmerzahl am Vormittag des ersten Veranstaltungstages (Freitag)

Tab. 1: Befragungsteilnahme bei den 18 Zukunftsdialogen im Überblick

Einschränkend muss jedoch festgehalten werden, dass die Befragung nur teilweise die Möglichkeit bot, repräsentative Aussagen über die regionale Situation und die Netzwerke im Handlungsfeld „Demokratiestärkung, Bekämpfung des Rechtsextremismus und Intensivierung der gesellschaftlichen Teilhabe“ innerhalb der 18 Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Brandenburg zu liefern. Im Abschlussbericht zur wissenschaftlichen Begleitung der Zukunftsdialoge Brandenburg wird konstatiert, „dass die Zusammensetzung und die Anzahl der Teilnehmer der Zukunftsdialoge das Ergebnis eines vielschichtigen Selektionsprozesses ist, der von zahlreichen Determinanten bestimmt wird“ (Schubarth et al. 2017: 10). Zu diesen Determinanten gehört beispielsweise, dass die Befragungen über einen Zeitraum von 20 Monaten stattfanden. Während dieser Zeit gab es in der Bundesrepublik Deutschland die bereits in Kapitel 1 beschriebenen einschneidenden Veränderungen in der Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsintegration. Diese gesellschaftspolitischen Diskurse und Ereignisse dürften sich auch in der Zusammensetzung und der Teilnahmebereitschaft an den Zukunftsdialogen niedergeschlagen haben. Darüber hinaus wirkte sich aber auch „eine zeitlich dichte Folge von inhaltlich ähnlichen Veranstaltungen in der Region oder im Land in der

Regel negativ auf die Teilnahmebereitschaft aus“ (Schubarth et al. 2017, S. 23). Zwar liegen mit den Befragungsdaten differenzierte Aussagen und detaillierte Angaben von zahlreichen Personen vor, die in den Handlungsfeldern *Demokratiestärkung*, *Toleranzförderung*, *Rechtsextremismusbekämpfung* und *Migration und Integration* aktiv sind; es kann aber nicht davon ausgegangen werden, dass damit die entsprechenden regionalen Netzwerke komplett abgebildet sind. Insofern ist davon auszugehen, dass in den Regionen das Potenzial tendenziell noch etwas stärker ausgeprägt ist, als es in den Befragungsergebnissen erscheint.

3 ORGANISATIONALE EINBINDUNG UND TÄTIGKEITSFELDER DER BEFRAGTEN

Dieses Kapitel widmet sich dem ersten Fragenkomplex der Studie (vgl. Kap. 1). Es galt, Informationen über die Zusammensetzung der Teilnehmer an den Zukunftsdialogen zu ermitteln. Dazu wurden Angaben erhoben zu den organisationalen Zuordnungen und Einbettungen der Befragten, ihren Arbeitsfeldern sowie dem Ausmaß ihrer Tätigkeit und ihres Engagements im Handlungsfeld „Demokratiestärkung und Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung“.

An der Befragung nahmen 883 Personen teil. Davon machten 779 Befragte (89 %) genauere Angaben zu der Organisation, für die sie oder in deren Auftrag sie an den Zukunftsdialogen teilgenommen haben. 80 Befragte (9 %) gaben an, als Einzelpersonen (ohne Zugehörigkeit zu einer Institution) an den Zukunftsdialogen teilzunehmen. Damit konnte für 859 der 883 befragten Personen eine organisationsbezogene Zuordnung vorgenommen werden. Die Aussagen zu den Organisationen waren allerdings äußerst vielfältig. Von den 779 Befragten wurden mehrere Hundert unterschiedliche Organisationen und Institutionen aufgeführt, sodass es nötig wurde, diese Angaben zu klassifizieren. Eine Systematisierung erfolgte dabei einmal nach Organisationsformen; hierzu wurden fünf unterschiedliche Gruppen gebildet (vgl. Abb. 1).

Darüber hinaus wurde eine Kategorisierung nach Handlungsfeldern vorgenommen; dabei wurden sieben Handlungsfelder unterschieden (vgl. Abb. 2).⁵ In der Abbildung 1 sind zunächst die auf den Zukunftsdialogen vertretenen Organisationsformen dargestellt. Die Darstellung aller befragten Teilnehmer zeigt, dass die *Vereine und Verbände* insgesamt die meisten Befragten (32 %) stellen, gefolgt von Vertretern von *Gebietskörperschaften und Verwaltung* (25 %); meistens waren diese Personen hauptamtlich Beschäftigte von Gemeinde-, Stadt- und Kreisverwaltungen. 18 % der Teilnehmer gehörten *freien oder informellen Initiativen, Netzwerken oder Bündnissen* an oder waren als Einzelpersonen erschienen. Aus der Abbildung geht aber auch hervor, dass sich die Zusammensetzung der Teilnehmer nach den fünf Organisationsformen bei den einzelnen Zukunftsdialogen z. T. erheblich unterscheidet. Diese Differenzierungen sind zum einen auf die unterschiedlichen Netzwerke und Strukturen in den Handlungsfeldern *Demokratiestärkung, Toleranzförderung, Rechtsextremismusbekämpfung, Intensivierung*

⁵ Im Rahmen der wissenschaftlichen Expertise zu den Zukunftsdialogen Brandenburg (vgl. Schubarth et al. 2017) wurden auf der Grundlage der Anmelde- und Teilnehmerlisten dieselben fünf Organisationsformen und sieben Handlungsfelder unterschieden. Die Angaben der teilnehmenden Akteure in den Teilnehmer- und Anmelde Listen waren teilweise exakter und vollständiger als im Fragebogen. Demgemäß sollten auch die entsprechenden Auswertungen bei Schubarth et al. (2017, S. 9 ff.) zur Kenntnis genommen werden.

gesellschaftlicher Teilhabe und Migration und Integration zurückzuführen (vgl. zur Vertiefung Kap. 6); zum anderen werden aber auch unterschiedliche Einladungsmodi, die Veranstaltungsdichten, die Wahl der jeweiligen Veranstaltungsstandorte und weitere situativ-lokale Rahmenbedingungen zu spezifischen Selektionen bei der Zusammensetzung der Teilnehmenden eine Rolle gespielt haben. Auch das wird letztlich Auswirkungen auf die während der Zukunftsdialoge vertretenen Organisationsformen gehabt und somit regionale Unterschiede bewirkt haben.

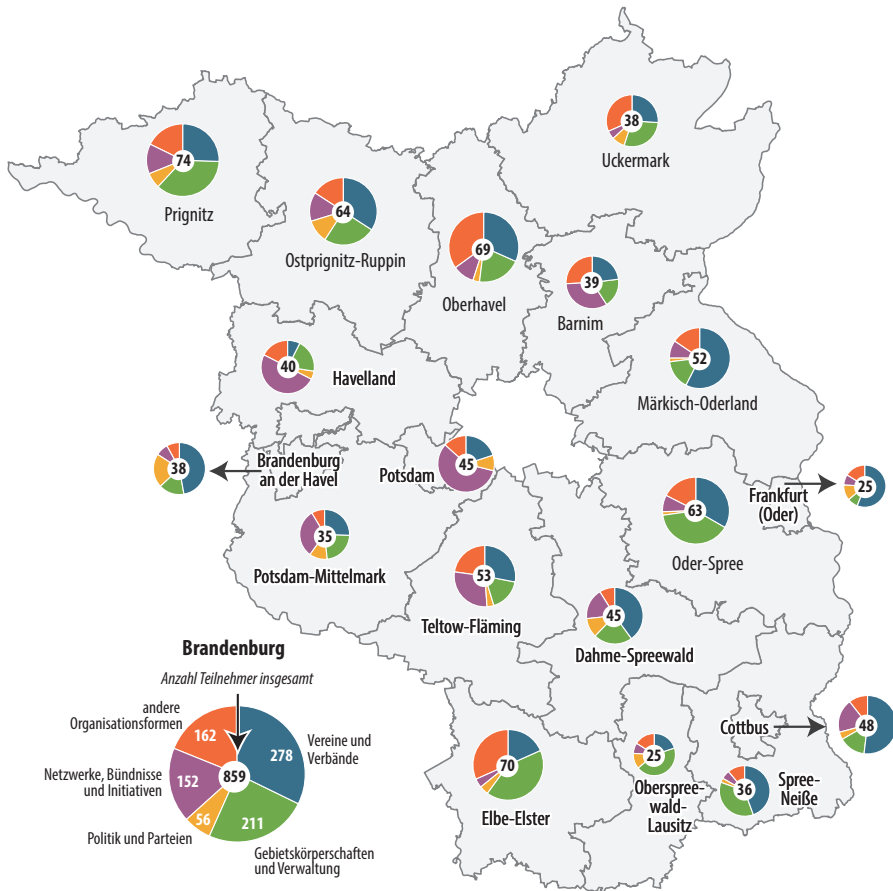


Abb. 1: Organisationsformen, denen sich die Befragten zuordnen

Wie die Abbildung 2 ausweist, dominieren bei den Befragten der Zukunftsdialoge die Handlungsfelder *Migration und Integration* (19%), *Kinder, Jugendliche und Sport* (18%) sowie *Soziales und Gesundheit* (14%). Dem Handlungsfeld *Demokratie- und Toleranzförderung* – also einer wichtigen Zielgruppe der Zukunftsdialoge – können nur 7% der Befragten zugeordnet werden. Dieser Umstand ist vermutlich der Tatsache geschuldet, dass seit Mitte 2015 durch die Flüchtlingsmigration und

Flüchtlingspolitik die ersten drei genannten Handlungsfelder auf der kommunalen Ebene enorm an Bedeutung gewonnen haben und ein entsprechender Informations-, Koordinations- und Gesprächsbedarf entstanden ist. Die Zukunftsdialoge boten mit ihrem offenen und flexiblen Design ein gutes Format, um diese Bedarfe zu befriedigen (vgl. hierzu auch Schubarth et al. 2017, S. 17 ff.).

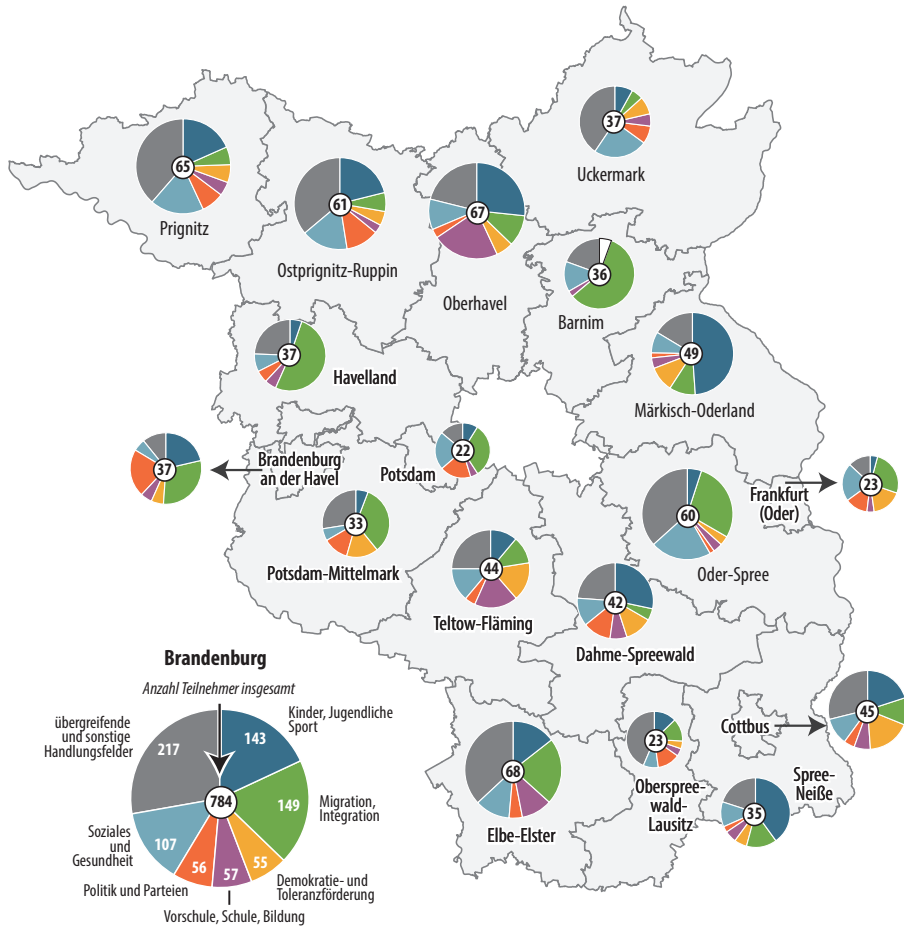


Abb. 2: Handlungsfelder, in denen die Befragten aktiv sind

Deutlich lassen sich in der Abbildung 2 wiederum die regionalen Streuungen erkennen. Vermutlich schlagen sich hier – wie es bereits im Hinblick auf die unterschiedlichen Zusammensetzungen bei den Organisationsformern vermutet wurde – regional unterschiedliche Bedarfslagen, Strukturen sowie selektive Mechanismen der Teilnahmebereitschaft nieder.

Setzt man die Organisationsformen und Handlungsfelder zueinander in Beziehung (vgl. Tab. 2), dann fallen mehrere Besonderheiten ins Auge: So wird das Handlungsfeld *Kinder, Jugendliche und Sport* vor allem von *Vereinen und Verbänden* bearbeitet. Hier sind z. B. Sportvereine gemeint, aber auch Kinder- und Jugendeinrichtungen, die in verbands- oder vereinsbezogener Verantwortung betrieben werden. Im Handlungsfeld *Migration und Integration* sind einerseits *Vereine und Verbände*, aber auch die *Netzwerke, Bündnisse und Initiativen* aktiv. Vor allem die Vertreter von Willkommensinitiativen zählen hierbei zu den aktiven Akteuren. Bei der *Demokratie- und Toleranzförderung* gehören neben den Bündnissen wiederum vor allem die *Vereine und Verbände* zu den aktiven Institutionen. Gleiches gilt auch für das Handlungsfeld *Soziales und Gesundheit*, wobei in diesem Bereich besonders die Wohlfahrtsverbände zu den sehr stark vertretenen Institutionen gehören. Während also vor allem *Vereine und Verbände* in fachspezifischen Handlungsfeldern aktiv zu sein scheinen (häufig handelt es sich dabei um Vereine in kommunaler Trägerschaft), zeichnen sich die Akteure von *Gebietskörperschaften und Verwaltungen* in erster Linie dadurch aus, dass sie keinem fachspezifischen Handlungsfeld zugeordnet werden können. Die Handlungsfelder der Befragten aus Kommunen, der Landesverwaltung oder anderer Behörden sind in der Regel (in 73 % der Fälle) themenübergreifend angelegt.

Landkreis	Vereine und Verbände		Gebietskörperschaften, Verwaltung		Politik und Parteien		Bündnisse, Netzwerke, Initiativen		Übrige Organisationsformen		Insgesamt	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
Kinder, Jugendliche, Sport	105	73	23	16			2	1	13	9	143	100
Migration, Integration	51	34	14	9			53	36	31	21	149	100
Demokratie- und Toleranzförderung	32	58	6	11			16	29	1	2	55	100
Vorschule, Schule, Bildung	2	4	2	4					53	93	57	100
Politik und Parteien*					56	100					56	100
Soziales, Gesundheit	54	51	9	8			2	2	42	39	107	100
Übergreifende u. sonstige Handlungsfelder	34	34	157	73			3	1	22	10	216	100
Insgesamt	278	36	211	27	56	7	76	10	162	21	783	100

* Die Kategorie „Politik und Parteien“ findet sich sowohl bei den Organisationsformen als auch bei den Handlungsfeldern.

Quelle: Eigene Erhebung

Frage 1: „Für welche Organisation nehmen Sie an dieser Konferenz bzw. diesem Zukunftsdialog teil?“

Tab. 2: Organisationsformen und Handlungsfelder der Befragten

Auch wenn nur ein vergleichsweise geringer Anteil der Teilnehmer explizit in Organisationen tätig war, die sich dem Handlungsfeld *Demokratie- und Toleranzförderung* zuordnen ließen, so gaben doch sehr viel mehr Befragte an, dass „ihre“ Organisation in diesem Feld aktiv sei. Auf die Frage, in welchem Ausmaß Aktivitäten zur Stärkung der Demokratie oder zur Intensivierung gesellschaftlicher

Beteiligung zu den zentralen Merkmalen ihrer Organisation gehörten,⁶ teilten 243 Befragte (32 %) mit, das Ausmaß sei hoch, 381 Personen (50 %) bezeichneten es sogar als sehr hoch.⁷

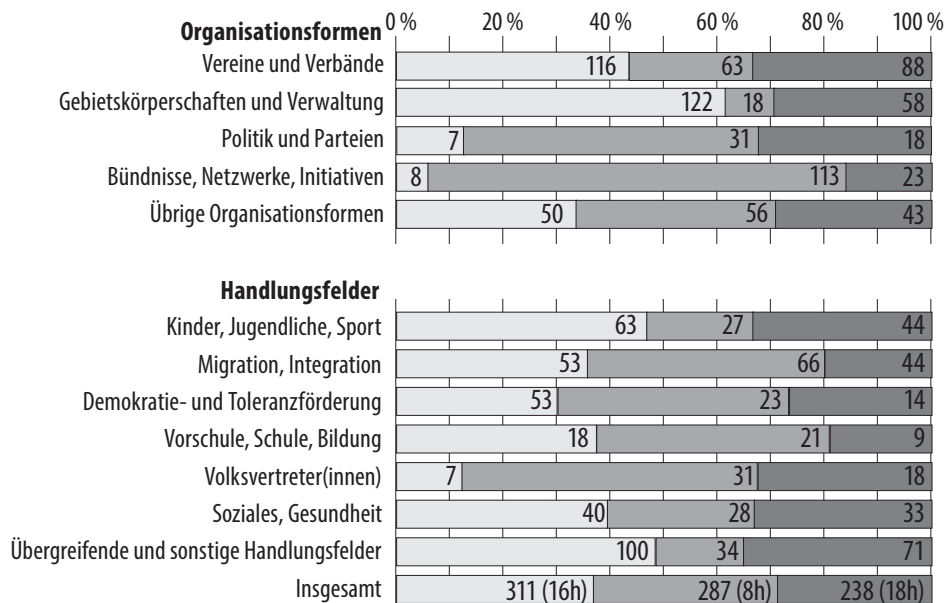
Unabhängig von der Frage nach der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Organisation oder Institution wurde von den Teilnehmern auch erfragt, inwieweit sie Mitglied in den lokalen *LAP-Begleitausschüssen* seien. 87 von insgesamt 883 Befragten (10 %) gehörten diesen Gremien an. Zahlenmäßig stärkste Gruppen in den *LAP-Begleitausschüssen* waren Vertreter von *Vereinen und Verbänden* (39 %) sowie von *Gebietskörperschaften und Verwaltungen* (33 %). 22 LAP-Mitglieder (26 %) teilten mit, ausschließlich ehrenamtlich tätig zu sein.

Die Befragten sollten auch Angaben dazu machen, ob sie hauptamtlich, ehrenamtlich oder sowohl haupt- als auch ehrenamtlich tätig sind. Zusätzlich wurde danach gefragt, wie viel Wochenarbeitszeit sie mit Aktivitäten zur Stärkung der Demokratie und/oder zur Intensivierung der gesellschaftlichen Teilhabe aufwenden. Zu der Frage, inwieweit sie haupt- oder ehrenamtlich tätig sind, machen 95 % der Befragten Angaben (vgl. Abb. 3). Die Abbildung 3 zeigt, dass die Befragten zu etwa gleichen Teilen hauptamtlich (37 %) oder ehrenamtlich (34 %) tätig sind. Der Anteil der Personen, die sowohl haupt- als auch ehrenamtlich tätig sind, liegt mit 28 % aber ebenfalls recht hoch. Geht man davon aus, dass an den Zukunftsdialogen ein mehr oder weniger repräsentativer Querschnitt von Haupt- und Ehrenamtlichen teilgenommen hat, so wird deutlich, dass ein erheblicher Anteil der Aktivitäten zur Stärkung der Demokratie und zur Intensivierung der gesellschaftlichen Teilhabe von ehrenamtlich tätigen Personen geleistet wird. Die für diesen Zweck eingeschätzte durchschnittliche Wochenarbeitszeit liegt bei Ehrenamtlichen bei 8 Stunden, bei Hauptamtlichen bei 16 Stunden und bei sowohl haupt- als auch ehrenamtlich Tätigen sogar bei 18 Stunden je Woche. Auch wenn dies nur grobe Schätzungen sind, so zeigt sich doch, dass bei den antwortenden Teilnehmern der Zukunftsdialoge zwischen einem Viertel und knapp der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeiten auf dieses Handlungsfeld entfällt. Wirft man einen Blick auf die Tätigkeitsfelder der haupt- und ehrenamtlich tätigen Befragten, so zeigt sich im Hinblick auf die Organisationsformen (vgl. Abb. 3 oben), dass *Gebietskörperschaften und Verwaltungen* mit knapp zwei Dritteln den höchsten Anteil von hauptamtlichen Befragten zu verzeichnen haben. Auch bei *Vereinen und Verbänden* liegt der Anteil von Hauptamtlichen mit 43 % überdurchschnittlich hoch. Die meisten Ehrenamtlichen finden sich bei den *Bündnissen, Netzwerken und Initiativen* (fast 80 %) und bei *Politik und Parteien* (ca. 55 %). Bei den Handlungsfeldern (vgl. Abb. 3 unten) treten ebenfalls kleinere Ungleichverteilungen der Haupt- und Ehrenamtlichen auf. Diese sind aber nicht so markant wie bei den Organisationsformen.

6 Quelle: Eigene Erhebung

Frage 2 „In welchem Maße gehören Aktivitäten zur Stärkung der Demokratie oder zur Intensivierung gesellschaftlicher Beteiligung zu den zentralen Merkmalen Ihrer Organisation/Institution?“ Fünfstufige Skala von „in sehr hohem Maße“ bis „in sehr geringem Maße“.

7 Vgl. hierzu auch die Tab. A3 im Tabellenanhang.



311 (8) Hauptamt
 Ehrenamt
 Haupt-/Ehrenamt

| geschätzte wöchentliche Arbeitszeit
 | Anteil Personen in den Ämtern

Quelle: Eigene Erhebung

Frage 1: „Für welche Organisation nehmen Sie an dieser Konferenz bzw. diesem Zukunftsdialog teil?“

Frage 3: „Wie viel Zeit in der Woche verwenden Sie persönlich für Aktivitäten, die mit der Stärkung der Demokratie und/oder der Intensivierung gesellschaftlicher Beteiligung im Zusammenhang stehen?“ – Angabe in Stunden

Frage 4: „In welcher Funktion üben Sie diese Tätigkeit aus?“ – im Hauptamt/im Ehrenamt/im Haupt- und Ehrenamt

Vgl. hierzu auch die Daten im Tab. A4 im Tabellenanhang

Abb. 3: Haupt- und ehrenamtliche Tätigkeiten der Befragten und ihre wöchentlichen Arbeitszeiten

Die Zielsetzung der Veranstaltungsreihe „Zukunftsdialog Tolerantes Brandenburg“ bestand darin, unter anderem lokale Akteure sowie Vertreter aus Politik und Verwaltung zu einem gemeinschaftlichen Dialog über Demokratiestärkung, Bekämpfung des Rechtsextremismus und gesellschaftliche Beteiligung zusammenzubringen. Im Hinblick auf die organisationale Einbindung und die Tätigkeitsfelder der befragten Akteure zeigt sich nun, dass eine sehr breite Palette an vertretenen Organisationen und abgedeckten inhaltlichen Handlungsfeldern angesprochen und aktiviert werden konnte.

4 KENNTNISSE UND AKTIVITÄTEN IM HANDLUNGSFELD „STÄRKUNG DER DEMOKRATIE UND INTENSIVIERUNG DER GESELLSCHAFTLICHEN BETEILIGUNG“

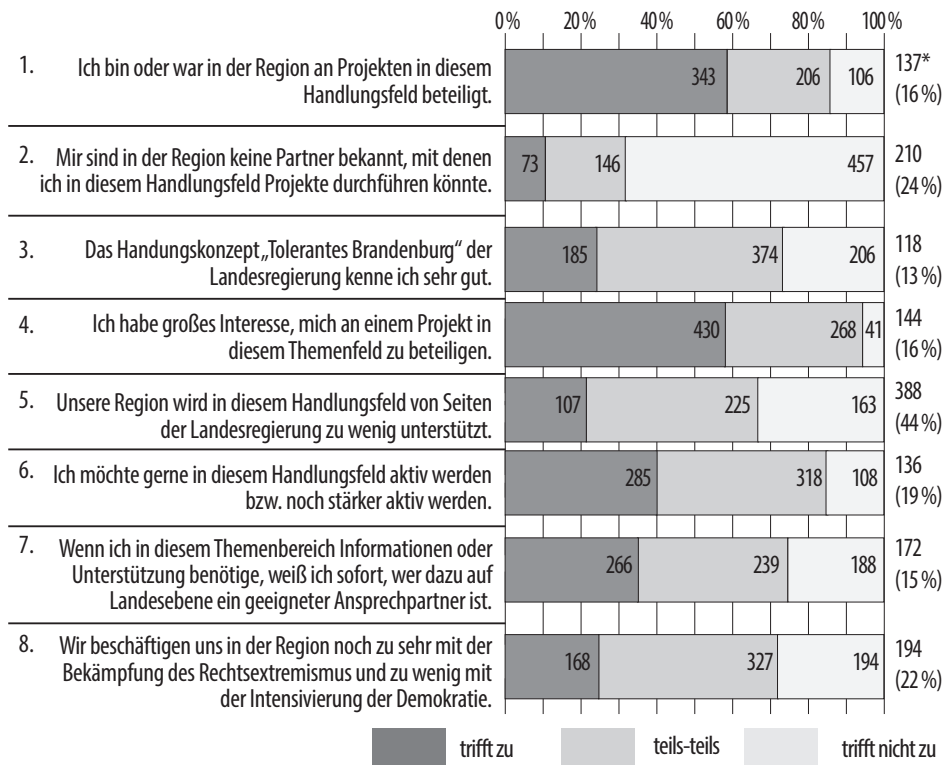
Ein zentrales Anliegen der durchgeführten Befragung bestand darin, den allgemeinen Kenntnisstand der Teilnehmer der Zukunftsdialoge über die regionalen und landesweiten Aktivitäten im Handlungsfeld „Stärkung der Demokratie und Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung“ im Land Brandenburg in Erfahrung zu bringen (vgl. Kap. 1). Darüber hinaus interessiert ebenfalls, welche Aktivitäten und Engagementbereitschaft die Befragten in diesem Handlungsfeld an den Tag legen. Diese beiden Themenkomplexe – der Kenntnisstand sowie die Aktivitäten der befragten Personen – stehen im Zentrum dieses Kapitels.

Auf der Grundlage einer Liste von Aussagen sollten die Befragten angeben, erstens: inwieweit sie über Informationen zu den regionalen und landesweiten Konzepten und Ansprechpartnern im Handlungsfeld „Stärkung der Demokratie und Intensivierung der gesellschaftlicher Beteiligung“ verfügen, und zweitens: inwiefern sie sich in diesem Themenfeld engagieren möchten oder bereits engagieren (vgl. Abb. 4). Es zeigt sich, dass deutlich mehr als die Hälfte der Befragten in dem Handlungsfeld bereits aktiv sind oder waren (58 %, vgl. 4. Aussage in Abb. 4) bzw. Interesse haben, aktiv zu werden (58 %, vgl. 1. Aussage in Abb. 4).⁸ Eine weitere Zahl von Befragten stimmt diesen Aussagen zumindest teilweise zu. Aus den Antworten zu dieser letzten Aussage (und dem Anteil von Befragten, die diese Aussage nicht beurteilen konnten oder keine Angaben gemacht haben) ergibt sich, dass etwa ein Drittel der Befragten noch nicht in Projekten aktiv war, folglich noch „aktiviert“ werden könnte.

Eine solche Aktivierung setzt allerdings voraus, dass diese Interessenten wissen, über welche Institutionen und Ansprechpartner sie sich an Projekten beteiligen können bzw. wo und bei wem sie eigene Projektideen einbringen oder umsetzen können. Hier zeigt sich, dass ein Großteil der Befragten auf der regionalen Ebene durchaus potenzielle Projekt- und Ansprechpartner zu kennen scheint. Die Kenntnisse über mögliche Kontaktstellen sind jedoch deutlich geringer, wenn es um die Frage geht, wer auf Landesebene als Ansprechpartner fungieren könnte (vgl. in der Abb. 4 die Aussagen 2 und 7). Ohnehin scheinen Demokratiestärkung, Toleranzförderung und Partizipation eher als Themenbereiche gesehen zu

⁸ Bei diesen Prozentangaben sind diejenigen Befragten nicht berücksichtigt, die diese Frage nicht beantworteten (keine Angabe) oder die Aussage nicht beurteilen konnten.

werden, bei denen auf der regionalen Ebene – im Landkreis, in der Heimatstadt oder der Heimatgemeinde – nach Kooperationspartnern oder Projektansätzen Ausschau gehalten wird. Die Landesebene wird als Akteur bei vielen Befragten eher ausgeblendet oder nicht gesehen. Vielen Befragten sind Ansprechpartner auf der Landesebene nur teilweise oder gar nicht bekannt. Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung ist nur knapp einem Viertel der Antwortenden ein Begriff, und inwieweit die Landesregierung die Regionen hinreichend unterstützt, konnte ein großer Teil der Befragten erst gar nicht beantworten (44 %). Es bestätigt sich also ein Befund, der auch von Schubarth et al. 2017, S 18 ff.) formuliert wurde: dass nämlich im Land Brandenburg die lokalen und regionalen Netzwerke sowie die dezentralen (Beratungs-)Strukturen gut bekannt sind; zudem sind sie auch in der Lage, neue Interessenten aufzunehmen. Die Landesebene steht bei den befragten Teilnehmern der Zukunftsdialoge als Ansprech- oder Kooperationspartner bei Projekten eher im Hintergrund.



*Summe von „kann ich nicht sagen“ und „keine Angabe“: Anzahl und % aller Fälle

Quelle: Eigene Erhebung

Frage 14: „Nachfolgend sind einige Aussagen zum Handlungsfeld ‚Stärkung der Demokratie und Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung‘ aufgeführt. Geben Sie bitte jeweils an, inwieweit Sie die Aussagen für zutreffend oder nicht zutreffend halten.“

Abb. 4: Kenntnisse der Befragten zum Handlungsfeld „Stärkung der Demokratie und Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung“

Die Abbildung 4 offenbart, dass es bei den befragten Teilnehmern der Zukunftsdialoge sowohl im Hinblick auf den Informationsgrad als auch das Aktivitätspotenzial erhebliche Unterschiede gibt. Während es einige Teilnehmer gibt, die sich sowohl haupt- als auch ehrenamtlich im Handlungsfeld „Demokratiestärkung und gesellschaftlicher Beteiligung“ sehr stark engagieren und gleichzeitig sehr gut über die Beratungsstrukturen sowie das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung Bescheid wissen (z. B. Akteure von Kommunen oder einschlägig tätigen Vereinen), treten andere Besucher der Veranstaltung mit diesem Handlungsfeld offenbar erstmals in Erscheinung (z. B. solche, die sich im Rahmen einer jüngst gegründeten Flüchtlings- oder Toleranzinitiative engagiert haben).

4.1 Indikatoren: Informationsstand und Aktivitätsmaß

Um den unterschiedlichen Informationsständen auf die Spur zu kommen und Aussagen über das zivilgesellschaftliche Aktivitätsmaß oder die Engagementbereitschaft der Teilnehmer treffen zu können, wurden die Befragten mithilfe eines clusteranalytischen Verfahrens gruppiert und dann typisiert. Für die Clusterbildung und Typisierung wurden verschiedene Aussagen aus der Frage 14 des Fragebogens (vgl. Abb. 4) herangezogen.

BILDUNG DES KOMPLEXEN INDIKATORS „INFORMATIONSSTÄNDE DER BEFRAGTEN“

Um einen Indikator zu erzeugen, der qualifizierte Auskunft über den *Informationsstand* der Befragten gibt, wurden die Angaben der Befragten zu den beiden folgenden Aussagen einer Clusteranalyse unterzogen:

- 1) *„Das Handlungskonzept ‚Tolerantes Brandenburg‘ der Landesregierung kenne ich sehr gut.“ – Mit den Antwortkategorien „trifft zu“, „teils - teils“, „trifft nicht zu“, „kann ich nicht beurteilen“ und „keine Angabe“.*
- 2) *„Wenn ich in diesem Themenbereich Informationen oder Unterstützung benötige, weiß ich sofort, wer dazu auf Landesebene ein/e geeignete/r Ansprechpartner/in ist.“ – Antwortkategorien wie bei 1).*

Beide Aussagen eignen sich insbesondere dazu, den Grad der Informiertheit im Hinblick auf die Landesebene abzubilden. Dabei geht es einerseits um Kenntnisse des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“, welches bei „Neulingen“ in diesem Handlungsfeld weitgehend unbekannt sein dürfte; andererseits um

Kenntnisse im Hinblick auf die zentralen und dezentralen Beratungsstrukturen bei der Rechtsextremismusbekämpfung und Demokratieförderung.

Bei der durchgeführten Clusteranalyse⁹ liefert die Lösung mit vier Clustern eine gute Ausgangsbasis für eine Typisierung. Die vier Cluster ließen sich als Gruppen gut unterscheiden und beschreiben. Die aus der Klassifizierung hervorgegangene Variable macht Aussagen über den *Informationsstand in Bezug auf das Handlungskonzept und die Ansprechpartner* möglich. Folgende vier Typen lassen sich unterscheiden:

- » *Gruppe 1 – guter bis mittlerer Informationsstand über das Handlungskonzept und die Ansprechpartner. Diese Gruppe besteht aus 270 Befragten, die zu den am besten informierten Personen gehören. Alle Gruppenmitglieder zeichnen sich dadurch aus, dass sie die wichtigsten Ansprechpartner auf Landesebene kennen und über die Inhalte des Handlungskonzepts zumindest teilweise Bescheid wissen.*
- » *Gruppe 2 – mittlerer Informationsstand über das Handlungskonzept und mittlere bis keine Kenntnisse im Hinblick auf die Ansprechpartner. 253 Befragte bilden diese Gruppe. Die Gruppenangehörigen verfügen beim Handlungskonzept sowie bei den Ansprechpartnern über einen mittleren Informationsstand, kennen teilweise aber auch keine Ansprechpartner auf Landesebene.*
- » *Gruppe 3 – keine Kenntnisse über das Handlungskonzept und mittlere bis gute Informiertheit über die Ansprechpartner. In diesem Cluster befinden sich 107 Befragte. Es liegen keine Kenntnisse zum Handlungskonzept vor; dafür sind mittlere und vereinzelte gute Kenntnisse hinsichtlich potenzieller Ansprechpartner auf Landesebene vorhanden.*
- » *Gruppe 4 – keine Kenntnisse. In dieser Gruppe mit 171 Befragten sind weder im Hinblick auf das Handlungskonzept der Landesregierung noch bezüglich möglicher Ansprechpartner auf Landesebene Kenntnisse vorhanden.*

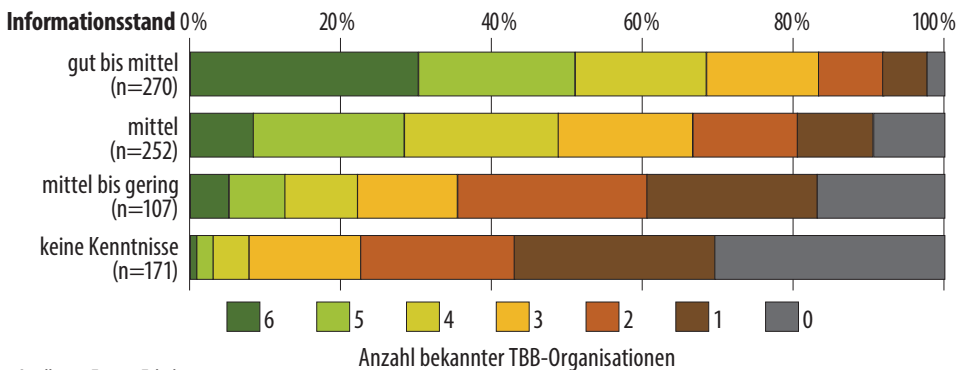
Die Validität dieser Messgröße kann durch eine weitere Analyse belegt werden. Im Fragebogen sollten die befragten Teilnehmer angeben, welche Organisationen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung ihnen bekannt sind.¹⁰ Aufgeführt wurden neben der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“: das Aktionsbündnis, die Brandenburgische Sportjugend, die Mobilten Beratungsteams, Opferperspektive e. V. sowie die RAA Brandenburg. Eine

⁹ Durchgeführt wurde eine Clusteranalyse nach dem Ward-Verfahren. Für die Distanzbestimmung wurde die quadrierte euklidische Distanz herangezogen.

¹⁰ Im Fragebogen die Frage 5 „Kennen Sie Vertreter/innen der aufgeführten Organisationen?“

Auszählung ergab, dass 122 Befragte (14 %) alle sechs Einrichtungen kannten, je 126 Befragten (14 %) vier bzw. fünf Einrichtungen bekannt waren, 134 Antwortende (15 %) drei der aufgeführten Einrichtungen, 130 Befragte (15 %) zwei Einrichtungen und 121 Befragte (14 %) lediglich eine Einrichtung kannten. 124 Personen (14 %) gaben an, keine Vertreter dieser sechs Einrichtungen zu kennen. Setzt man nun diese Kenntnisse mit dem neu gebildeten Indikator *Informationsstand* in Beziehung (vgl. Abb. 5), so wird auf den ersten Blick deutlich, dass ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Anzahl der bekannten Organisationen und dem Informationsstand besteht.

Die Befragten mit einem guten bis mittleren Informationsstand kennen im Durchschnitt 4,2 Einrichtungen, in der Gruppe mit einem mittleren Informationsstand sind 3,2 Einrichtungen bekannt. Liegt der Informationsstand im Bereich mittel bis gering, werden im Schnitt 2,2 Einrichtungen gekannt. Befragte, bei denen keine Kenntnisse ermittelt wurden, kennen immerhin noch 1,5 TBB-Organisationen. Damit ist der Informationsstand einerseits eine gute Messgröße; andererseits zeigt Abbildung 5 aber auch, dass die vier Niveaus des Informationsstandes etwas weicher zu interpretieren sind, als es die Bezeichnungen nahelegen.



Quelle: Eigene Erhebung

Frage 14: „Nachfolgend sind einige Aussagen zum Handlungsfeld ‚Stärkung der Demokratie und Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung‘ aufgeführt. Geben Sie bitte jeweils an, inwieweit Sie die Aussagen für zutreffend oder nicht zutreffend halten.“
Messgröße aus den Items 3 und 7

Frage 5: „Kennen Sie Vertreter/innen der aufgeführten Organisationen?“

Abb. 5: Zusammenhang zwischen Informationsstand und der Anzahl bekannter TBB-Einrichtungen

BILDUNG DES KOMPLEXEN INDIKATORS „AKTIVITÄTSMASSE DER BEFRAGTEN“

Für die Bildung eines Indikators, mit dem Aussagen über das *Aktivitätsmaß* der Befragten getroffen werden können, sind die folgenden drei Aussagen aus der Frage 14 in die Clusteranalyse eingeflossen:

- 1) *„Ich habe großes Interesse, mich an einem Projekt in diesem Themenfeld zu beteiligen.“ – Mit den Antwortkategorien „trifft zu“, „teils – teils“, „trifft nicht zu“, „kann ich nicht beurteilen“ und „keine Angabe“.*
- 2) *„Ich möchte gerne in diesem Handlungsfeld aktiv werden bzw. noch stärker aktiv werden.“ – Antwortkategorien wie bei 1)*
- 3) *„Ich bin oder war in der Region an guten Projekten in diesem Handlungsfeld beteiligt.“ – Antwortkategorien wie bei 1)*

Die drei Aussagen geben gute Hinweise darauf, welches Aktivitätspotenzial die Befragten im Handlungsfeld „Stärkung der Demokratie und Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung“ aufweisen. Dabei werden sowohl bereits laufende oder vergangene Aktivitäten thematisiert als auch zukünftige Aktivitäten und die grundsätzliche Bereitschaft, Engagement zu zeigen. Bei der Clusteranalyse liefert auch hier die Lösung mit fünf Clustern das beste Ergebnis für eine Typisierung. Die gebildete Variable liefert das *Aktivitätspotenzial* der Befragten ab. Die folgenden Gruppen werden unterschieden:

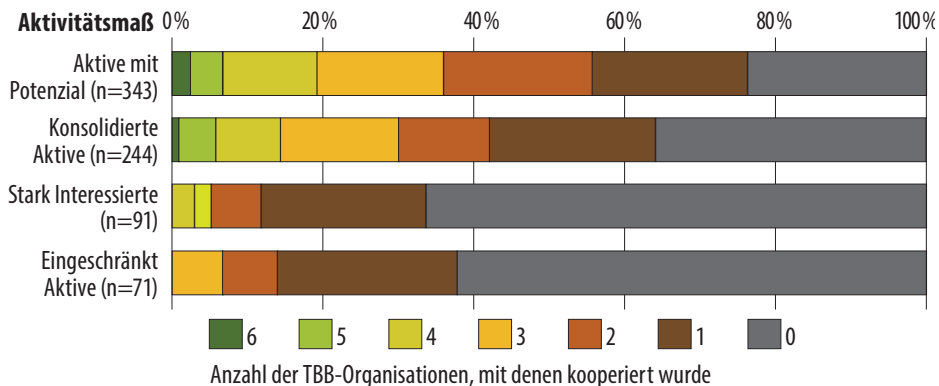
- » *Gruppe 1 – Aktive mit Potenzial. Mit 343 Personen handelt es sich um die größte und ambitionierteste Gruppe. Es sind motivierte Personen, die entweder ein starkes Interesse und offenbar auch Ressourcen haben, sich zu engagieren, oder die bereits stark engagiert sind und Bereitschaft signalisieren, dieses Engagement noch auszubauen.*
- » *Gruppe 2 – Konsolidierte Aktive. Die Gruppe ist mit 244 Personen ebenfalls recht stark. Es handelt sich um in Praxisaktivitäten erfahrene Personen, die immer noch aktiv sind oder schon aktiv gewesen sind. Darüber hinaus zeigen sie durchaus noch ein großes oder mittleres Interesse an Aktivitäten, machen jedoch auch deutlich, dass sie ihr Aktivitätspotenzial eher stabilisieren oder reduzieren möchten.*
- » *Gruppe 3 – Stark Interessierte. Die Gruppe besteht aus 91 Befragten, die bislang noch nicht aktiv geworden sind. Sie signalisieren aber sowohl ein starkes bis mittleres Interesse an Projektaktivitäten in diesem Hand-*

lungsfeld als auch eine starke oder zumindest mittlere Bereitschaft für ein praktisches Engagement.

- » *Gruppe 4 – Eingeschränkt Aktive. In dieser kleinen Gruppe mit 71 Befragten befinden sich Personen, die bislang wenig bzw. kein Engagement gezeigt haben und in der Vergangenheit eher nicht in Projektaktivitäten involviert waren. Auch ein Interesse daran ist bei ihnen sehr gering, und sie bewegen sich offenbar auch zukünftig allenfalls auf einem mittleren Aktivitätslevel.*

Auch die Validität des Indikators *Aktivitätsmaß* soll nun durch eine weitere Analyse belegt werden. Im Fragebogen sollte auch angegeben werden, inwieweit bereits Kooperationsprojekte oder andere gemeinsame Aktivitäten mit den sechs genannten Organisationen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ durchgeführt worden sind. Danach ließ sich feststellen, dass von allen 749 Personen, die zu diesen Fragen Angaben machten, 17 Befragte (2 %) bereits mit allen sechs Organisationen kooperiert hatten, 33 Befragte (4 %) mit fünf und 76 Befragte (9 %) mit vier Einrichtungen kooperierten, 111 Befragte (13 %) hatten mit drei Organisationen Projekte durchgeführt, 115 Antwortende (13 %) nannten zwei Einrichtungen und 188 Befragte (21 %) lediglich eine Einrichtung als Kooperationspartner. 343 Befragte (39 %) hatten bislang noch mit keiner der genannten Einrichtungen ein Projekt durchgeführt oder in anderer Weise kooperiert. Stellt man nun die vier Ebenen des Aktivitätsmaßes nach dem Umfang der Kooperationen dar (vgl. Abb. 6), so zeigt sich ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Anzahl der Kooperationen mit den TBB-Organisationen und dem Aktivitätsmaß.

Die befragten Aktiven mit Potenzial haben durchschnittlich mit zwei Organisationen in Projekten kooperiert, bei den konsolidiert aktiven Befragten waren es im Schnitt mit 1,6 TBB-Organisationen nur unwesentlich weniger. Für die stark Interessierten, die offenbar noch relativ neu in dem Handlungsfeld sind, wurde ein Wert von 0,5 Organisationen ermittelt und für die eingeschränkt Aktiven ein Wert von 0,6. Auch dem auf Grundlage der Clusteranalyse ermittelten Indikator *Aktivitätsmaß* kann somit eine relativ gute Abbildung der Aktivitäts- und Engagementbereitschaft der Befragten attestiert werden.



Quelle: Eigene Erhebung

Frage 14: „Nachfolgend sind einige Aussagen zum Handlungsfeld, Stärkung der Demokratie und Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung“ aufgeführt. Geben Sie bitte jeweils an, inwieweit Sie die Aussagen für zutreffend oder nicht zutreffend halten.“
Messgröße aus den Items 1, 4 und 6

Frage 5: „Kennen Sie Vertreter/innen der aufgeführten Organisationen?“

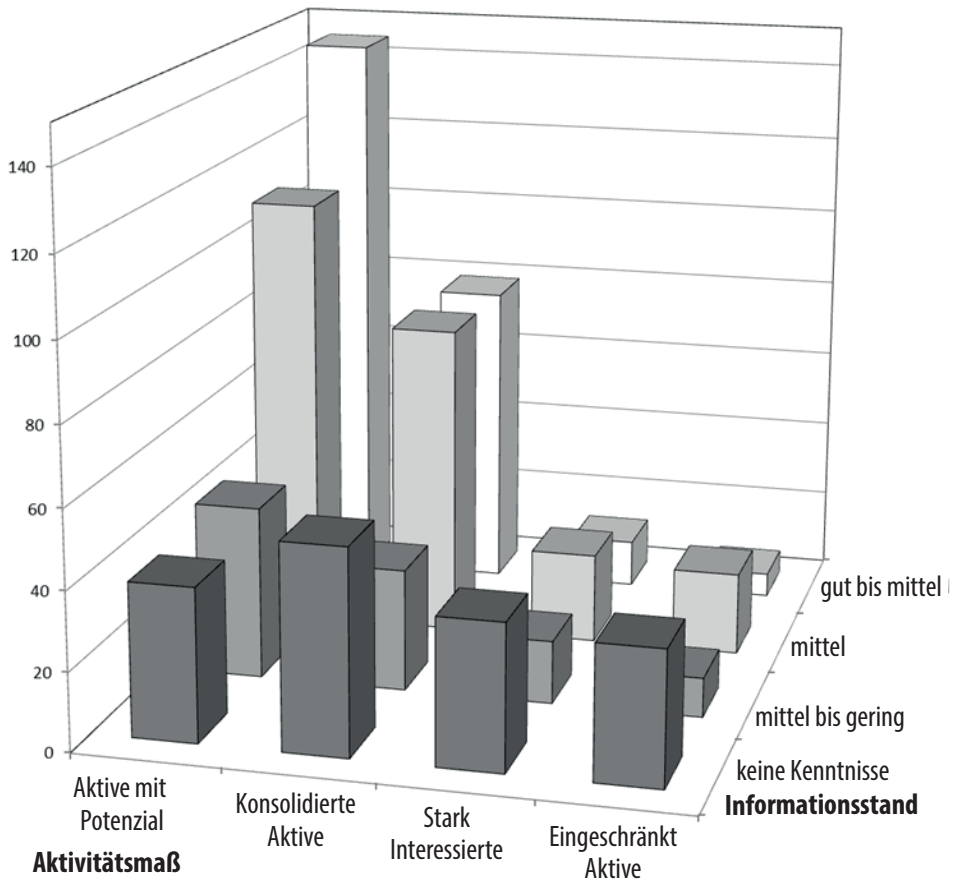
Abb. 6: Zusammenhang zwischen Aktivitätsmaß und Anzahl der TBB-Organisationen, mit denen kooperiert wurde

ZUSAMMENHANG ZWISCHEN AKTIVITÄTSMASS UND INFORMATIONSTAND

Die Abbildung 7 dokumentiert nun den Zusammenhang zwischen Aktivitätsmaß der Befragten und deren Informationsstand. Es wird deutlich, dass sich mit den beiden komplexen Merkmalen tatsächlich zwei voneinander unabhängige Haltungen der Befragten abbilden lassen.

Darin wird deutlich, dass vier Gruppen die Darstellung dominieren: die größte Gruppe – 145 Befragte, das sind gut 16 % aller Befragungsteilnehmer – bilden diejenigen, die sowohl gut informiert sind als auch ein hohes Aktivitätsmaß mit Ausbaupotenzial an den Tag legen. Die zweitgrößte Gruppe sind wiederum Aktive mit Potenzial, die aber über einen lediglich mittelmäßig ausgeprägten Informationsstand verfügen (111 Personen, 11 % aller Befragten).

Die beiden weiteren starken Gruppen gehören zu den konsolidierten Aktiven, sind aber in der einen Untergruppe eher gut informiert (79 Personen = 9%), in der weiteren Untergruppe eher mittelmäßig (80 Personen = 9%). Damit erweisen sich etwa knapp die Hälfte der befragten Teilnehmer der Zukunftsdialoge als überwiegend gut bis mittelmäßig informiert und verfügen gleichzeitig über ein durchweg hohes und sogar noch ausbaubares Aktivitätsmaß. Gleichwohl wird auch deutlich, dass gut 15 % der Befragten zwar aktiv sind oder waren und noch weiteres Interesse an Aktivitäten haben, aber über keine Kenntnisse der Strukturen und Ansprechpartner auf der Landesebene verfügen (vordere Säulen in Abb. 7). Gerade für diese Gruppen dürfte der Besuch der Zukunftsdialoge besonders wertvoll gewesen sein.



Quelle: Eigene Erhebung; Datengrundlage für die Abbildung vgl. Tab. A5 im Tabellenanhang.

Abb. 7: Aktivitätsmaß und Informationsstand der Befragten im Hinblick auf das Handlungsfeld „Stärkung der Demokratie und Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung“

4.2 Merkmale der Befragten im Hinblick auf den Informationsstand und das Aktivitätsmaß

In diesem Kapitel werden – getrennt nach unterschiedlichen Befragungsgruppen – die Informationsstände und Aktivitätsmaße beschrieben. Dazu ist für verschiedene Subgruppen der Befragten ermittelt worden, wie sich deren Informationsstand (vgl. Abb. 8) und deren Aktivitätsmaß (vgl. Abb. 9) ausdifferenzieren. Für die Darstellung wurden die folgenden Teilgruppen ausgewählt:

- » Befragte, die in *Vereinen und Verbänden* tätig sind
- » Befragte bei *Gebietskörperschaften und Verwaltung*
- » Befragte aus *Politik und Parteien*
- » befragte Akteure in *Netzwerken, Bündnissen und Initiativen*
- » Befragte, die im Handlungsfeld *Kinder, Jugendliche und Sport* arbeiten
- » Befragte im Handlungsfeld *Migration und Integration*
- » Befragte im Handlungsfeld *Demokratie- und Toleranzförderung*
- » Befragte aus dem Handlungsfeld *Vorschule, Schule, Bildung*
- » Befragte im Handlungsfeld *Soziales und Gesundheit*
- » Befragte, die *Mitglied in den LAP-Begleitausschüssen* sind
- » befragte *hauptamtliche Akteure*
- » befragte *ehrenamtliche Akteure*
- » Befragte, die *sowohl haupt- als auch ehrenamtlich* tätig sind

Für diese Teilgruppen wurden jeweils die Prozentanteile der unterschiedlichen Niveaus des Informationsstandes sowie der Aktivitätsmaße bestimmt.

Hinsichtlich des Informationsstandes sticht heraus, dass die Vertreter von *Politik und Parteien*, die Akteure aus dem Handlungsfeld *Demokratie- und Toleranzförderung* sowie die *Mitglieder der Begleitausschüsse* durchschnittlich am besten informiert sind. Ebenfalls gut informiert sind Akteure von *Gebietskörperschaften und Verwaltungen*, von *Vereinen und Verbänden* sowie Akteure, die sowohl *haupt- als auch ehrenamtlich* engagiert sind. Große Anteile von Personen mit keinen oder geringen Kenntnissen finden sich bei *Netzwerken, Bündnissen und Initiativen*, im Handlungsfeld *Migration und Integration* sowie bei *ehrenamtlich Aktiven*. Es ist anzunehmen, dass gerade diese uninformierten Gruppen bislang noch keine formellen Kontakte mit den zuständigen lokalen und regionalen Ansprechpartner im Handlungsfeld „Stärkung der Demokratie und Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung“ hatten und auch zu den Vertretern des Beratungsnetzwerks noch keine Verbindung aufgenommen wurde. Dementsprechend boten die Zukunftsdialoge gerade für diese Gruppen eine sehr gute Informationsplattform.

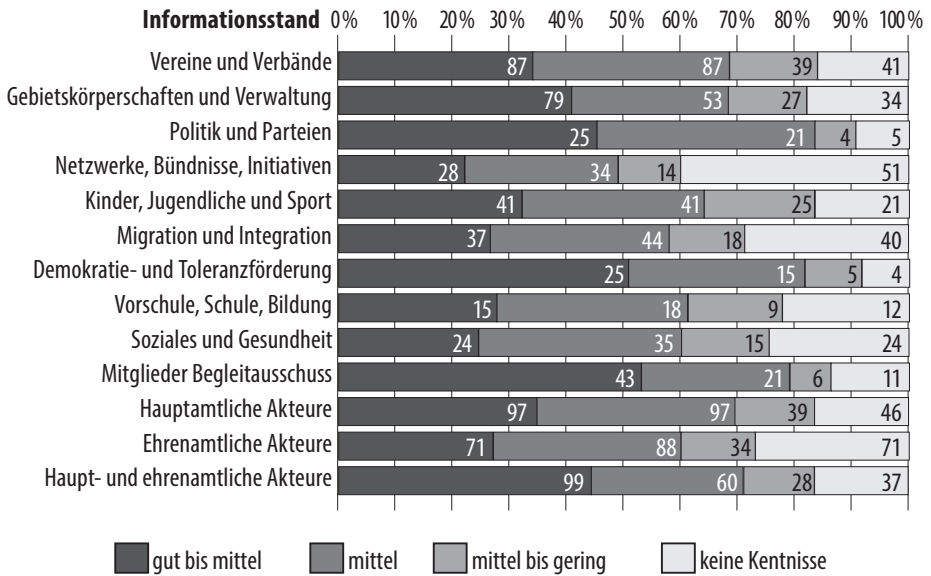


Abb. 8: Informationsstand unterschiedlicher Befragten Gruppen

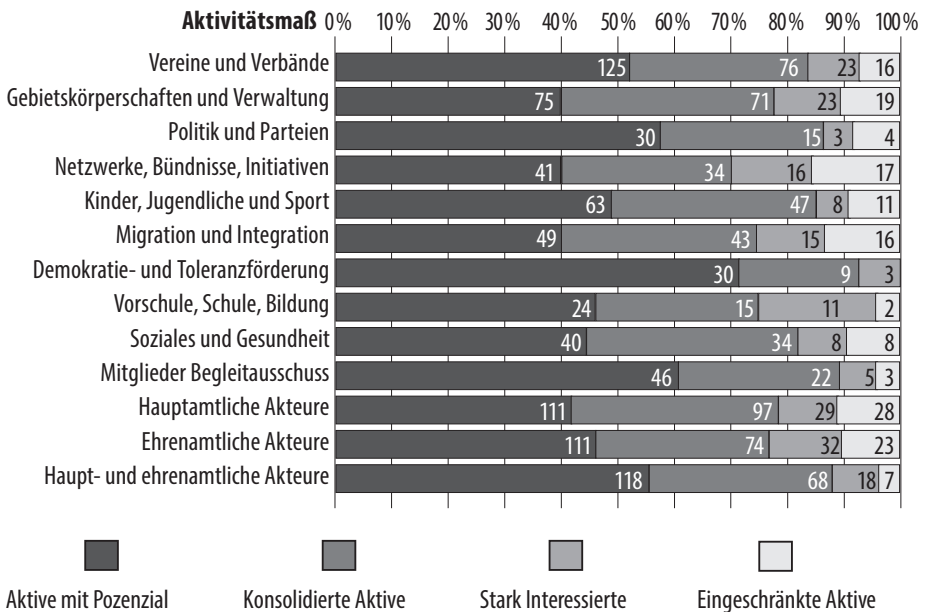


Abb. 9: Aktivitätsmaß unterschiedlicher Befragten Gruppen

Beim Aktivitätsmaß zeigen sich zunächst recht ähnliche Muster. Zu den aktivsten Gruppen gehören die Vertreter von *Politik und Parteien*, die Akteure aus dem Handlungsfeld *Demokratie- und Toleranzförderung* sowie die Mitglieder der *Begleitausschüsse*. Auch Akteure von *Vereinen und Verbänden* sowie *haupt- und ehrenamtlich* Aktive zeichnen sich durch eine hohe Engagementbereitschaft aus. Keine Gruppe fällt durch ein besonders hohes Maß an eingeschränkter Aktivität auf. Demzufolge ist festzuhalten, dass die Zukunftsdialoge per se eher von solchen Personen aufgesucht wurden, die bereits Projekte durchgeführt haben, sich zukünftig (weiter) beteiligen möchten und grundsätzlich eine starke Bereitschaft für ein Engagement in diesem Handlungsfeld zeigen.

Abschließend soll noch ein Blick darauf geworfen werden, inwieweit sich regionale Differenzierungen beim Informationsstand (vgl. Abb. 10) und dem Aktivitätsmaß (vgl. Abb. 11) abzeichnen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Abbildungen nur eingeschränkt Rückschlüsse darüber zulassen, wie der allgemeine Informationsstand und das Aktivitätsmaß in der jeweiligen Region grundsätzlich ausfallen. Die ausgewerteten Angaben gehen nur auf die Teilnehmer der Zukunftsdialoge zurück und können nicht als repräsentativ für die jeweilige kreisfreie Stadt oder den jeweiligen Landkreis gewertet werden.

Die Abbildung 10 zeigt, dass keine interpretierbaren *räumlichen* Muster auszumachen sind. Ein hoher Anteil gut informierter Teilnehmer (jeweils über 36 %) ergab sich für die Zukunftsdialoge in Brandenburg an der Havel, Dahme-Spreewald, Spree-Neiße, Teltow-Fläming, Uckermark sowie Elbe-Elster. Hohe Teilnehmeranteile mit *keinen Kenntnissen* (z. T. deutlich über 30 %) verzeichneten die Zukunftsdialoge in Barnim, Potsdam, Oder-Spree sowie Märkisch-Oderland.

Bezüglich der Aktivitätsmaße (vgl. Abb. 11) verzeichneten die Zukunftsdialoge in Brandenburg an der Havel, Cottbus, Spree-Neiße und Märkisch-Oderland die höchsten Anteile an Aktiven mit Potenzial (jeweils über 48 %). Bei den Zukunftsdialogen in Oberhavel, Oder-Spree und Barnim war diese Gruppen mit Werten von lediglich 30 % am wenigsten vertreten.

An dieser Stelle sei noch einmal explizit darauf hingewiesen, dass diese Verteilungen der Informationsstände und Aktivitätsmaße keine Rückschlüsse auf die Grade an Informiertheit oder Aktivität/Engagement der Netzwerke in den jeweiligen Landkreisen und kreisfreien Städten zulassen. Datengrundlage für die Abbildungen sind die Angaben der Teilnehmer der Zukunftsdialoge, und die Teilnehmergruppen der Zukunftsdialoge stellen sicherlich keinen repräsentativen Querschnitt aller lokalen Netzwerkakteure im Handlungsfeld „Stärkung der Demokratie und Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung“ dar.

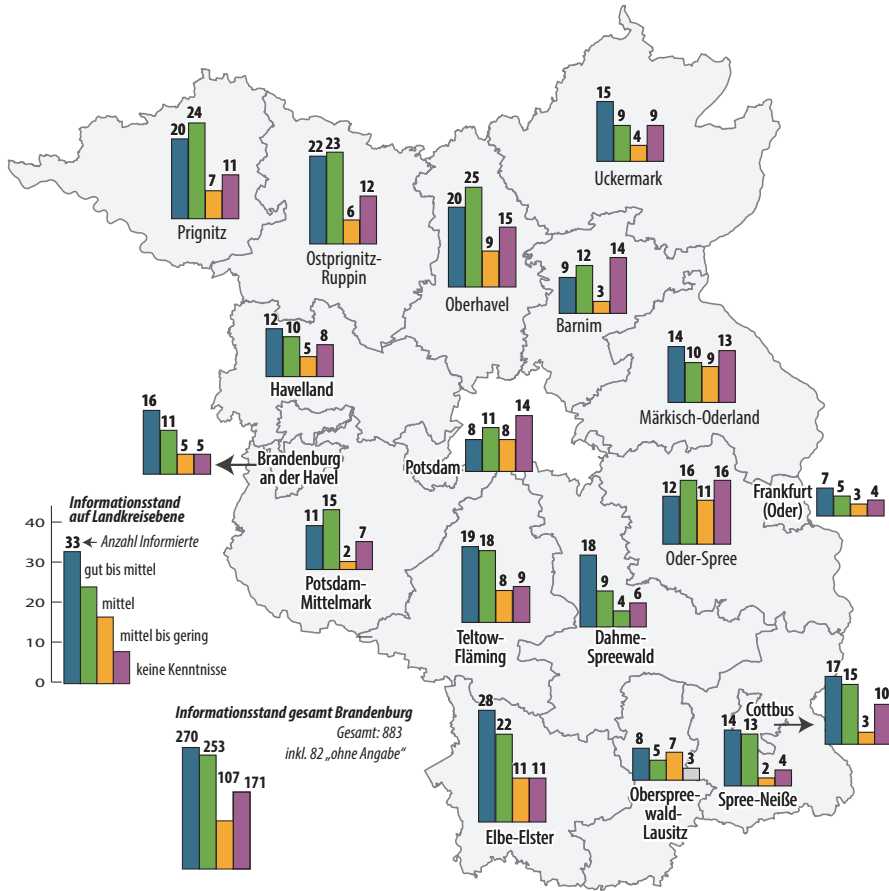


Abb. 10: Informationsstände der Teilnehmer der Zukunftsdialoge in den Regionen

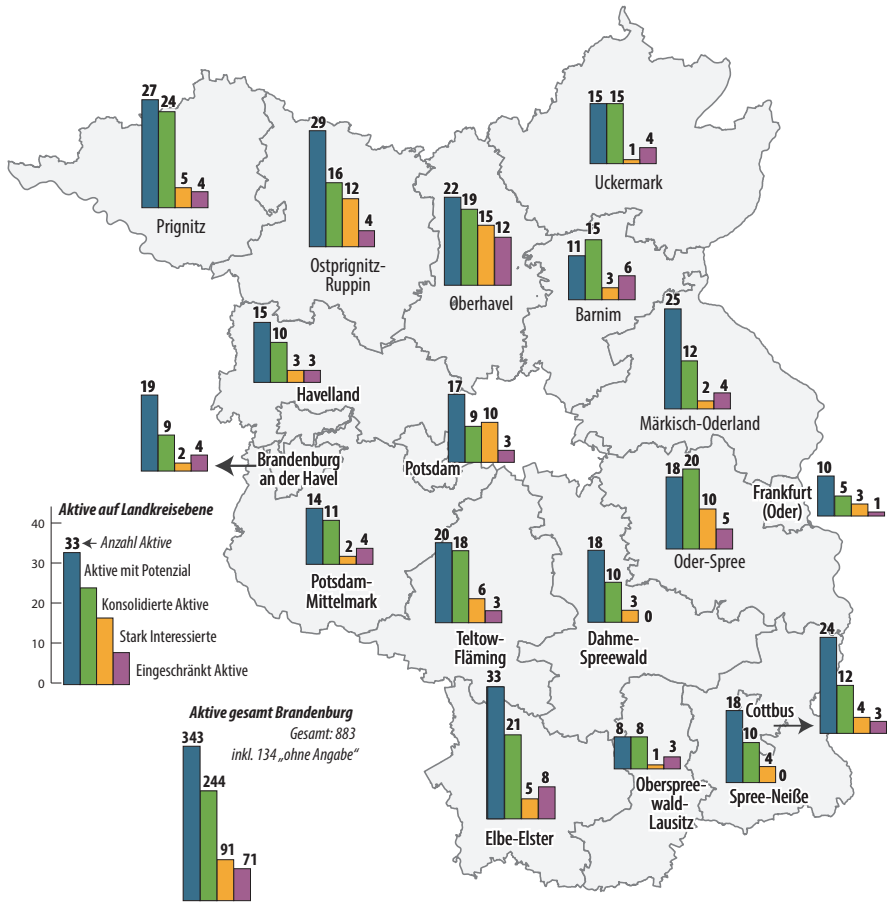


Abb. 11: Aktivitätsmaße der Teilnehmer der Zukunftsdialoge in den Regionen

5 KOMMUNIKATIONS- UND KOOPERATIONSBEZIEHUNGEN ZUR KOORDINIERUNGSSTELLE „TOLERANTES BRANDENBURG“ UND ZUM BERATUNGSNETZWERK

Neben den allgemeinen Informationsständen und den Aktivitätsmaßen der befragten Teilnehmer interessierten im Rahmen dieser Studie auch die spezifischen Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen der Befragten zur Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ sowie zu den Einrichtungen des landesweiten Beratungsnetzwerks:¹¹ das Aktionsbündnis, die Brandenburgische Sportjugend, die Mobilien Beratungsteams, Opferperspektive e. V. sowie die RAA Brandenburg.

5.1 Allgemeine Erkenntnisse zu den Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen der befragten Teilnehmer

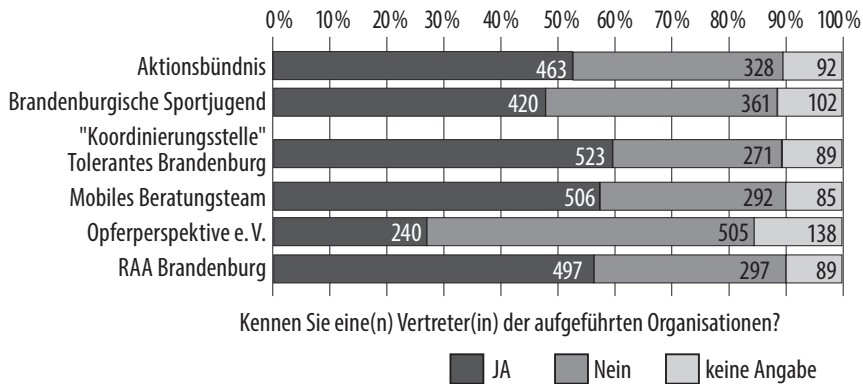
In dem Fragebogen wurden die Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen der Befragten zur Koordinierungsstelle des Landes sowie zu den Institutionen des Beratungsnetzwerks auf vier unterschiedlichen Stufen abgefragt. In der Stufe 1 sollte angegeben werden, inwieweit den Befragten mindestens ein Vertreter dieser Institutionen bekannt ist (vgl. Abb. 12); in den weiteren beiden Stufen wurde erfragt, in welchem Ausmaß informelle Kontakte zu Vertretern dieser Einrichtungen bestehen¹² (Stufe 2) oder ob formal mit den Institutionen kooperiert wird¹³ (Stufe 3) (vgl. Abb. 13). Schließlich sollte mitgeteilt werden, ob bereits gemeinsam Projekte durchgeführt wurden¹⁴ (Stufe 4, vgl. Abb. 14). Da eine signifikante Anzahl der Befragten diese Fragen vermutlich aufgrund fehlender Kenntnisse über die aufgeführten Organisationen nicht beantwortet hat, wurde in den Abbildungen 12 bis 14 die Kategorie *keine Angabe* ebenfalls mit ausgewiesen.

11 Vgl. <http://www.tolerantes.brandenburg.de/beratungsnetzwerk.html> (letzter Zugriff: 14.3.2017).

12 Frage 6 „In welchem Maße findet ein informeller oder formloser Informationsaustausch mit Vertreter(inne)n der jeweiligen Organisation statt?“

13 Frage 7 „In welchem Maße finden offizielle Absprachen oder Kooperationen mit Vertreter(inne)n der jeweiligen Organisation statt?“

14 Frage 8 „Haben Sie bereits gemeinsame Aktivitäten oder Projekte mit der jeweiligen Organisation durchgeführt, und wenn ja, wie viele?“



Quelle: Eigene Erhebung, Datengrundlage für die Abbildung vgl. Tab. A8 im Tabellenanhang

Frage 5: „Kennen Sie Vertreter/innen der aufgeführten Organisationen?“

Abb. 12: Bekanntheit der Vertreter der aufgeführten Organisationen

Zunächst zur Stufe 1, den Angaben dazu, inwieweit die Befragten Vertreter der aufgeführten Organisation kennen: Die Abbildung 12 verdeutlicht, dass die Mehrheit der Befragten mindestens einen Vertreter der im Fragebogen aufgeführten Organisationen kennt. Den höchsten Bekanntheitsgrad besitzt die Koordinierungsstelle: 59 % der befragten Teilnehmer der Zukunftsdialoge kannten Vertreter der Koordinierungsstelle, dicht gefolgt von den Mobilien Beratungsteams (57 %) und den RAA (56 %). Dieser hohe Bekanntheitsgrad verweist auf die exponierte Stellung dieser drei Organisationen im Aktionsfeld Demokratieförderung und Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus. Bei den Mobilien Beratungsteams und den RAA erhöht zusätzlich die dezentrale Beratungsstruktur deren Bekanntheitsgrad in den Regionen. Vergleichbares gilt auch für das Aktionsbündnis (52 %) und die Brandenburgische Sportjugend (48 %). Auch diese beiden Organisationen können auf Ansprechpartner in den Regionen verweisen. Auf eine vergleichbare dezentrale Beratungsstruktur kann der Verein Opferperspektive mit seinem Vereinssitz in Potsdam allerdings nicht zurückgreifen; deshalb dürfte sein Bekanntheitsgrad auch nur bei 27 % liegen.

Es ist nahe liegend, an dieser Stelle die Frage zu vertiefen, in welchem Ausmaß der Bekanntheitsgrad der unterschiedlichen Einrichtungen mit dem Informationsstand der Befragten (vgl. Kap. 4.1) zusammenhängt. So zeigt sich nämlich durchgängig, dass die im Fragebogen aufgeführten Organisationen gerade unter den Befragten mit dem höchsten Kenntnisstand (guter bis mittlerer Informationsstand) über besonders hohe Bekanntheitsgrade verfügen. So kennen insgesamt 463 das Aktionsbündnis; darunter ist die Gruppe der Personen mit einem guten/mittleren Informationsstand mit 200 Befragten (43 %) besonders hoch. 420 gaben an, einen Vertreter der Brandenburgischen Sportjugend zu kennen; unter ihnen befanden sich 44 % gut bzw. mittelmäßig Informierte. Die Koordinierungsstelle

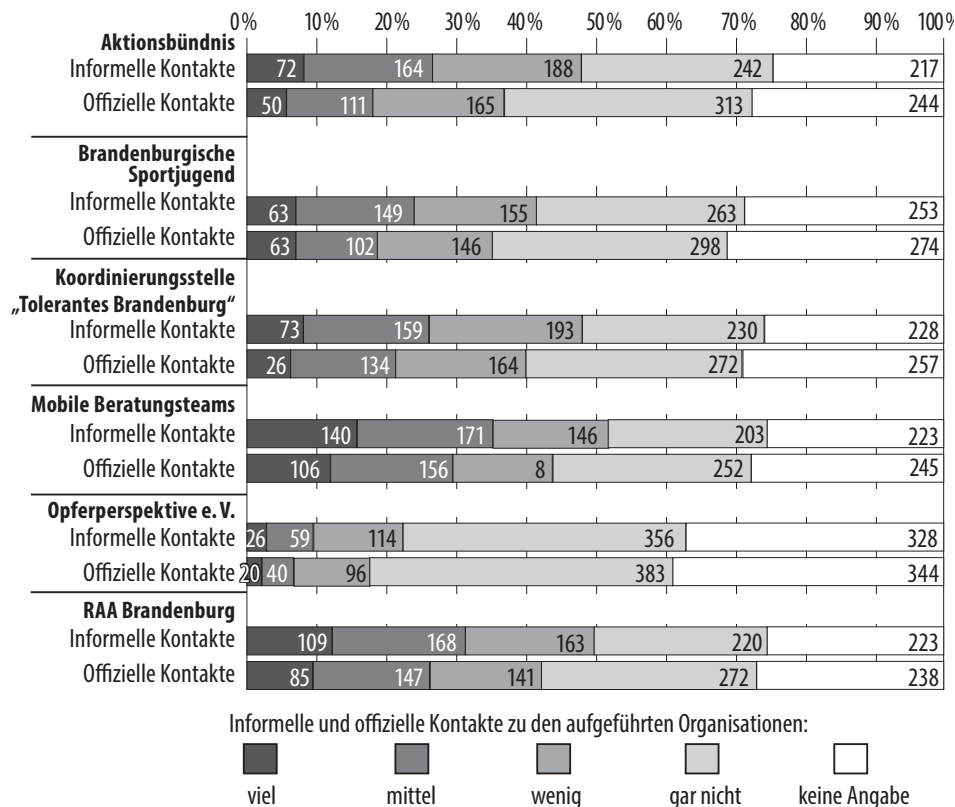
„Tolerantes Brandenburg“ kennen 523 Befragte, von denen sind 222 (42 %) gut bis mittel Informierte. Mindestens einen Vertreter der Mobilen Beratungsteams kennen 506 befragte Besucher; der Anteil der gut bis mittel Informierten lag bei 44 %, das sind 223 Personen. 240 kennen den Verein Opferperspektive, darunter befinden sich 126 Personen (52 %) mit einem guten bis mittleren Informationsstand. Die RAA kennen 497 Befragte, davon gehören 197 (40 %) zu denjenigen mit dem höchsten Informationsstand. Unter denjenigen Befragten, die Vertreter der Beratungseinrichtungen kennen, liegt der Anteil der Personen mit einem mittleren Informationsstand stets bei etwa einem Drittel. Die Anteile der Personen mit den geringsten oder keinen Kenntnissen lagen beim Aktionsbündnis bei 10 %, bei der Brandenburgischen Sportjugend bei 8 %, der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ ebenfalls bei 8 %, den Mobilen Beratungsteams bei 11 %, dem Verein Opferperspektive bei 9 % und schließlich den RAA bei 12 %.

Im Umkehrschluss bedeutet diese Feststellung allerdings, dass ein großer Teil der Besucher der Zukunftsdialoge eine geeignete Zielgruppe gewesen ist, um den Bekanntheitsgrad der Koordinierungsstelle und der Organisationen des Beratungsnetzwerks zu erhöhen. Besonders der Verein Opferperspektive könnte davon profitieren, dass auf den Zukunftsdialogen das Beratungsnetzwerk in seiner gesamten Breite vorgestellt worden ist.

Bei den Stufen 2 und 3 der Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen wurden die befragten Teilnehmer der Zukunftsdialoge auch aufgefordert, ihre informellen Kontakte und ihre offiziellen Kooperationen zu den genannten Organisationen zu spezifizieren (vgl. Abb. 13). Als Antwortkategorien waren die qualitativen Größenordnungen *viel*, *mittel*, *gering* und *gar nicht* vorgesehen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass diese Kategorien lediglich den subjektiven Eindruck der Befragten wiedergeben können und keine belastbare Quantifizierung über die tatsächliche Häufigkeit von Kontakten oder Kooperationen in einer spezifischen Zeiteinheit darstellen. Eingedenk dieser Einschränkungen ist festzustellen, dass hinsichtlich der informellen Kontakte und offiziellen Kontakte vor allem die Mobilen Beratungsteams und die RAA herausstechen. Insbesondere wenn die Häufigkeit der Kontakte und Kooperationen betrachtet wird, verzeichnen vor allem diese beiden Einrichtungen überdurchschnittliche Anteile mit vielen Kontakten und vielen Kooperationen. Die Opferperspektive e. V. hat auch hier die geringsten Werte zu verzeichnen, die übrigen Einrichtungen liegen im mittleren Feld.

Die Befragten konnten schließlich auch Angaben dazu machen, inwieweit sie selbst bzw. ihre Organisation bereits mit der Koordinierungsstelle oder den Institutionen des Beratungsnetzwerks Projekte im Bereich „Stärkung der Demokratie und Intensivierung gesellschaftlicher Beteiligung“ durchgeführt haben. In Abbildung 14 wird ausgewiesen, dass ein Drittel der Befragten bereits auf gemeinsame Projekte mit den Mobilen Beratungsteams oder den RAA verweisen kann. Dabei fällt die Zahl der durchschnittlichen Projekte bei den Mobilen Beratungsteams mit 5,4 höher aus als bei den RAA. Mit den übrigen Einrichtungen führten etwa 25 %

der antwortenden Teilnehmer der Zukunftsdialoge Projekte durch. Die Opferperspektive e. V. weist mit 10 % den geringsten Anteil an gemeinsamen Projekten auf.



Informelle und offizielle Kontakte zu den aufgeführten Organisationen:
 ■ viel ■ mittel ■ wenig ■ gar nicht □ keine Angabe

Quelle: Eigene Erhebung, Datengrundlagen für die Abbildung vgl. Tab. A9 und A10 im Tabellenanhang.

Frage 6: „In welchem Maße findet ein informeller oder formloser Informationsaustausch mit Vertreter(inne)n der jeweiligen Organisation statt?“ sowie

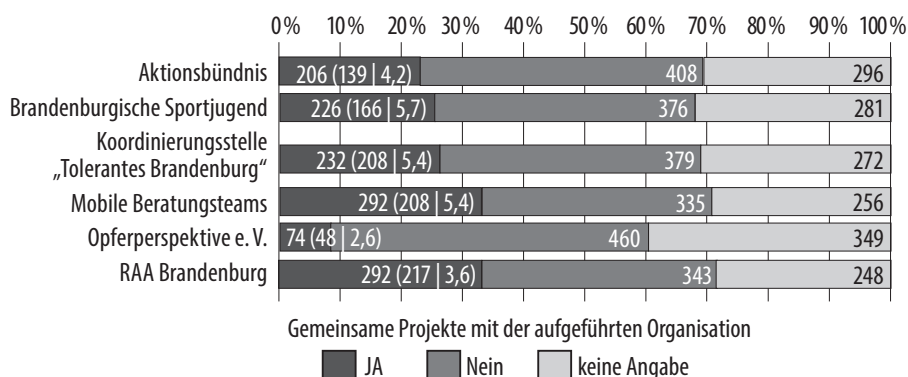
Frage 7: „In welchem Maße finden offizielle Absprachen oder Kooperationen mit Vertreter(inne)n der jeweiligen Organisation statt?“

Abb. 13: Informelle und offizielle Kontakte zu den aufgeführten Organisationen

Es kann nun gezeigt werden, dass an besonders vielen Kooperationsprojekten mit den sechs Einrichtungen die Gruppe der „Aktiven mit Potenzial“ (vgl. Kap. 4.2) maßgeblich beteiligt war. So führten 186 Befragte Kooperationsprojekte oder Aktivitäten mit dem Aktionsbündnis durch, davon waren 111 Befragte (60 %) der Gruppe der Aktiven mit Potenzial zuzuordnen. Mit der Brandenburgischen Sportjugend führten 211 Personen Kooperationen durch, davon gehörten 107 Personen (37 %) zu den Aktiven mit Potenzial. Von 214 befragten Akteuren, die mit der Koordinierungsstelle kooperierten, gehörten 127 Personen (59 %) zu den Aktiven mit Potenzial. Bei den gemeinsamen Aktivitäten mit den Mobilien Beratungsteams zählten 154 (56 %) der 274 Projektaktiven zur Gruppe der Aktiven mit

Potenzial. Mit der Opferperspektive e. V. kooperierten 65 Befragte, davon waren 24 (37 %) Aktive mit Potenzial. 279 berichteten von gemeinsamen Projekten mit den RAA, darunter waren 147 Befragte (53 %) Aktive mit Potenzial. Eine weitere Befragtengruppe mit vielen Projektaktivitäten waren die konsolidierten Aktiven. Unter allen Befragten, die mit dem Aktionsbündnis kooperierten, lag ihr Anteil bei 27 %, bei der Brandenburgischen Sportjugend bei 37 %, bei der Koordinierungsstelle bei 26 %, den Mobilien Beratungsteams bei 31 %, Opferperspektive e. V. bei 10 %, und von den Befragten, die mit den RAA gemeinsame Aktivitäten gemeldet hatten, gehörten 34 % zur Gruppe der konsolidierten Aktiven.

Zusammenfassend zeigen diese Auswertungen, dass in Bezug auf Bekanntheit, informelle Kontakte, geregelte Kooperationen oder die Durchführung von Projekten in theoretischer Hinsicht noch vielfältige Potenziale zu aktivieren sind. Eine sicherlich wünschenswerte Steigerung der Anzahl von Kontakten, Kooperationen und Projekten dürfte allerdings nur in einem eingeschränkten Maße möglich sein. Schließlich sind die personellen Kapazitäten der Koordinierungsstelle und auch der Einrichtungen des Beratungsnetzwerks begrenzt.



Quelle: Eigene Erhebung, Datengrundlage für diese Abbildung vgl. Tab. A11 im Tabellenanhang.

Frage 8: „Haben Sie bereits gemeinsame Aktivitäten oder Projekte mit der jeweiligen Organisation durchgeführt, und wenn ja, wie viele?“

In der jeweils ersten Rubrik ist jeweils die durchschnittliche Anzahl von Projekten angegeben, die mit der jeweiligen Organisation durchgeführt wurden. In Klammern ist die Zahl der Befragten genannt, die Angaben zur Anzahl der Projekte gemacht haben.

Als Beispiel:

206 Befragte kreuzten an, mit dem Aktionsbündnis ein oder mehrere Projekte durchgeführt zu haben; davon machten wiederum 139 Befragte Angaben dazu, wie viele Projekte sie bereits mit dem Aktionsbündnis durchgeführt haben. Die durchschnittliche Zahl der Projekte lag bei 4,2.

Abb. 14: Gemeinsame Projekte mit den aufgeführten Organisationen

5.2 Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ und die fünf Organisationen des Beratungsnetzwerks im Fokus

Die Analyse der Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen der Befragten zu den aufgeführten Organisationen soll nun noch weiter vertieft werden. Für die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ sowie für die fünf weiteren Organisationen des Beratungsnetzwerks werden daher ausgewählte Merkmale der befragten Teilnehmer der Zukunftsdialoge analysiert. Dadurch soll sichtbar werden, zu welchen Zielgruppen und bei welchen Zukunftsdialogen bereits recht gute Kommunikations- oder Kooperationsbeziehungen bestehen und wo es noch zu erschließendes Potenzial zu geben scheint.

In den nachfolgenden Abbildungen 15 bis 20 ist für unterschiedliche Befragungsgruppen jeweils dargestellt, wie groß in diesen Gruppen der Anteil von Personen ist, die

- a) Vertreter der jeweils aufgeführten Organisation kennen und
- b) bereits gemeinsame Aktivitäten oder Projekte mit den jeweiligen Organisationen durchgeführt haben.

Für die Abbildungen wurden die nachfolgend genannten Teilgruppen ausgewählt und in diesen Teilgruppen die Prozentanteile der Bekanntheit (s. o. Punkt a) sowie das Vorliegen gemeinsamer Projektaktivitäten (s. o. Punkt b) bestimmt:

- » Befragte, die in *Vereinen und Verbänden* tätig sind (n = 278)
- » Befragte bei *Gebietskörperschaften und Verwaltung* (n = 211)
- » Befragte aus *Politik und Parteien* (n = 56)
- » befragte Akteure in *Netzwerken, Bündnissen und Initiativen* (n = 152)
- » Befragte, die im Handlungsfeld *Kinder, Jugendliche und Sport* arbeiten (n = 143)
- » Befragte im Handlungsfeld *Migration und Integration* (n = 149)
- » Befragte im Handlungsfeld *Demokratie- und Toleranzförderung* (n = 55)
- » Befragte aus dem Handlungsfeld *Vorschule, Schule, Bildung* (n = 57)
- » Befragte im Handlungsfeld *Soziales und Gesundheit* (n = 107)
- » Befragte, die *Mitglied in den LAP-Begleitausschüssen* sind (n = 87)
- » befragte *hauptamtliche Akteure* (n = 311)
- » befragte *ehrenamtliche Akteure* (n = 287)
- » Befragte, die *sowohl haupt- als auch ehrenamtlich* tätig sind (n = 238)
- » Befragte der *beiden Zukunftsdialoge*, bei denen die jeweilige Organisation die höchsten Bekanntheitsgrade bzw. Projektaktivitäten zu verzeichnen hatte

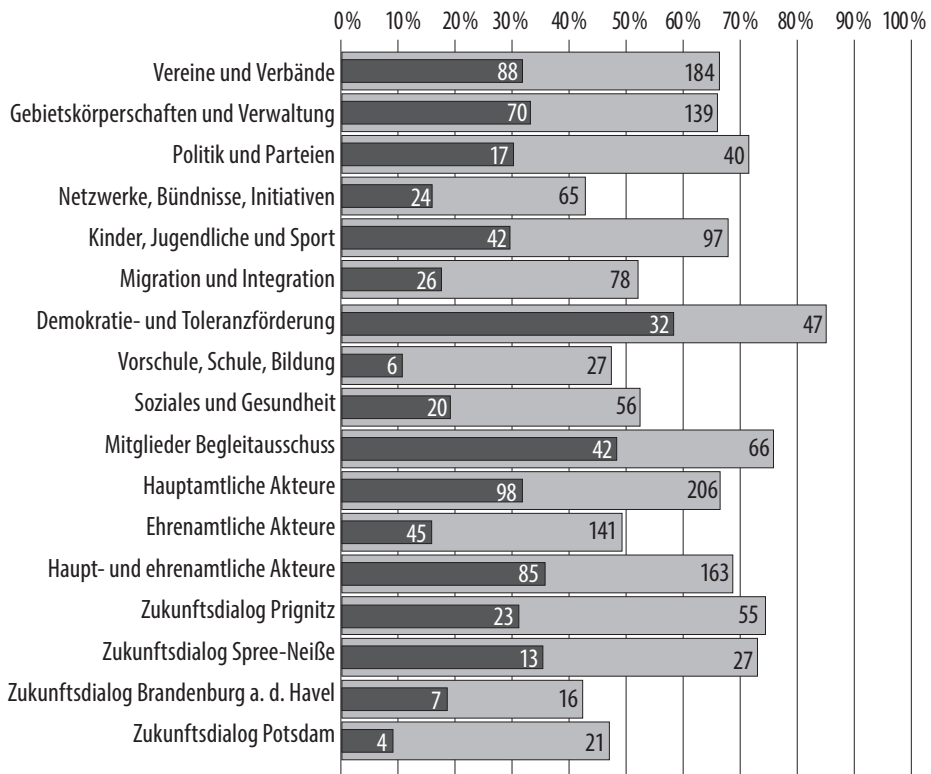
- » Befragte der *beiden Zukunftsdialoge*, bei denen die jeweilige Organisation die geringsten Bekanntheitsgrade bzw. Projektaktivitäten zu verzeichnen hatte

KOORDINIERUNGSSTELLE „TOLERANTES BRANDENBURG“

Die Auswertungen ergaben, dass 523 der 883 Befragten (59 %) mindestens einen Vertreter der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ kennen. Damit besitzt die Koordinierungsstelle bei den Befragten den höchsten Bekanntheitsgrad, was angesichts der exponierten Stellung nicht verwundert. Ein Blick in die Abbildung 15 zeigt, dass der Bekanntheitsgrad der Koordinierungsstelle überdurchschnittlich hoch ist bei *Politik und Parteien*, im Handlungsfeld *Demokratie- und Toleranzförderung*, den Mitgliedern der Begleitausschüsse sowie bei Teilnehmern der *Zukunftsdialoge* in den Landkreisen *Prignitz* und *Spree-Neiße*. Unterdurchschnittlich wenig bekannt ist die Koordinierungsstelle bei Befragten aus den – häufig informell organisierten – *Netzwerken, Bündnissen und Initiativen*, im Handlungsfeld *Vorschule, Schule und Bildung* sowie den Befragten der *Zukunftsdialoge* in *Brandenburg an der Havel* und *Potsdam*.¹⁵

232 Befragte (26 %) berichten über gemeinsame Projektaktivitäten mit der Koordinierungsstelle. Überdurchschnittlich viele gemeinsame Projekte wurden auch hier bei Befragten im Handlungsfeld *Demokratie- und Toleranzförderung* festgestellt sowie bei Befragten, die *Mitglieder der Begleitausschüsse* waren. Sehr wenige gemeinsame Projektaktivitäten ergaben sich im Handlungsfeld *Vorschule, Schule und Bildung* sowie bei befragten Akteuren des *Zukunftsdialogs* in *Potsdam*.

¹⁵ Der geringe Bekanntheitsgrad in Potsdam und Brandenburg an der Havel, ist eher auf die spezifische Besucherstruktur der Zukunftsdialoge zurückzuführen. Gerade in Potsdam nahmen sehr viele Personen am Zukunftsdialog teil, die bislang noch wenig vernetzt waren und als Einzelpersonen die Veranstaltung besuchten.



Anteile der Befragten in den aufgeführten Gruppen, denen die *Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“* bekannt ist und die mit ihr gemeinsame Projekte durchgeführt haben.

■ Bekanntheitsgrad in % ■ Gemeinsame Projektaktivitäten in %

Abb. 15: Kommunikations- und Kooperationspotenziale der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN GEWALT, RECHTSEXTREMISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT

463 Befragte – das sind 52 % aller Antwortenden – kennen Vertreter des Aktionsbündnisses. Bekannt ist das Aktionsbündnis vor allem bei Befragten aus *Politik und Parteien* und außerordentlich bekannt bei Akteuren aus dem Handlungsfeld *Demokratie- und Toleranzförderung* (80 %). Die *Mitglieder der Begleitausschüsse* sowie die Akteure, die sowohl *haupt- als auch ehrenamtlich* tätig sind, kennen ebenfalls das Aktionsbündnis überdurchschnittlich häufig. Gleiches gilt auch für die Befragten der *Zukunftsdialoge* in *Frankfurt (Oder)* und dem Landkreis *Uckermark*. In *Netzwerken, Bündnissen und Initiativen* kennen nur wenige Befragte das Aktionsbündnis, ebenso im Handlungsfeld *Vorschule, Schule und Bildung* sowie die Befragten des *Potsdamer Zukunftsdialogs*.

Über gemeinsame Projekte mit dem Aktionsbündnis berichteten 206 Befragte (23 %). Hier zeigen sich vergleichbare Muster wie beim Bekanntheitsgrad: Für die befragten Akteure aus dem Handlungsfeld *Demokratie- und Toleranzförderung* ergeben sich deutlich höhere Anteilswerte bei Projektaktivitäten (51 %), ebenso für die befragten Teilnehmer der *Zukunftsdialoge in Frankfurt (Oder)* und der *Uckermark*. Deutlich unterdurchschnittliche Werte bei der Projektquote zeigen die Angaben der Befragten der *Zukunftsdialoge im Landkreis Elbe-Elster* sowie in der *Landeshauptstadt*.

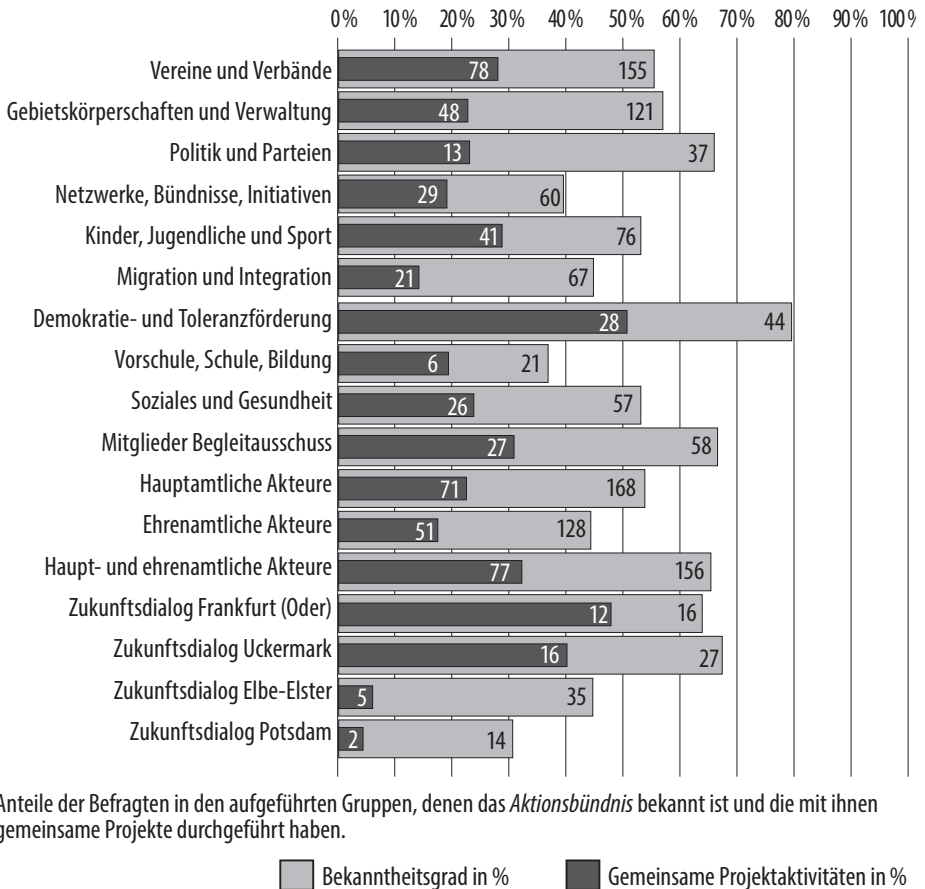


Abb. 16: Kommunikations- und Kooperationspotenziale des Aktionsbündnisses

Brandenburgische Sportjugend

Vertreter der Brandenburgischen Sportjugend kennen 420 (oder 48 %) der befragten Personen. Aus der Abbildung 17 geht hervor, dass der Bekanntheitsgrad vor allem bei Akteuren im Handlungsfeld *Kinder, Jugendliche und Sport* überdurchschnittlich hoch liegt, ebenso bei *Mitgliedern der Begleitausschüsse* sowie den antwortenden Teilnehmern des *Zukunftsdialogs Spree-Neiße* (73 %). Deutlich seltener bekannt ist die Brandenburgische Sportjugend bei Akteuren aus *Netzwerken, Bündnissen und Initiativen*, den *ehrenamtlichen Akteuren* und Befragten der *Zukunftsdialoge Oder-Spree* und *Potsdam*. Vor allem der geringe Bekanntheitsgrad der Brandenburgischen Sportjugend bei den *Ehrenamtlichen* überrascht auf den ersten Blick. Gerade der Bereich Sport wird schließlich häufig mit ehrenamtlichen Tätigkeiten in Verbindung gebracht. Die Auswertung zeigte aber bereits (vgl. Abb. 3), dass die für die Zukunftsdialoge aktivierten Ehrenamtlichen eher selten zum Bereich Sport gehören.

Dass gemeinsame Projekte mit der Brandenburgischen Sportjugend durchgeführt worden sind, teilten 226 Befragte mit (26 %). Deutlich überdurchschnittliche Werte zeigen sich für dieselben Gruppen wie beim Bekanntheitsgrad. Nahezu 50 % der Befragten aus dem Handlungsfeld *Kinder, Jugendliche und Sport* verweisen auf Projektaktivitäten mit der Brandenburgischen Sportjugend. Ähnlich hohe Anteile zeigen sich für die Teilnehmer der *Zukunftsdialoge* in *Spree-Neiße* und *Dahme-Spreewald*. Sehr geringe Projektaktivitäten lassen sich wiederum bei *Netzwerken, Bündnissen und Initiativen* beobachten, im Handlungsfeld *Migration und Integration*, in der Gruppe der *Ehrenamtlichen* sowie bei Teilnehmern der *Zukunftsdialoge* in *Oder-Spree* und *Potsdam*.

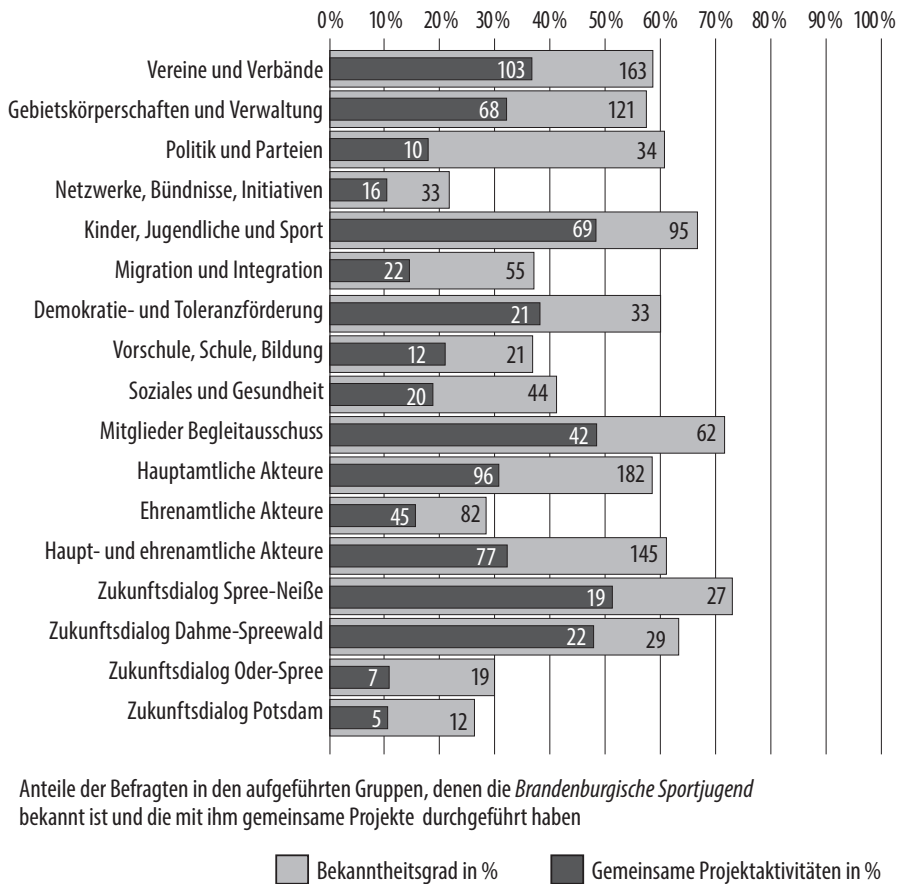
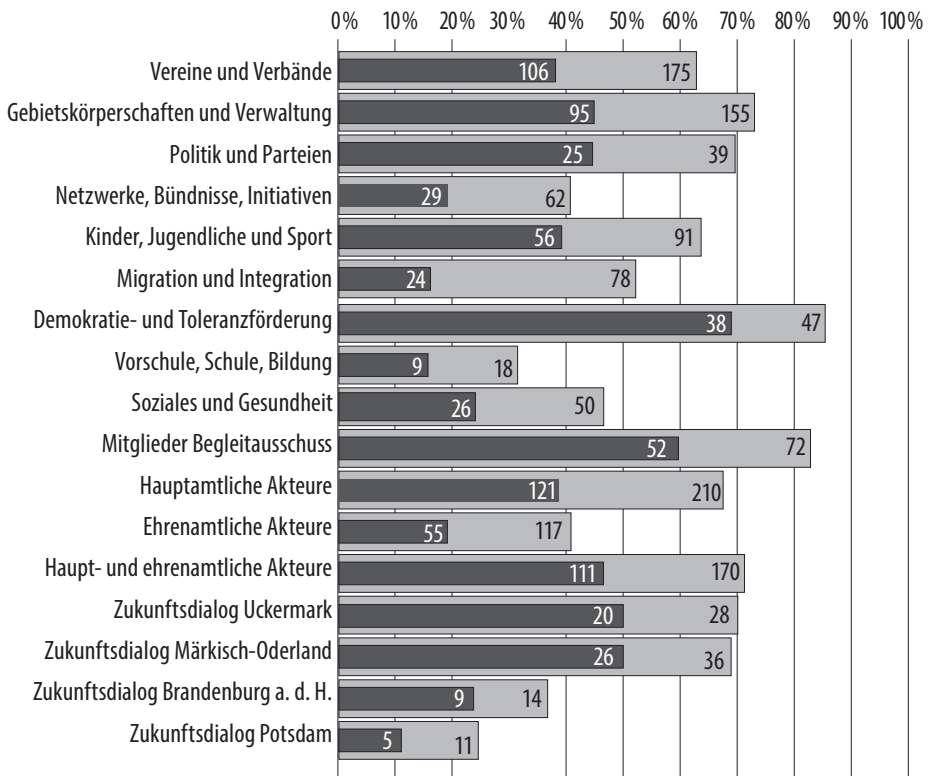


Abb. 17: Kommunikations- und Kooperationspotenziale der Brandenburgischen Sportjugend

Mobile Beratungsteams

Neben der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ und den RAA zählen die Mobilen Beratungsteams zu den bekannten Einrichtungen des Beratungsnetzwerks. 506 der 883 befragten Akteure (57 %) kannten Vertreter der Mobilen Beratungsteams. Außerordentlich hoch ist der Bekanntheitsgrad bei denjenigen Befragten, die im Handlungsfeld *Demokratie- und Toleranzförderung* aktiv sind. In dieser Gruppe kennen 85 % der Befragten einen oder mehrere Akteure aus dieser Einrichtung, bei den *Mitgliedern der LAP-Begleitausschüsse* liegt der Bekanntheitsgrad unwesentlich niedriger. Deutlich unterdurchschnittliche Werte beim Bekanntheitsgrad haben die Mobilen Beratungsteams im Handlungsfeld *Vorschule, Schule und Bildung* sowie bei den befragten Teilnehmern der beiden Zukunftsdialoge in Brandenburg an der Havel und vor allem in der Landeshauptstadt Potsdam.

292 Befragte teilten mit, mit den Mobilten Beratungsteams bereits gemeinsame Projekte organisiert zu haben. Die Projektquote liegt damit bei 33 %. Deutlich überdurchschnittliche Projektanteile wurden für das Handlungsfeld *Demokratie- und Toleranzförderung* ermittelt, auch die befragten *Mitglieder der LAP-Begleitausschüsse* waren – wenig überraschend – überdurchschnittlich häufig in Projekte mit den Mobilten Beratungsteams involviert. Deutlich kleine Anteile von Projektaktivitäten haben *Netzwerke, Bündnisse und Initiativen* zu verzeichnen. Auch für die Befragten aus dem Handlungsfeld *Migration und Integration* zeigten sich unterdurchschnittlich geringe Projektaktivitäten, ebenso für *ehrenamtliche Akteure* und die Teilnehmer des *Zukunftsdialogs* in Potsdam.



Anteile der Befragten in den aufgeführten Gruppen, denen die *Mobilten Beratungsteams* bekannt sind und die mit ihnen gemeinsame Projekte durchgeführt haben

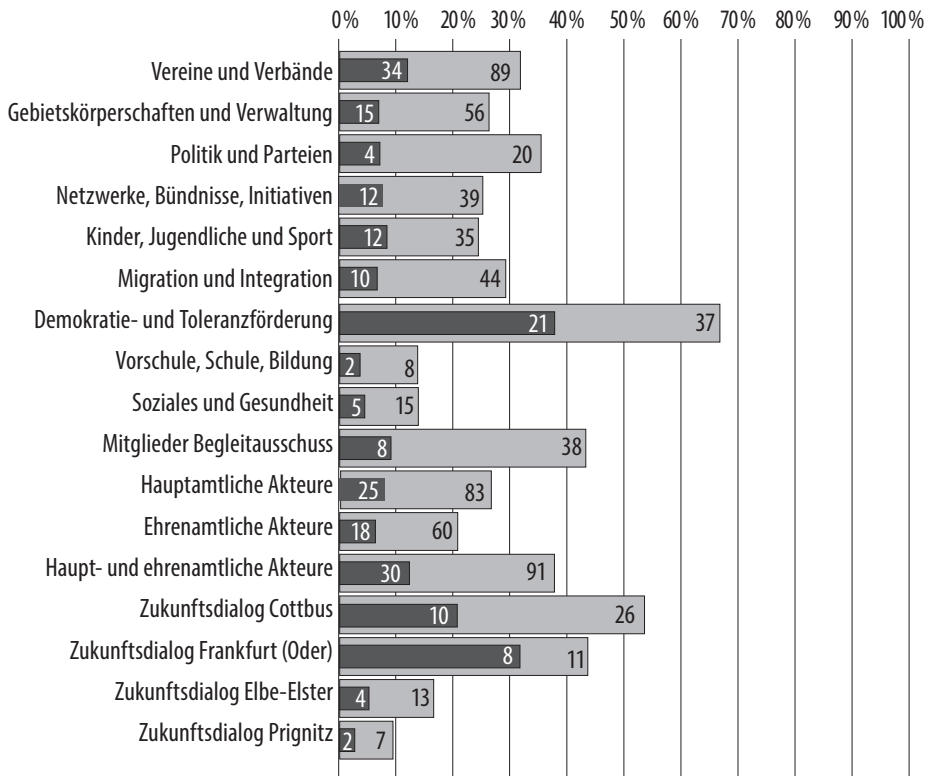


Abb. 18: Kommunikations- und Kooperationspotenziale der Mobilten Beratungsteams

Opferperspektive e. V.

Der Verein Opferperspektive ist diejenige Einrichtung im Beratungsnetzwerk mit der geringsten Anzahl an Beschäftigten und verfügt auch nicht – wie beispielsweise die Brandenburgische Sportjugend, die Mobilien Beratungsteams oder die RAA – über dezentrale Beratungsstrukturen. Demzufolge ist wenig überraschend, dass der Bekanntheitsgrad deutlich geringer ist. 240 Befragte (27 %) kennen die Einrichtung mit Sitz in Potsdam. Bei einzelnen Gruppen ist die Beratungseinrichtung gleichwohl sehr gut bekannt. So kennen im Handlungsfeld *Demokratie- und Toleranzförderung* mehr als zwei Drittel den Verein Opferperspektive, auch den befragten *Mitgliedern der LAP-Begleitausschüsse* sowie den antwortenden Teilnehmern an den *Zukunftsdialogen* in *Cottbus* und *Frankfurt (Oder)* sind die Vertreter des Vereins stark überdurchschnittlich präsent. Sehr geringen Bekanntheitsgrad hat der Verein Opferperspektive in den Handlungsfeldern *Vorschule, Schule und Bildung* sowie *Soziales und Gesundheit*; und lediglich sieben von 74 Teilnehmern des *Zukunftsdialogs* im Landkreis *Prignitz* konnten darauf verweisen, dass ihnen Vertreter dieser Beratungseinrichtung bekannt sind.

Bezüglich gemeinsamer Projektaktivitäten zeichnet sich ein sehr ähnliches Bild ab wie beim Bekanntheitsgrad. Insgesamt konnten 74 Befragte (8 %) auf gemeinsame Projekte mit dem Verein Opferperspektive verweisen. Überdurchschnittlich viele Projekte fanden im Handlungsfeld *Demokratie- und Toleranzförderung* statt (38 %) sowie gemeinsam mit Akteuren der *Zukunftsdialoge Frankfurt (Oder)* und *Cottbus*. Im Handlungsfeld *Vorschule, Schule und Bildung* sowie unter den Befragten des *Zukunftsdialogs* in der *Prignitz* fanden sich nur jeweils zwei Teilnehmer, die auf gemeinsame Projekte mit dem Verein verweisen konnten.



Anteile der Befragten in den aufgeführten Gruppen, denen der *Opferperspektive e. V.* bekannt ist und die mit ihm gemeinsame Projekte durchgeführt haben

■ Bekanntheitsgrad in % ■ Gemeinsame Projektaktivitäten in %

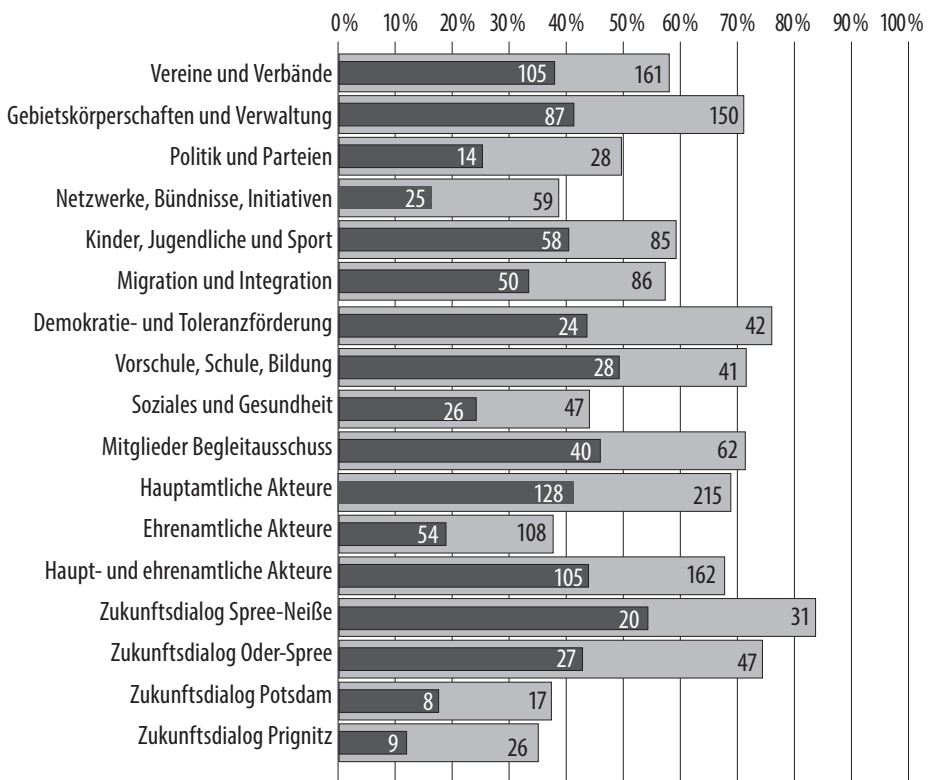
Abb. 19: Kommunikations- und Kooperationspotenziale der Opferperspektive e. V.

Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA)

Zusammen mit der Koordinierungsstelle und den Mobilien Beratungsteams gehören die RAA zu den bekanntesten Einrichtungen. 497 Befragte – das sind 56 % aller Antwortenden – kreuzten im Fragebogen an, Vertreter der RAA zu kennen. Einen besonders hohen Bekanntheitsgrad haben die RAA bei den Befragten des *Zukunftsdialogs* im Landkreis *Spree-Neiße* (84 %), etwas geringer – aber immer noch überdurchschnittlich hoch – ist der Anteil bei den Teilnehmern des *Zukunftsdialogs* in *Oder-Spree*. Einen sehr hohen, bei über 70 % liegenden Bekanntheitsgrad haben die RAA bei *Gebietskörperschaften und Verwaltungen*, in den Handlungsfeldern *Demokratie- und Toleranzförderung* sowie *Vorschule, Schule und Bildung*. Auch die *Mitglieder der LAP-Begleitausschüsse* kennen die RAA überdurchschnittlich häufig. Ein unter 40 % liegender Bekanntheitsgrad wurde für die Gruppe der Befragten

von *Netzwerken, Bündnissen und Initiativen* sowie für die ehrenamtlich Tätigen ermittelt. Auch bei den befragten Akteuren der *Zukunftsdialoge* im Landkreis *Prignitz* und der Landeshauptstadt *Potsdam* war der Bekanntheitsgrad deutlich unterdurchschnittlich.

Mit 292 Befragten, die gemeinsame Projekte mit den RAA durchgeführt haben, lag die Projektquote mit 33 % ebenso hoch wie mit den Mobilien Beratungsteams. Überdurchschnittliche Projektquoten finden sich vor allem im Handlungsfeld *Vorschule, Schule und Bildung* sowie mit Befragten des *Zukunftsdialogs* im Landkreis *Spree-Neiße*. In Bezug auf signifikant unterdurchschnittliche Projektaktivitäten fallen – wie beim Bekanntheitsgrad auch – Befragte von *Netzwerken, Bündnissen und Initiativen*, die *ehrenamtlich Tätigen* sowie die befragten Teilnehmer der *Zukunftsdialoge Prignitz* und *Potsdam* in Auge.



Anteile der Befragten in den aufgeführten Gruppen, denen die RAA bekannt sind und die mit ihnen gemeinsame Projekte durchgeführt haben

■ Bekanntheitsgrad in % ■ Gemeinsame Projektaktivitäten in %

Abb. 20: Kommunikations- und Kooperationspotenziale der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA)

Zusammenfassende Bemerkungen

Aus den vorangegangenen Ausführungen können einige Anmerkungen abgeleitet werden, welche Zielgruppen durch die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ und das von ihr koordinierte Beratungsnetzwerk gut abgedeckt werden und bei welchen Gruppen bzw. in welchen Feldern noch Potenziale zu aktivieren sind. Erwartungsgemäß sind die genannten Einrichtungen insbesondere im Handlungsfeld *Demokratie- und Toleranzförderung* sehr breit bekannt. Bei den Befragten aus der zentralen Zielgruppe sind also sowohl hinreichende Kenntnisse als auch Projektaktivitäten festgestellt worden. Wer allerdings bislang über wenig Informationen verfügt, sind Befragte der (häufig recht jungen und informell aufgestellten) *Netzwerke, Bündnisse und Initiativen*. In dieser Gruppe ist auch der Anteil der ehrenamtlich tätigen Befragten besonders hoch gewesen (vgl. Abb. 1). Hierunter fallen viele Privatpersonen, denen offenbar die Beratungs- und Unterstützungsstrukturen im Land Brandenburg nicht besonders gut bekannt sind. Für sie stellen also die Zukunftsdialoge eine wichtige Informationsplattform dar, um diesbezüglich die Kenntnisse zu erweitern. Hinzuweisen ist schließlich noch auf die offenbar gewordenen Informationsdefizite im Handlungsfeld *Vorschule, Schule und Bildung*: Zwar sind in diesem Handlungsfeld die RAA gut bekannt und es zeigten sich auch überdurchschnittlich viele Projektaktivitäten; jenseits der RAA sind die landesweiten Beratungsstrukturen den Befragten aus diesem Handlungsfeld jedoch nicht sonderlich gut bekannt.

Gleichwohl zeigt sich, dass mit den Zukunftsdialogen bei vielen Befragten Interesse und Neugier an den Aktivitäten und den Leistungen der Koordinierungsstelle und insbesondere der Mobilien Beratungsteams und der RAA geweckt wurde. Danach gefragt, mit wem zukünftig mehr zusammengearbeitet werden soll, gaben 452 Befragte zusammengekommen 845 Akteure und Organisationen an.¹⁶ Unter diesen 845 Nennungen waren die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ mit 116 Nennungen (14 %), die Mobilien Beratungsteams mit 112 Nennungen (13 %), die RAA mit 102 Nennungen (12 %) sowie das Aktionsbündnis (72 Nennungen = 8 %) mit Abstand die am häufigsten genannten Organisationen.

¹⁶ Frage 11 im Fragebogen: „Mit welchen Akteuren oder Organisationen wäre Ihnen zukünftig eine stärkere Zusammenarbeit im Bereich ‚Stärkung der Demokratie und Intensivierung gesellschaftlicher Beteiligung‘ besonders wichtig?“

6 KOOPERATIONSBEZIEHUNGEN UND POTENZIALE IN DEN LANDKREISEN UND KREISFREIEN STÄDTEN

Durch die Befragung der Teilnehmerschaft der Zukunftsdialoge sollten auch Informationen und Hinweise zusammengetragen werden, wie die Kooperationsbeziehungen und Netzwerke innerhalb der 18 Landkreise und kreisfreien Städte beschaffen sind und wie sie von den Befragten bewertet werden. Deshalb erfolgt in diesem Kapitel nun eine an den Regionen orientierte Auswertung der Befragungsdaten. Bei den nun folgenden Analysen ist jedoch zu berücksichtigen, dass auf der Grundlage der Befragung der Teilnehmer der Zukunftsdialoge die lokalen Netzwerke und Kooperationen nur partiell abgebildet werden können. Dies verdeutlichen bereits die Ergebnisse zu den Informationsständen und Aktivitätsmaßen der Teilnehmer (vgl. Kap. 4). Die in diesem Kapitel erzielten Erkenntnisse haben also keinen repräsentativen Charakter, können aber durchaus Hinweise auf die inhaltliche Grundausrichtung sowie markante Potenziale und Grenzen der lokalen Kooperationen und Netzwerke geben. Sie stellen daher vor allem für die lokalen Akteure vor Ort einen Ausgangspunkt zur Reflexion und Unterstützung der eigenen Arbeit dar.

6.1 Regionale Netzwerke und Kooperationen

Um Hinweise über die lokalen Netzwerke und Kooperationen zu erhalten, sollten die Befragten im Fragebogen Angaben dazu machen, mit welchen *weiteren* Akteuren – neben den Organisationen des Beratungsnetzwerks und der Koordinierungsstelle (vgl. Kap. 5) – sie im Handlungsbereich „Stärkung der Demokratie und Intensivierung gesellschaftlicher Beteiligung“ in den vergangenen fünf Jahren zusammengearbeitet haben¹⁷. Nur 469 Befragte (53 % aller Antwortenden) machten hierzu auswertbare Angaben. Diese Befragten nannten dann allerdings 1.302 weitere Akteure/Institutionen, mit denen sie im Handlungsfeld „Stärkung der Demokratie und Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung“ zusammengearbeitet haben bzw. zusammenarbeiten. Jeder Befragte, der diese Frage beantwortete, gab also durchschnittlich drei Kooperationspartner an, mit denen

¹⁷ Vgl. insbesondere die Fragen 9 und 10 im Fragebogen. Allerdings ist festzuhalten, dass die bei der Frage 9 genannten Akteure und Institutionen nahezu ausnahmslos bei der anschließenden Frage 10 („Mit welchen Akteuren oder Organisationen arbeiten Sie derzeit am intensivsten zusammen?“) wiederholt wurden. Zudem wurde sehr häufig die Frage 10 gar nicht beantwortet, obwohl bei Frage 9 Angaben gemacht wurden. Da die Angaben bei Frage 9 zuverlässiger und ausführlicher ausfallen, wird in diesem Bericht auf eine explizite Auswertung der Frage 10 verzichtet.

in den zurückliegenden Jahren offiziell Projekte und Aktivitäten durchgeführt wurden.

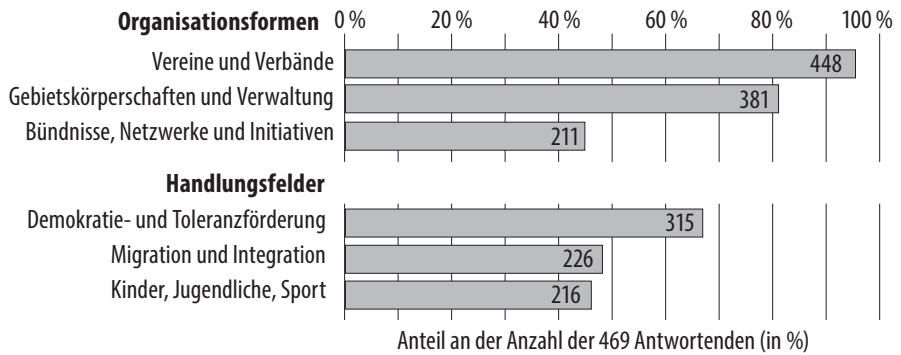
Ein Vergleich des Antwortverhaltens in Bezug auf diese Frage mit dem Informationsstand sowie dem Aktivitätsmaß der Befragten zeigt übrigens, dass Kooperationspartner vornehmlich von denjenigen Befragten aufgeführt wurden, die über einen guten Informationsstand und/oder ein ausgeprägtes Aktivitätsmaß verfügten. Befragte mit fehlenden oder sehr geringen Kenntnissen oder Aktivitäten im Handlungsfeld „Stärkung der Demokratie und Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung“ beantworteten diese Fragen in der Regel nicht. Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich dementsprechend immer auf die 469 Befragten, die Angaben zu den Kooperationspartnern machten, mithin als mittelmäßig bis gut informiert gelten können und ein ausgeprägtes Aktivitätsmaß an den Tag legen. Es handelt sich also um eine Gruppe überdurchschnittlich informierter und aktiver Befragter der jeweiligen Zukunftsdialoge. Deren Aussagen bilden nunmehr die Grundlage für die nachfolgenden Darstellungen zu den lokalen Netzwerken und Kooperationen.¹⁸

Zunächst soll der Frage nachgegangen werden, welchen Organisationsformen und Handlungsfeldern die 1.302 Kooperations- und Projektpartner zugeordnet werden können, die von den 469 Befragten genannt worden sind. In der Abbildung 21 sind jeweils die drei am häufigsten aufgetretenen Organisationsformen und Handlungsfelder dargestellt. Wirft man zunächst nur einen Blick auf die Organisationsformen, so fällt auf, dass nahezu jeder Antwortende (96 %) mindestens einen *Verein oder Verband* als wichtigen Kooperationspartner benannt hatte; an zweiter Stelle stehen *Gebietskörperschaften und Verwaltung* (81 %). Diese hohen Prozentanteile verdeutlichen, dass insbesondere *Vereine und Verbände* sowie Kommunen – in der Regel handelt es sich um Gemeinde-, Stadt- oder Kreisverwaltungen – als Kooperations- und Projektpartner für das Handlungsfeld eine herausragende und damit tragende Rolle spielen. Gerade die Vertreter dieser beiden Organisationsformen nehmen somit im Bereich der Demokratieförderung und Intensivierung der gesellschaftlichen Teilhabe eine erheblich dominantere Rolle ein, als es deren Anteile an den Teilnehmerzahlen der Zukunftsdialoge nahelegen. Die Prozentanteile dieser beiden Gruppen an allen Teilnehmenden der Zukunftsdialoge lagen bei den *Vereinen und Verbänden* bei 32 % und bei den *Gebietskörperschaften und Verwaltung* bei 25 % (vgl. Abb. 1).

Als Handlungsfeld dominiert – wenig überraschend – die *Demokratie- und Toleranzförderung*. Knapp 70 % der 469 Antwortenden kooperierten mit Akteuren und Institutionen, die diesem Handlungsfeld zuzurechnen sind. Weitere wichtige Handlungsfelder sind die Bereiche *Migration und Integration* (48 %) sowie *Kinder, Jugendliche, Sport* (46 %). Aufgrund dieser hohen Prozentanteile kann vermutet werden, dass in den vergangenen Jahren in diesen drei Handlungsfeldern die

¹⁸ Eine vertiefte Analyse der Netzwerke und Kooperationen in den jeweiligen Landkreisen und kreisfreien Städten würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen. Daher erfolgt nur eine abstrahierte Darstellung der lokalen Strukturen.

meisten Projektaktivitäten durchgeführt worden sind. Die dominante Rolle dieser drei Handlungsfelder spiegelt sich in der Teilnehmerzusammensetzung der Zukunftsdialoge nicht wider (vgl. Abb. 2).



Quelle: Eigene Erhebung

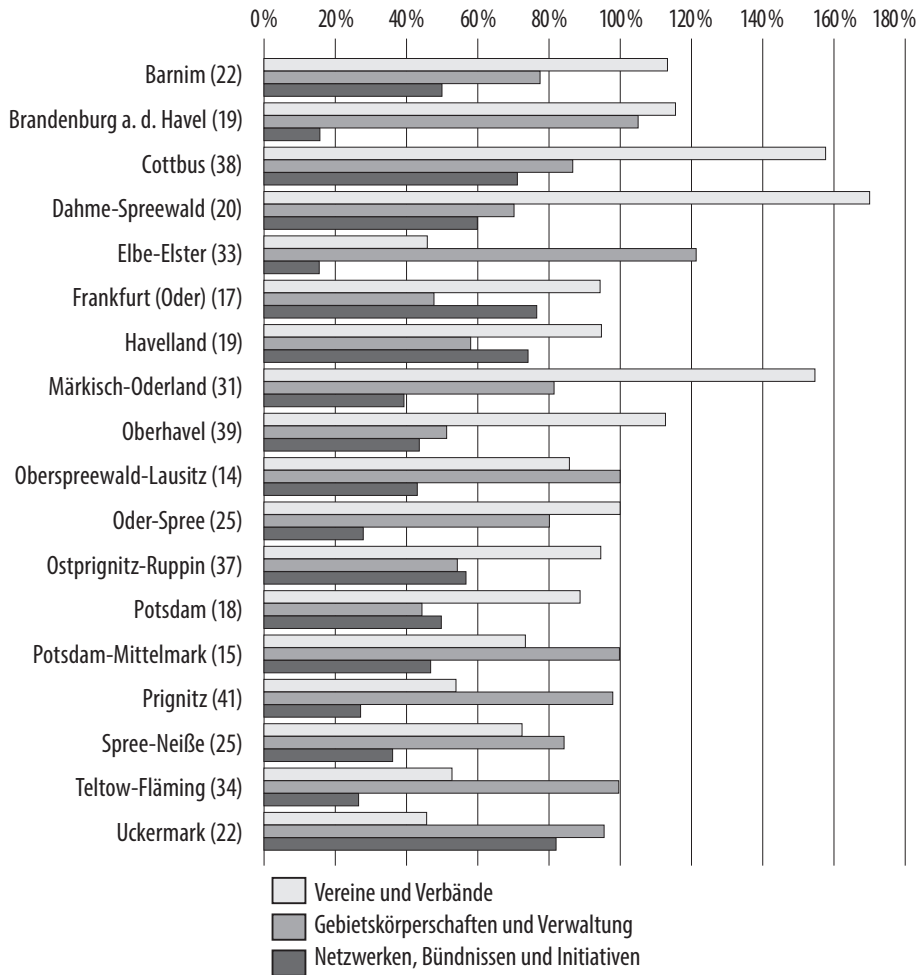
Frage 9: „Mit welchen weiteren Akteuren oder Organisationen, die im Bereich ‚Stärkung der Demokratie und Intensivierung gesellschaftlicher Beteiligung‘ aktiv sind, haben Sie in den letzten 5 Jahren offiziell kooperiert oder gemeinsame Aktivitäten und Projekte durchgeführt?“

Es sollten nur die 5 wichtigsten Institutionen genannt werden.

Abb. 21: Ausgewählte Organisationsformen und Handlungsfelder der wichtigsten Kooperationspartner

In der Abbildung 22 ist auf der Ebene der 18 Landkreise und kreisfreien Städte dargestellt, in welchem Ausmaß von den Befragten solche Kooperations- und Netzwerkpartner genannt wurden, die den drei Organisationsformen *Vereine und Verbände*, *Gebietskörperschaften und Verwaltung* sowie *Netzwerken, Bündnissen und Initiativen* zugerechnet werden können. Basis für die Bestimmung der Prozentwerte sind dabei diejenigen Antwortenden (Anzahl der Fälle je Region), die im Fragebogen entsprechende Angaben machen. Für die Landkreise Barnim, Dahme-Spreewald, Märkisch-Oderland, Oberhavel und Ostprignitz-Ruppin sowie die Städte Cottbus und Potsdam sticht die dominante Bedeutung der *Vereine und Verbände* als Kooperations- und Netzwerkpartner unmittelbar ins Auge. Besonders auffällig ist hier der Landkreis Dahme-Spreewald: Von den 20 Befragten wurden 34 *Vereine und Verbände* genannt (das entspricht auf Basis der Fälle 170 %), mit denen in den letzten fünf Jahren offiziell zusammengearbeitet wurde. In den Landkreisen Elbe-Elster, Potsdam-Mittelmark, Prignitz und Teltow-Fläming treten demgegenüber die als Ansprech- und Kooperationspartner in den Vordergrund. Besonders auffällig ist die Rolle der *Gebietskörperschaften und Verwaltungen* als Kooperationspartner im Landkreis Elbe-Elster. Von den 33 Befragten des Zukunftsdialogs in Elbe-Elster wurden 40 *Gebietskörperschaften und Verwaltungen* als Projekt- und/oder Kooperationspartner genannt (120 %). *Netzwerke, Bündnisse und Initiativen* treten als Kooperationspartner eher in den Hintergrund. Lediglich von Befragten der Zukunftsdialoge in den Landkreisen Uckermark und Havelland

sowie den Städten Frankfurt (Oder) und Cottbus wurden sie häufiger als Kooperationspartner genannt.

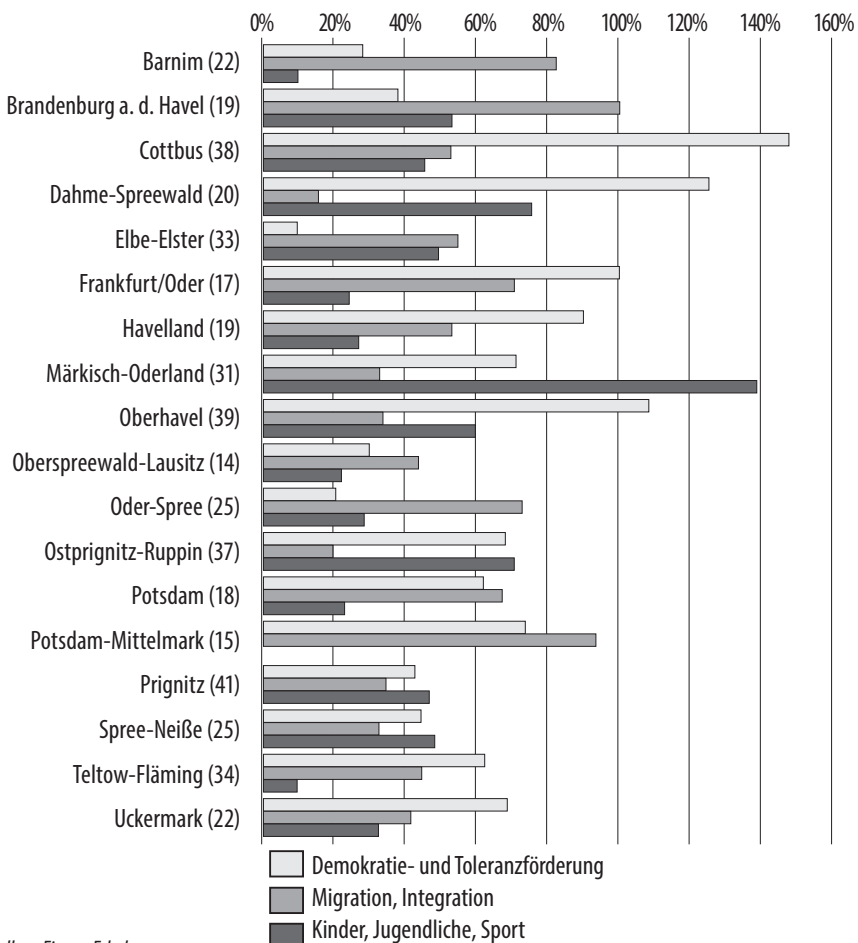


Quelle: Eigene Erhebung
 Die Zahl in Klammern hinter dem Namen des Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt gibt an, wie viele Personen bei der Frage 9 wichtige Kooperationspartner nannten.

Abb. 22: Ausgewählte Organisationsformen der wichtigsten Kooperationspartner nach Landkreisen bzw. kreisfreien Städten

Die Abbildung 23 ermöglicht nun Aussagen darüber, welchen Handlungsfeldern die genannten Kooperations- und Projektpartner bezogen auf die 18 Zukunftsdialoge zugerechnet werden können. Die Dominanz des Handlungsfeldes *Demokratie- und Toleranzförderung* wurde bereits in Abbildung 11 sichtbar. Der regionsbezogene Blick verdeutlicht nun, dass vor allem die genannten Kooperationspartner in den Städten Cottbus und Frankfurt (Oder) sowie den Landkreisen Dahme-Spreewald,

Havelland und Oberhavel überdurchschnittlich oft diesem Handlungsfeld zugeordnet werden können. Auffällig ist hier der Zukunftsdialog Cottbus: Die 38 Befragten gaben insgesamt 56 Kooperationspartner (147 %) an, die dem Handlungsfeld *Demokratie- und Toleranzförderung* zugerechnet werden können. In den Landkreisen Barnim, Oder-Spree und Potsdam-Mittelmark sowie der Stadt Brandenburg gehörten die aufgeführten Kooperationspartner vor allem zum Handlungsfeld *Migration und Integration*. Das Handlungsfeld *Kinder, Jugendliche und Sport* dominierte die Kooperationsbeziehungen im Landkreis Märkisch-Oderland. Von den 31 Befragten des Zukunftsdialogs wurden 43 Kooperationspartner (139 %) benannt, die zum Bereich *Kinder, Jugendliche und Sport* gehören – der mit Abstand höchste Wert bei allen Zukunftsdialogen.



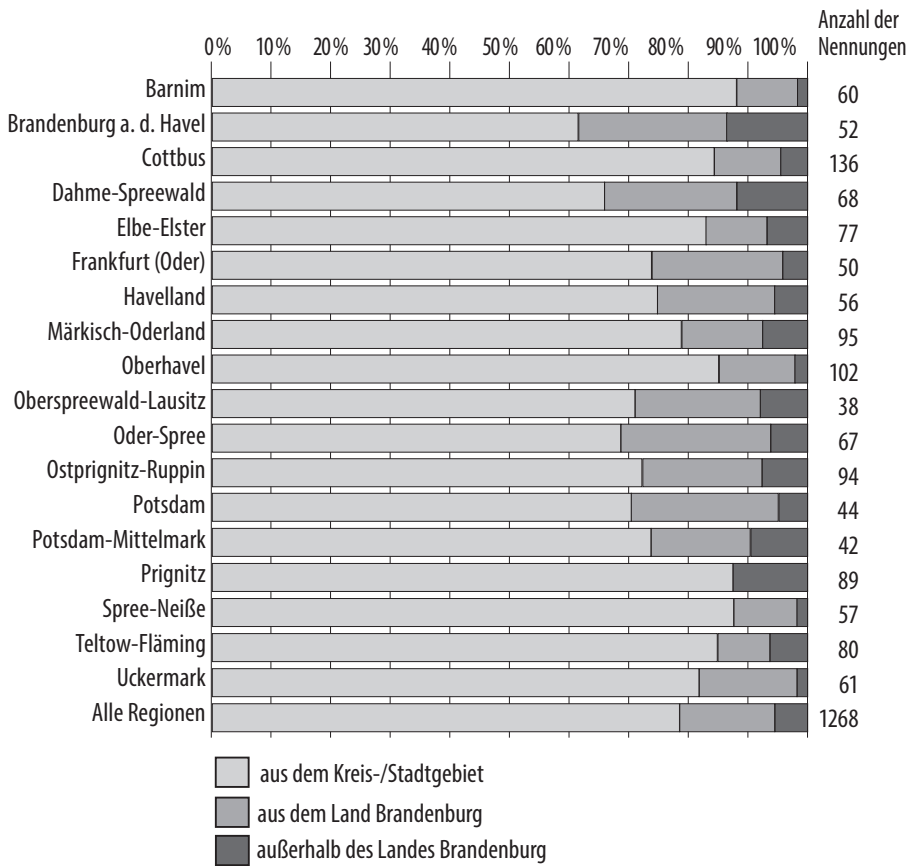
Quelle: Eigene Erhebung

Die Zahl in Klammern hinter dem Namen des Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt gibt an, wie viele Personen bei der Frage 9 wichtige Kooperationspartner nannten.

Abb. 23: Ausgewählte Handlungsfelder der wichtigsten Kooperationspartner nach Landkreisen bzw. kreisfreien Städten

Der nächste Auswertungsschritt zeigt, dass die von den Befragten Kooperationspartner ihren Sitz überwiegend in demselben Landkreis bzw. derselben kreisfreien Stadt haben wie die Befragten (vgl. Abb. 24). Von den 1.302 genannten Kooperationspartnern ließ sich für 1.268 ermitteln, wo sie ihren Sitz haben bzw. für welchen Aktionsraum sie zuständig sind. So gehörten knapp 80 % der genannten Kooperationspartner derselben Region an wie die Befragten. Die Kooperationen und Netzwerk weisen damit eine starke Lokalität aus und finden in der Regel innerhalb des Landkreises oder der kreisfreien Stadt statt. Einen besonders hohen Kreisbezug haben die benannten Netzwerk- und Kooperationspartnerschaften vor allem im Landkreis Barnim. Von 60 kooperierenden Akteuren und Organisationen, die von den Barnimer Befragten benannt wurden, hatten immer 53 (88 %) ihren Sitz ebenfalls im Landkreis Barnim. Auch die von den Befragten der Zukunftsdialoge in Cottbus, Elbe-Elster, Oberhavel, Prignitz, Spree-Neiße, Teltow-Fläming und Uckermark angegebenen Kooperations- und Netzwerkpartner hatten zu mehr als 80 % ihren Sitz und Aktionsraum im gleichen Landkreis bzw. in derselben kreisfreien Stadt wie die Befragten. Kooperationspartner außerhalb des eigenen Kreises oder außerhalb des Landes Brandenburg benannten die Befragten der Zukunftsdialoge in Brandenburg an der Havel, Dahme-Spreewald, Oder-Spree und Potsdam. Dabei dominieren in der Regel Kooperationen mit Organisationen benachbarter Landkreise und Kreisstädte oder von Organisationen, die für das gesamte Land Brandenburg zuständig sind. Kooperationspartner in anderen Bundesländern oder mit bundesweit tätigen Institutionen stellen die Ausnahme dar, wobei hier ohnehin Kooperationen mit Institutionen des Landes Berlin dominieren.

Zusammenfassend ist zu erkennen, dass die Netzwerke und Kooperationen im Handlungsfeld „Stärkung der Demokratie und Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung“ offenbar sehr stark auf die jeweiligen Nahräume der Befragten bezogen sind. Wichtige lokale Akteure stellen dabei die regional zuständigen *Gebietskörperschaften und Verwaltungen* dar. Dominante und fast überall zentrale Netzwerk- und Kooperationspartner sind dabei örtliche *Vereine und Verbände*. Mittelbar sind dabei wieder kommunale Verantwortungsbereiche im Spiel, dass die *Vereine und Verbände* häufig in kommunaler Trägerschaft handeln. Weiterhin sollte berücksichtigt werden, dass die 469 Befragten, die Kooperationspartner nannten, zusätzlich überdurchschnittliche Kooperationsbeziehungen und Projektaktivitäten mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ sowie den Organisationen des Beratungsnetzwerks pflegen. Gerade die dezentral arbeitenden Büros der Mobilien Beratungsteams sowie der RAA unterstützen damit den dezentralen Charakter der Projektaktivitäten und die lokalen Netzwerke. Auch sie tragen dazu bei, die Stärkung der Demokratie, die Bekämpfung antidemokratischer Tendenzen und Intensivierung der gesellschaftlichen Teilhabe dezentral – in den Landkreisen und kreisfreien Städten – zu organisieren und damit zu verankern.



Quelle: Eigene Erhebung

Frage 9: „Mit welchen weiteren Akteuren oder Organisationen, die im Bereich ‚Stärkung der Demokratie und Intensivierung gesellschaftlicher Beteiligung‘ aktiv sind, haben Sie in den letzten 5 Jahren offiziell kooperiert oder gemeinsame Aktivitäten und Projekte durchgeführt?“

Soweit es möglich war, wurden der Sitz und der Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Institution ermittelt und codiert.

Abb. 24: Sitz und Aktionsräume der benannten Kooperationspartner nach Landkreisen bzw. kreisfreien Städten

6.2 Bewertung der regionalen Netzwerke und Aktivitäten

Auf der Grundlage von zwei Fragen wurde den Teilnehmenden schließlich die Gelegenheit gegeben, die Arbeit im Handlungsfeld „Stärkung der Demokratie und Intensivierung gesellschaftlicher Beteiligung“ kritisch zu beleuchten und Verbesserungsvorschläge zu formulieren. In der Tabelle 3 ist aufgeführt, inwieweit und wem die Befragten eine Übernahme an mehr Verantwortung in diesem Handlungsfeld zuschreiben.

Landkreis	Ist in der Region mehr Verantwortungsübernahme oder größere Initiative nötig?		Am häufigsten genannte Akteure bzw. Organisationen, von denen mehr Verantwortung oder größere Initiative erwartet wird (nur Nennungen über 4)
	Ja (gesamt)	Ja (%)	
Barnim	16 (von 39)	41 %	Politik/Parteien (4), Kommunen (4)
Brandenburg a.d. Havel	8 (von 38)	21 %	-
Cottbus	21 (von 48)	44 %	Kommunen (8), Bildungseinrichtungen (4)
Dahme-Spreewald	10 (von 46)	22 %	Kommunen (5)
Elbe-Elster	28 (von 78)	36 %	Politik/Parteien (8), Kommunen (5), Beratungsnetzwerk (5)
Frankfurt (Oder)	9 (von 25)	36 %	Beratungsnetzwerk (4)
Havelland	16 (von 40)	40 %	Beratungsnetzwerk (8)
Märkisch-Oderland	14 (von 52)	27 %	Kommune (4)
Oberhavel	23 (von 72)	32 %	Beratungsnetzwerk (10)
Oberspreewald-Lausitz	9 (von 25)	36 %	Beratungsnetzwerk (8)
Oder-Spree	21 (von 63)	33 %	Beratungsnetzwerk (9)
Ostprignitz-Ruppin	22 (von 69)	32 %	Kommunen (6), Beratungsnetzwerk (6)
Potsdam	19 (von 45)	42 %	Beratungsnetzwerk (11)
Potsdam-Mittelmark	10 (von 35)	29 %	Beratungsnetzwerk (4)
Prignitz	23 (von 74)	31 %	Kommunen (8), Politik/Parteien (5), Bildungseinrichtungen (4)
Spree-Neiße	11 (von 37)	30 %	-
Teltow-Fläming	18 (von 57)	32 %	Beratungsnetzwerk (9), Kommunen (4)
Uckermark	16 (von 40)	40 %	Beratungsnetzwerk (5)
Insgesamt	294 (von 883)	33 %	Beratungsnetzwerk (95), Kommunen (65), Politik/Parteien (37), Bildungseinrichtungen (30)

Quelle: Eigene Erhebung

Frage 12: „Sollte in Ihrer Region eine Organisation oder ein Akteur im Handlungsfeld ‚Stärkung der Demokratie und Intensivierung gesellschaftlicher Beteiligung‘ mehr Verantwortung übernehmen und/oder größere Initiative zeigen?“

Antwortmöglichkeiten: „Nein, die Notwendigkeit sehe ich nicht.“ und „Ja, und zwar.“

Tab. 3: Wer sollte mehr Verantwortung übernehmen? – nach Landkreisen und kreisfreien Städten

Zunächst ist zu erkennen, dass ein Drittel der befragten Teilnehmer der Zukunftsdialoge der Auffassung ist, es gebe Akteure oder Institutionen, die in der Region mehr Verantwortung übernehmen sollten. An erster Stelle sehen hier die Befragten die Organisationen des Beratungsnetzwerks (einschl. der Koordinierungsstelle) in der Pflicht (95 Nennungen), dann aber die Kommunen (65 Nennungen) sowie Politik und Parteien (37 Nennungen) und lokale Bildungseinrichtungen (vor allem Schulen) (30 Nennungen). Auf dem Zukunftsdialog in der Stadt Cottbus war der Anteil der Personen, die eine grundsätzlich vermehrte Verantwortungsübernahme adressierten, mit 44 % am höchsten (gefolgt von Potsdam, Barnim, Havelland und Uckermark, jeweils über 40 %); am geringsten fiel der entsprechende Anteil beim Zukunftsdialog in Brandenburg an der Havel (21 %) und Dahme-Spreewald (22 %) aus.

Von den 883 Befragten nutzen etwas mehr als die Hälfte (461 Personen, 52 %) die Möglichkeit, für ihre Region Veränderungs- und Verbesserungsvorschläge zu formulieren (vgl. Frage 13 im Fragebogen). Insgesamt wurden 854 Vorschläge gemacht, die in unterschiedlichen Konkretetheitsgraden sehr vielfältige Aspekte betrafen. Die wesentlichen Bereiche, in denen für die jeweiligen Landkreise oder kreisfreien Städte konkrete Veränderungswünsche und Verbesserungsvorschläge artikuliert wurden, sind in der Tabelle 4 für alle 18 Zukunftsdialoge zusammengefasst aufgeführt.¹⁹

Veränderungs- und Verbesserungsvorschläge für die Landkreise und kreisfreien Städte	Nennungen (absolut)	Anteil an den 854 Nennungen (in %)	Anteil an den 461 Fällen (in %)
Finanzielle, personelle und strukturelle Unterstützung	115	14	25
Aufklärungs- und Bildungsarbeit für die Bevölkerung	111	13	24
Vernetzung, Zusammenarbeit und Kooperationen fördern	94	11	20
Arbeit mit Schülern, Kindern und Jugendlichen stärken	93	11	20
Öffentlichkeitsarbeit und Informationsprozesse verbessern	91	11	20
Bessere Partizipation und Dialoge mit der Bevölkerung	89	10	19
Mehr Aktivitäten, Engagement und Projekte von allen Akteuren	76	9	16
Bessere und zielgenauere Integrationsprojekte	69	8	15
Mehr Transparenz, Profil und Klarheit zeigen	44	5	10
Vereinfachung der Förderung und Unterstützung	19	2	4
Sonstige Vorschläge	53	6	12
Alle Vorschläge	854	100	

Quelle: Eigene Erhebung

Frage 13: Welche konkreten Veränderungen oder Verbesserungen wünschen Sie sich für Ihre Region im Bereich „Stärkung der Demokratie und Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung“?

Tab. 4: Verbesserungsvorschläge für das Handlungsfeld „Stärkung der Demokratie und Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung“ in der Region

¹⁹ Damit die 845 genannten Veränderungs- und Verbesserungsvorschläge für die verantwortlichen Akteure auf Landesebene sowie in den kreisfreien Städten und Landkreisen als Diskussionsgrundlage oder Inspirationsquelle nutzbar sind, wurden die Originaleinträge für jeden Landkreis und jede kreisfreie Stadt im Anhang zusammengestellt.

Der größte Teil der Vorschläge (13 % der Nennungen, 25 % der Antwortenden) betrifft eine Verbesserung der finanziellen, personellen und strukturellen Unterstützung der Akteure. Dies zielt einerseits auf die Unterstützung der Arbeit mit konkreten Zielgruppen, für die mehr Mittel oder Personal bereitgestellt werden soll (z. B. Ehrenamt oder Schulen); andererseits geht es um die Benennung von Mittelgebern (z. B. das Land, Landesbehörden oder Kommunen), die ihre finanziellen, personellen oder organisationsbezogenen Hilfen intensivieren sollen. Als weiterer relevanter Ansatzpunkt für Verbesserungen wird eine verstärkte Aufklärung und Bildung der Bevölkerung gesehen (11 % der Nennungen und 24 % der Antwortenden). Insbesondere die Kenntnisse über Flucht, Migration und Integration werden als sehr defizitär wahrgenommen; Gleiches gilt auch im Hinblick auf die Kenntnisse eines Großteils der Bevölkerung zu den Themenfeldern Demokratie und Toleranz. Und auch wenn immer wieder darüber geklagt wird, dass die Netzwerkbildung eine zeitaufwändige Angelegenheit sei, so wird doch von einem erheblichen Teil der Befragten (11 % der Nennungen und 20 % der Antwortenden) darauf hingewiesen, dass die (weitere) Vernetzung, Zusammenarbeit und Kooperation gefördert werden muss. Als eine besonders wichtige Zielgruppe wird explizit die junge Generation genannt (11 % der Nennungen und 20 % der Antwortenden): Die Arbeit mit Schülern, Kindern und Jugendlichen gilt es in diesem Handlungsfeld nach Auffassung der Befragten besonders zu unterstützen. Weitere wichtige Ansatzpunkte für Veränderungen und Verbesserungen werden im Hinblick auf die Öffentlichkeitsarbeit bzw. die Informationsvermittlung sowie die Kommunikations-, Partizipations- und Dialogprozesse mit den Bürgern gesehen (vgl. Tab. 4).

Im Rahmen vertiefter Auswertungen wurde der Versuch unternommen, anhand ausgewählter Merkmale der Befragten die Hintergründe für die genannten Veränderungs- und Verbesserungsvorschläge näher zu spezifizieren. So wurden die Nennungen der Veränderungs- und Verbesserungsvorschläge mit dem Aktivitätsmaß, dem Informationstand, den Organisationsformen, den Handlungsfeldern und dem Beschäftigungsstatus (Hauptamt/Ehrenamt) der Befragten verglichen. Es zeigten sich zwar jeweils unterschiedliche Verteilungen, die aber keine grundlegenden Muster oder Interpretationshintergründe offenlegten. Die von den antwortenden Teilnehmern der Zukunftsdialoge genannten Veränderungs- und Verbesserungsvorschläge resultieren offenbar aus sehr unterschiedlichen und komplexen Motivlagen, die im Rahmen dieser Befragung nicht hinreichend erschlossen werden können.

7 DIE WESENTLICHEN ERGEBNISSE IM ÜBERBLICK

ZIELE UND ECKDATEN DER ERHEBUNG

In den Jahren 2015 und 2016 wurden in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg 18 Zukunftsdialoge durchgeführt, auf denen über Demokratiestärkung und die Bekämpfung des Rechtsextremismus diskutiert wurde. Diese Veranstaltungen boten sehr gute Möglichkeiten, um mithilfe einer standardisierten Befragung eine systematische und vergleichbare Bestandsaufnahme der regionalen Netzwerke im Handlungsfeld „Stärkung der Demokratie und Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung“ vorzunehmen. Die Befragung hatte folgende Ziele:

- » Informationen über die Struktur der Teilnehmerschaft zusammenzutragen,
- » Hinweise über den Kenntnisstand, die Erfahrungen sowie die Kooperationsbeziehungen der Befragten zu erheben,
- » Aussagen über Stärke und Stabilität der regionalen Aktivitäten und Netzwerke zu treffen.

Die Befragungen fanden jeweils zu Beginn der Zukunftsdialoge statt. Auf der Grundlage von Zählungen vor Ort wurden die Fragebögen an knapp 1.100 Personen ausgegeben. Davon beteiligten sich 883 an der Befragung. Damit liegt die Rücklaufquote bei über 80 %. Obwohl damit für jeden Landkreis und jede kreisfreie Stadt umfangreiche Informationen erhoben wurden, können keine repräsentativen Aussagen über die lokalen Netzwerke in den Aktionsbereichen Demokratiestärkung, Bekämpfung des Rechtsextremismus und Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung getroffen werden. Die Zusammensetzung der Teilnehmerschaft muss als das Ergebnis eines vielfältigen Selektionsprozesses verstanden werden, der je nach Region sehr unterschiedlich verlaufen ist.

STRUKTUR DER TEILNEHMER UND IHRE ORGANISATIONALE EINBINDUNG

Die Zielsetzung der Veranstaltungsreihe „Zukunftsdialog Tolerantes Brandenburg“ bestand darin, unter anderem lokale Akteure sowie Vertreter aus Politik und Verwaltung zu einem gemeinschaftlichen Dialog über Demokratiestärkung, Bekämpfung des Rechtsextremismus und gesellschaftliche Beteiligung zusammenzubringen. Im Hinblick auf die organisationale Einbindung und die Tätigkeitsfelder der befragten Akteure zeigt sich, dass eine sehr breite Palette an vertretenen Organisationen und abgedeckten inhaltlichen Handlungsfeldern angesprochen und aktiviert werden konnte. Als Organisationsformen dominierten *Vereine und Verbände* (32 % der Teilnehmenden) sowie *Gebietskörperschaften und Verwaltung* (25 % der Teilnehmenden) deutlich. Es nahmen aber in erheblichem Maße auch Vertreter von freien Initiativen und Einzelpersonen teil. Die Handlungsfelder zeichneten sich durch eine breite Streuung aus, wobei Akteure aus den Handlungsfeldern *Kinder, Jugendliche und Sport* sowie *Migration und Integration* die beiden größten Gruppen bildeten.

Die Befragung ergab, dass die Teilnehmer der Zukunftsdialoge zu etwa gleichen Teilen *hauptamtlich* (37 %), *ehrenamtlich* (34 %), sowie sowohl *haupt- als auch ehrenamtlich* (28 %) aktiv sind. Dies macht deutlich, dass ein erheblicher Anteil der Aktivitäten zur Stärkung der Demokratie und zur Intensivierung der gesellschaftlichen Teilhabe von ehrenamtlich tätigen Personen geleistet wird. Diese gaben an, etwa 8 Stunden in der Woche ehrenamtlich tätig zu sein.

KENNTNISSE UND AKTIVITÄTEN DER TEILNEHMER

Auf Basis einfacher Clusteranalysen wurden zwei Indikatoren entwickelt, die zum einen den Informationstand der Befragten abbilden und zum anderen Aussagen über deren Aktivitätsmaß ermöglichen. Die Auswertungen zu beiden Indikatoren dokumentieren eine breite Streuung sowohl hinsichtlich der Kenntnisse als auch des Engagements der Teilnehmer. Es nahmen auf der einen Seite sehr qualifizierte Experten teil, auf der anderen Seite waren aber auch interessierte Bürger vertreten. Die Auswertung zeigt, dass etwa die Hälfte der Teilnehmer bereits aktiv ist und gleichzeitig über gute bis mittlere Kenntnisse der lokalen und landesweiten Förderstrukturen verfügt. Die übrigen Befragten erweisen sich überwiegend als durchaus aktiv oder möchten aktiv werden, verfügen aber nicht über gute Kenntnisse der Beratungs- und Förderstrukturen. Nur ein kleiner Teil der Befragten erweist sich als weder aktiv noch kenntnisreich. Somit zeigt sich, dass die Zukunftsdialoge mit ihrem expliziten Informationsangebot für knapp die Hälfte der Teilnehmer eine gute Plattform zur Kontaktknüpfung und Informationsgewinnung gewesen sein dürften. Somit konnte ein wesentliches Ziel der Zukunftsdialoge erreicht werden.

KOOPERATIONEN MIT DER KOORDINIERUNGSSTELLE UND DEM BERATUNGSNETZWERK

Die Auswertungen haben gezeigt, dass die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ sowie die Organisationen des Beratungsnetzwerks in unterschiedlichem Maße bekannt sind. Die überregional agierende Koordinierungsstelle sowie die Mobilien Beratungsteams und die RAA mit ihren regionalen Anlaufstellen haben den höchsten Bekanntheitsgrad und führen im Durchschnitt auch die meisten Projekte mit den Befragten durch. Der Verein Opferperspektive kann hierbei aufgrund seiner vergleichsweise geringeren Personalausstattung nicht mithalten, tritt aber durchaus als relevanter Akteur in Erscheinung.

Gleichwohl offenbart die Befragung, in welchen Gruppen und in welchen Feldern die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ und das von ihr koordinierte Beratungsnetzwerk noch Potenziale aktivieren könnte. Erwartungsgemäß sind die genannten Einrichtungen insbesondere bei Befragten, die im Handlungsfeld *Demokratie- und Toleranzförderung* tätig sind, sehr gut bekannt, und es sind ausgeprägte Projektaktivitäten festgestellt worden. Über recht wenig Informationen und Aktivitäten verfügen allerdings die Befragten, die jungen und informellen *Netzwerken, Bündnissen und Initiativen* angehören. Hierzu gehören viele ehrenamtlich tätigen Befragten sowie Privatpersonen. Diesen sind offenbar die Beratungs- und Unterstützungsstrukturen im Land Brandenburg (noch) nicht gut bekannt. Für sie stellten also die Zukunftsdialoge eine wichtige Informationsplattform dar, um diesbezüglich die Kenntnisse zu erweitern. Erwähnenswert sind auch Informationsdefizite im Handlungsfeld *Vorschule, Schule und Bildung*. Zwar sind Vertreter aus diesem Handlungsfeld der RAA gut bekannt und es zeigten sich auch überdurchschnittlich viele Projektaktivitäten. Jenseits der RAA sind die landesweiten Beratungsstrukturen den Befragten aus *Vorschule, Schule und Bildung* jedoch nicht sonderlich gut bekannt.

NETZWERKE UND KOOPERATIONSBEZIEHUNGEN INNERHALB DER REGIONEN

Die Analysen der wichtigsten Netzwerk- und Kooperationsbeziehungen der Befragten haben ergeben, dass die Netzwerke und Kooperationen im Handlungsfeld „Stärkung der Demokratie und Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung“ offenbar sehr stark auf die jeweiligen Nahräume der Befragten bezogen sind, also ihre Landkreise und kreisfreien Städte. Wichtige lokale Akteure sind fast durchgängig die regional zuständigen *Gebietskörperschaften und Verwaltungen*. Dominante und fast überall zentrale Netzwerk- und Kooperationspartner sind darüber hinaus örtliche *Vereine und Verbände*. Mittelbar kommen dabei wieder die Kommunen ins

Spiel, da die *Vereine und Verbände* häufig in kommunaler Trägerschaft handeln. Gleichzeitig zeigt sich erneut, dass die dezentral arbeitenden Büros der Mobilen Beratungsteams sowie der RAA den dezentralen Charakter der Projektaktivitäten und die lokalen Netzwerke substanziell unterstützen, sie mit organisieren und damit verankern. Überregionale Kooperationspartner oder Netzwerke existieren zwar, spielen aber eine untergeordnete Rolle. Darin kann allerdings auch ein bislang noch nicht hinreichend gehobenes Potenzial gesehen werden.

Hinsichtlich der Bewertungen dieser Netzwerke und Kooperationen fordern gut 10 % der Befragten, dass sich die Koordinierungsstelle sowie die Institutionen des Beratungsnetzwerks in den Landkreisen und kreisfreien Städten mehr einbringen sollten; auch von den Kommunen wird von 7 % der Befragten ein stärkeres Engagement erwartet. Eine Verbesserung der Arbeit im Handlungsfeld „Stärkung der Demokratie und Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung“ würde vor allem durch eine bessere finanzielle, personelle und strukturelle Unterstützung ermöglicht, durch vermehrte Aufklärung der Bürger und vor allem von Kindern und Jugendlichen und durch intensivere Vernetzungen und Kooperationen der Akteure sowie eine stärkere Kommunikations- und Dialogorientierung ermöglicht.

TABELLENANHANG

Zur besseren Erfassbarkeit der Ergebnisse wurden im vorangehenden Textteil des Berichts zahlreiche Karten und Abbildungen verwendet. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind die entsprechenden Zahlen- und Prozentangaben bei einigen Karten und Abbildungen nicht aufgeführt worden. Für ausgewählte Abbildungen und Textabschnitte erfolgt daher die Darstellung zusätzlich noch in tabellarischer Form.

Landkreis	Vereine und Verbände		Gebietskörperschaften, Verwaltung		Politik und Parteien ¹		Bündnisse, Netzwerke, Initiativen ²		Übrige Organisationsformen		Insgesamt n
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	
Barnim	9	23	7	18	0	0	13	33	10	26	39
Brandenburg a. d. Havel	18	47	6	16	8	21	3	8	3	8	38
Cottbus	25	52	7	15	2	4	9	19	5	10	48
Dahme-Spreewald	18	40	10	22	5	11	8	18	4	9	45
Elbe-Elster	13	19	29	41	3	4	3	4	22	31	70
Frankfurt (Oder)	14	56	2	8	3	12	2	8	4	16	25
Havelland	3	8	8	20	2	5	20	50	7	18	40
Märkisch-Oderland	30	58	8	15	1	23	5	10	8	15	52
Oberhavel	22	32	14	20	2	3	7	10	24	35	69
Oberspreewald-Lausitz	5	20	11	44	3	12	2	8	4	16	25
Oder-Spree	21	33	25	40	1	2	5	8	11	18	63
Ostprignitz-Ruppin	22	34	16	25	7	11	9	14	10	16	64
Potsdam	9	20	0	0	4	9	26	58	6	13	45
Potsdam-Mittelmark	9	26	8	23	4	11	11	31	3	9	35
Prignitz	19	26	27	37	5	7	10	14	13	18	74
Spree-Neiße	16	44	13	36	1	3	2	6	4	11	36
Teltow-Fläming	15	28	9	17	2	4	15	28	12	23	53
Uckermark	10	26	11	29	3	8	2	5	12	31	38
Insgesamt	278	32	211	25	56	7	152	18	162	19	859

Quelle: Eigene Erhebung

Frage 1: „Für welche Organisation nehmen Sie an dieser Konferenz bzw. diesem Zukunftsdialog teil?“ und „Ich nehme als Einzel- oder Privatperson teil.“

¹Die Kategorie Politik und Parteien findet sich sowohl bei den Organisationsformen als auch bei den Handlungsfeldern.

²Die Kategorie „Politik und Parteien“ findet sich sowohl bei den Organisationsformen als auch bei den Handlungsfeldern.

Tab. A 1: Organisationsformen, denen sich die Befragten zuordnen (Datengrundlage für Abb. 1)

Landkreis	Kinder, Jugendliche, Sport		Migration, Integration		Demokratie- und Toleranzförderung		Vorschule, Schule, Bildung		Politik und Parteien ¹		Soziales, Gesundheit		Übergreifende und sonstige Handlungsfelder		Summe n
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	
Barnim	2	6	21	58	0	0	1	3	0	0	5	14	7	19	36
Brandenburg a. d. Havel	8	22	11	30	2	5	2	5	8	22	2	5	4	11	37
Cottbus	9	20	5	11	8	18	3	7	2	5	5	11	13	29	45
Dahme-Spreewald	12	29	2	5	5	12	3	7	5	12	5	12	10	24	42
Elbe-Elster	10	15	15	22	0	0	7	10	3	4	8	12	25	37	68
Frankfurt (Oder)	1	4	6	26	4	17	1	4	3	13	5	22	3	13	23
Havelland	2	5	19	51	0	0	2	5	2	5	3	8	9	24	37
Märkisch-Oderland	24	49	5	10	5	10	2	4	1	2	4	8	8	16	49
Oberhavel	18	24	7	10	4	6	15	22	2	3	7	10	14	21	67
Oberspreewald-Lausitz	3	13	3	13	1	4	1	4	3	13	2	9	10	44	23
Oder-Spree	3	5	17	28	2	3	2	3	1	2	13	22	22	37	60
Ostprignitz-Ruppin	13	21	4	7	3	5	2	3	7	12	10	16	22	36	61
Potsdam	2	9	7	32	0	0	1	5	4	18	5	23	3	14	22
Potsdam-Mittelmark	2	6	11	33	5	15	0	0	4	12	2	6	9	27	33
Prignitz	12	19	4	6	4	6	3	5	5	8	12	19	25	39	65
Spree-Neiße	14	40	5	14	2	6	2	6	1	3	4	11	7	20	35
Teltow-Fläming	5	11	5	11	7	16	8	18	2	5	6	14	11	25	44
Uckermark	3	8	2	5	3	8	2	5	3	8	9	24	15	41	37
Insgesamt	143	18	149	19	55	7	57	7	56	7	107	14	217	28	784

Quelle: Eigene Erhebung

Frage 1: Für welche Organisation nehmen Sie an dieser Konferenz bzw. diesem Zukunftsdialog teil?

¹ Die Kategorie „Politik und Parteien“ findet sich sowohl bei den Organisationsformen als auch bei den Handlungsfeldern.

Tab. A 2: Organisationsformen, denen sich die Befragten zuordnen (Datengrundlage für Abb. 1)

Landkreis	hohes und sehr hohes Maß		mittleres Maß		geringes und sehr geringes Maß		Insgesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Barnim	22	67	9	27	2	6	33	100
Brandenburg a. d. Havel	31	84	4	11	2	5	37	100
Cottbus	43	98	1	2	0	0	44	100
Dahme-Spreewald	34	83	4	10	3	7	41	100
Elbe-Elster	50	76	11	17	5	8	66	100
Frankfurt (Oder)	20	87	1	4	2	9	23	100
Havelland	26	77	5	15	3	9	34	100
Märkisch-Oderland	37	88	4	10	1	2	42	100
Oberhavel	54	79	12	18	2	3	68	100
Oberspreewald-Lausitz	20	91	1	5	1	5	22	100
Oder-Spree	49	80	9	15	3	5	61	100
Ostprignitz-Ruppin	52	83	9	14	2	3	63	100
Potsdam	14	61	6	26	3	13	23	100
Potsdam-Mittelmark	22	85	2	8	2	8	26	100
Prignitz	51	81	8	13	4	6	63	100
Spree-Neiße	26	74	7	20	2	6	35	100
Teltow-Fläming	41	84	6	12	2	4	49	100
Uckermark	32	84	5	13	1	3	38	100
Insgesamt	624	81	104	14	40	5	768	100

Quelle: Eigene Erhebung

Frage 2: „In welchem Maße gehören Aktivitäten zur ‚Stärkung der Demokratie und/oder zur Intensivierung gesellschaftlicher Beteiligung‘ zu den zentralen Merkmalen Ihrer Organisation / Institution?“

Fünfstufige Skala von „in sehr hohem Maße“ bis „in sehr geringem Maße“.

Tab. A 3: Eigenschaften der Organisationen bzw. Institutionen, denen die Teilnehmer angehören

Landkreis	Hauptamt			Ehrenamt			Haupt- und Ehrenamt			Insgesamt		
	n	%	Std.	n	%	Std.	n	%	Std.	n	%	Std.
Barnim	11	28	19	15	39	10	13	33	14	39	100	14
Brandenburg a. d. Havel	18	49	25	10	27	6	9	24	22	37	100	19
Cottbus	9	19	24	23	49	11	15	32	19	47	100	16
Dahme-Spreewald	7	17	18	16	39	10	18	44	16	41	100	14
Elbe-Elster	38	50	9	21	28	5	17	22	20	76	100	10
Frankfurt (Oder)	15	60	32	6	24	13	4	16	31	25	100	17
Havelland	12	31	24	22	56	8	5	13	10	39	100	14
Märkisch-Oderland	20	44	14	11	24	10	14	31	26	45	100	16
Oberhavel	19	31	5	24	39	8	19	31	17	62	100	11
Oberspreewald-Lausitz	10	44	12	4	17	13	9	39	31	23	100	19
Oder-Spree	37	61	22	10	16	10	14	23	26	61	100	21
Ostprignitz-Ruppin	27	40	10	15	22	9	25	37	12	67	100	11
Potsdam	6	13	14	30	67	6	9	20	20	45	100	10
Potsdam-Mittelmark	8	23	25	19	54	6	8	23	23	35	100	15
Prignitz	29	43	11	23	34	6	15	22	3	67	100	7
Spree-Neiße	19	56	12	5	15	4	10	29	17	34	100	12
Teltow-Fläming	11	20	16	24	44	8	19	35	21	54	100	13
Uckermark	15	39	12	9	23	11	15	39	17	39	100	14
Insgesamt	311	37	16	287	34	8	238	29	18	836	100	14

Quelle: Eigene Erhebung

Frage 3: „Wie viel Zeit in der Woche verwenden Sie persönlich für Aktivitäten, die mit der Stärkung der Demokratie und/oder der Intensivierung gesellschaftlicher Beteiligung im Zusammenhang stehen?“ Angabe in Stunden

Frage 4: „In welcher Funktion üben Sie diese Tätigkeit aus?“ – im Hauptamt; im Ehrenamt; im Haupt- und Ehrenamt.

Tab. A 4: Status und Arbeitseinsatz der Teilnehmer – Daten zur Abb. 3

Informationsstand	Aktive mit Potenzial		Konsolidierte Aktive		Stark Interessierte		Eingeschränkt Aktive		Insgesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
gut bis mittel	145	20	79	11	12	2	6	1	242	33
mittel	111	15	80	11	23	3	21	3	235	32
mittel bis gering	44	6	31	4	16	2	10	1	101	14
keine Kenntnisse	39	5	52	7	37	5	34	5	162	22
Insgesamt	339	46	242	33	88	12	71	10	740	100

Die Prozentangaben beziehen sich auf die Gesamtzahl der Fälle (n = 740).

Tab. A 5: Aktivitätsmaß und Informationsstand der Befragten

Landkreis	gut bis mittel		mittel		mittel bis gering		keine Kenntnisse		keine Angabe		Insgesamt n
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	
Barnim	9	23	12	31	3	8	14	36	1	3	39
Brandenburg a. d. Havel	16	42	11	29	5	13	5	13	1	3	38
Cottbus	17	35	15	31	3	6	10	21	3	6	48
Dahme-Spreewald	18	39	9	20	4	9	6	13	9	20	46
Elbe-Elster	28	36	22	28	11	14	11	14	6	8	78
Frankfurt (Oder)	7	28	5	20	3	12	4	16	6	24	25
Havelland	12	30	10	25	5	13	8	20	5	13	40
Märkisch-Oderland	14	27	10	19	9	17	13	25	6	12	52
Oberhavel	20	28	25	35	9	13	15	21	3	4	72
Oberspreewald-Lausitz	8	32	5	20	7	28	3	12	2	8	25
Oder-Spree	12	19	16	25	11	17	16	25	8	13	63
Ostprignitz-Ruppin	22	32	23	33	6	9	12	17	6	9	69
Potsdam	8	18	11	24	8	18	14	31	4	9	45
Potsdam-Mittelmark	11	31	15	43	2	6	7	20	0	0	35
Prignitz	20	27	24	32	7	9	11	15	12	16	74
Spree-Neiße	14	38	13	35	2	5	4	11	4	11	37
Teltow-Fläming	19	33	18	32	8	14	9	16	3	5	57
Uckermark	15	38	9	23	4	10	9	23	3	8	40
Insgesamt	270	31	253	29	107	12	171	19	82	9	883

Tab. A 6: Informationsstand der Teilnehmer der Zukunftsdialoge nach Regionen

Landkreis	Aktive mit Potenzial		Konsolidierte Aktive		Stark Interessierte		Eingeschränkt Aktive		keine Angabe		Insgesamt n
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	
Barnim	11	28	15	38	3	8	6	15	4	10	39
Brandenburg a. d. Havel	19	50	9	24	2	5	4	11	4	11	38
Cottbus	24	50	12	25	4	8	3	6	5	10	48
Dahme-Spreewald	18	39	10	22	3	7	0	0	15	33	46
Elbe-Elster	33	42	21	27	5	6	8	10	11	14	78
Frankfurt (Oder)	10	40	5	20	3	12	1	4	6	24	25
Havelland	15	38	10	25	3	8	3	8	9	23	40
Märkisch-Oderland	25	48	12	23	2	4	4	8	9	17	52
Oberhavel	22	31	19	26	15	21	12	17	4	6	72
Oberspreewald-Lausitz	8	32	8	32	1	4	3	12	5	20	25
Oder-Spree	18	29	20	32	10	16	5	8	10	16	63
Ostprignitz-Ruppin	29	42	16	23	12	17	4	6	8	12	69
Potsdam	17	38	9	20	10	22	3	7	6	13	45
Potsdam-Mittelmark	14	40	11	31	2	6	4	11	4	11	35
Prignitz	27	36	24	32	5	7	4	5	14	19	74
Spree-Neiße	18	49	10	27	4	11	0	0	5	14	37
Teltow-Fläming	20	35	18	32	6	11	3	5	10	18	57
Uckermark	15	38	15	38	1	3	4	10	5	13	40
Insgesamt	343	39	244	28	91	10	71	8	134	15	883

Tab. A 7: Aktivitätsmaß der Teilnehmer der Zukunftsdialoge nach Regionen

Kennen Sie Vertreter der aufgeführten Organisationen?	Aktionsbündnis		Brandenburgische Sportjugend		Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg		Mobiles Beratungsteam		Opferperspektive e. V.		RAA Brandenburg	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
Ja	463	52	420	48	523	59	506	57	240	27	497	56
Nein	328	37	361	41	271	31	292	33	505	57	297	34
Keine Angabe	92	10	102	12	89	10	85	10	138	16	89	10
Insgesamt	883	100	883	100	883	100	883	100	883	100	883	100

Quelle: Eigene Erhebung

Frage 5: „Kennen Sie Vertreter/innen der aufgeführten Organisationen?“

Tab. A 8: Bekanntheit der Vertreter der aufgeführten Organisationen (Daten zu Abb. 12)

Umfang informeller Kontakte mit Vertretern der jeweiligen Organisation	Aktionsbündnis		Brandenburgische Sportjugend		Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg		Mobiles Beratungsteam		Opferperspektive e. V.		RAA Brandenburg	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
viel	72	8	63	7	73	8	140	16	26	3	109	12
mittel	164	19	149	17	159	18	171	19	59	7	168	19
wenig	188	21	155	18	193	22	146	17	114	13	163	19
gar nicht	242	27	263	30	230	26	203	23	356	40	220	25
keine Angabe	217	25	253	29	228	26	223	25	328	37	223	25
Insgesamt	883	100	883	100	883	100	883	100	883	100	883	100

Quelle: Eigene Erhebung

Frage 6: „In welchem Maße findet ein informeller oder formloser Informationsaustausch mit Vertreter(inne)n der jeweiligen Organisation statt?“

Tab. A 9: Informelle Kontakte zu Vertretern der aufgeführten Organisationen (Daten zu Abb. 13)

Umfang offizieller Kontakte mit Vertreter(inne)n der jeweiligen Organisation	Aktionsbündnis		Brandenburgische Sportjugend		Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg		Mobiles Beratungsteam		Opferperspektive e. V.		RAA Brandenburg	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
viel	50	6	63	7	56	6	106	12	20	2	85	10
mittel	111	13	102	12	134	15	156	18	40	5	147	17
wenig	165	19	146	16	164	19	124	14	96	11	141	16
gar nicht	313	35	298	34	272	31	252	28	383	43	272	31
keine Angabe	244	28	274	31	257	29	245	28	344	39	238	27
Insgesamt	883	100	883	100	883	100	883	100	883	100	883	100

Quelle: Eigene Erhebung

Frage 7: „In welchem Maße finden offizielle Absprachen oder Kooperationen mit Vertreter(inne)n der jeweiligen Organisation statt?“

Tab. A 10: Offizielle Kontakte zu Vertretern der aufgeführten Organisationen (Daten zu Abb. 13)

Gemeinsame Projekte mit den jeweiligen Organisationen	Aktionsbündnis		Brandenburgische Sportjugend		Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg		Mobiles Beratungsteam		Opferperspektive e. V.		RAA Brandenburg	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
Ja	206	23	226	26	232	26	292	33	74	8	292	33
(Anzahl Projekte) ¹	4,2 (139)		5,7 (166)		3,4 (164)		5,4 (208)		2,6 (48)		3,6 (217)	
Nein	408	46	376	43	379	43	335	38	460	52	343	39
Keine Angabe	269	31	281	32	272	31	256	29	349	40	248	28
Insgesamt	883	100	883	100	883	100	883	100	883	100	883	100

Quelle: Eigene Erhebung

Frage 8: „Haben Sie bereits gemeinsame Aktivitäten oder Projekte mit der jeweiligen Organisation durchgeführt, und wenn ja, wie viele?“

¹Angegeben ist die durchschnittliche Anzahl von Projekten, die mit der jeweiligen Organisation durchgeführt wurden. In Klammern ist die Zahl der Befragten genannt, die Angaben zur Anzahl der Projekte gemacht haben.

Als Beispiel: 206 Befragte kreuzten an, mit dem Aktionsbündnis ein oder mehrere Projekte durchgeführt zu haben; davon machten wiederum 139 Befragte Angaben dazu, wie viele Projekte sie bereits mit dem Aktionsbündnis durchgeführt haben. Die durchschnittliche Zahl der Projekte lag bei 4,2.

Tab. A 11: Gemeinsame Projekte mit den aufgeführten Organisationen (Daten zu Abb. 14)

Gemeinsame Projekte mit den jeweiligen Organisationen	Aktionsbündnis		Brandenburgische Sportjugend		Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg		Mobiles Beratungsteam		Opferperspektive e. V.		RAA Brandenburg	
	n	% ¹	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
Barnim	21	54	16	41	23	59	16	41	8	21	24	62
Brandenburg a. d. H.	16	42	27	71	16	42	14	37	12	32	19	50
Cottbus	33	69	22	46	28	58	32	67	26	54	29	60
Dahme-Spreewald	26	57	29	63	26	57	30	65	12	26	23	50
Elbe-Elster	35	45	49	63	44	56	40	51	13	17	45	58
Frankfurt (Oder)	16	64	12	48	16	64	15	60	11	44	15	60
Havelland	18	47	12	30	22	55	27	68	15	38	22	55
Märkisch-Oderland	33	64	32	62	37	71	36	69	19	37	37	71
Oberhavel	28	39	22	31	39	54	35	49	16	22	37	51
Oberspreewald Lausitz	12	48	13	52	16	64	18	72	10	40	14	56
Oder-Spree	28	44	19	30	32	51	39	62	17	27	47	75
Ostprignitz-Ruppin	50	73	31	45	45	65	49	71	17	25	41	59
Potsdam	14	31	12	27	21	47	11	24	13	29	17	38
Potsdam-Mittelmark	18	51	11	31	21	60	20	57	8	23	16	46
Prignitz	43	58	39	53	55	74	36	49	7	10	26	35
Spree-Neiße	15	42	27	73	27	73	28	76	14	38	31	84
Teltow-Fläming	30	54	25	45	34	61	32	57	11	20	32	57
Uckermark	27	68	22	55	21	53	28	70	11	28	22	55
Insgesamt	463	53	420	48	523	59	506	57	240	27	497	56

Quelle: Eigene Erhebung

Frage 5: „Kennen Sie Vertreter/innen der aufgeführten Organisationen?“

¹In Prozent der Befragten des jeweiligen Zukunftsdialogs.

Tab. A 12: Bekanntheit der Vertreter der aufgeführten Organisationen nach Regionen (Ergänzende Daten zu den Abb. 15 bis 20)

FRAGEBOGEN

Der 4-seitige Fragebogen wurde beidseitig im A3-Format gedruckt und dann in der Mitte gefaltet.

Bestandsaufnahme der regionalen Netzwerkpotenziale zur Stärkung der Demokratie und zur Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung



Sehr geehrte Damen und Herren,

das Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“ soll dezentral verankert und gestärkt werden. Dazu finden in allen Regionen Brandenburgs Zukunftsdialoge statt. Hier sollen lokale Akteure unterstützt und weiter vernetzt werden, die zur Stärkung der Demokratie und zur Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung beitragen, sei es durch die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus oder die Förderung der Zivilgesellschaft.

Der vorliegende Fragebogen dient dazu, diesen Prozess und die Arbeit der lokalen Akteure zu festigen und zu vertiefen. Dazu soll erfragt werden, mit welchen Personen und Institutionen Sie auf der lokalen Ebene zusammenarbeiten und inwiefern Sie einen Unterstützungsbedarf sehen.

Wir sind Ihnen daher sehr dankbar, wenn Sie den Fragebogen ausfüllen. Sollten Sie eine Frage nicht beantworten können oder eine Frage für Sie nicht zutreffend sein, lassen Sie sie einfach aus.

Ihre Angaben werden selbstverständlich vertraulich behandelt und anonym ausgewertet. Rückschlüsse auf einzelne Personen oder Organisationen werden nicht möglich sein.

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit!

Prof. Dr. Manfred Rolfes (im Auftrag der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“)

I. Fragen zu Ihrer Tätigkeit und Ihrer Organisation

1. Für welche Organisation nehmen Sie an dieser Konferenz bzw. diesem Zukunftsdialog teil?

- Ich bin Mitglied im LAP-Begleitausschuss
- Ich nehme als Einzel- oder Privatperson teil. → Bitte weiter bei Frage 3

2. In welchem Maße gehören Aktivitäten zur Stärkung der Demokratie oder zur Intensivierung gesellschaftlicher Beteiligung zu den zentralen Merkmalen Ihrer Organisation / Institution?

- in sehr hohem Maße in sehr geringem Maße

3. Wie viel Zeit in der Woche verwenden Sie persönlich für Aktivitäten, die mit der Stärkung der Demokratie und/oder der Intensivierung gesellschaftlicher Beteiligung im Zusammenhang stehen?

ca. Stunden

4. In welcher Funktion üben Sie diese Tätigkeiten aus?

- im Hauptamt im Ehrenamt im Haupt- und Ehrenamt

II. Fragen zur Zusammenarbeit und Kommunikation

Die Fragen 5 bis 8 beziehen sich auf Ihre Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen mit Akteuren und Organisationen, die im Bereich „Stärkung der Demokratie und Intensivierung gesellschaftlicher Beteiligung“ aktiv sind. (Bitte beantworten Sie die Fragen für jede der aufgelisteten Organisationen!)

	5. Kennen Sie Vertreter/in- nen der aufgeführten Orga- nisation, und wenn ja, seit wann?		6. In welchem Maße findet ein <i>informeller oder form- loser Informationsaustausch</i> mit Vertreter/innen der jeweiligen Organisation statt (Plaudern, kurzer Dienst- weg, ...)?			7. In welchem Maße finden <i>offizielle Absprachen oder Kooperationen</i> mit Vertreter/innen der jewei- ligen Organisation statt?			8. Haben Sie <i>bereits gemeinsame Aktivitäten oder Projekte</i> mit der jeweiligen Organisation durch- geführt, und wenn ja, wie viele?				
	nein	ja	gar nicht	wenig	mittel	viel	gar nicht	wenig	mittel	viel	nein	ja	Anzahl Projekte
Aktionsbündnis (Verein gegen Gewalt, Rechts- extremismus und Fremdenindichkeit)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Brandenburgische Sportjugend	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mobiles Beratungsteam (MBT)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Opferspektive e.V.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
RAA Brandenburg	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Mit welchen *weiteren* Akteuren oder Organisationen, die im Bereich „Stärkung der Demokratie und
Intensivierung gesellschaftlicher Beteiligung“ aktiv sind, haben Sie in den letzten 5 Jahren *offiziell
kooptiert oder gemeinsame Aktivitäten und Projekte* durchgeführt?
(Bitte nennen Sie max. die fünf wichtigsten!)

1.
 2.
 3.
 4.
 5.
10. Mit welchen Akteuren oder Organisationen arbeiten Sie *derzeit am intensivsten* zusammen?
(Bitte max. 3 Nennungen!)
1.
 2.
 3.

11. Mit welchen Akteuren oder Organisationen wäre Ihnen *zukünftig eine stärkere Zusammenarbeit*
im Bereich „Stärkung der Demokratie und Intensivierung gesellschaftlicher Beteiligung“ besonders
wichtig? (Bitte max. 3 Nennungen!)

1.
 2.
 3.
12. Sollte in Ihrer Region eine Organisation oder ein Akteur im Handlungsfeld „Stärkung der Demokratie
und Intensivierung gesellschaftlicher Beteiligung“ mehr Verantwortung übernehmen und/oder
größere Initiative zeigen? (Bitte max. 3 Nennungen!)
- Nein, die Notwendigkeit sehe ich nicht.
 Ja, und zwar:

III. Allgemeine Einschätzungen und Verbesserungsvorschläge

13. Welche konkreten Veränderungen oder Verbesserungen wünschen Sie sich für Ihre Region im Bereich „Stärkung der Demokratie und Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung“?

.....

.....

.....

.....

14. Nachfolgend sind einige Aussagen zum Handlungsfeld „Stärkung der Demokratie und Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung“ aufgeführt. Geben Sie bitte jeweils an, inwieweit Sie die Aussagen für zutreffend oder nicht zutreffend halten.

(Falls Sie eine Organisation vertreten, antworten Sie bitte - soweit möglich - für Ihre Organisation.)

	trifft zu	teils teils	trifft nicht zu	kann ich nicht sagen
Ich bin oder war in der Region an guten Projekten in diesem Handlungsfeld beteiligt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mir sind in der Region keine Partner/innen bekannt, mit denen ich in diesem Handlungsfeld Projekte durchführen könnte.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung kenne ich sehr gut.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich habe großes Interesse, mich an einem Projekt in diesem Themenfeld zu beteiligen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Unsere Region wird in diesem Handlungsfeld von Seiten der Landesregierung zu wenig unterstützt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich möchte gerne in diesem Handlungsfeld aktiv werden beziehungsweise noch stärker aktiv werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wenn ich in diesem Themenbereich Informationen oder Unterstützung benötige, weiß ich sofort, wer dazu auf Landesebene ein/e geeignete/r Ansprechpartner/in ist.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wir beschäftigen uns in der Region noch zu sehr mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus und zu wenig mit der Intensivierung der Demokratie.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

EXPERTISE ZUM HANDLUNGSKONZEPT DER LANDESREGIERUNG „TOLERANTES BRANDENBURG – FÜR EINE STARKE UND LEBENDIGE DEMOKRATIE“

IM AUFTRAG DER KOORDINIERUNGSSTELLE
„TOLERANTES BRANDENBURG“
BEI DER STAATSKANZLEI DES LANDES BRANDENBURG

POTSDAM, 11. MÄRZ 2019

Wilfried Schubarth
Michael Kohlstruck
Manfred Rolfes

1 EINLEITUNG

Entsprechend dem Beschluss des Landtages vom 12.6.2015 (Drs. 6/1601-B) ist die Landesregierung verpflichtet, jährlich einen Bericht zur Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ (TBB) zu erstellen und diesen dem Landesparlament vorzulegen. In diesem Zusammenhang wurden die Autoren im Oktober 2018 von der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ beauftragt, eine Expertise zum landesweiten Handlungskonzept zu erstellen.

Die vorliegende Expertise schließt an die Expertise aus dem Jahr 2014 an und bezieht Ergebnisse der wissenschaftlichen Beobachtung der Zukunftsdialoge (2015/16) mit ein (vgl. Schubarth, Kohlstruck, Rolfes 2014 und 2017; Bode, Rolfes 2017). Eine der zentralen Empfehlungen der Expertise von 2014 war die Stärkung der Akteursnetzwerke in den Regionen. Dies wurde von der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“¹ in der Weise aufgegriffen, dass 2015/16 die Zukunftsdialoge durchgeführt wurden. Entsprechende Empfehlungen für eine weitere Regionalisierung wurden gegeben. Darüber hinaus wurde empfohlen, die vielfältigen Aufgaben innerhalb des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ transparenter zu machen und sich über Zuständigkeiten neu zu verständigen, z. B. bei den Handlungsfeldern Demokratieförderung, Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Integration und Flüchtlingshilfe (vgl. Schubarth, Kohlstruck, Rolfes 2017, S. 28).

Zugleich wurden bereits während der Zukunftsdialoge 2015/16 neue Herausforderungen für das Akteursnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“ infolge der weltweiten Veränderungen, insbesondere die Zuwanderung Geflüchteter und das Erstarken des Rechtspopulismus, deutlich. Diese Herausforderungen stellen für die Akteure des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ seitdem eine große Bewährungsprobe dar.

¹ Im Folgenden wird mitunter die Abkürzung TBB für das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ verwendet.

2 ZIELE, METHODIK UND EINORDNUNG DER EXPERTISE

2.1 Ziele und Methodik

Während die Expertise von 2014 vor allem auf das Funktionieren des Beratungsnetzwerks fokussierte, geht es bei der vorliegenden Expertise um die Frage, inwieweit sich das Handlungskonzept unter den veränderten Bedingungen bewährt hat und welche Anforderungen an ein künftiges Profil formuliert werden. Gegenstand der Expertise sind demzufolge ausgewählte Aspekte der Konzeption und der Praxis des Handlungskonzepts im Zeitraum von 2014 bis 2018. Anknüpfend an die Expertise von 2014 sollen die Veränderungen im Handlungsfeld aus Sicht der zentralen Akteure² des Beratungsnetzwerks wie aus der Außensicht beschrieben und die Resonanz der Arbeit bewertet werden. Daran anschließend sollen die von den befragten Experten genannten Optionen für eine konzeptionelle Weiterentwicklung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ systematisiert vorgestellt werden.

Konkret stehen folgende *Forschungsfragen* im Mittelpunkt:

- » *Welche Veränderungen werden zum einen durch die zentralen Akteure des Beratungsnetzwerks (Koordinierungsstelle, Mobile Beratungsteams, RAA, Aktionsbündnis, Opferperspektive) und zum anderen durch externe Akteure (regionale Netzwerke, Landtagsfraktionen, Verfassungsschutz, Polizei u. a.) seit 2014 wahrgenommen und wie werden sie bewertet? (vgl. Kap. 3.1).*
- » *Inwieweit haben sich – auch vor dem Hintergrund von Veränderungen im Handlungsfeld – das Handlungskonzept und die entsprechenden Strukturen (Beratungsnetzwerke u. a.) seit 2014 bewährt? Woran lässt sich das feststellen? Wie wurde mit den Empfehlungen der Expertise von 2014 umgegangen? (vgl. Kap. 3.2).*
- » *Wo zeigen sich aus Sicht der Befragten Stärken und Bewährtes? Wo wurden noch Schwächen und Nachsteuerungsbedarfe deutlich? Und welche neuen Herausforderungen und möglichen Perspektiven sehen die Interviewpartner? (vgl. Kap. 3.2).*

² Zugunsten einer leserfreundlichen Darstellung wird die neutrale bzw. männliche Form gewählt, diese gilt für alle Geschlechtsformen (weiblich, männlich, divers).

Die Fragen werden auf Grundlage von zwei *methodischen Zugängen* bearbeitet. Der grundlegende methodische Zugang ist die *Durchführung von leitfadengestützten Expertengesprächen (Einzel- und Gruppeninterviews)*. Die Auswahl der Interviewpartner erfolgte in Abstimmung mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“; wie in den beiden vorangegangenen Expertisen wurde viel Wert auf eine Perspektivenvielfalt gelegt und nach Möglichkeit Vertreter der gleichen Institutionen und Organisationen befragt wie für die Expertise von 2014. Dazu gehören zum einen Personen, die den im Beratungsnetzwerk zusammengeschlossenen Organisationen selbst angehören, zum anderen externe Personen: Landes- und Kommunalpolitiker, Leiter und Mitarbeiter aus der Landesverwaltung, Vertreter der Sicherheitsbehörden (Polizei und Verfassungsschutz), des Landespräventionsrates, Mitarbeiter in Projekten des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, Mitarbeiter der Lehrerfortbildung und andere überregional agierende Experten sowie Vertreter von regionalen Akteursnetzwerken aus dem Land Brandenburg. Insgesamt wurden 25 *Expertengespräche*³ mittels halbstandardisierter Leitfäden im Zeitraum von Oktober 2018 bis Januar 2019 durchgeführt (vgl. Meuser, Nagel 2010). Zwar ist zu bedenken, dass aus der Auswahl der Interviewpartner eine gewisse Selektivität beim Blick auf das TBB resultieren kann. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass die gewählte Stichprobe einen hohen Grad an theoretischer Sättigung sicherstellt und keine substanziellen Informationen unberücksichtigt geblieben sind. Die Interviews wurden in Anlehnung an die Methoden der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet (vgl. Mayring, Brunner 2010). Die Befragungsmethode wurde durch einen zweiten Zugang ergänzt: eine *Dokumentenanalyse* zur Arbeit des TBB sowie zur Entwicklung rechter Gewaltdelikte (Statistiken) im Land Brandenburg. Diese Analysen dienen als Hintergrundinformationen, um die Interviewergebnisse besser einordnen zu können.

2.2 Rechtsextremismus und das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ im Spiegel der Statistik

Ziel des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ ist eine starke und lebendige Demokratie (vgl. Tolerantes Brandenburg 2005). Wichtiger Gradmesser ist die Entwicklung politischer, insbesondere rechter Gewalt sowie (anti)demokratischer Einstellungen, die im Folgenden mit Bezug auf den Verfassungsschutzbericht des Bundes und des Landes Brandenburg (2017), die Daten des Vereins „Opferperspektive“ sowie auf einschlägige Studien kurz skizziert werden soll.

Der *Verfassungsschutzbericht* des Bundes (2017, S. 29) weist im Jahr 2017 für das Land Brandenburg bei den Gewalttaten im Bereich politisch „rechtsmotivierter“

³ Unsere Interviewanfragen gingen an alle Landtagsfraktionen. Die AfD hat ein Interview ausdrücklich abgelehnt. Die Fraktion der CDU hat auf wiederholte Anfrage nicht reagiert, sodass mit Vertretern dieser beiden Fraktionen keine Interviews geführt werden konnten.

Kriminalität – ähnlich wie für die anderen ostdeutschen Bundesländer – mit rund 120 Delikten die nach Nordrhein-Westfalen höchsten Werte aus. Damit liegt nach eigenen Berechnungen Brandenburg zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt mit ca. fünf Fällen je 100.000 Einwohner an der Spitze, wobei die Belastung in den ostdeutschen Bundesländern im bundesweiten Vergleich insgesamt deutlich höher ist (vier Fälle zu einem Fall je 100.000 Einwohner).

Im Zeitverlauf gibt es – laut Angaben des Landeskriminalamtes – seit 2013 einen Anstieg rechter Gewaltstraftaten auf ein Niveau, das mit dem zu Beginn der 1990er Jahre vergleichbar ist. Für 2017 zeigt sich ein Rückgang. Die Belastung durch politisch „rechtsmotivierte“ Gewaltstraftaten ist im Vergleich zu „linksmotivierter“ Gewalt in Brandenburg deutlich höher (vgl. Abb. 1).

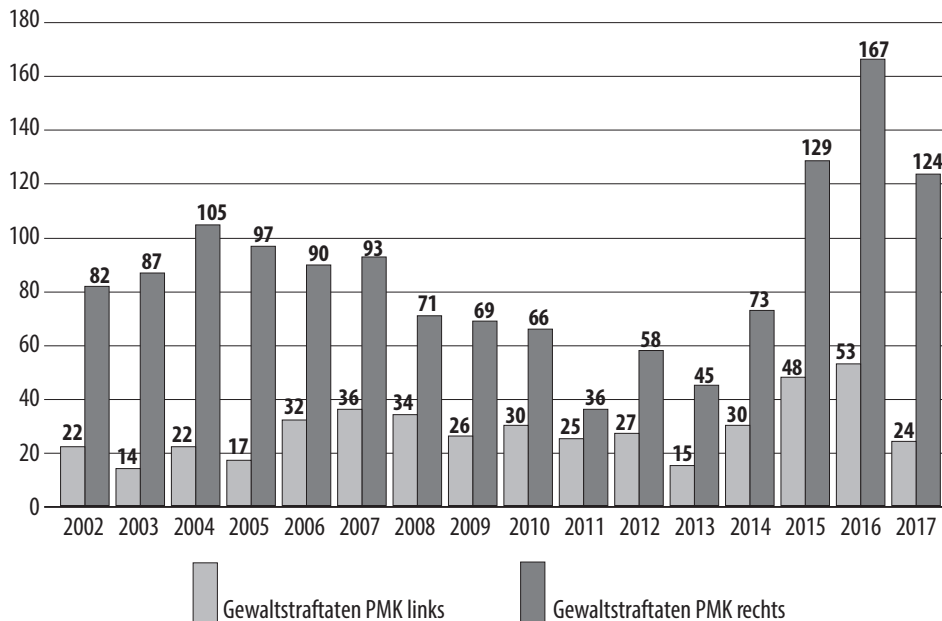


Abb. 1: Entwicklung politisch motivierter Gewaltstraftaten im Land Brandenburg; Quelle: Ministerium des Innern und für Kommunales 2017 und 2018; eigene Darstellung

Die Angaben der Polizei stimmen mit denen des Vereins „Opferperspektive“ im Trend überein. So wurde im Zeitraum 2014 bis 2016 ein deutlicher Anstieg „rechter Angriffe“ registriert, während 2017 ein leichter Rückgang zu verzeichnen war (vgl. Abb. 2). Für 2018 wurden 174 rechte Gewalttaten registriert, womit die Zahl weiter auf einem „besorgniserregend hohen Niveau“ verbliebe. Zugleich wird vor einer möglichen „Normalisierung rechter Gewalt“ gewarnt.⁴

⁴ <https://www.opferperspektive.de/aktuelles/rechte-gewalt-ist-normalitaet-in-brandenburg> (Zugriff: 6.3.2019).

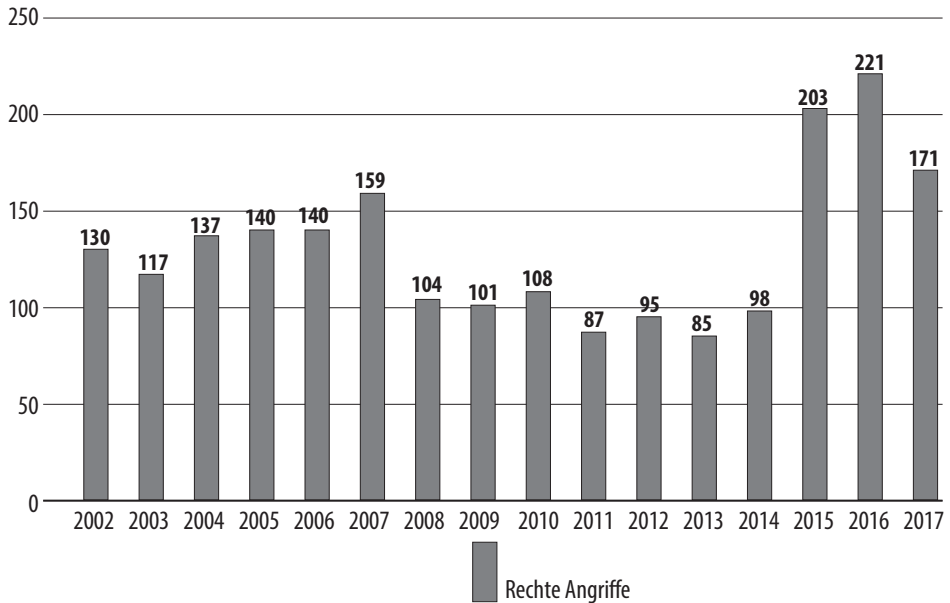


Abb. 2: Entwicklung rechter Angriffe im Land Brandenburg; Quelle: Opferperspektive 2017; eigene Darstellung

Die Entwicklung rechter Gewalttaten steht in einem mittelbaren Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen (vgl. z. B. Kohlstruck 2018, Heitmeyer 2013). Die kontinuierliche Beobachtung rechtsextremer Orientierungen ist insofern auch ein Prüfstein für den Erfolg des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“. Zu rechtsextremen Einstellungen in Brandenburg lassen sich jedoch nur wenige Forschungsbefunde finden. Zu politischen Einstellungen, einschließlich Gruppenfeindschaften, ermittelte der repräsentative Brandenburg-Monitor Folgendes (vgl. pmg – policy matters 2018): 54 % der Befragten gaben an, sich aufgrund der Zuwanderung (eher) fremd im eigenen Land zu fühlen. Im Gegensatz dazu sagen 29 %, dass die Zuwanderung von Ausländern eine Bereicherung für die Gesellschaft darstellt. 64 % sind der Meinung, dass die meisten hier lebenden Muslime die Regeln unseres Zusammenlebens nicht akzeptieren. *Flucht und Asyl/Migration* wird von den Brandenburgern als wichtigstes politisches Problem angesehen. Im Vergleich zu anderen Themen (z. B. Arbeitsmarkt/Arbeitslosigkeit, soziale Ost-West-Ungerechtigkeit/Armut, Löhne und Gehälter, Schule/Bildung) wird die Migrationsthematik mehr als doppelt so häufig als Problem benannt. Für 36 % ist es das wichtigste oder zweitwichtigste zu lösende politische Problem.

Aufschluss über (anti)demokratische Einstellungen gibt auch die Trendstudie „Jugend in Brandenburg“ unter 12- bis 22-Jährigen (IFK 2018). Für rechtsextreme Orientierungen zeichnet die Studie bis 2010 einen rückläufigen Trend; im Jahr 2017 liegen die Werte wieder höher (vgl. Abb. 3)⁵. Dabei ist die völlige Ablehnung

⁵ Für den Zeitraum zwischen 2010 und 2017 liegen keine Daten vor. Es ist aber plausibel anzunehmen, dass in den

rechtsextremer Aussagen um 10 % auf rund 50 % gesunken. Ähnliches gilt für die Fremdenfeindlichkeit, wobei hier ein Anstieg vor allem bei den 12- bis 14-Jährigen zu registrieren ist (2010: 17 %; 2017: 30 %). Jugendliche an Oberschulen und Oberstufenzentren sind hier besonders gefährdet.

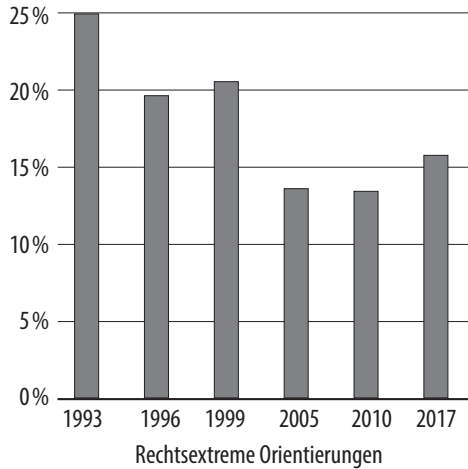


Abb. 3: Rechtsextreme Orientierungen bei Brandenburger Jugendlichen im Zeitvergleich 1993 bis 2017
vgl. IFK 2018, S.15 f.; eigene Darstellung

Die Entwicklung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Land Brandenburg muss im Kontext der Entwicklung in Deutschland und darüber hinaus gesehen werden. So haben – nach dem MIDEM Jahresbericht (2018) – Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit europaweit zugenommen. Dafür verantwortlich sei nicht die Migration, vielmehr habe diese die bestehenden Konflikte in und zwischen den europäischen Gesellschaften offengelegt und verschärft. Zugleich werden auf kulturelle, sozioökonomische und politische Konfliktlinien verwiesen und entsprechende Empfehlungen abgeleitet, z. B. Deutungshoheit wiedererlangen, Diskussion versachlichen, Begegnungsräume vor Ort schaffen, konkrete Probleme adressieren, Potenzial der Bildungsarbeit ausschöpfen (MIDEM 2018, S. 9 ff.).

Auch für Deutschland verweisen einschlägige Studien auf ein teilweises Anwachsen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – insbesondere von Muslimfeindlichkeit⁶ – in den letzten Jahren. So zeigen die „Mitte-Studien“ der Universität Leipzig, dass ausländerfeindliche Einstellungen seit 2014 in ganz Deutschland wieder angestiegen sind (2014: 18 %, 2018: 24 %), wobei deutliche Ost-West-Unterschiede auftreten (vgl. Decker, Brähler 2018, S. 83). Während im Westen 22 % der Befragten ausländerfeindlich eingestellt sind, sind es im Osten

Jahren 2015 und 2016 die Anteile über dem Wert von 2017 lagen. Dies korrespondiert im Übrigen mit Entwicklungen von Gewalt und Mobbing an Schulen (vgl. Schubarth 2018 u. 2019).

6 Vgl. zum Terminus Muslimenfeindlichkeit vgl. Pfahl-Traughber 2012.

31 %. Auch Antisemitismus sei weit verbreitet. Jüngere Befragte, Frauen und Personen mit Abitur tendieren etwas weniger zu rechtsextremen Positionen als deren Vergleichsgruppen. Ähnliche Befunde liefert auch die Studie von Zick et al. (vgl. Zick, Küpper, Krause 2016), die hinsichtlich rechtsextremer Einstellungen im Westen auf eine Stabilisierung und im Osten auf einen Anstieg verweist (S. 139). Rechtsextreme und rechtspopulistische Einstellungen seien zudem eng miteinander verbunden. Rund 20 % hätten rechtspopulistischen Einstellungen, etwa ein Drittel aggressive Haltungen gegenüber Zuwanderern und noch mehr meinten, ihre wahre Meinung nicht sagen zu dürfen (S. 141).

Resümierend ist festzuhalten, dass zahlreiche Indikatoren, z. B. Gewaltstraftaten, verschiedene Einstellungen (Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus usw.) auf ein beachtliches, zum Teil seit 2014 kontinuierlich angewachsenes Ausmaß von Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit hinweisen. Dies gilt sowohl für das Land Brandenburg als auch für Deutschland, insbesondere Ostdeutschland, und auch für andere Länder in Europa und darüber hinaus.

INWIEWEIT SCHLAGEN SICH NUN DIE HERAUSFORDERUNGEN IM HANDLUNGSFELD SEIT 2014 IN DEN LANDTAGSBERICHTEN ZUM HANDLUNGSKONZEPT „TOLERANTES BRANDENBURG“ NIEDER?

Regelmäßig werden auf Beschluss des Brandenburger Landtags vom 12.6.2015 „Toleranz und Weltoffenheit erhalten – Rechtsextremismus bekämpfen“ Berichte zur Umsetzung des Handlungskonzepts vorgelegt. Im Folgenden wird – auf Grundlage der Landtagsberichte – eine Übersicht über die Arbeitsschwerpunkte des TBB im Zeitraum ab 2014 gegeben⁷. Dabei ist zu bedenken, dass die Landtagsberichte seit 2015 nicht über die gesamten Aktivitäten der unter dem Dach des Handlungskonzepts versammelten Akteure berichten, sondern nur über ausgewählte Schwerpunkte. Insofern ist die Aussagekraft der Berichte über die Breite und Resonanz der Aktivitäten eher begrenzt. Die Berichte können eine systematische, an Kriterien geleitete Erfassung der Arbeit und der Resonanz nicht ersetzen.

Die Auswertung der Berichte erfolgte zunächst anhand der im Handlungskonzept ausgewiesenen drei Handlungsebenen: *Politik der klaren Signale*, *Sozialen Zusammenhalt stärken* und *Repressionen wirksam organisieren*. Hierbei zeigt sich, dass die Anteile der berichteten Aktivitäten in den drei Bereichen weitgehend konstant geblieben sind. Rund die Hälfte der berichteten Aktivitäten waren Maßnahmen im Bereich „Sozialen Zusammenhalt stärken“, etwa 40 % betrafen Maßnahmen im Bereich „Politik der klaren Signale“ und ca. 5 % den Bereich „Repressionen

⁷ Die Auswertung dieser Berichte erfolgte mit Hilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse. Auswertungsgrundlage sind die in den Landtagsberichten enthaltenen Informationen. Die Klassifizierung der Aktivitäten in die Handlungsebenen erfolgte auf Basis der im Handlungskonzept des Landes Brandenburg angegebenen Schwerpunkte.

wirksam organisieren“. Das Jahr 2015 bildet eine Ausnahme: In 2015 gab es die meisten berichteten Aktivitäten im Bereich „Politik der klaren Signale“.

Durch eine vertiefende Analyse konnten in den Landtagsberichten sechs Arbeitsschwerpunkte mittels Kategorienbildung identifiziert werden, und zwar:

1) Demokratieförderung, 2) Flucht und Asyl, 3) Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, 4) Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, 5) Islamistischer Extremismus und 6) Antisemitismus.

Abbildung 4 zeigt die Analyseergebnisse hinsichtlich der in den Landtagsberichten dargestellten Aktivitäten und Maßnahmen im Zeitverlauf.

Im Zeitverlauf ist seit 2013 eine Verlagerung der Aktivitäts- und Berichtsschwerpunkte zu erkennen: Der mit 38 % der Nennungen am häufigsten beschriebene Themenbereich war 2013 *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*, es folgten *Demokratieförderung* (29 %), *Flucht und Asyl* (18 %) u. a. Für 2015 und 2016 zeigen sich vermehrte Aktivitäten zu *Flucht und Asyl* (61 % und 57 %), die selbst das Thema „Rechtsextremismus“ übertrafen. *Demokratieförderung* hat an Stellenwert in den Landtagsberichten verloren, während der *Islamistische Extremismus* zuletzt deutlich an Bedeutung gewonnen hat.⁸

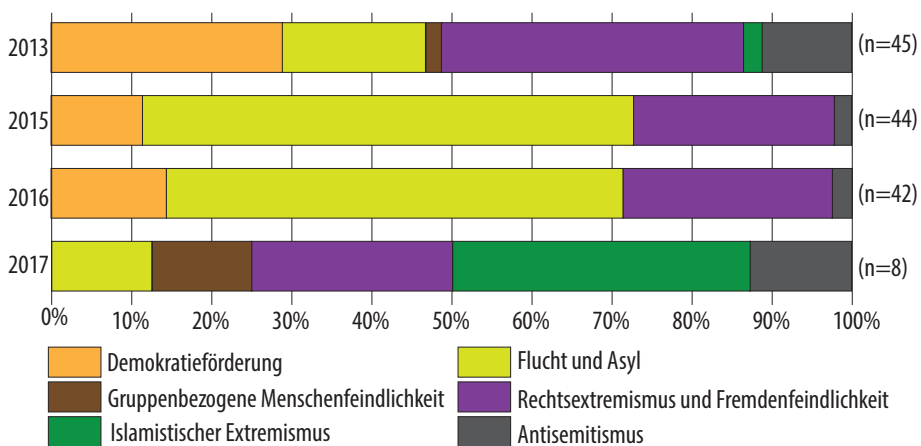


Abb. 4: Berichtsschwerpunkte im zeitlichen Verlauf (in Klammern Anzahl der Nennungen im Bericht) vgl. Landtagsberichte; eigene Darstellung

Es ist davon auszugehen, dass die in den Berichten beobachtbare Verlagerung der Schwerpunkte durchaus ein Abbild der veränderten Praxis des TBB darstellt. Umgekehrt spiegeln sich die gesellschaftlichen Veränderungen im Land auch in den Landtagsberichten wider. Flucht und Asyl sind wichtiger geworden, ebenso der islamistische Extremismus. Demokratieförderung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit spielen dagegen offenbar noch eine geringere Rolle. In diesem Zusammenhang wäre zu überlegen, wie die Berichtslegung künftig weiter qualifiziert werden kann.

⁸ Aufgrund der geringen Fallzahl (n=8) ist die Aussagekraft der Übersicht für das Jahr 2017 stark eingeschränkt.

3 ZENTRALE ERGEBNISSE DER EXPERTISE

Die Ausführungen in diesem 3. Kapitel beinhalten ausschließlich die *Aussagen der von uns befragten Personen*. Die Interviews wurden transkribiert, paraphrasiert und inhaltsanalytisch ausgewertet. In der zusammenfassenden Wiedergabe von Interviewäußerungen dokumentieren sich die Sichtweise, die Bewertungen und der jeweilige Kenntnisstand der Interviewten. Den Interviewteilnehmern wurde individuelle Anonymität zugesichert. Gleichwohl ist es mitunter sinnvoll, die organisationale Zugehörigkeit der Gesprächspartner mitzuteilen.⁹

3.1 Veränderungen im Aufgabenfeld des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ seit 2014

Aus den leitfadengestützten Interviews wurde zunächst herausgearbeitet, wie sich aus Sicht der befragten Personen seit 2014 die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ verändert haben. Die maßgeblichen Veränderungen werden im Kapitel 3.1.1 dargestellt. Die Aussagen der im Beratungsnetzwerk agierenden Akteure unterscheiden sich hier kaum von den Angaben der externen Befragten.

Wie auf diese Situationsänderungen vonseiten der Verantwortlichen reagiert wurde und welche Anpassungsmaßnahmen vorgenommen worden sind, wird im Kapitel 3.1.2 ausgeführt. Hierbei urteilen die internen Experten bedeutend konkreter als die externen Interviewpartner. Angesichts des unterschiedlichen Handlungskontextes und der unterschiedlichen Nähe zum Handlungsfeld ist dies aber auch nicht überraschend.

3.1.1 Veränderungen im Handlungsfeld aus der Perspektive der befragten Akteure und Experten

ZUWANDERUNG VON GEFLÜCHTETEN

Ein von nahezu allen Befragten aufgeführtes Ereignis, welches die Arbeit innerhalb des Netzwerks „Tolerantes Brandenburg“ (aber auch in Land, Kommunen und Zivilgesellschaft) maßgeblich beeinflusst und intensiviert hat, war die seit 2014

⁹ Zitate aus den Interviews sind durch Anführungszeichen und kursive Schreibweise kenntlich gemacht.

zu beobachtende Zuwanderung von Geflüchteten. Die Verteilung der Geflüchteten auf die Städte und Gemeinden innerhalb des Landes Brandenburg stellte die kommunale Politik und Verwaltung vor hohe Herausforderungen, denen diese nicht immer hinreichend rasch gerecht wurden (z. B. im Hinblick auf die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften und die Versorgung der Geflüchteten). So gründeten sich zahlreiche zivilgesellschaftliche Willkommensinitiativen, die nach Einschätzung der befragten Experten die kommunalen und staatlichen Institutionen substantiell unterstützten und in der Flüchtlingshilfe tätig wurden (z. B. in Bezug auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Geflüchteten). Gleichzeitig formierte sich aber auch ein besorgter bis gewalttätiger Widerstand gegen die Unterbringung von Geflüchteten. An diesem Ereignis brachen sich alle weiteren Entwicklungen. Eine Befragte fasst zusammen: *„Die Flüchtlingskrise wurde zu einem Katalysatorthema, damals wurde eine Schleuse geöffnet, da wurde etwas angestoßen.“*

INTEGRATION ALS NEUE QUERSCHNITTSAUFGABE FÜR POLITIK, VERWALTUNG UND GESELLSCHAFT

Die Zuwanderung von Geflüchteten hat nach Auskunft einiger Interviewpartner verdeutlicht, dass Integration als Querschnittsaufgabe für Politik, Verwaltung und Gesellschaft erheblich an Bedeutung gewonnen hat. Die wachsenden Integrationsbedarfe seit 2014 in sehr unterschiedlichen staatlichen Bereichen (Wohnungsmarkt, Bildungssystem, Arbeitsmarkt, Gesundheitsversorgung etc.) hätten die Notwendigkeit verdeutlicht, dass dem Thema gesellschaftliche Integration ein deutlich höherer Stellenwert eingeräumt werden müsse. Während zu Beginn der Zuwanderung vor allem Fragen der Unterbringung im Vordergrund standen, haben sich dann die Arbeitsschwerpunkte in Richtung einer Integrationsunterstützung in den Bereichen Bildung, Wirtschaft oder Gesellschaft abgezeichnet. Die Notwendigkeit der Entwicklung und Umsetzung von lokalen Integrationskonzepten sei auch in den Landkreisen und Kommunen gesehen worden, so der Vertreter eines Mobilen Beratungsteams, denn *„je besser die Integration, desto weniger Konflikte, die aufgegriffen und instrumentalisiert werden können“*.

ZUNAHME VON AUSGRENZUNG, FREMDENFEINDLICHKEIT, RASSISMUS UND RECHTER GEWALT

Während sich auf der einen Seite die Entstehung von Willkommensinitiativen beobachten ließ, zeichnete sich im Kontext der Flüchtlingszuwanderung auf der anderen Seite eine Zunahme von Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und entsprechender Gewalt ab. Befragte berichten von einer deutlich gereizteren und aggressiveren Stimmung in den Kommunen. Diese richtet sich einerseits

gegen Flüchtlingshelfer und andererseits explizit gegen die Geflüchteten oder grundsätzlich gegen Personen mit Migrationshintergrund. Sicherheitsbehörden und Akteure des Beratungsnetzwerks „Tolerantes Brandenburg“ beobachten in den Jahren 2015 bis 2017 eine überproportionale Steigerung von Gewalttaten im Bereich „Fremdenfeindlichkeit“ (Straftaten gegen Asylunterkünfte und gegen Asylbewerber) und eine Verdopplung rechtsextremistisch motivierter Übergriffe zwischen 2014 und 2016. Von solchen Angriffen seien auch Politiker oder Journalisten betroffen; Brandanschläge auf Busse, Parteibüros oder Flüchtlingsunterkünfte sind seit 2015 im Land Brandenburg vermehrt zu verzeichnen. Eine verfestigte rechtsextreme Szene lässt sich nach Auskunft der Gesprächspartner vor allem im Süden Brandenburgs ausmachen. Diese sei vor allem mit dem Sicherheitsgewerbe sowie der Hooligan-, Türsteher- und Rockerszene verknüpft. Mittlerweile treten auch Fälle auf, *„in denen Geflüchtete gewalttätig werden, weil sie sich aus dem Gefühl der Bedrohung und Ausgegrenztheit heraus gegen Angriffe und Vorwürfe wehren“*.

ETABLIERUNG ANTI-ISLAMISCHER DISKURSE

Besonders hervorgehoben wird von den Befragten die zunehmende Etablierung anti-islamischer Diskurse. Eine anti-islamische Polemik und entsprechende Resentiments werden verstärkt wahrgenommen. Beispielsweise würden in Brandenburg häufig *„Tschetschenen als Störenfriede“* unter Generalverdacht gestellt. Die anti-islamischen Vorbehalte versteigen sich bis hin zu einem antimuslimischen Rassismus. Die rechtsextreme Szene befeuert diese Islamophobie, indem sie eine verzerrte, pauschale und extrem einseitige Wahrnehmung des Islams fördert.

ISLAMISTISCHER EXTREMISMUS ALS BEDROHUNG

Gleichzeitig nehmen die Brandenburgischen Sicherheitsbehörden seit 2016 aber auch einen islamistischen Extremismus als neue Bedrohung wahr. Sie beobachten *„eine niedrige zweistellige Anzahl von Personen des islamistischen/salafistischen Spektrums als Gefährder und eine hohe einstellige Anzahl, die als relevante Personen eingestuft werden. [...] Dabei ist nicht die Anzahl der islamistischen Extremisten das Problem, sondern die Gefährlichkeit Einzelner“*. Die Gefahren einer Radikalisierung müssen einkalkuliert werden. Verwiesen wird von den Sicherheitsakteuren vor allem auf hohe Dunkelziffern und die Herausforderungen durch Personen tschetschenischer Herkunft.

ZUNEHMENDER RECHTSPOPULISMUS

Die Sensibilisierungen und Vorbehalte im Zusammenhang mit der Flüchtlingszuwanderung haben nach Ansicht der Interviewpartner zunächst zu einem gestiegenen Demonstrationsgeschehen und der Entstehung von Bürgerbündnissen und -bewegungen (z. B. POGIDA oder der Verein „Zukunft Heimat“ in Cottbus) geführt. Mit diesen Bewegungen, die durch rechtsextreme Einflüsse zusätzlich dynamisiert worden sind, hat sich ein wachsender Rechtspopulismus etabliert. Eine *„Infektion zunehmender Bevölkerungskreise mit populistischem Gedankengut“* ist nach Auffassung eines Gesprächspartners die Folge, es sei eine Anschlussfähigkeit an die Probleme der Bevölkerung geschaffen worden, wodurch Rassismus nicht mehr nur ein Phänomen von Randgruppen sei, sondern nun breiter sichtbar werde.

Dies äußert sich nicht zuletzt auch in einem Erstarken rechtspopulistischer Positionen im Parteienspektrum und einem geänderten Wahlverhalten zugunsten dieser Parteien. Es operieren neue Akteure im parlamentarischen Raum, denen Kontakte zu rechtsextremen Kreisen nachgesagt werden und deren Oppositionsarbeit nach Angaben von Landtagsabgeordneten gekennzeichnet ist durch eine *„vergiftete politische Debatte, verschärfte Tonlage, aggressive Sprache, bis hin zu Gewalt“*.

Die Kennzeichen und Folgen dieser rechtspopulistischen Diskurse sind vielfältig: Als grundlegend gilt aus Sicht der befragten Experten eine oft bis zur Verfälschung reichende Vereinfachung von gesellschaftlicher Komplexität (in Form von Fake News und Vorurteilen) sowie ein polarisierendes Freund-Feind oder Wir-die-Anderen Schema. Eine Werteverchiebung wird festgestellt, die durch soziale Entsolidarisierung und einen allgemeinen Empathieverlust gekennzeichnet ist. Damit einher geht eine Parteien- und Politikverdrossenheit der Bevölkerung, die sich in einem Bedeutungs- und Vertrauensverlust gegenüber den etablierten Parteien und schließlich auch einer Abwertung von Politik und Politikern äußert. Die neuen Medien und die digital-sozialen Netzwerke spielen bei der Verbreitung dieser Sichtweisen und Haltungen eine bedeutsame Rolle.

Die seit 2015 feststellbare Veränderung der öffentlichen Diskurse äußert sich in einer kommunikativen Offensive rechtspopulistisch und rechtsextremistisch argumentierender Bewegungen und Parteien. Integrationskritische, fremdenfeindliche, antisemitische und schließlich auch rechtsextremistische Positionen werden zunehmend öffentlich geäußert. Im Zuge der Flüchtlingsthematik brechen sich rechtsextremistische Äußerungen Bahn. Ein Vertreter eines Mobilien Beratungsteams fasst zusammen: *„Die Wut bekommt ein Gesicht, ein Ziel: den Flüchtling!“* Die entstandenen sozialen Problemlagen werden ethnisiert. Die verbale Radikalität, so die Befragten, habe zugenommen und sei nun offen rassistisch, völkisch, autoritär und nationalistisch. Beklagt werden eine Normalisierung des „UnsaGBaren“ sowie häufig unwidersprochen oder sanktionsfrei bleibende Tabubrüche (z. B. Holocaust-Leugnungen, Verharmlosungen des Nationalsozialismus, Beleidigun-

gen in Parlamenten). In der Offenlegung dieser Argumentationen sehen einzelne Akteure aber auch eine Chance: „*Es ist gut, dass der Rechtspopulismus rausgekommen ist; besser, es ist draußen als das unter der Decke zu halten.*“

VERHALTENE REAKTIONEN GEGENÜBER RECHTSPOPULISTISCHEN POSITIONEN

Viele der befragten Personen beklagen die – im Vergleich zum Zeitraum vor 2014 – vorsichtigen und zurückhaltenden Reaktionen gegenüber rechtspopulistischen Positionen. Dazu der Vertreter einer lokalen zivilgesellschaftlichen Organisation: „*Bei der AfD zucken die Bürgermeister immer zusammen, sie positionieren sich nicht so klar wie früher gegen die NPD.*“ Es gebe angesichts der rechtspopulistischen Positionen zu wenig Gegenöffentlichkeit auf Seiten der Politik, der Kommunalverwaltung und der Bürger; attestiert wird ein zu geringes öffentliches Engagement beim „*Kampf um Werte*“ und die Demokratie. Insbesondere würden sich die „*Parteien zu lasch und unscharf gegen Rechtspopulismus*“ äußern. Auf der kommunalen wie auf der Landesebene wird eine tiefe Verunsicherung, Hilflosigkeit und Ohnmacht angesichts des massiv auftretenden Rechtspopulismus gesehen.

Vor allem diese öffentlich gewordenen Formen des Rechtspopulismus und ihrer Vertreter stellen für die Akteure des Handlungskonzepts „*Tolerantes Brandenburg*“ eine neue Herausforderung dar. Sie werden häufiger Ziele von Drohungen (z. B. juristisches Vorgehen gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich gegen rechtsextreme Aktivitäten zur Wehr setzen) und Anfeindungen (z. B. Drängen auf die Einhaltung des Neutralitätsgebotes für Lehrer bei der Behandlung rechtspopulistischer Parteien und Argumentationen im Unterricht). Eine besondere Schwierigkeit sehen die befragten Personen insbesondere darin, dass Grenzen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus fließend geworden seien. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus war vor 2014 klarer gewesen, das Handlungsfeld ist durch Rechtspopulismus schwerer greifbar geworden, da es zahlreiche Grauzonen und Schnittstellen zwischen Populismus und Extremismus gebe. Gerade diese Grauzone machen sich die neuen rechten Netzwerke zunutze, und auch der Rechtsextremismus habe sich entsprechend professionalisiert, so die befragten Akteure.

GESTIEGENE ANFORDERUNGEN AN DEMOKRATIE UND DEMOKRATIEFÖRDERUNG

Vor diesem Hintergrund sind nach Auffassung von fast allen Befragten die Anforderungen an Demokratie und Demokratieförderung gestiegen. Seit 2014 seien die etablierte Politik und letztlich auch die Demokratie zusehends in die Kritik

geraten und würden hinterfragt. Dadurch hat das Handlungsfeld „Toleranz- und Demokratieförderung“ deutlich an Bedeutung gewonnen. Themenfelder wie Demokratiebildung und Politische Bildung stünden nun deutlich stärker im Fokus. Der Vertreter eines Mobilen Beratungsteams forderte dazu auf, „den demokratischen Muskel zu trainieren“.

3.1.2 Anpassungsprozesse aus der Sicht der befragten Experten

Die Akteure des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ mussten auf diese massiven Veränderungen der an sie gestellten Anforderungen reagieren. Teilweise stellten sich ihnen völlig neue Aufgaben und Herausforderungen, teilweise mussten Anpassungen bestehender Handlungsprozesse vorgenommen werden.

AUFGABENZUWÄCHSE UND -VERLAGERUNGEN INNERHALB DES BERATUNGSNETZWERKS

Vor allem die befragten Akteure des Beratungsnetzwerks „Tolerantes Brandenburg“ wiesen auf Aufgabenzuwächse und Aufgabenverlagerungen innerhalb des Beratungsnetzwerks hin. Beispielsweise sind für die Mobilen Beratungsteams (MBT), die Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) und auch den Verein Opferperspektive die Beratungsanforderungen umfangreicher, komplexer und anspruchsvoller geworden. Nach 2014 haben sich z. B. für die MBT und RAA spezifische Aufgabenzuwächse ergeben, und zwar durch die Mit-Organisation von Maßnahmen bei der Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten, die Moderation und Beratung von Kommunen bei Bürgerversammlungen zur Flüchtlingsunterkünften, Unterstützungsleistungen bei der Organisation der Umsetzung der Schulpflicht sowie bei der Form der Beschulung. Sehr viel häufiger als vor 2015 sind die MBT und die RAA unter anderem mit Gemeinwesenarbeit beschäftigt, werden zur (Konflikt-)Moderation/Mediation eingesetzt oder begleiten Partizipationsprozesse. Häufiger steht dabei nun eine Vermeidung der Ethnisierung und Kulturalisierung von Konflikten im Mittelpunkt. Der Einsatz des Beratungsnetzwerks beinhaltet vermehrt auch Integrationsarbeit, Gewaltprävention oder die Sicherung einer demokratischen Schulkultur. Das Engagement in der Fläche musste erheblich verstärkt werden. Sichtbar geworden ist auch ein erhöhter Bedarf an Aufklärung und Jugendarbeit in ländlichen Regionen sowie erhöhte Beratungsbedarfe bei der Elternarbeit in Kitas und Schulen.

ÜBERLASTUNGEN UND RESSOURCENBEDARFE WERDEN DEUTLICH

Seit 2014 sind demzufolge bei den Institutionen des Beratungsnetzwerks und auch der Koordinierungsstelle Überlastungen und Unterausstattungen deutlich geworden, auf die in den Jahren 2015/16 teilweise rasch reagiert wurde. Bei der Koordinierungsstelle gab es Aufgabenzuwächse und bedeutend höhere Anforderungen, die allerdings nur in geringem Maße durch entsprechende Ressourcenaufstockungen flankiert wurden. Bei den Mobilien Beratungsteams wurden Personalverstärkungen in der Fläche vorgenommen, und auch der Verein Opferperspektive erhielt eine temporäre personelle Mehrausstattung. Angesichts der gravierenden Veränderungen der gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen werden die personellen Zuwächse von den meisten befragten Experten als zu gering bewertet.

STARK GEWACHSENE ANERKENNUNG FÜR DIE AKTEURE DES BERATUNGSNETZWERKS VOR ORT

Als einen positiven Effekt dieser gestiegenen Arbeitsanforderungen erwähnten mehrere Befragte, dass die Anerkennung für die Akteure des Beratungsnetzwerks gestiegen und deren Arbeit stabilisiert worden sei. Die MBT sind mittlerweile durch die Moderationen und Konfliktmediationen seit 2015 in den Kommunen sehr gut bekannt und entsprechend vernetzt. Sie werden von Verwaltung und Zivilgesellschaft als Problemlöser wertgeschätzt und proaktiv angesprochen: *„Die haben uns jetzt gut auf dem Schirm. [...] Gut aufgestellte Kommunen brauchen uns da nicht. Aber je weiter man aber aus dem Speckgürtel rauskommt, desto mehr braucht es Unterstützung durch professionelle Moderatoren“* – so ein MBT-Vertreter.

UMGANG MIT DEN UNSCHÄRFEN ZWISCHEN RECHTSEXTREMISMUS UND RECHTSPOPULISMUS

Eine neue Qualität bei der Arbeit im Handlungsfeld stellen nach Auffassung der Befragten des internen Beratungsnetzwerks die erheblichen Unschärfen zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus dar. Es konnten im Beratungsnetzwerk sehr unterschiedliche Auffassungen darüber festgestellt werden, worin Rechtspopulismus besteht und wie mit ihm umzugehen sei. Nach Auffassung eines Vertreters der Mobilien Beratungsteams steht man als MBT in den Kommunen und Landkreisen vor einer Gratwanderung: *„Einerseits müssen wir mit den Leuten ins Gespräch kommen. Und andererseits aber auch klären, wo die Grenzen überschritten werden.“* Eine Rollenklärung innerhalb des Beratungsnetzwerks sei notwendig, die unterschiedlichen Sichtweisen und Perspektiven auf den Rechtspopulismus müssten von den Partnerinstitutionen im Beratungsnetzwerk verhandelt und der

Umgang mit ihm ausgehandelt werden. Dieser Aushandlungsprozess habe z. B. zwischen MBT, Opferperspektive und Aktionsbündnis bereits begonnen.

VERSTÄRKTES EINSTEHEN FÜR DIE DEMOKRATIE ZEIGEN

Die „neue Unschärfe“, die sich dadurch ergibt, dass der Rechtspopulismus in den Vordergrund tritt und sich der Rechtsextremismus mit ihm vermengt, forderte von den Akteuren des Beratungsnetzwerks „Tolerantes Brandenburg“ auch einige Akzentsetzungen. So wird seit 2016 statt einer Bekämpfung des Rechtsextremismus sehr viel stärker die Position vertreten, die Demokratie als Gegenmodell zum Rechtspopulismus stark zu machen. Es geht darum, so ein Akteur für Gemeinwesenberatung: *„Wofür stehen wir eigentlich als Demokraten? Und es geht eher darum, die Abwehrkräfte zu stärken und weniger den Rechtsextremismus oder Nationalsozialismus auszugrenzen.“* Demzufolge ist auch die Entscheidung für die befragten Akteure gut nachvollziehbar, dass die Koordinierungsstelle des TBB im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ das Demokratiezentrum des Landes geworden ist. Vor diesem Hintergrund hat sich nach Auffassung mehrerer Interviewpartner auch der Umstand bewährt, dass die Koordinierungsstelle seit 2016 bei der Staatskanzlei angesiedelt sei. Dadurch sei die politische Bedeutung des Handlungsfeldes hervorgehoben und sehr stark aufgewertet worden. Gleichwohl – und auch das ist eine neue Erkenntnis, die von vielen Befragten geäußert wurde – sollten die Einflussmöglichkeiten des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ angesichts der massiven und strukturellen Veränderungsprozesse in Politik und Gesellschaft nicht überschätzt werden. *„Ich sehe uns natürlich als Tolerantes Brandenburg nicht in der Lage, die grundsätzlichen gesellschaftlichen Veränderungsprozesse, die gerade sehr dynamisiert sind in unserer Gesellschaft, da sehe ich nicht, dass wir das als Tolerantes Brandenburg beheben können oder aufhalten können.“*

INTEGRATIONSERFORDERNISSE SUBSTANZIELL ANGEHEN

Angesichts der steigenden Integrationsbedarfe und als Antwort auf die Verunsicherung und Fremdenangst in der Bevölkerung wurde im November 2015 das Bündnis für Brandenburg „zur Integration von Flüchtlingen“¹⁰ ins Leben gerufen. Das Bündnis für Brandenburg (BfB) wurde der gleichen Stabsstelle zugeordnet, bei der auch die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ angesiedelt ist.

Angepasst wurde das Themenfeld noch in zwei anderen Hinsichten: Als Reaktion auf die gestiegene Muslimfeindlichkeit, einen wachsenden Antisemitismus

¹⁰ Webseite „Bündnis für Brandenburg“ <https://www.buendnis-fuer-brandenburg.de/> (letzter Zugriff: 8.3.2019).

und schließlich auch die wachsende Unsicherheit angesichts religiös-islamistisch motivierter Kriminalität sind eine Fachstelle Islam und eine Fachstelle Antisemitismus eingerichtet worden. Die Fachstelle Islam wurde der RAA-Geschäftsstelle zugeordnet, die Fachstelle Antisemitismus wurde am Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien (MMZ) eingerichtet.

3.2 Bewährte Aktivitäten und Routinen im Handlungsfeld „Tolerantes Brandenburg“ aus Sicht der Befragten

Bereits in der Expertise 2014 wurde deutlich herausgestellt, dass das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ von den befragten Personen durchgängig positiv gewertet wurde. Insgesamt sahen die Experten nur geringe Nachsteuerungsbedarfe. Zahlreiche dieser Positivaspekte kamen auch bei der jetzigen Recherche wieder zur Sprache und wurden erneut bestätigt. Aufgrund der stark veränderten gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen standen bei den Gesprächen aber deutlich seltener die positiven Aspekte und Leistungen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ im Vordergrund. Dennoch fällt die Beurteilung überwiegend positiv aus und dabei bringen die Befragten sehr ähnliche Argumentationen zum Ausdruck, wie bereits 2014. Im Hinblick auf einzelne Handlungsfelder sind die Positivbewertungen aber auch eindringlicher geworden, z. B. hinsichtlich der Potenziale des Regionalbezugs des Ansatzes und der Ressourcen- und Lösungsorientierung der Herangehensweise.

BEKENNTNIS DES LANDES UND DER LANDESREGIERUNG ZUM HANDLUNGSKONZEPT ALS STÄRKE

Bei den befragten Interviewpartnern herrscht die einhellige Auffassung vor, dass die Bekämpfung von Rechtsextremismus fortgesetzt werden muss; da etliche Befragte de facto ein weitgefasstes Konzept von Rechtsextremismus verwenden, schließen sie hier die kritische Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus mit ein. Auch Demokratieförderung und Wertebildung werden als wichtige Zielsetzungen genannt. Von allen Befragten wird dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ eine zentrale Stellung zugeschrieben. Dieses Bekenntnis des Landes Brandenburg und seiner Landesregierung zum Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ sehen die Befragten als wichtigen und erhaltenswerten Grundpfeiler für die Zukunft. Damit werde ein klarer politischer Wille kundgetan; das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ist ein Bestandteil der politischen Kultur des Landes und damit ein „reicher Schatz“. Das Handlungskonzept werde von der Landesregierung und den etablierten Parteien als gemeinsame politische Aufgabe aufgefasst. Die Politik positioniert sich klar gegen Rechtsextremismus

und Rechtspopulismus. Es besteht hohe Einigkeit, dass das Land Brandenburg mit dem Handlungskonzept bundesweit gut aufgestellt ist. Das „Tolerante Brandenburg“ sei ein weithin etabliertes Signet geworden, das dem Demokratie- und Toleranzgedanken verpflichtet ist und für die kritische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus stehe. Man habe eine wichtige Infrastruktur zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung geschaffen, die unbedingt erhalten bleiben und ausgebaut werden solle.

Das gelebte Handlungskonzept der Landesregierung habe sich, so mehrere Vertreter von MBT und RAA, bewährt und solle unangetastet bleiben: *„Ich finde das Handlungskonzept gut. Ich würde nicht so gerne da ran wollen. Die Stärke des Handlungskonzepts ist, dass es auf der einen Seite konkret und klar ist und dass es auf der anderen Seite auch Spielräume lässt. [...] Das Handlungskonzept kann beides: Ich kann klar bei Extremismus handeln, habe aber gleichzeitig auch die Möglichkeit, demokratie-stärkende Maßnahmen zu ergreifen. Deshalb finde ich das Konzept eigentlich gut, weil es diesen Spielraum gibt. Wir waren damit gut in der Lage, auch auf neuere Entwicklungen zu reagieren.“* Modifikationen sollten – wenn überhaupt – partizipativ und basisdemokratisch vorgenommen werden.

KOORDINIERUNGSSTELLE UND BERATUNGSNETZWERK ALS WICHTIGES RÜCKGRAT DES HANDLUNGSKONZEPTS

Gut funktionierende und zentrale strukturgebende Elemente des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ sind die Koordinierungsstelle und die Organisationen des Beratungsnetzwerks. Die meisten Interviewpartner sind mit der Arbeit des Netzwerks sehr zufrieden: *„Ohne das Tolerante Brandenburg hätten wir in Brandenburg eine andere Situation.“* Oder *„Das ist ein deutlich klares Geländer zum Thema Rechtsextremismus – das gibt es in anderen Bundesländern nicht.“*

Vor allem vonseiten der internen Interviewpartner werden das sehr gute Ineinandergreifen der unterschiedlichen Akteure des Beratungsnetzwerks und die kurzen Kommunikationswege auf Augenhöhe hervorgehoben. Aufgrund geringer Fluktuationen in der Leitungsebene ist die langjährige Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen auch eine langjährige Zusammenarbeit von konkreten Personen. Die weitgehend geklärten unterschiedlichen Aufgabenprofile der einzelnen Organisationen, der Konsens über eine gemeinsame Aufgabe und das geteilte Bewusstsein über die Reichweite der eigenen Aktivitäten sowie die routinisierten Kommunikationsabläufe innerhalb des Beratungsnetzwerks werden als Voraussetzung für rasche und zielorientierte Absprachen gelobt. Neue Akteure, wie die Fachstelle Islam, würden gut eingebunden. *„Die Arbeitsfelder der einzelnen Partner sind gut aufeinander abgestimmt und die Kommunikationsprozesse klappen gut“*, bemerkt ein Vertreter eines MBT. Die Koordinierungsstelle biete den beteiligten Institutionen eine gute Unterstützung. Ein Erhalt und Ausbau des

Netzwerks und seiner Strukturen wird von den Akteuren des Beratungsnetzwerks explizit gefordert; die einzelnen Teile des TBB-Netzwerks sollten weiterhin sehr gut ausgestattet werden.

Auch die externen Experten stimmten in ihrer positiven Gesamtbewertung der Existenz und des Images des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ und der Arbeit des Beratungsnetzwerks überein. Der Name sei bekannt, das Netzwerk „Tolerantes Brandenburg“ habe einen guten Ruf, es existierten bewährte Kommunikationskanäle und interorganisational wie interpersonal eingespielte Kooperationsbeziehungen.

DEZENTRALITÄT UND LOKALE VERANKERUNG ALS HERAUSRAGENDE STÄRKE

Als herausragende Stärke des Handlungskonzepts wird von internen wie externen Gesprächspartnern die Dezentralität und lokale Verankerung des Beratungsnetzwerks angesehen. Die Regionalität des Konzepts wird als sehr gut und notwendig erachtet, weil dadurch die Arbeit in die Fläche getragen würde. Die lokale Verankerung und die lokalen Teams seien ein bedeutsamer Brandenburger Vorteil. Die MBT und die RAA werden dabei besonders positiv hervorgehoben. Durch die Kultur des „Vor-Ort-Arbeitens“ hätten sich stabile und langjährige Kontakte zu Kommunalpolitikern, Kommunalverwaltungen, Polizei, Sozialarbeit und Zivilgesellschaft ergeben. *„Es gibt eine gewachsene Vertrauensbasis mit den Akteuren vor Ort und einen gesammelten Erfahrungsschatz“*, so eine Kommunalvertreterin. Für eine langjährig gewachsene Partnerschaft sei die personelle Kontinuität von großer Bedeutung gewesen. Das Konzept von regional operierenden, thematisch spezialisierten Teams wird insgesamt als ein erfolgreiches Instrument für ein lokales Monitoring, eine gute Grundlage für die niedrigschwellige Ansprechbarkeit und geeignete Basis für die Bereitstellung von Fach- und Expertenwissen geschätzt. Das regionalisierte Konzept habe sich vor allem in den letzten Jahren aufgrund seiner Lokalität und Flexibilität bewährt. Man sei lokal handlungsfähig, die Akteure des Netzwerks „Tolerantes Brandenburg“ sind vor Ort bekannt und werden geschätzt.

PARTIZIPATIV-RESSOURCENORIENTIERTER ANSATZ ALS QUALITÄTS- UND ALLEINSTELLUNGSMERKMAL

Ein weiteres Qualitäts- und Alleinstellungsmerkmal sehen die befragten Experten in dem partizipativ-ressourcenorientierten Beratungsansatz der Netzwerkakteure. Die lokalen Teams können sich sehr flexibel auf die jeweiligen regionalen Lagen einstellen: *„Wir machen eigentlich immer maßgeschneiderte Geschichten, d. h., wir*

müssen das, was da ist, angucken und dann mit den Leuten gemeinsam schauen, was sie machen können.“ Dieser integrative Ansatz sollte aus Sicht der befragten Gesprächspartner unbedingt erhalten bleiben. Es werden gemeinsam mit den kommunalen oder zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort Lösungen erarbeitet und nicht – wie z. T. in anderen Bundesländern – konfektionierte Routinen abgespult. Aufgrund dieser flexiblen Strukturen konnte sich das Netzwerk „Tolerantes Brandenburg“ sehr gut auf die seit 2014 veränderten Rahmenbedingungen einstellen. So sind beim Aktionsbündnis die rechtspopulistischen Akteure klar als Gegner markiert. Die Mobilien Beratungsteams müssen demgegenüber aber den Dialog fördern und Leute miteinander ins Gespräch bringen.

3.3 Handlungsbedarfe aus Sicht der Befragten

Die von den Befragten geäußerten Handlungsbedarfe beziehen sich zum einen auf die künftigen Inhalte, Themen und Aufgaben, die die Akteure des Beratungsnetzwerks zu bearbeiten haben, und zum anderen auf die Organisation und Struktur der unter dem Dach des TBB zusammengefassten Behörden und Organisationen. Die Mitglieder des Beratungsnetzwerks sprechen sich insgesamt weniger für Veränderungen aus als die befragten Externen.

RECHTSPOPULISMUS

Der Aufstieg rechtspopulistischer Kräfte in den letzten Jahren wird vielfach als ein großes Problem gesehen. Den Interviewäußerungen ist zu entnehmen, dass häufig begrifflich nicht konsequent zwischen „Rechtsextremismus“ und „Rechtspopulismus“ unterschieden wird. Daraus folgt, dass für den Teil der Befragten, die Rechtspopulismus für eine Art von „*Rechtsextremismus-light*“ halten, die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus auch die Befassung mit Rechtspopulismus einschließt. Diejenigen, die an dieser Stelle sprachlich und sachlich differenzieren, sprechen sich teils für und teils gegen eine ausdrückliche Einbeziehung des Themas Rechtspopulismus aus. Zustimmend wird aus Sicht der gemeinwesenorientierten Beratung ein Bürgermeister zitiert, der angesichts einer Demonstration mit 700 bis 800 Bürgern (darunter 50 bis 70 bekannte Rechtsextreme) meinte: *„Ich kann doch nicht sagen, ‚Keinen Fußbreit den Rechtsextremisten‘, wenn das meine Bürger sind!“*

Die Tatsache von divergierenden Perspektiven verweise auf einen erhöhten internen Diskussions- und Klärungsbedarf innerhalb des Beratungsnetzwerks. Die im Beratungsnetzwerk kooperierenden Organisationen hätten dabei unterschiedliche Aufgaben und Rollen. Missstände würden öffentlich in höherem Maße von der „Opferperspektive e. V.“ und dem Aktionsbündnis als von MBT und RAA problematisiert. Berichtet wird, dass die teils unterschiedlichen Arbeitsansätze

und Methoden der verschiedenen Organisationen im Beratungsnetzwerk zum Gegenstand eines wiederkehrenden fachlichen Austauschs gemacht wurden (z. B. in Workshops) und dies auch in Zukunft fortgeführt werden soll.

ANTIDISKRIMINIERUNG UND GRUPPENFEINDSCHAFTEN

Einige Mitglieder des Beratungsnetzwerks machen darauf aufmerksam, dass mit der verstärkten Zuwanderung von Flüchtlingen sowohl die Fallzahlen rechter Gewaltstraftaten angestiegen sind als auch das Ausmaß an Diskriminierungen gegenüber Personen, die als Migranten wahrgenommen werden (vgl. Kap. 2.2). Dies ist eine Begründung für den Vorschlag, das Netzwerk „Tolerantes Brandenburg“ solle sein Aufgabenfeld künftig auch um Antidiskriminierungsarbeit erweitern. Dieser Vorschlag liegt auf der Linie mit anderen Voten, die sich für eine Erweiterung des Aufgabenspektrums aussprechen: Die explizite Auseinandersetzung mit Muslimfeindlichkeit und – allgemeiner formuliert – mit Phänomenen von Gruppenfeindschaften gegen schwache Minderheiten sollten demgemäß ein explizit formulierter Bestandteil des TBB-Profiles werden.

EXTREMISMUS-PRÄVENTION

Vertreter von Sicherheitsbehörden bzw. eines Sicherheitsdenkens sprechen sich für eine Neuorientierung der Ausrichtung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ aus. In ihren Augen solle das Handlungskonzept in Zukunft einen in sich differenzierten Ansatz mit drei Präventionsstufen verfolgen. Maßnahmen der Primärprävention richteten sich an die Bevölkerung insgesamt. Sekundäre Prävention stehe für Arbeitsansätze mit Einzelpersonen oder Gruppen, von denen nach aller Erfahrung in höherem Maße Risiken ausgehen; die Tertiärprävention schließlich fokussiere auf straffällig Gewordene und wolle deren Rückfälligkeit vermeiden. In Übereinstimmung mit den Kategorien der Verfassungsschutzbehörden solle das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ die drei heute aktuellen Phänomene des rechten, des linken und des religiös begründeten Extremismus als Aufgabe definieren. Diese Themen- und Aufgabenerweiterung solle auch eine fallbezogene Prävention einschließen, in der sich die jeweils zuständigen Organisationen zusammenschließen.

Eine solche Erweiterung wird seitens der Interviewpartner unter anderem damit begründet, dass das TBB mit der Bearbeitung eines derart breiten Spektrums von Problemlagen den Kreis seiner Kooperationspartner in den Regionen vergrößern würde und zudem auch dem Eindruck entgegenwirken könne, politisch einseitig im Sinne der derzeitigen Regierungskoalition (SPD/Die Linke) zu agieren. Befragte aus dem Beratungsnetzwerk halten dem die Tatsache entgegen, dass

einerseits das Ausmaß der politisch rechten (Gewalt-)Kriminalität deutlich über den beiden anderen Bereichen liege (vgl. Kap. 2.2) und andererseits die Auseinandersetzung mit Linksextremismus ganz andere Herangehensweisen erfordere als die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Schließlich wird auch auf die Entstehungsgeschichte und die politische Kultur in den Organisationen des Beratungsnetzwerks sowie auf die vorhandenen Kompetenzprofile der Mitarbeiter verwiesen, die systematisch für eine fundierte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus stünden. Zudem werde dadurch das Aufgabenfeld der Koordinierungsstelle nochmals breiter und diffuser und verlöre so an Profil.

MÖGLICHE VERÄNDERUNGEN AM HANDLUNGSKONZEPT

Viele der internen Befragten tendieren dazu, keine ausdrückliche Neubestimmung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ und seiner Aufgaben vorzunehmen. Sie halten die derzeitigen Zielbestimmungen gerade in ihrer Allgemeinheit für ausreichend und schätzen die damit verbundenen Möglichkeiten, auf verschiedene Anfragen und Problemlagen flexibel reagieren zu können. Aus der handlungspraktischen Perspektive werden die Vorzüge von allgemein gehaltenen und fallweise konkretisierbaren Zielformulierungen betont. Es sei nicht wünschenswert, hier „Vereindeutigungen“ vorzunehmen und sich im Handlungskonzept etwa ausdrücklich gegen Rechtspopulismus zu positionieren.

Für das MBT wird – vor dem Hintergrund seiner Verankerung in „demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung“ – darüber hinaus argumentiert, seien letztlich alle Konflikte im Gemeinwesen zum Aufgabenfeld zu rechnen, sobald Ethnisierungen vorgenommen oder ethnische Kategorien zum Konfliktgegenstand würden. Allerdings sei letztlich nicht immer zweifelsfrei zu entscheiden, ob man es mit einem „normalen“ Nachbarschaftsstreit zu tun habe oder ein Konflikt ethnisiert oder rassistisch instrumentalisiert würde.

Das korrespondiert mit Forderungen nach neuen Wegen und Formaten, damit Bürger-Anliegen themenunabhängig besser als bisher artikuliert, ausgetauscht und weitergeleitet werden können. In diesem Sinne wird von internen und externen Experten ein „Klima des permanenten Dialogs“ gefordert.

REGIONALISIERUNG STABILISIEREN

Vor allem von Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen in den Regionen wird – wie schon in der 2014er Expertise – gefordert, die in den Regionen existierenden Netzwerke von Engagierten in eine gleichberechtigte Kommunikation bei der Einschätzung von regionalen Problemlagen und der Entwicklung von Bearbeitungsstrategien einzubeziehen. Die Reihe der Zukunftsdialoge 2015/16

habe gezeigt, dass in den verschiedenen Landesteilen seit langem eigenständige Akteursnetzwerke mit einer hohen Kompetenz und Kontinuität existieren. Diese regionalen Akteursnetzwerke gilt es weiter zu stabilisieren und ggf. auszubauen.

FACHSTELLE ISLAM UND FACHSTELLE ANTISEMITISMUS

Die befragten Experten sehen in der Einrichtung der beiden Fachstellen grundsätzlich einen Gewinn und halten diese gebündelten Kompetenzen auch für notwendig, z. B. bezüglich der Bearbeitung von Fragen interkultureller Kommunikation, im Hinblick auf Möglichkeiten einer Deradikalisierung von Islamisten und die Möglichkeiten für eine substanzielle Begleitforschung. Zudem existiere eine gute Zusammenarbeit zwischen der Fachstelle Islam und den Mobilien Beratungsteams (Synergien bei Prozessbegleitungen).

Unterschiedlicher Auffassung sind die Befragten bezüglich der Ansiedlung der Fachstelle Islam bei der RAA-Geschäftsstelle. Einerseits sei die dortige Ansiedlung niedrigschwellig und ermögliche gute Kooperationen mit den Akteuren des Beratungsnetzwerks. Andererseits wird die Tatsache, dass sowohl die Islamismus- und Extremismusprävention wie die Förderung interkultureller Kommunikation und Integration bei der gleichen Fachstelle angesiedelt sind, für eher unglücklich bzw. kontraproduktiv gehalten.

Die Einrichtung einer Fachstelle zum Thema Antisemitismus wird durchweg begrüßt. Von einigen wird in diesem Zusammenhang auf eine Zunahme von antisemitischen Argumentationen verwiesen, die sich z. T. als antizionistische und israelkritische Positionen darstellten. Außerdem würden die existierenden Beratungsangebote nicht ausreichen, da die Betroffenen entsprechende Vorfälle nur bei eigenen Betroffenenorganisationen melden würden. Andere sehen die Notwendigkeit einer derartigen Stelle weniger durch aktuelle antisemitische Phänomene gerechtfertigt als vielmehr durch die Unterstützung in der politisch-historischen Bildungsarbeit. Schließlich wird die Etablierung einer eigenen Fachstelle Antisemitismus auch damit begründet, dass das Land Brandenburg – im Unterschied zum Bund und anderen Ländern – keine Stelle eines Antisemitismusbeauftragten eingerichtet hat, sich angesichts der derzeitigen Aufmerksamkeit für dieses Thema aber in einer Bringschuld sieht.

BÜNDNIS FÜR BRANDENBURG

Von externen Befragten wird vor dem Hintergrund der umfassenden und tiefgreifenden politischen Veränderungen seit 2014 eine umfassende Rollen- und Aufgabenklärung für erforderlich gehalten, die auch für das Akteursnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“ relevant sein könne. Denn nach Ansicht von etlichen

Befragten sei es erforderlich, für die Themen „Integration von Flüchtlingen“, „Auseinandersetzung mit extremistischen Phänomenen“, „Demokratieförderung“, „Reduzierung von Diskriminierung und Gruppenfeindschaften“ konkrete Aufgaben, Zuständigkeiten und Ressourcenausstattungen innerhalb der Landesverwaltung insgesamt zu überprüfen und ggf. neu zu strukturieren.

Ein konkretes Beispiel sei hier das „Bündnis für Brandenburg“ (BfB), das im Spätjahr 2015 im Zuge der erhöhten Zuwanderung von Flüchtlingen gegründet wurde. Von vielen Interviewpartnern wird das Bündnis für Brandenburg rückblickend als wichtiges symbolisches Signal geschätzt, denn *„Kräfte im Bereich Integration zu bündeln, wäre super“*. Einige Befragte sind der Auffassung, dass das BfB gut funktioniere; auch sei es sinnvoll, dass die Leitung des BfB und die des TBB bei der gleichen Stabsstelle in der Staatskanzlei lägen, da es große thematische Schnittmengen im Aufgabenbereich gebe. Die Kritikerseite bezeichnet demgegenüber das BfB als zu wenig profiliert und meint, die Integrationsperspektive werde zu wenig berücksichtigt. Auch sei es wichtig, Extremismusbekämpfung und Integration inhaltlich und programmatisch getrennt zu denken; überdies sei ein intensiverer und strukturierter Informations- und Kompetenzaustausch mit weiteren Integrationsakteuren im Land Brandenburg geboten. Die eher kritischen Meinungen überwiegen deutlich, und zwar sowohl bei internen wie bei externen Experten. Es werden Empfehlungen laut, das Bündnis für Brandenburg solle *„still verplätschert werden“*. Um das Bündnis mit Leben zu füllen, wird alternativ zum *„Ableben lassen“* empfohlen, die Integrationskompetenzen im Land strukturiert zu bündeln (und zwar nicht notwendigerweise bei der Koordinierungsstelle des TBB), ein übergreifendes inhaltliches wie organisatorisches landespolitisches Konzept für Integration zu entwickeln bzw. umzusetzen und die Kooperationen und Abstimmungsprozesse im Handlungsfeld „Integration“ substanziell auszuweiten.

ZUSAMMENSETZUNG DES BERATUNGSNETZWERKS UND SEINE AKTIONSSPIELRÄUME

Hinsichtlich der Zusammensetzung des Beratungsnetzwerks werden von den internen Experten gegensätzliche Auffassungen geäußert: Eine Einbeziehung und vor allem ein stärkeres Engagement der verschiedenen Ministerien würde die Zuständigkeit der gesamten Landesregierung verdeutlichen; speziell die Vertreter von Polizei und Verfassungsschutz stellten eine wertvolle Unterstützung bei der Einschätzung der Situation in konkreten lokalen Brennpunkten dar. Die Gegenposition hält es für ausreichend, dass die Perspektive der Landesregierung durch die Koordinierungsstelle repräsentiert wird.

Betont wird verschiedentlich, dass die im Beratungsnetzwerk kooperierenden Organisationen (einschließlich der Koordinierungsstelle) nicht selbst als politische Akteure zu agieren hätten, sondern ihre Aufgabe in der vielfältigen Unterstützung

von Akteuren im Lande zu liegen hätte: „*Das TBB ist kein Sondereinsatzkommando der Zivilgesellschaft.*“ Kritisiert werden von Einzelnen bestimmte Aktivitätsformate, insbesondere Kampagnen, mit denen etwa zur Wahlbeteiligung etc. aufgerufen wird. Gelegentlich wird bezweifelt, ob Aufwand und Ertrag derartiger Maßnahmen in einem vertretbaren Verhältnis stehen.

Neben ihren Funktionen als Geschäftsstelle des Landesprogramms „Tolerantes Brandenburg“ und als Demokratiezentrum im Zusammenhang mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ hat die Koordinierungsstelle darüber hinaus auch die Aufgabe, das Beratungsnetzwerk des Landes zu organisieren. In diesem Zusammenhang wird mitunter eine Dominanz der Koordinierungsstelle bei der Themensetzung und den Entscheidungen zur Schwerpunktbildung des Beratungsnetzwerks als Ist-Zustand beschrieben. Von internen wie externen Befragten wird stattdessen ein höheres Maß an Partizipation und eine symmetrische Kommunikation innerhalb des Beratungsnetzwerks für angemessen gehalten.

ZUWENDUNGSVERFAHREN VERLÄSSLICHER GESTALTEN

Wie in der 2014er Expertise wird von zivilgesellschaftlichen Organisationen auf das Problem einer diskontinuierlichen Zuweisung von Projektgeldern hingewiesen. Da die Bewilligung von Geldern an die Verabschiedung des Haushalts durch den Landtag gebunden ist, die häufig erst gegen Ende eines Kalenderjahres erfolgt, entstehen bei den zivilgesellschaftlichen Trägern Unsicherheiten, die wiederum zu Personalfluktuationen führen können. Damit wird der Aufbau einer kontinuierlichen Erfahrungs- und Wissenskompetenz beim jeweiligen Träger erschwert.

4 SITUATION UND PERSPEKTIVEN DES HANDLUNGSKONZEPTS „TOLERANTES BRANDENBURG“

Im Folgenden werden auf Basis der Interviewäußerungen zu den gesellschaftlichen Veränderungen, zu den Entwicklungen des TBB, zu den positiven und kritischen Bewertungen und zu den Handlungsbedarfen – aus Sicht der Autoren dieser Expertise – eine generelle Situationseinschätzung vorgenommen und einige Handlungsoptionen formuliert.

4.1 Zum politischen und gesellschaftlichen Kontext des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“

Wie bereits im Kapitel 3.1 dargestellt wurde, ist der gesellschaftliche und politische Kontext des Handlungskonzepts in den letzten vier bis fünf Jahren erheblich in Bewegung geraten. Der beobachtete Wandel lässt sich dabei nur partiell an grundlegenden Einstellungsveränderungen der Bevölkerung festmachen (vgl. die diversen Mitte-Studien u. ä.). Vielmehr zeichnete er sich dadurch aus, dass in der Bevölkerung bereits vorhandene demokratiekritische, zuwanderungs- und integrations-skeptische oder rechtspopulistische Haltungen sicht- und hörbar wurden, verbunden mit einer ausgeprägten EU- und Globalisierungsskepsis (vgl. Decker, Brähler 2018; MIDEM 2018; Zick et al. 2016). Zunächst wurden diese Haltungen im Rahmen von populistischen Bewegungen (z. B. PEGIDA) und später dann auch vom parteipolitischen Spektrum aufgegriffen, wodurch sie schließlich nach Landtags- und Bundestagswahlen auch in den Parlamenten eine Stimme fanden. Durch eine verstärkte massenmediale Aufmerksamkeit und Verbreitungen in sozialen Netzwerken sind diese Entwicklungen zusätzlich dynamisiert worden.

Ein *erster sichtbarer Ausgangspunkt* für diesen Wandel war das Auftreten der PEGIDA-Bewegungen im Herbst 2014. Durch die starke Zuwanderung von Geflüchteten nach Europa in den Jahren 2015 und 2016 und deren politische und massenmediale Thematisierung intensivierte sich die zuwanderungs- und integrationskritische Bewegung. Während also auf der einen Seite deutliche Ansätze einer Willkommenskultur ausgemacht werden konnten, zeichneten sich auf der anderen Seite starke Nationalisierungs- und Abschottungstendenzen ab. Diese gingen häufig mit einem Erstarken und Sichtbarwerden politischer Positionen einher, die oft verkürzend als „neu-rechts“ oder „rechtspopulistisch“ bezeichnet wurden. Der staatliche Umgang mit internationaler Zuwanderung wurde politisch und medial

breit diskutiert, ebenso die Grenzen der Integrationsbereitschaft und Integrationsfähigkeit der Gesellschaft. Eine wachsende Fremdenfeindlichkeit, ein zunehmender Rassismus und steigende Gewalt gegen Fremde gehören seit dieser Zeit zu den zentralen öffentlichen Themen. Parallel zu den Flüchtlingszuwanderungen stiegen auch die Zahlen gewalttätiger Übergriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterstützer rasch an (vgl. Kap. 2.2). Schließlich verliehen auch die (sicherheits-)politischen und medialen Debatten zum Umgang mit den Bedrohungen durch einen religiös motivierten Terrorismus diesem Diskursfeld eine erhebliche öffentliche Bedeutung.

Diese Debatten sind schließlich bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen nicht ohne Konsequenzen geblieben. Nahezu alle Parteien – auch im Land Brandenburg – griffen diese Themen in unterschiedlichem Ausmaß auf und stellten ihre Wahlprogramme und politischen Agenden darauf ein. Bei den Wahlen gab es deutliche Verschiebungen in den politischen Machtverhältnissen und der politischen Diskurshoheit. In den Parlamenten und den Medien bisher wenig gehörte Positionen erhielten eine stärkere öffentliche und politische Artikulations- und Handlungsfähigkeit, die durch starke politische Polarisierungen, eine erhöhte Radikalität und bisweilen auch eine diskursive Verrohung gekennzeichnet sind. Diese politischen Verschiebungen wurden unter anderem als ein gestiegener Vertrauensverlust in die etablierte Politik und die etablierten Parteien interpretiert und damit letztlich auch als Skepsis in die Funktionsfähigkeit demokratischer Aushandlungs- und Entscheidungsfindungsprozesse (vgl. Holtkamp 2018).

Dieser politische und gesellschaftliche Wandlungsprozess hat – wie gesehen – die Kernfelder des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ betroffen. Bei unseren Recherchen und Interviews zum Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ist deutlich geworden, dass von vielen verschiedenen Seiten sehr unterschiedliche und sehr hohe Anforderungen an das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ sowie die Akteure des Beratungsnetzwerks gestellt werden. Aus unserer Sicht sind *drei grundsätzliche Erkenntnisse* besonders hervorzuheben:

- » Die erste Erkenntnis besteht darin, dass sich die Herausforderungen für das Beratungsnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“ erheblich erweitert haben. Die ehemals leicht zu identifizierenden Handlungsfelder verlieren ihre klare Abgrenzung, d. h. „Stiefelglatzen“, rechtsextremistisch motivierte Gewaltattacken, rechtsextreme Bands und Organisationen oder punktuell lokalisierbare Proteste der NPD lösen sich als Zielprojektionen immer weiter auf. Im Handlungsfeld ist eine „neue Randlosigkeit“ entstanden. Einstmals eindeutige Zielobjekte der Rechtsextremismusprävention werden zu weichen Phänomenen. Dabei entgrenzt sich nicht der Rechtsextremismus, sondern er verschmilzt mit starken und breiten rechten Oppositionsströmungen, innerhalb derer der Rechtsextremismus nicht mehr besonders herausragt. Das zu bearbeitende Phänomen lässt sich nicht mehr nur auf „die Rechtsextremen“ zurück führen bzw. begrenzen.

- » Hinzu kommt eine zweite Erkenntnis, dass sich die Akteure des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ – bildlich gesprochen – im Zentrum des Sturms befinden. Wie oben beschrieben, hat sich in den letzten Jahren die gesellschaftliche und politische Großwetterlage merklich verändert. Kulturelle Wertekonflikte werden deutlich zwischen liberal-kosmopolitischen, heterogenitätstoleranten Bevölkerungsgruppen einerseits sowie partikularistisch und nationalstaatlich orientierten Gruppen andererseits (vgl. Merkel 2018; MIDEM 2018). Die Herausforderungen bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, bei der Förderung von Zivilcourage und Toleranz sowie zur Stärkung der Demokratie haben sich dadurch erheblich erhöht bzw. sind sichtbar geworden. Bei den Akteuren des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ konzentrieren sich diese Herausforderungen besonders stark; an sie werden extrem hohe lösungsbezogene Erwartungen adressiert. Unsere Recherchen offenbarten eine Tendenz, die Verantwortung und Zuständigkeit für die Auseinandersetzung mit diesen Entwicklungen und den damit verbundenen Herausforderungen den Akteuren des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ zu überantworten. Sich diesen Herausforderungen zu stellen, ist jedoch eine gesamtgesellschaftliche und politische Aufgabe, die von sehr viel mehr Akteuren und Organisationen zu verantworten ist als nur vom Akteursnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“.

- » Drittens mussten wir schließlich feststellen, dass die Akteure des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ offenbar schon struktur- und aufgabenbedingt „zwischen den Stühlen“ sitzen (müssen). Die befragten Experten formulierten immer wieder äußerst unterschiedliche und teilweise widersprüchliche Erwartungen und Anforderungen. Ein und derselbe Sachverhalt oder ein und dasselbe Vorgehen wurde einerseits sehr kritisch gesehen, andererseits als sehr positiv anerkannt. Brachte eine Akteursgruppe etwas Positives hervor, so konnte dies für die Arbeit einer anderen Akteursgruppe mitunter negative Konsequenzen haben. Dies zeigte sich beispielsweise an den sehr unterschiedlichen Reaktionen der Institutionen des Beratungsnetzwerks bei rechtspopulistischen Äußerungen von Parteien und Politikern. Der hohe interne wie externe Erwartungsdruck und die vielperspektivischen Bewertungskriterien stellen für die Akteure des Handlungskonzepts eine sehr große Herausforderung dar, der sie schon aus strukturellen Gründen nicht immer gerecht werden können. Zweifellos können viele dieser Widersprüche in bi- oder multilateralen Aushandlungsprozessen aufgelöst werden. Doch je komplexer das Akteursnetzwerk wird, desto mühsamer wird es, unterschiedliche Sichtweisen aufzulösen.

In Anbetracht dieser drei skizzierten Erkenntnisse ist festzuhalten, dass im Hinblick auf das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ für die Zukunft einige grundsätzliche strukturelle und inhaltliche Weichenstellungen erforderlich sind. Wesentlich erscheint uns dabei, dass zur Vermeidung von Unzufriedenheit bei den Verantwortlichen und Akteuren des Netzwerks „Tolerantes Brandenburg“ sowie zur Klärung der Zuständigkeiten gegenüber zukünftigen Anforderungen die inhaltlichen Kernaufgaben der beteiligten Netzwerkpartner intern stärker ausgehandelt und klarer definiert werden sollten.

4.2 Handlungsoptionen

Die dargestellten Veränderungen im Handlungsfeld des Akteursnetzwerks „Tolerantes Brandenburg“ (vgl. Kap. 3.1) haben nach Einschätzung vieler Befragten in den letzten Jahren neben erhöhten Arbeitsbelastungen der Organisationen des Beratungsnetzwerks auch zu Diskussionen über die Frage nach den zentralen Aufgaben des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ geführt. Aus der Darstellung der derzeitigen Situation (vgl. Kap. 3.2) und der Handlungsbedarfe (vgl. Kap. 3.3) geht hervor, dass die Bewertungen und die Forderungen der Befragten in einigen wichtigen Punkten übereinstimmen, dass sie sich in anderen Punkten aber auch widersprechen. Das bedeutet, dass in einigen Fragen zu Struktur und Organisation sowie zur künftigen inhaltlichen Ausrichtung des Handlungskonzepts Diskussionsprozesse erforderlich sind, mit denen Entscheidungen vorbereitet werden. Im Folgenden werden zunächst die Struktur- und Organisationsaspekte behandelt und anschließend die inhaltlichen Fragen.

4.2.1 Strukturen überprüfen

REGIONALISIERUNG BEIBEHALTEN UND AUSBAUEN

Die Interviews zeigen, dass mit dem Instrument von regional arbeitenden Teams (RAA und MBT) seit nunmehr 20 Jahren eine wichtige Infrastruktur existiert. Den Teams wird eine hohe Regionalkompetenz bescheinigt, die auf einer kontinuierlichen Beobachtung der regionalen Entwicklungen und ausdifferenzierten Kooperationsbeziehungen beruhen. Ihre „Geh-Struktur“ (aufsuchende Mobilität) und ihre relativ geringe personelle Fluktuation haben zu stabilen langjährigen Kontakten zu Kommunalpolitikern, Kommunalverwaltungen, Polizei, Sozialarbeit, Bürgerbündnissen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren geführt. Der hohe Wert dieser Regionalteams hat sich in den Phasen einer verstärkten Zuwanderung von Flüchtlingen und den damit verbundenen zusätzlichen Aufgaben

für die Kreise und Gemeinden gezeigt: Aufgrund der bestehenden Kontakte und den guten Erfahrungen in der Vergangenheit wurden die Teams für Beratungen und Unterstützung in der operativen Arbeit gerade auch im Kontext der Flüchtlingspolitik angefragt, einem Themenfeld also, das jenseits des angestammten Themenschwerpunktes des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ liegt. Die Regionalteams waren bereit und in der Lage, sich rasch in die Themen einzuarbeiten. Sie unterstützten Kommunen und Kreise bei der Durchführung von Bürgerveranstaltungen im Zusammenhang mit dem raschen und starken Flüchtlingszuzug, bei der Flüchtlingsunterbringung und -versorgung und auch durch Moderations- und Mediationsaufgaben bei den nachfolgenden Integrationsprozessen.

Das Konzept von regional operierenden, im Themenfeld Demokratieförderung spezialisierten Teams hat sich damit ein weiteres Mal als ein überaus erfolgreiches Instrument erwiesen. Sie verbinden (1) dauerhaftes regional differenziertes Monitoring mit (2) einer niedrigschwelligen Ansprechbarkeit, übernehmen selbst (3) problemspezifische Beratung und andere Dienstleistungen wie etwa Moderation und (4) vermitteln weitere Experten, Förderungsmöglichkeiten sowie Kooperationspartner in horizontaler und vertikaler Richtung.

Diese Erfahrungen sprechen dafür, dieses bewährte Instrument einer demokratiefördernden Gemeinwesenberatung weiter auszubauen.

DAS VERHÄLTNISS ZU MINISTERIEN UND ZIVILGESELLSCHAFT KLÄREN

Die in der Expertise von 2014 genannte Aufgabe einer Bestimmung des Verhältnisses zu den Ministerien bleibt bestehen: Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ schließt zwar nominell die Ministerien ein, tatsächliche Steuerungsmöglichkeiten der Koordinierungsstelle bestehen allerdings nur im Hinblick auf die Vergabe von Fördermitteln und die Aktivitäten des Beratungsnetzwerks. Dem könnte durch eine entsprechend realistische Ausrichtung der Rechenschaftsberichte an den Landtag Rechnung getragen werden. Die Aussagekraft der Jahresberichte könnte auch dadurch gesteigert werden, dass die jeweils aktuelle Darstellung der vom Akteursnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“ bearbeiteten Ausgangsprobleme auf Indikatoren gestützt wird. Damit würde die Begründung bestimmter Handlungsschwerpunkte nachvollziehbarer werden (vgl. Kap. 2.2).

Im Sinne einer höheren Transparenz nach innen und außen sollte das Aufgabenprofil des Beratungsnetzwerks im Verhältnis zu den Sicherheitsbehörden, zur Landeszentrale für politische Bildung und zur Integrationsbeauftragten bzw. zu den diesem Themenfeld zugeordneten Fachdiensten thematisiert werden. Für welche Aufgaben sind die einzelnen Organisationen des Beratungsnetzwerks exklusiv zuständig, und welche Aufgaben werden auch von anderen und in Abstimmung mit anderen Dienststellen der Landesverwaltung bearbeitet?

Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ formuliert Ziele der Landesregierung, die – neben der direkten Vergabe von Fördermitteln – im Wesentlichen durch die Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen Organisationen erreicht werden sollen. Diese wiederum arbeiten im Rahmen ihrer jeweils eigenen Aufgabenprofile; untereinander stehen ihre Arbeitsansätze teils in einem ergänzenden, teils aber auch in einem gegenläufigen Verhältnis. Dies gilt auch im Verhältnis zum Regierungshandeln. Das rechtliche Gutachten des parlamentarischen Beratungsdienstes zu der Beteiligung überwiegend öffentlich geförderter Organisationen am gesellschaftlichen Meinungs- und Willensbildungsprozess hat in diesem Zusammenhang wichtige Rahmenbedingungen verdeutlicht: Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist eine Auseinandersetzung mit Kräften, die auf illegalem Wege die rechtlich-politische Grundordnung verändern wollen und damit die Systemfrage stellen. Demgegenüber fasst die Kategorie des Rechtspopulismus diejenigen Kräfte zusammen, die bestimmten Zielen, Inhalten und eingespielten Routinen des Parteiensystems widersprechen, ohne die Systemfrage zu stellen. Eine Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus ist deshalb Teil des Meinungs- und Willensbildungsprozesses in einer pluralen Gesellschaft. Dieser Prozess kann nicht im Modus einer Feindbekämpfung erfolgen und deshalb aus öffentlichen Geldern auch nur insoweit finanziert werden, als es um die Verdeutlichung der zivilen und demokratischen Regeln von Meinungskämpfen geht (vgl. Iwers 2018). Der mit diesem Gutachten akzentuierte Rahmen sollte im Selbstverständnis und in der Selbstdarstellung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ ausdrücklich berücksichtigt werden.

Unabhängig von der Unterscheidung zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus gehört der Schutz des friedlichen Zusammenlebens zu den zentralen Staatszielen des Landes Brandenburg. Ein Eintreten von öffentlich geförderten Organisationen gegen die Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ist durch die Landesverfassung gedeckt.¹¹

DIE OPERATIVE EBENE VERBESSERN

In der 2014er Expertise wurden in dieser Hinsicht genannt: „Kriterien für die Zusammensetzung des Beratungsnetzwerks entwickeln“, „Grundsätze des Informationsaustausches mit Nachrichtendienst festlegen“, „Evaluation, Standardisierung, Monitoring als Herausforderungen“, „Sichtbarkeit des ‚TBB‘ weiter erhöhen“, „Die Zukunft des ‚TBB‘ in den Blick nehmen“. Die seinerzeit aufgeführten Aufgaben sind weiterhin relevant. Die Praxis der Vergabe von Fördergeldern durch die

¹¹ Vgl. Artikel 7 a: „Das Land schützt das friedliche Zusammenleben der Menschen und tritt der Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegen.“ Antirassismus-Novelle vom 9.12.2013. Vgl. https://www.landtag.brandenburg.de/media_fast/5701/%C3%84nderungen%20der%20Landesverfassung.pdf (letzter Zugriff: 10.3.2019).

Koordinierungsstelle kann transparenter gestaltet werden, wenn hierzu ein Beirat eingerichtet wird und wenn im jährlichen Bericht an den Landtag eine Übersicht der geförderten Träger und Initiativen enthalten ist.

4.2.2 Aufgaben klären

In der hier vorgelegten Erhebung geben die Befragten insgesamt einen weitergehenden Veränderungsbedarf zu Protokoll als 2014. Wie in Kapitel 3.3 dargestellt, wird dies in höherem Maße von den TBB-externen als von den TBB-internen Befragten formuliert. In den Interviews verdichtet sich der Eindruck, dass transparent vollzogene Entscheidungen über die künftige inhaltliche Ausrichtung erforderlich sind.

Die vorliegende Expertise präferiert nicht eine bestimmte Entwicklung der künftigen inhaltlichen Ausrichtung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“, sondern stellt das Spektrum der Möglichkeiten auf Basis der Interviewäußerungen dar. Dazu werden im Folgenden die in den Interviews zur Sprache gekommenen derzeitigen und künftig möglichen Aufgabenfelder des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ zu insgesamt fünf Modulen verdichtet. Welche Module in Zukunft das Aufgabenfeld des Handlungskonzepts definieren, ist keine wissenschaftliche Frage. Diese genuin politische Entscheidung fällt in die Entscheidungsbefugnis des Brandenburgischen Landtags oder der Landesregierung.

MODUL „DEMOKRATIEFÖRDERUNG/DEMOKRATIEBILDUNG“

Demokratieförderung hat sich als Bezeichnung für ein breites Spektrum von Aktivitäten eingebürgert: Dazu gehören die Vermittlung von Kenntnissen der basalen Wertorientierungen der deutschen Verfassungsordnung und zum Funktionieren der parlamentarischen Demokratie. Insbesondere sind hier die Kenntnis und die Einübung von Regeln eines zivilen Meinungsstreits zu nennen. Das Modul umfasst in diesem Sinne auch eine mittelbare Auseinandersetzung mit den als „Rechtspopulismus“ zusammengefassten Kräften und Positionen. Zu diesem Modul gehört die Erweiterung von praktischen Partizipationsmöglichkeiten auf lokaler, regionaler und Landesebene. Im weiteren Sinne sind auch die historische Bildungsarbeit und die Förderung von gemeinnützigem Engagement in verschiedenen Aufgabenfeldern zu nennen.

Es ist zu klären, welcher Stellenwert der Demokratieförderung/Demokratiebildung zukünftig im Handlungskonzept zukommen soll und wie dies konkret umzusetzen ist.

MODUL „KRITISCHE AUSEINANDERSETZUNG MIT RECHTSEXTREMISMUS“

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus bezieht sich auf die öffentlichkeitswirksame Gegenpositionierung zum politischen Rechtsextremismus, d. h. zu den Akteuren, die in Parteien, Organisationen und losen Gruppierungen für völkisch-nationalistische Ziele eintreten. In zweiter Linie gehören zum Komplex Rechtsextremismus auch die entsprechenden Einstellungen, wie sie bei einer Minderheit der Bevölkerung zu beobachten sind. Die konkreten Arbeitsformen sind die regionalisierte Beratung von Kreisen und Gemeinden, von Bürgerinitiativen, Netzwerken und engagierten Einzelpersonen auf der Basis eines kontinuierlichen Monitorings. Hinzu kommen Aufklärung und Dokumentation sowie die Opferberatung.

Es ist zu entscheiden bzw. erneut zu bestätigen, dass die kritische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus eine zentrale Säule im Handlungskonzept bleiben soll.

MODUL „EXTREMISMUSPRÄVENTION“

Extremismusprävention im Sinne der Sicherheitsbehörden beinhaltet die phänomenübergreifende Aufmerksamkeit für den rechtsextremen, den linksextremen und den religiös begründeten Extremismus. Sicherheit soll durch ein in sich differenziertes System von primärer, sekundärer und tertiärer Prävention erreicht werden (vgl. Kap. 3.3). Konkrete Formen wären neben Monitoring, Dokumentation unter anderem Fallidentifikationen und Fallkonferenzen sowie Aufklärung. Die Aufnahme dieses Moduls wäre gegenüber der bisherigen Linie des Handlungskonzepts eine weitgehende Veränderung, insofern der Schwerpunkt damit auch auf Aufgaben gelegt würde, die nicht dem politisch rechten Spektrum zuzurechnen sind. Allerdings wurde eine solche Erweiterung bereits dadurch eingeleitet, dass auch die Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus in das Aufgabenprofil des TBB aufgenommen wurde. An der Ressourcenausstattung dieser Erweiterung wird deutlich, dass eine prinzipielle thematische Zuständigkeit für die drei Extremismen nicht zwingend gleichbedeutend wäre mit einer gleichen Verteilung von Ressourcen für die drei Arbeitsbereiche: Die „Fachstelle Islam“ ist deutlich kleiner als etwa die auf Rechtsextremismus spezialisierten Kräfte des MBT.

Folglich ist eine Diskussion nötig, wie weit das Spektrum der Extremismusprävention im Handlungskonzept aufgespannt werden soll und mit welchen Ressourcen- und Zuständigkeitsänderungen diese Entscheidung ggf. verbunden wäre.

MODUL „INTEGRATION VON ZUGEWANDERTEN“

Das Modul bezieht sich auf die Unterstützung von Zugewanderten, darunter aktuell insbesondere von Flüchtlingen und auf die Beratung der zuständigen Stellen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten. Die konkreten Arbeitsformen dabei sind unter anderem: Hilfe bei der Selbstorganisation von Flüchtlingen, Sprach- und Kulturvermittlung, Fallberatung, Fallunterstützung, Beratung von Kreisen und Gemeinden sowie Akteuren, die in der „Willkommenskultur“ engagiert sind.

De facto haben Organisationen des Beratungsnetzwerks in der Zeit nach 2014 Aufgaben in diesem Bereich übernommen. Andererseits ist seitens der Landesregierung entschieden worden, dass Integration von Zuwanderern keine Aufgabe des Toleranten Brandenburg ist. Diese Regelung sollte stärker verdeutlicht und vor allem auch praktisch eingelöst werden.

MODUL „REDUZIERUNG VON MINDERHEITENFEINDSCHAFT/ ANTIDISKRIMINIERUNGSARBEIT“

Das Modul stellt die Aufmerksamkeit für die Ablehnung verschiedener gesellschaftlicher Minderheiten in den Mittelpunkt. Hierzu gehört die Ablehnung von Zuwanderung und bestimmten Zuwanderungsgruppen. Muslimenfeindschaft und Antisemitismus betreffen auch Minderheiten ohne aktuelle Migrationsgeschichte. Gruppenfeindschaften können sich – wie die einschlägigen Untersuchungen auf Basis des Konzepts der „gruppenbezogenen Menschenfeindschaft“ zeigen – auf viele gesellschaftliche Gruppen beziehen (vgl. Heitmeyer 2013). Zu den wichtigsten konkreten Formen dieser Arbeit gehören die Dokumentation, die Aufklärung, die Fortbildung von pädagogischem Personal, die politische und historische schulische Bildung, die Unterstützung einschlägiger Projektarbeit im Bildungswesen und der Kinder- und Jugendhilfe sowie die Fallberatung und individuelle Fallunterstützung.

Es gilt zu entscheiden, inwiefern und mit welcher Konsequenz eine Antidiskriminierungsarbeit systematischer im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ zu verankern ist.

4.2.3 Umgang mit den Aufgaben

Die Inhalte der dargestellten *fünf Module* basieren auf den *Äußerungen der Interviewten*. Die Zuordnung der Aufgaben zu einzelnen Modulen, die Abgrenzung der Module untereinander und deren Benennung gehören zum analytischen Teil der vorliegenden Expertise. Mit den Modulen werden inhaltliche Schwerpunkte gebündelt. Es liegt auf der Hand, dass die einzelnen Themen und Aufgabenfelder in einem engen sachlichen Zusammenhang stehen. Darin ist auch die Ursache

für die Aufgabenausweitung des TBB in den letzten Jahren zu sehen. Sie hat sich unter dem Druck von umfassenden und raschen Veränderungen in den Jahren 2014 bis 2016 entwickelt. Mit dem zeitlichen Abstand zu den Ereignissen (vgl. Kap. 4.1) sollte geprüft werden, welche Module auf Dauer zum künftigen Tätigkeitsfeld des TBB gehören sollen. Ähnlich wie dies bereits bisher der Fall war, müssen derartige Entscheidungen nicht einheitlich und damit für alle Organisationen des Beratungsnetzwerks in gleicher Weise gefällt werden. Beispielsweise kann das Arbeitsmodell des Vereins „Opferperspektive e. V.“ die Module „*Kritische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus*“ und „*Reduzierung von Minderheitenfeindschaft/Antidiskriminierungsarbeit*“ beinhalten, während sich möglicherweise das MBT auf das Modul „*Kritische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus*“ konzentriert.

Zur Wahrung eines eigenständigen Profils nach innen und außen und auch im Sinne einer Entlastung und einer stabilen Handlungssicherheit der Beschäftigten scheint eine begründete Auswahl, mindestens aber eine Priorisierung von Tätigkeitsfeldern erforderlich zu sein. Das setzt eine analytische Identifikation von abgrenzbaren Aufgaben im Sinne des o. g. Modulkatalogs voraus.

In diesem Zusammenhang muss allerdings ausdrücklich auf den Ressourcenaspekt hingewiesen werden, der nicht Gegenstand der vorliegenden Expertise ist. Je umfassender die künftigen Aufgaben im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ definiert werden, umso stärker muss auch die Ressourcenausstattung erhöht werden.

Mit dem hier vorgelegten Modulkatalog, der möglicherweise erweitert und modifiziert werden muss, wird es leichter, innerhalb des Akteursnetzwerks „Tolerantes Brandenburg“ die Kommunikation und Diskussion zu den eigenen Aufgaben zu führen und Entscheidungen herbeizuführen. Damit ist zugleich ein Verfahrensmodell gegeben, wie künftige Veränderungen im Handlungsfeld des TBB bearbeitet werden können.

5 FAZIT

Im Jahre 2018 feierte das Land Brandenburg das zwanzigjährige Bestehen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“. Dies war Anlass, einerseits die bisherige „Erfolgsgeschichte“ zu würdigen, andererseits aber auch vor Parallelen zu den 1990er Jahre zu warnen und die gewachsenen Herausforderungen im Zusammenhang mit Demokratieförderung, Rechtspopulismus, islamistischem Extremismus oder Fake-News und Hate Speech klar in den Blick zu nehmen¹². Das Land Brandenburg ist in dieser Hinsicht, auch im bundesweiten Vergleich, nach wie vor gut aufgestellt und kann die Herausforderungen mit Zuversicht angehen.

Unsere Analysen, die auf 25 Experteninterviews und einer Dokumentenanalyse beruhen, bestätigen, dass sich das Handlungskonzept, insbesondere das Beratungsnetzwerk, in den letzten Jahren bewährt hat und die insbesondere mit der Zuwanderung verbundenen *Herausforderungen im Wesentlichen gut gemeistert* wurden. Das ist die eine Erkenntnis unserer Analysen.

Zur unseren Befragungsergebnissen gehört aber auch eine zweite Erkenntnis, dass die Akteure im Rahmen des Handlungskonzepts seit 2014/2015 zahlreiche neue Aufgaben übernommen haben und damit eine faktische *Ausweitung des bisherigen Tätigkeitsfeldes* des Akteursnetzwerks „Tolerantes Brandenburg“ verbunden war. Im Gefolge dieser Entwicklung ist ein vermehrter Klärungsbedarf entstanden – und zwar sowohl hinsichtlich strukturell-organisatorischer als auch inhaltlicher Fragen. Die neuen Herausforderungen, mit denen sich das Akteursnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“ seit 2014 konfrontiert sieht, haben offenbar auch zu einem höheren Diskussions- und Klärungsbedarf geführt. Dieser *vermehrte Klärungs- bzw. Veränderungsbedarf* wird vor allem von externen, aber auch von internen Akteuren artikuliert. So muss es auch nicht verwundern, dass – im Unterschied zur Expertise von 2014 – diesmal mehr unterschiedliche und kontroverse Sichtweisen auf die Entwicklung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ zutage gefördert wurden. Dies kann zugleich auch als ein „Ausdruck lebendiger Demokratie“, als demokratischer Meinungsstreit um die beste Lösung für das Land gewertet werden.

Ungeachtet dieser Differenzen gibt es zur *Perspektive des „Toleranten Brandenburg“* sehr viel Konsensfähiges. Als konsensfähig erweisen sich insbesondere folgende fünf Punkte:

¹² Vgl. <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2018/06/20-jahre-tolerantes-brandenburg.htm?listall=on/print=true.html> (letzter Zugriff: 8.2.2019).

- » 1) Stärken stärken: Regionalisierung weiter ausbauen,
- » 2) regionale Akteursnetzwerke als Ressource stärker nutzen,
- » 3) interne Kommunikation intensivieren (interne Aufgaben- und Rollenklärung vorantreiben, Berichterstattung qualifizieren),
- » 4) Demokratie vor Ort gezielter fördern (Dialogkultur fördern, Begegnungsräume vor Ort schaffen, konkrete Probleme adressieren und
- » 5) politische und historische Bildung ausbauen.

Die neuen Herausforderungen sind – wie es ein Befragter formulierte – auch eine große Chance, „den demokratischen Muskel zu trainieren“, d. h. die demokratische Haltung und die Argumentationsfähigkeit unter den Brandenburgern weiter zu stärken.

Ausgehend von einem anhaltend relativ hohen Niveau rechtsextremer und fremdenfeindlicher Delikte und Einstellungen (vgl. Kap. 2.2) stellen – mit Blick auf die *Arbeitsschwerpunkte* – vor allem die „neue Unschärfe“ zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus und die erhöhten Anforderungen an die Demokratieförderung und Demokratiebildung das Akteursnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“ vor neue Aufgaben, denen künftig mehr Aufmerksamkeit als bisher geschenkt werden sollte. Hinzu kommen Fragen der Antidiskriminierung und des Anti-Rassismus, der Integration von Zugewanderten sowie Sicherheitsfragen (z. B. islamistischer und Linksextremismus), deren Verortung im Kontext des Handlungskonzepts weiter zu klären wäre.

Dies hat auch Konsequenzen für die *Struktur und Organisation* des Toleranten Brandenburgs. Die in der Expertise beschriebene Aufgabenerweiterung, z. B. neben der Bekämpfung des Rechtsextremismus, zunehmende Bedarfe bei Fragen der Integration, zum Islam, Antisemitismus usw., lassen eine *Neuverhandlung und Ausbalancierung von Zuständigkeiten* als sinnvoll erscheinen. Dabei geht es nicht um die Erarbeitung eines neuen Handlungskonzepts oder um grundlegend neue Strukturen. Das Handlungskonzept hat sich insgesamt bewährt und ist breit genug gefasst, um auf die veränderten Bedingungen angemessen und flexibel reagieren zu können. Im Rahmen des Handlungskonzepts von 2005 scheinen allerdings einige Präzisierungen und Nachjustierungen sinnvoll zu sein. Lediglich die Option „Extremismusprävention“ würde eine generelle Neubestimmung der Grundlagen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ erforderlich machen. Im Kapitel 4 werden deshalb einige Handlungsoptionen, z. B. fünf Module, formuliert, die bei der *Präzisierung und Priorisierung der Aufgaben* als mögliche Grundlage dienen können.

Die Entscheidung über die strukturelle und inhaltliche Weiterentwicklung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ kann nicht von außen vorgegeben werden. Hier empfiehlt sich ein längerer, strukturierter und partizipativ angelegter Dialogprozess aller Beteiligten. Das Akteurs- und Beratungsnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“ kann dabei auf einen breiten Erfahrungsschatz und auf einen bewährten Personenkreis von Engagierten und Mitwirkenden setzen. Als ein Handlungskonzept der gesamten Landesregierung kommt es auch künftig darauf an, dass alle Beteiligten ihren Beitrag leisten. Nur so ist gewährleistet, dass das landesweite Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ auch gelebte Praxis bleibt bzw. wird.

QUELLEN UND LITERATUR

- Beetz, St. (2015): Peripherisierte ländliche Räume – „schrumpfende“ soziale Hilfesysteme? In: Sozialmagazin. Die Zeitschrift für Soziale Arbeit Jg. 40, H. 3-4, S. 6-13.
- Bode, D.; Rolfes, M. (2017): Einschätzungen zum politischen Handlungsfeld „Stärkung der Demokratie und Intensivierung der gesellschaftlichen Beteiligung“ im Land Brandenburg. Ergebnisse der Befragung der Teilnehmenden der 18 Zukunftsdialoge 2015 bis 2016, Potsdam.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2017): Verfassungsschutzbericht 2017, abrufbar unter URL: <https://www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2017.pdf> (letzter Zugriff: 8.2.2019).
- Decker, O.; Brähler, E. (Hrsg.) (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Heitmeyer, W. (2013): Rechtsextremes Radikalisierungsspektrum, Gesellschaftliche Entwicklung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Hasse, J.; Rosenthal, G. (Hrsg.): Wider die Gleichgültigkeit! Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1396, S. 12-29.
- Holtkamp, L. (2018): Der Parteienstreit. Probleme und Reformen der Parteidemokratie. Baden-Baden: Nomos.
- Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e. V. an der Universität Potsdam (IFK) (2018): Jugend in Brandenburg 2017. Kurzdarstellung der Untersuchungsergebnisse, abrufbar unter URL: https://mbjs.brandenburg.de/media_fast/6288/studie_jugend_in_brandenburg_2017-kurzfassung.pdf (letzter Zugriff: 15.1.2019).
- Iwers, J. (2018): Rechtlicher Rahmen der Förderung von Initiativen gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. (Parlamentarischer Beratungsdienst, Landtag Brandenburg), Potsdam 2018, abrufbar unter URL: <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladedoku/w6/gu/39.pdf> (letzter Zugriff: 15.2.2019).

- Keim, K.-D. (2006): Peripherisierung ländlicher Räume. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 37, S. 3-7.
- Kohlstruck, M. (2018): Rechte Gewalt in Ost und West. Wie lassen sich die höheren Zahlen in den neuen Bundesländern erklären? In: Deutschland Archiv, 18.6.2018, abrufbar unter URL: <http://www.bpb.de/270811> (letzter Zugriff: 15.1.2019).
- Land Brandenburg (2018): 8. Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“, abrufbar unter URL: http://www.tolerantes.brandenburg.de/media_fast/5791/8946.pdf (letzter Zugriff: 8.10.2018).
- Land Brandenburg (2017): 7. Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“, abrufbar unter URL: https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladedoku/w6/drs/ab_6700/6785.pdf (letzter Zugriff: 8.10.2018).
- Land Brandenburg (2016): 6. Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“, abrufbar unter URL: http://www.tolerantes.brandenburg.de/media_fast/5791/4243.pdf (letzter Zugriff: 8.10.2018).
- Land Brandenburg (2014): 5. Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“, abrufbar unter URL: http://www.tolerantes.brandenburg.de/media_fast/5791/9177.pdf (letzter Zugriff: 8.10.2018).
- Land Brandenburg (2005): „Tolerantes Brandenburg“ – für eine starke und lebendige Demokratie. Handlungskonzept der Landesregierung für eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, abrufbar unter URL: http://www.tolerantes.brandenburg.de/media_fast/5791/Handlungskonzept.pdf (letzter Zugriff: 6.11.2018).
- Mayring, P.; Brunner, E. (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Friebertshäuser, B.; Prengel, A. (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Weinheim: Juventa, S. 323-333.
- Merkel, W. (2018): Die populistische Revolte. In: Jahrbuch für Kulturpolitik 2017/18, Bielefeld: transcript Verlag, S. 63-68.

- Meuser, M.; Nagel, U. (2010): Experteninterviews – wissenssoziologische Voraussetzungen und methodische Durchführung. In: Friebertshäuser, B.; Prengel, A. (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Weinheim: Juventa, S. 457-471.
- MIDEM (2018): Migration und Populismus. Jahresbericht 2018, Dresden, abrufbar unter URL: https://forum-midem.de/cms/data/fm/download/TUD_MIDEM_Jahresbericht2018_WEB_RZ_2.pdf (letzter Zugriff: 15.1.2019).
- Ministerium des Innern und für Kommunales (2017): Ministerium des Innern und für Kommunales (Land Brandenburg): Politisch motivierte Kriminalität im Land Brandenburg 2016. Handout zur Pressekonferenz am 22.3.2017, abrufbar unter URL: <https://polizei.brandenburg.de/fm/32/Handout-PK-PMK-2016.pdf> (letzter Zugriff: 22.2.2019).
- Ministerium des Innern und für Kommunales (2018): Ministerium des Innern und für Kommunales (Land Brandenburg): Politisch motivierte Kriminalität im Land Brandenburg 2017. Handout zur Pressekonferenz am 23.3.2018, abrufbar unter URL: https://mik.brandenburg.de/media_fast/4055/PMK_2017_BB_Handout.pdf (letzter Zugriff: 22.2.2019).
- Opferperspektive Brandenburg (Hrsg.) (2018): Anzahl rechter Gewalttaten in Brandenburg ungebrochen hoch. Hintergrundpapier des Vereins Opferperspektive zur Veröffentlichung der Angriffszahlen rechter Gewalt 2017 in Brandenburg, Potsdam 2018, abrufbar unter URL: <https://www.opferperspektive.de/wp-content/uploads/2018/03/Hintergrundpapier-Statistik-2017.pdf> (letzter Zugriff: 8.2.2019).
- Pfahl-Traughber, A. (2012): Die fehlende Trennschärfe des „Islamophobie“-Konzepts für die Vorurteilsforschung. Ein Plädoyer für das Alternativ-Konzept „Antimuslimismus“ bzw. „Muslimfeindlichkeit“. In: Botsch, G., Glöckner, O., Kopke, Ch.; Spieker, M. (Hrsg.): Islamophobie und Antisemitismus – ein umstrittener Vergleich. Berlin/Boston: De Gruyter, S. 11-28.
- pmg – policy matters (2018): Brandenburg-Monitor. Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg, abrufbar unter URL: https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3780.de/bb_monitor.pdf (letzter Zugriff: 15.1.2019).
- Schubarth, W.; Kohlstruck, M.; Rolfes, M. (2014): Expertise zum Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“. Parlamentsdrucksache 5/9177, S. 37-66, abrufbar unter URL:

http://www.tolerantes.brandenburg.de/media_fast/5791/9177.pdf (letzter Zugriff: 15.1.2019).

Schubarth W. (Hrsg.) (2014): Nachhaltige Prävention von Kriminalität, Gewalt und Rechtsextremismus. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis. Potsdam: Universitätsverlag Potsdam, abrufbar unter URL: http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2014/7053/pdf/schubarth_sammelband.pdf (letzter Zugriff: 1.3.2019).

Schubarth, W.; Kohlstruck, M.; Rolfes, M. (2017): Zukunftsdialog Tolerantes Brandenburg, Ergebnisse der wissenschaftlichen Beobachtung. Potsdam, abrufbar unter URL: http://www.zukunftsdialog-brandenburg.de/wp-content/uploads/2017/03/ZD-Expertise_2017_END.pdf (letzter Zugriff: 15.1.2019).

Schubarth, W. (2018): Der Trump-Effekt an Schulen, abrufbar unter URL: <https://www.pnn.de/wissenschaft/gastbeitrag-der-trump-effekt-an-schulen/23660518.html> (letzter Zugriff: 8.2.2019).

Schubarth, W. (2019): Gewalt und Mobbing an Schulen. Möglichkeiten der Prävention und Intervention. 3. aktualisierte Auflage. Stuttgart: Kohlhammer.

Tolerantes Brandenburg (2005): Handlungskonzept der Landesregierung für eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, abrufbar unter URL: http://www.tolerantes.brandenburg.de/media_fast/5791/Handlungskonzept.pdf (letzter Zugriff: 15.1.2019).

Zick, A.; Küpper, B.; Krause, D. (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf.

Dieser Band der Reihe „Potsdamer Geographische Praxis“ enthält drei Beiträge, die sich mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ der Brandenburgischen Landesregierung befassen. In allen Beiträgen wird auf der Grundlage empirischer Erhebungen analysiert, wie dieses Konzept zum Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus sowie zur Demokratieförderung in den letzten Jahren umgesetzt wurde. Die ersten beiden Beiträge haben die sogenannten Zukunftsdialoge „Tolerantes Brandenburg“ zum Gegenstand, die in den Jahren 2015 bis 2017 in allen kreisfreien Städten und Landkreisen Brandenburgs durchgeführt wurden. Der erste Beitrag von Schubarth, Kohlstruck und Rolfes beinhaltet die Ergebnisse der wissenschaftlichen Beobachtung der Zukunftsdialoge; die Ergebnisse beruhen überwiegend auf teilnehmenden Beobachtungen der Zukunftsdialoge und qualitativen Interviews mit Teilnehmenden. Der zweite Beitrag von Bode und Rolfes basiert auf einer quantitativen Methodik und enthält die Auswertungen einer standardisierten Befragung der Teilnehmer/innen der Zukunftsdialoge. Die Ergebnisse beider Untersuchungen liefern wichtige Erkenntnisse und gute Ansatzpunkte, wie einerseits die Institutionen des Beratungsnetzwerks „Tolerantes Brandenburg“ und das Handlungskonzept auf lokaler Ebene eine größere Bekanntheit erlangen könnten und andererseits, welche Schritte hilfreich wären, um eine (noch) stärkere Verankerung des Handlungskonzeptes in den Regionen zu erreichen. Beim dritten Beitrag von Schubarth, Kohlstruck und Rolfes handelt es sich um eine Expertise aus dem Jahr 2019. Der Beitrag liefert einen mehrdimensionalen Blick auf das Handlungskonzept aus unterschiedlichen internen wie externen Perspektiven. Dabei wird vor allem auf die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen fokussiert, die sich seit 2014 im Handlungsfeld „Demokratiestärkung und Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ ergeben haben. Grundlage der Expertise waren leitfadenzentrierte Interviews.

